G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Reinhard Kühnl und Norman Paech
Zum Aufruf
„Gemeinsam gegen Rechts - Stoppt Strauß jetzt!“

Gerhard Kade
Abkehr vom Helsinki-Kurs?

Helga Bufe und Jürgen Grumbach
Der Griff nach der Atommacht

Annemarie Bopp-Schmehl und Ulrich Kypke
„Korporatismus“ statt „Pluralismus“?

Horst Holzer
Neue Medien – Fortschritt oder Rückschritt?

Lottemi Doormann
Chancen einer demokratischen Frauenbewegung

August Ekstein
Öffentliche Kulturpolitik in der Krise

12’79

Dezember 1979 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Dezember 1979

CHRONIK DES MONATS NOVEMBER 1979 1417

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zum Aufruf „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" ..... *Reinhard Kühnl und Norman Paech* 1420

Teheran, die Kurdenfrage und der Konflikt mit den USA ..... *Ursula Junk* 1422

Erste Gesamteuropäische Umweltkonferenz ..... *Knut Krusewitz* 1425

GLOSSE

Deutsches Küchenlied ..... *Hanns Dieter Hüsch* 1430

HAUPTAUFSÄTZE

Abkehr vom Helsinki-Kurs? Hauptkriegsschauplatz BRD – oder: Realisierung eines umfassenden europäischen Friedensprogramms ..... *Gerhard Kade* 1431

Der Griff nach der Atommacht. Zur Rolle des F. J. Strauß bei der Schaffung eines atomaren Potentials der BRD ..... *Helga Bufe und Jürgen Grumbach* 1439

„Korporatismus" statt „Pluralismus"? Ein untauglicher Theorie-Versuch mit Vergangenheit ..... *Annemarie Bopp-Schmehl und Ulrich Kypke* 1462

Technischer Fortschritt als medienpolitischer Rückschritt? Die Entwicklung neuer Medien im Widerstreit zwischen Kapitalverwertung, Herrschaftssicherung und publikumsorientiertem Mediengebrauch ..... *Horst Holzer* 1473

Chancen und Probleme einer demokratischen Frauenbewegung. Am Beispiel der Demokratischen Fraueninitiative ..... *Lottemi Doormann* 1489

Frauen in den EG-Ländern – ein Situationsvergleich ..... *Florence Hervé* 1498

Öffentliche Kulturpolitik in der Krise ..... *August Ekstein* 1507

MEDIENKRITIK

Ausweigen ..... *Wilfried Lange* 1517

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1518

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

„Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" Aufruf zu demokratischer Aktion, veröffentlicht von Prof. Dr. Reinhard Kühnl und Prof. Dr. Norman Paech auf einer Pressekonferenz am 28. November 1979 in Bonn (Wortlaut) 1522

Gemeinsame Mitteilung über den Aufenthalt des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Andrej A. Gromyko, in der Bundesrepublik Deutschland vom 21. bis 24. November 1979 (Wortlaut) 1524

Dringender Appell: „Jetzt verhandeln – nicht aufrüsten!", veröffentlicht am 20. November 1979 in Bonn (Wortlaut) 1526

Appell, verabschiedet auf dem zweiten bundesweiten Kongreß „Christen für die Abrüstung" am 17. November 1979 in Dortmund (Wortlaut) 1528

Dieter S. Lutz, Wer rüstet eigentlich nach? Vergleich der euronuklearen Macht . 1529

Resolutionen der Sechsten Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder in Havanna vom 3. bis 9. September 1979 (II) 1530

JAHRESREGISTER ..... I-XVI

Zum Aufruf „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!"

Unter dem Motto „GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT!" haben Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg, und Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg, am 28. November 1979 auf einer Pressekonferenz in Bonn einen Aufruf zu demokratischer Aktion vorgelegt, zu dessen Erstunterzeichnern u. a. Peter O. Chotjewitz, Prof. Dr. Frank Deppe, Bernt Engelmann, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Prof. Dr. Klaus Holzkamp, Franz Xaver Kroetz, Klaus Mannhardt, Dr. Jutta Menschik, Martin Niemöller, Manfred Pahl-Rugenstein, Eckart Spoo und Günter Wallraff gehören. Wir haben die Initiatoren gebeten, die mit dem Aufruf verbundenen Beweggründe und Zielvorstellungen in einem kurzen Beitrag für die „Blätter" zu erläutern. Der Wortlaut des Aufrufs „GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT!" und die Namen der Erstunterzeichner finden sich im Dokumentarteil dieses Heftes. D. Red.

Seit Bekanntwerden der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU geschieht Erstaunliches in der Bundesrepublik. In weiten Teilen der Öffentlichkeit tut man in den letzten Monaten so, als habe man nichts gehört und nichts gesehen, als wisse man nicht, wohin die Kräfte um Strauß drängen, als sei alles ganz harmlos und normal und der bayrische Politiker ein Kanzlerkandidat wie jeder andere auch. Es scheint, im Lager der Gegner einer Regierung Strauß ist man sich der Größe der Gefahr noch immer nicht hinreichend bewußt – das reicht bis weit in die demokratische Bewegung hinein.

Dabei kann kaum ein politisch informierter Bürger der Bundesrepublik Deutschland heute noch sagen, er wisse nicht, wohin Strauß und die von ihm repräsentierten Kräfte wollen. Sie haben ihre politischen Vorstellungen oft genug und auch offen genug ausgesprochen. Nimmt man ihre Aussagen ernst, dann ist eines klar: Die Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU kann nicht als normaler politischer Vorgang im Rahmen eines parlamentarisch-demokratischen Systems betrachtet werden, in dem auf der Basis allgemein akzeptierter demokratischer und verfassungskonformer Prinzipien unterschiedliche politische Kräfte miteinander konkurrieren. Bei der Nominierung von Strauß handelt es sich vielmehr um den Versuch, eine qualitative Veränderung des politischen Systems nach rechts herbeizuführen, in Richtung auf einen autoritären Staat.

Nehmen wir als erstes Beispiel den Umgang mit dem politischen Gegner. Immer wieder finden sich in Strauß-Reden und im „Bayernkurier" Bezeichnungen wie „Ungewaschene und Verdreckte", „Gesindel", „Kanaillen", „linker Mob", „entmenschte Vandalenhorden", „Brüllaffen", „Pöbelhaufen", Terrorbanden" usw. Schriftsteller werden von Strauß als „Ratten" und Schmeißfliegen" bezeichnet. Hier sei nur am Rande vermerkt, daß in einem Bericht des faschistischen Sicherheitsdienstes aus dem Jahre 1941 darauf hingewiesen wird, daß in der faschistischen Propaganda der Vergleich der Juden mit den Ratten „besonders eindrucksvoll" gewirkt habe. In einem Telegramm von Strauß heißt es: „Diese Personen benehmen sich wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist." Es besteht kein Zweifel, daß dies alles dem Vokabular wie auch der Vorstellungswelt und der Ideologie des Faschismus sehr nahe kommt.

Ein zweites Beispiel: Die Vorstellungen über Staat und Gesellschaft, über Freiheit und Innere Sicherheit, über Ruhe und Ordnung haben Strauß und die von ihm repräsentierten Kräfte mehrfach und in aller Klarheit durch ihre Haltung zu autoritären Systemen und Militärdiktaturen offengelegt. Wer dem chilenischen Terrorregime bescheinigt, es verteidige die Freiheit, wer das Rassistenregime in Südafrika für die Sicherung von Ruhe und Ordnung lobt, wer die Militärdiktatur in Griechenland, das Franco-Regime in Spanien und das Schah-Regime im Iran als Wahrer und Verteidiger westlicher Freiheit feiert, der gibt eindeutig zu erkennen, was er unter Freiheit, Innerer Sicherheit und Ordnung tatsächlich versteht. Mit Freiheit im Sinne der demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes haben diese Vorstellungen nichts zu tun. Bei einer entsprechenden innenpolitischen Praxis unter einer Regierung Strauß würden wir sehr schnell konfrontiert mit einer Verschärfung der Berufsverbote-Politik, der Gesinnungsschnüffelei, der Kriminalisierung von Bürgerinitiativen und systemkritischen Kräften, dem forcierten Ausbau des Überwachungsstaates.

„Eine Regierung Strauß bedeutet eine Verschärfung des Klassenkampfes von oben, noch stärkere Aufrüstung der Polizei und des Militärs auf Kosten aller arbeitenden Menschen", bemerkte unlängst der Gewerkschafter Willi Bleicher in dieser Zeitschrift treffend, denn eindeutig sind auch die Vorstellungen, die die Kräfte um Strauß über die Gestaltung der sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik haben: Noch stärker als bisher sollen der arbeitenden Bevölkerung, der lernenden und studierenden Jugend die Folgen der ökonomischen Krise auferlegt werden, während andererseits zumindest den Großunternehmen noch lukrativere staatliche Vergünstigungen in Aussicht gestellt werden. Ein weiterer dominanter Zug dieser Politik ist die ablehnende Haltung den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften sowie essentiellen gewerkschaftlichen Forderungen (etwa nach einer unfassenden Mitbestimmungsregelung) gegenüber; charakteristisch auch die Parteinahme für eine restriktive Lohnpolitik, eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen, die Einschränkung der Tarifautonomie. Zudem dürfen die aktuellen Denkmodelle der CSU-Führung in bezug auf Alternativen zur Einheitsgewerkschaft nicht vergessen werden. Diese Pläne zielen allein auf die Spaltung und Schwächung der Gewerkschaftsbewegung.

Das von Strauß bereits in den 50er Jahren propagierte strategische Ziel, die Bundeswehr atomar aufzurüsten bzw. das Verfügungsrecht über Trägerwaffen wie auch nukleare Sprengköpfe durchzusetzen, gehört nach wie vor zu den zentralen Punkten seines politischne Programms. Das Gewicht, das in der außenpolitischen Konzeption der politischen Kräfte um Strauß dem Ausreizen ökonomischer und militärischer Macht beigemessen wird, signalisiert eine große Gefahr für Entspannung und Verständigung zwischen den Völkern, für den Ausbau friedlicher Beziehungen nicht nur mit den sozialistischen Staaten, sondern auch mit den Ländern der Dritten Welt. Gefährdet wären zudem wesentliche der bislang erreichten Positionen und Verständigungsansätze etwa in Fragen des Gewaltverzichts und der Rüstungsbegrenzungen.

Fassen wir zusammen: Das durch Strauß repräsentierte politische Konzept bedroht zentrale freiheitliche und demokratische Prinzipien unserer Verfassung, den Wohlstand und die sozialen Errungenschaften der großen Bevölkerungsmehrheit, den Frieden und die Entspannung. Es bedroht die Einheitsgewerkschaft, emanzipatorische Bewegungen (wie etwa die Frauen- und die Studentenbewegung) sowie demokratische Initiativen (wie z. B. die Bürgerbewegungen gegen einen Atomstaat Bundesrepublik). Die Folgen des „Programm Strauß" sind vorauszusehen – für jeden, der sehen will und die Augen nicht einfach vor der drohenden Gefahr verschließt.

Der Aufruf „GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT!" will auf die Größe der Gefahr hinweisen, will darauf aufmerksam machen, was das Programm von Strauß für unser Land bedeutet, soll verdeutlichen, daß es sich hier um ein politisches Konzept handelt, das politisch und inhaltlich auf die Annäherung an den autoritären Staat und eine weitere umfassende Militarisierung unserer Gesellschaft zielt. Ein Anliegen des Aufrufes ist daneben der Hinweis, daß es hier nicht allein um Strauß und seine Nominierung zum Kanzlerkandidaten, sondern um ein politisches Konzept geht, das von starken Kräften aus Großindustrie und gesellschaftlichen Führungsschichten getragen wird.

Der Aufruf versteht sich zugleich als ein Impuls für Initiativen ähnlicher Art. Allerdings kann die Bewegung „Stoppt Strauß" nur erfolgreich sein, wenn die verschiedenen Initiativen sich nicht als Konkurrenten verstehen, sondern – das gleiche politische Anliegen verfechtend – generell zur Kooperation bereit sind. Von daher sollen durch den Aufruf alle Menschen angesprochen und mobilisiert werden, die gemeinsam und sofort die Verteidigung der politischen und geistigen Freiheit in der Bundesrepublik in Angriff zu nehmen bereit sind.

Insbesondere wenden sich die Unterzeichner an Wissenschaftler, Schriftsteller und alle, die im Bereich von Erziehung und Kultur tätig sind. Allzu deutlich sind die Folgen absehbar, die das „Programm Strauß" und seine Orientierung auf „eine klare Wert- und Lebensorientierung im Elternhaus, in der Schule und durch die Kirchen" für Meinungsfreiheit und Toleranz, für die freie Auseinandersetzung über politische und wissenschaftliche Ideen haben würde.

Die Unterzeichner wenden sich auch an die Gewerkschaften, in der Erwartung, daß dort energisch Initiativen entwickelt werden, um den Vormarsch von Strauß zu stoppen. Gerichtet ist der Aufruf insbesondere auch an emanzipatorische Bewegungen wie die der Frauen und der Studenten sowie Umweltschutz- und Anti-KKW-Initiativen, die allesamt außerordentlich stark von einer Regierung Strauß betroffen wären.

Der Aufruf ist nicht an eine bestimmte Partei oder eine bestimmte Koalition politischer Gruppen gebunden. Er gibt zudem keine Wahlempfehlung. Der Aufruf „GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT!" versteht sich als eine Initiative von Demokraten, die Freiheit und Demokratie durch Strauß und die von ihm repräsentierten Kräfte gefährdet sehen und zur Abwehr dieser Bedrohung von Rechts ihren Beitrag leisten wollen.

Wir wollen kein Utopia der Reaktion. Das ist es, was uns heute einen und zusammenführen muß.

Reinhard Kühnl und Norman Paech

Teheran, die Kurden-Frage und der Konflikt mit den USA

Die Botschaftsbesetzung in Teheran hat Wellen der Empörung vor allem im westlichen Ausland ausgelöst. Den Iranern wird Völkerrechtsbruch vorgeworfen, während die Verbrechen des Schah, die Forderung nach seiner Auslieferung und nach Rückzahlung seines Milliardenvermögens übergangen werden. Im Iran selbst hat der Konflikt mit der Carter-Regierung zu einer Solidarisierung der anti-imperialistischen Kräfte geführt. Davon sind auch die blutigen Auseinandersetzungen in Kurdistan betroffen. Eine Sonderkommission der Regierung hat jetzt einen Waffenstillstand mit den kurdischen Aufständischen ausgehandelt. Als Gegenleistung sicherte Khomeini den Kurden politische, wirtschaftliche und

kulturelle Autonomie zu. Die wichtigste politische Organisation in Kurdistan, die Demokratische Partei Kurdistans (DPK), erklärte ihre Bereitschaft, die Waffen niederzulegen, ausdrücklich mit der augenblicklichen Lage, die eine „Zusammenarbeit aller revolutionären Kräfte des Iran unvermeidlich" mache.

*

„Wenn wir Kurden im bewaffneten Kampf siegen, wird es keine gute Lösung sein, weil sie nur mit Hilfe der Imperialisten zustandekommen kann" – Der Sozialarbeiter aus Sanandatsch, Hauptstadt der Provinz Kurdistan, war bedrückt. Als ich ihn kürzlich bei meiner Reise durchs Kurdengebiet traf, hatte er eigentlich keinen Grund zum Pessimismus: Nicht nur die militärischen Erfolge der Pesch Mergas – wie sich die Kurdenrebellen nennen – waren in den vergangenen Wochen beachtlich. Beeindruckend ist vor allem die völlige Unterstützung, die den Bewaffneten aus der Bevölkerung zuteil wird. Wie Fische im Wasser können sie unter den Bewohnern dieses seit Jahrhunderten unterentwickelt gehaltenen Landstrichs untertauchen oder sich in die wild zerklüftete Berglandschaft zurückziehen. Die Pesch Mergas sind zum Symbol für die Forderung der Kurden nach regionaler Autonomie geworden. Sie sehen sich als Vorkämpfer für alle nationalen Minderheiten im Iran.

Trotzdem wissen die besonneneren Kräfte unter den Aufständischen längst, daß ihr Verlangen nach politischer, wirtschaftlicher und kultureller Selbständigkeit schließlich nicht mit Waffengewalt zu erreichen ist. Noch mangelt es den Kurden nicht an militärischer Ausrüstung. In ihrem Besitz sind Tausende von Gewehren, sind Panzer, Panzerabwehrraketen und Artillerie. Nachschub an Munition wird über die irakische Grenze geliefert.

Doch für einen wirklichen Angriff der Sicherheitskräfte, die Khomeini nach Kurdistan geschickt hat, um den Aufstand unter Kontrolle zu bringen, würden die aus den Waffenlagern des Schah-Regimes erbeuteten Militärgüter nicht ausreichen. Wenn es die iranische Armee wirklich ernst meinte, bliebe den kurdischen Kämpfern nur der Weg in ausländische Abhängigkeit. Außerdem – und das versichern alle politischen Gruppen – soll Kurdistan Teil des Iran bleiben. Je länger aber nur die Waffen sprechen, um so tiefer wird der Graben zum restlichen Land.

Auch die Regierenden in Teheran und Ghom haben eingesehen, daß sich das Kurdenproblem nicht auf dem Schlachtfeld lösen läßt. Weder Drohgebärden noch beschwichtigende Aufrufe des greisen Ayatollah haben das Nomadenvolk dazu gebracht, seine Forderungen nach einem eigenständigen Weg aufzugeben. Im Gegenteil: Bis August waren noch viele Kurden bereit, zu reden. Erst als das Militär und danach die Revolutionsgarde in die Berggebiete entsandt wurden, formierte sich massiver Widerstand unter der Bevölkerung.

Erstmals setzt sich nun die iranische Führung ernsthaft mit den Autonomiebestrebungen der Kurden auseinander. Ansonsten war die bisherige Politik Khomeinis wie auch der zurückgetretenen Regierung Bazargan eher gekennzeichnet von Hilfslosigkeit und schierer Unkenntnis der Situation. Wie auf andere Schwierigkeiten des Landes, waren die so plötzlich an die Macht Gekommenen auch auf die Nationalitätenprobleme in dem Vielvölkerstaat unvorbereitet. Bei der Aussortierung des Trümmerhaufens, als den der Schah das Land verlassen hat, wurde diesem Problem zunächst nur zweitrangige Bedeutung beigemessen.

Die Kurden, mit langer Kampftradition, hatten sich nach der Revolution als erste zu Wort gemeldet. Wenig später stellten auch Balutschen, Aserbeidschaner, Turkmenen, Araber und Türken Forderungen nach Autonomie. Nur in Kurdistan freilich stieß die Regierung auf gut organisierten Widerstand. Vor allem die Demokratische Partei Kurdistans, die un-

ter der Führung von Abdel Rahman Ghassemlou die meisten Kurden hinter sich weiß, bot Teheran die Stirn. Die Partei war vor 34 Jahren gegründet worden und hatte dann auch während der Schah-Zeit im Untergrund weitergearbeitet. Seit 1973 nahm sie aktiv am bewaffneten Kampf teil.

Die Autonomievorstellungen der DKP waren in groben Zügen von Anfang an deutlich: Außenpolitik, Landesverteidigung und langfristige Wirtschaftsplanung sollten von der Zentralregierung geregelt werden. Ansonsten wollten sich die Kurden selbst regieren. Als aus kurdischer Sicht das Anliegen nicht genügend Gehör fand, griff ziviler Ungehorsam um sich. Streiks und Demonstrationen weiteten sich überall aus. Khomeinei reagierte unnachgiebig: Mitte August wurde die DPK verboten und wenig später Militär in das Aufruhrgebiet in Marsch gesetzt.

Auf die Armee jedoch – so zeigte sich bald – war wenig Verlaß. Viele Soldaten weigerten sich, gegen die Bevölkerung vorzugehen; ganze Abteilungen liefen zu den Rebellen über. Mit harter Hand griffen erst die Revolutionsmilizen durch, die daraufhin gen Kurdistan aufbrachen. In ihren Reihen sind – im Gegensatz zu den Streitkräften – kaum Vertreter nationaler Minderheiten zu finden. Bei den Kurden verloren sie jedes Vertrauen, als sie sich dann auch noch für die von Revolutionsrichter Khalkhali verfügten Hinrichtungen zur Verfügung stellten.

Selbst Freunde der Zentralregierung vermuten inzwischen, daß die Ausstände in einigen Kurdendörfern zu vermeiden gewesen wären, wenn sich die Gardisten anders verhalten hätten. Es kursieren Gerüchte, daß sich in ihre Reihen Provokateure eingeschlichen haben, die unter dem Deckmantel des Islam gegen die kurdische Bevölkerung vorgingen. Teile der Milizen wie auch der Armee sollen zudem mit den alten Feudalherren und deren noch immer nicht aufgelösten Privatarmeen zusammenarbeiten.

Provokateure gibt es allerdings auch auf der anderen Seite. Gegen die Truppen der Revolutionsregierung kämpfen beispielsweise die früheren Schah-Generale Palisban und Oweisi. Vom Nachbarstaat Irak wird der Konflikt weiter angeheizt. Bagdad spielt heute die iranischen Kurden gegen die Zentralregierung in Teheran aus, wie es früher der Herrscher auf dem Pfauenthron mit den irakischen Kurden gegen das einstmals progressive Baath-Regime gemacht hat. Linksextreme Gruppen versuchen außerdem, ihr Süppchen auf den berechtigten Forderungen der Kurden zu kochen

Auf die sehr komplexe Situation hat die Regierung Bazargan unterschiedlich reagiert. Das Lager der „Falken" angeführt von Verteidigungsminister Chamran, behielt zunächst die Oberhand. Auch Khomeini stand lange hinter der harten Linie Chamrans, der vor seiner Nominierung als Minister für die militärischen Operationen der Revolutionsgarde in Kurdistan verantwortlich gewesen war.

Neben politischer Einsicht haben wohl auch Zahlen beim Umdenken des Schiitenführers eine Rolle gespielt. Aus kurdischen Kreisen heißt es, bisher habe der Konflikt bei Armee und Milizen etwa 1500 Tote gefordert; auf Seiten der Pesch Mergas jedoch höchstens 100. Außerdem sollen sich 1000 Gardisten als Gefangene in den Händen der Rebellen befinden. So konnte sich nach und nach der frühere Arbeitsminister und noch amtierende Ministerrat Farouhar mit seiner Verhandlungslinie durchsetzen. Farouhar ist selbst Kurde und hatte schon in den vergangenen Monaten inoffizielle Kontakte mit der DPK-Führung wie auch mit dem ebenfalls verbannten sunnitischen Religionsführer Scheich Husseini. Auf Wunsch Khomeinis wurde Farouhar in die Verhandlungskommission aufgenommen, die ursprünglich nur aus dem früheren Innenminister Sabaghian, Verteidigungsminister Chamran und dem Minister für Planung und Budget, Sahabi, bestehen sollte.

Die politischen Gespräche sind unter schwierigen Bedingungen angelaufen. Kein Gesprächspartner kontrolliert ganz die Kräfte, die auf seiner Seite stehen. Das trifft vor allem für die kurdische Delegation zu. Zwar steht der größte Teil der Bevölkerung hinter der Demokratischen Partei. In manchen Ortschaften jedoch haben Fedayin und maoistische Gruppen starke Stützpunkte aufgebaut. Sie lehnen jede Form von Verhandlungen mit der Zentralregierung ab und wollen stattdessen den Guerrillakrieg nach vietnamesischem Muster. Die Einheitsfront dieser Gruppen mit der DPK, geschmiedet gegen das militärische Vorgehen Teherans, hat sich schon zu Beginn der Kontakte als brüchig erwiesen. Während einer dreitägigen Kampfpause, die Ghassemlou Ende Oktober für die Stadt Mahabad erklärt hatte, wurden bei einem Angriff auf eine Armeepatrouille mehr als 40 Soldaten getötet. Die DPK distanzierte sich deutlich von dieser Aktion und schrieb sie „extremistischen Kräften" zu. Aus Kreisen der Maoisten ist mittlerweile angedroht worden, Scheich Husseini und den Parteivorsitzenden der Demokraten umzubringen, falls diese verhandlungsbereit seien.

Good-will-Gesten hat es auch von Regierungsseite gegeben. So wurden die meisten Milizen wie auch die Armeeangehörigen aus den kurdischen Dörfern und Städten herausgezogen und zurück in die Kasernen beordert.

*

Die Ministerdelegation hat inzwischen schon mehrfach mit dem Revolutionsrat zusammengesessen. Auch mit dessen Zustimmung soll Kurdistan regionale Autonomie erhalten. Außerdem wird allen Kurden das Recht auf Unterricht in ihrer eigenen Sprache zugestanden. Die Revolutionsgarden sollen ganz abgezogen und die Polizei nur noch aus der kurdischen Bevölkerung rekrutiert werden.

Zumindest vorübergehend ist jetzt das wichtigste Ziel der Gespräche, die Waffen in ganz Kurdistan zum Schweigen zu bringen, erreicht worden: Die DPK rief am 25. November für 20 Tage einen Waffenstillstand aus. Gleichzeitig bot sie der Zentralregierung an, „all ihre Truppen an der Seite der vorwärts marschierenden Armee zu mobilisieren, um die Unabhängigkeit und territoriale Integrität des Iran für den Fall jedes ausländischen Angriffs auf die Landesgrenzen zu verteidigen".

Wenn der Frieden länger anhält, kann auch das vorgesehene breit angelegte wirtschaftliche Entwicklungsprogramm in Kurdistan anlaufen, für das bereits 65 Mio. Dollar zur Verfügung gestellt wurden.

Noch immer gilt, was Ghassemlou schon vor langer Zeit feststellte. Er schrieb einmal: „Die geschichtlichen Erfahrungen in allen Teilen Kurdistans, und vor allem im irakischen Kurdistan, zeigen, daß der Kampf des kurdischen Volkes wenn er isoliert vom Kampf der Gesamtbevölkerung geführt wird, zum Scheitern verurteilt ist".

Ursula Junk

Erste Gesamteuropäische Umweltkonferenz

Vom 13. bis 16. November 1979 fand in Genf im Rahmen der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) die Erste Gesamteuropäische Konferenz der Umweltminister aus West- und Osteuropa, den USA und Kanada statt.

Die Entstehungs- und Wirkungsgeschichte der Genfer Umwelttagung ist in den Zusammenhang zwischen der KSZE in Helsinki (1975) und ihren Nachfolgetreffen in Belgrad (1977/78) und Madrid

(1980), in den Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa also, einzuordnen.[1]).

In die KSZE-Schlußakte ist im Abschnitt über „Umwelt" das Gebiet der „Bekämpfung der Luftverschmutzung" und innerhalb dieses Kooperationsgebietes der Bereich „Weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung" aufgenommen worden[2]).

In der Folge der KSZE hat die Sowjetunion den Regierungen der Unterzeichnerstaaten den Vorschlag gemacht (Dezember 1975), gesamteuropäische Konferenzen über Umwelt, Energie und Verkehr abzuhalten. Nach mehrjähriger Erörterung der ökonomischen, technologischen und politschen Bedingungen und Konsequenzen solcher Konferenzen stimmten die westlichen Regierungen der Abhaltung einer hochrangigen Umweltkonferenz unter der Bedingung zu, daß sie im Rahmen der ECE durchgeführt werden müsse.

Warum bestand der Westen auf der Forderung, diese Konferenzen im ECE-Rahmen abzuhalten? Die regierungsamtliche Bonner Version lautete, daß die KSZE-Schlußakte mehrfach auf die ECE als wünschenswertes Organ zur Förderung und Koordinierung der beabsichtigten gesamteuropäischen Zusammenarbeit im Umweltbereich Bezug nehme. Dies ist richtig. Anderseits lassen repräsentative Interpretationen westlicher KSZE-Diplomaten des Belgrader Nachfogetreffens den Schluß zu, daß denkbare politisch-ideologische Erfolge des sowjetischen Kooperationsvorschlags – öffentlichkeitswirksame Propagierung des Zusammenhangs von internationaler Umwelt- und Entspannunspolitik – im ECE-Rahmen von vornherein in engen Grenzen gehalten werden konnten[3]).

Im Rahmen der Wirtschaftskommission lassen sich zwar Vereinbarungen über die Vermeidung umweltschutzbedingter Handelshemmnisse im tendentiell expandierenden Ost-West-Handel treffen, weil dessen Förderung seit langem zu ihrer wichtigsten Aufgabe gehört. Aber man muß, wie der Westen dies tat, den internationalen umweltpolitischen Problembereich auf seine industrie-technischen und wissenschaftlichen Aspekte reduzieren, den militärischen Verursachungsaspekt also konsequent ausblenden, um innerhalb des ECE-Arbeitszusammenhangs verhandlungsfähig zu werden und zu bleiben. So nimmt es nicht wunder, daß in der Berichterstattung der bundesrepublikanischen Massenmedien über die Genfer Umweltkonferenz nicht einmal erwähnt wurde, daß die Delegierten aus den RGW-Mitgliedstaaten, aber auch die skandinavischen Vertreter, in ihren Grundsatzbeiträgen auf den ursächlichen Bedienungszusammenhang zwischen Fortschritten in der Umweltpolitik und im Entspannungsprozeß eingingen.

Nach mehr als einjährigen Verhandlungen der ECE-Umweltberater einigten sich die Mitgliedsländer auf der 34. ECE-Generalversammlung im April d. J., nachdem zuvor der thematische Kooperationsbereich entschieden worden war, auf den Text eines Konventionsentwurfs über „Weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung" (WGL) und eines Resolutionsentwurfs über WGL sowie eines Deklarationsentwurfs über abfallarme, abfallfreie Technologien und Recycling.

Auf der Umweltkonferenz in Genf sollten die Umweltminister Gelegenheit haben, die jeweiligen nationalen Umweltpolitiken darzustellen und ihre intersystemaren Kooperationsbezüge zu erläutern. Vor

1) H. Volle/W. Wagner (Hrsg.), Das Belgrader KSZE-Folgetreffen. Der Fortgang des Entspannungsprozesses in Europa, Bonn 1978.

2) H. Volle/W. Wagner (Hrsg.), Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Beiträgen und Dokumenten, Bonn 1976, S. 259 f. („Schlußakte").

3) Vgl. die Analysen von Günter van Well, Per Fischer, u. a., in: Volle/Wagner (Hrsg.), a.a.O.

allem aber sollte durch ihre Anwesenheit die politische Bedeutung der Unterzeichnung der Konvention über Luftverschmutzung sowie der Deklaration über „umweltfreundliche Technologien" hervorgehoben werden. „Es ist wohl nicht vermessen zu hoffen", formulierte Minister Baum am Ende seiner Rede, daß die Konvention und die Deklaration „auch als Modell für Problemgebiete in anderen Regionen dienen können"[4]). Eine Darstellung und Bewertung der wichtigsten Regelungen der Konvention über grenzüberschreitende Luftverschmutzung berechtigt allerdings zu Zweifeln an dieser Vorbildfunktion.

Die Konvention sieht u. a. vor:
1. Die Zusammenarbeit der Vertragsstaaten im Kampf gegen Luftverschmutzung durch
– gegenseitige Information und Konsultation;
– eine verstärkte Erforschung der Wirkungen luftverunreinigender Stoffe, die Verbesserung und den Ausbau der Meßtechnik sowie die Entwicklung „sauberer" Technologien.
2. Die Ausrüstung neuer für die Luftverschmutzung bedeutsamer Anlagen nach dem Stand der Umweltschutztechnik.
3. Eine Bemühensklausel, die Luftverschmutzung in den Vertragsstaaten nicht anwachsen zu lassen, sondern nach Möglichkeit zu verringern.
4. Folgearbeiten im Rahmen der ECE-Umweltberater mit Unterstützung des ECE-Sekretariats.

Die Resolution über Luftverschmutzung sieht u. a. vor:
1. Sicherstellung der Finanzierung der Folgearbeiten.
2. Bemühen, nationale Luftreinhaltepolitiken einander anzunähern.
3. Regelmäßige Überprüfung der nationalen Erfolge auf dem Gebiet der Luftreinhaltung.

4) Gerhard Baum, Manuskript seiner ECE-Rede v. 13. 11. 79, S. 1.

ATHENÄUM · HAIN

Neuerscheinungen Herbst 1979

François Borella
Frankreichs politische Parteien heute
Herausgegeben von Herbert R. Ganslandt
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 2
1979. Ca. 220 Seiten. kt. ca. DM 32.–
ISBN 3-7610-8222-3 (Athenäum)

Ronald Inglehart
Die stille Revolution
Vom Wandel der Werte
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 6
1979. Ca. 280 Seiten. kt. ca. DM 36,–
ISBN 3-7610-8225-8 (Athenäum)

Heino Kaack/Reinhold Roth (Hrsg.)
Parteien-Jahrbuch 1976
Dokumentation und Analyse der Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik Deutschland im Bundestagswahljahr 1976
Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Band 22
1979. Ca. 600 Seiten, kt. ca. DM 78.–
ISBN 3-445-01835-9 (Hain)

Bereits erschienen

Karlheinz Koppe
Mehr Europa – Weniger Bürokratie
Eine Gemeinschaft erstickt an sich selbst
Mit einem Vorwort von Hendrik Brugmans
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 3
1978. 122 Seiten, kt. DM 19,80
ISBN 3-7610-8215-0 (Athenäum)

Friedrich von Krosigk
Multinationale Unternehmen und die Krise in Europa
Eine Untersuchung zum ökonomischen Strukturwandel und seine politischen Folgen im Rahmen des europäischen Regionalismus
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 4
176 Seiten, kt. DM 38.–
ISBN 3-7610-8216-9 (Athenäum)

Franz Lehner
Grenzen des Regierens
Eine politisch-ökonomische Studie zur Steuerungsproblematik hochindustrialisierter Demokratien
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 5
1979. Ca. 250 Seiten, geb. ca. DM 38,–
ISBN 3-7610-8221-5 (Athenäum)

Dietmar Schössler/Erich Weede
West German Elite Views on National Security and Foreign Policy Issues
Sozialwissenschaftliches Forum, Band 1
1978. 128 Seiten, DM 36,–
ISBN 3-7610-8207-X (Athenäum)

Verlagsgruppe
Athenäum · Hain · Scriptor · Hanstein
Postfach 1220, D-6240 Königstein/Ts.

Nach regierungsamtlicher Diktion tragen Konvention und Resolution „den deutschen Interessen in vollem Umfang Rechnung", weil sie den „Umweltschutz auf diesem Gebiet weiterbringen, ohne berechtigte wirtschaftliche Interessen zu gefährden"[5]). Wodurch „berechtigte wirtschaftliche Interessen" der bundesrepublikanischen Industrie, des Handels und der Banken gefährdet werden könnten, hat Gerhard Baum in seiner Genfer Rede ausgeführt. „Nationale Wirtschaften stehen in Konkurrenz zueinander. Letzten Endes werden überall – auch in den Staaten, die sich international besonders stark für den Umweltschutz engagieren – nicht die Güter gekauft und verkauft, die am umweltfreundlichsten hergestellt wurden, sondern die bei vergleichbarer Qualität am billigsten sind. Dies kann dazu führen, daß gerade die Produzenten einen Wettbewerbsnachteil erleiden, die sich besonders umweltfreundlich verhalten. Besonders nachteilig bemerkbar macht sich dies bei den Staaten, die stark industrialisiert sind und deren Wirtschaft exportorientiert ist. Von der Wirtschaftskraft gerade dieser Staaten profitieren wir aber alle, vornehmlich die Völker, deren wirtschaftliches Potential noch nicht weit genug entwickelt ist und die auf unsere Hilfe angewiesen sind."[6]) Nach dieser atemberaubenden umweltpolitischen Logik ist unverständlich, warum die Konvention den „deutschen Interessen" entsprechen soll. Die Konsistenz der Baumschen Argumentation legt doch den umgekehrten Schluß nahe: Je stärker die Umweltverschmutzung, desto stärker die Wirtschaftskraft, und je größer der Profit aus der Wirtschaftskraft, desto umfangreicher die Entwicklungshilfe. Gewiß, so wird es nicht gemeint sein . . . Gemeint war aber unmißverständlich, daß der „deutsche Vorschlag, neue für die Luftverschmutzung bedeutsame Anlagen nach dem neuesten Stand der Umwelttechnik, soweit wirtschaftlich vertretbar, auszurüsten", die „wesentlichste direkte Maßnahme der Konvention" darstellen soll[7]).

Es mag die nach Bonner Ansicht „wesentlichste direkte Maßnahme" sein, aber ob sie „im internationalen Bereich ein bedeutender Schritt nach vorne" ist, wie Minister Baum in seiner Rede behauptete, darf man nach den einschlägigen Erfahrungen mit dieser Umweltschutzrechts-Konstruktion (etwa im Bundesimmissionsschutz-Gesetz) bezweifeln. Ihr entscheidender Mangel bleibt, daß sie die Entsorgungsvariante des industriell-technologischen Umweltschutzes legitimiert, wodurch selbst die systemkonforme Variante des strukturpolitischen Umweltschutzes, die z. B. der DGB favorisiert, umweltpolitisch ausgeblendet bleibt. Effekt: Das Industrie-Kapital mit seiner jüngsten Verwertungsbranche, der Öko-Industrie, bestimmen selber „die Wirkungsweise, den ökologischen Ansatzpunkt und das Ausmaß der erreichbaren Emissionsreduzierung"[8]).

Die erstaunlich weitreichende Akzeptanz dieser westlichen Umweltposition (und der dahinter stehenden Umweltinteressen) durch die RGW-Staaten in Genf hat ihre Vorgeschichte. Deren wichtigstes Ergebnis läßt sich so zusammenfassen: Das von der NATO, der OECD und der EG zwischen 1969 und 1973 entwickelte Umweltverständnis konnte während der KSZE in Helsinki zur Grundlage für die Kooperation im Umweltbereich gemacht werden. Es gelang damals den westlichen Teilnehmerstaaten, die Mitgliedsländer des RGW in ein System internationaler Umweltkooperation einzubinden, das entscheidend nach Maßgabe westlicher Industrie- und Handelsinteressen gestaltet wird. Daraus wird in der Öffentlichkeit der konvergenztheoretisch begründete

5) „Umwelt. Informationen des Bundesministers des Innern", v. 6. 9. 1979, S. 44.
6) Gerhard Baum, a.a.O., S. 2.
7) Umwelt, a.a.O., S. 44.
8) Jürgen Gerau, Politische Ökologie der Industrialisierung des Umweltschutzes, in: Martin Jänicke (Hrsg.), Umweltpolitik, Opladen 1978, S. 128.

Schluß gezogen, die sozialistischen Staaten betrachteten die Bewältigung der Umweltproblematik eben auch als systemunabhängige, weil bloß technologisch begründbare Reformstrategie. Tatsächlich scheint die Bereitschaft der RGW-Staaten zur Teilnahme an der Genfer Umweltkonferenz aber eher ihrem Entspannungs- als ihren Umweltinteressen geschuldet[9]).

Vor diesem Hintergrund wird man möglicherweise den entscheidenden Mangel der Konvention über Luftverschmutzung sehen müssen: Darin fehlt jeder Hinweis auf anzustrebende Umweltqualitätsnormen (Emissions- und Immissionsstandards[10]). Hätten sich die ECE-Mitgliedländer *in* der Konvention über WGL auf Schadstoff-Standarts geeinigt, hätte dies den westlichen Regierungen *direkte* Eingriffe in den privatwirtschaftlichen Stoffhaushalt (Rohstoff-, Energie- und Schadstoff-bilanzen) ermöglicht.

Da diese umweltpolitisch naheliegende Forderung offenbar gesamteuropäisch nicht durchsetzbar war, wundert es niemanden mehr, daß im Kooperationsbereich „umweltfreundliche Technologie" nur eine Deklaration, eine Absichtserklärung zustandekam. In der Deklaration über „abfallarme und abfallfreie Technologien und die Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen" finden sich u. a. folgende Empfehlungen:

1. Die gegenseitige Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Bereich abfallarmer Technologien und Recycling.
2. Anwendung entsprechender Technologien in bestimmten Industriebereichen mit beträchtlichen Auswirkungen auf die Umwelt.
3. Förderung industrieller Zusammenarbeit und Austausch von Erfahrungen auf diesem Gebiet.
4. Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Austausches von Abfällen (Abfallbörse).

Der Deklaration liegt anscheinend die Innovationsvariante des technologischen Umweltschutzes zugrunde. (Über die unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen der Entsorgungs- bzw. Inoovationsvariante informiert J. Gerau[11].)

Was läßt sich zur umweltpolitischen Perspektive der Genfer Konferenz sagen? Es wurde bereits darauf verwiesen, daß als Folge der KSZE die bisherige gesamteuropäische Umweltpolitik entscheidend vom westlichen Problemverständnis und der damit legitimierten Lösungskonzeption geprägt wurde. Das hat zwar die Entscheidung für die Verhandlung und Regelung gemeinsam interessierender Umweltprobleme im ECE-Rahmen ermöglicht, aber die meisten Repräsentanten der Mitgliedländer dürften sich darüber klar sein, daß die Erörterung und Lösung prozeduraler und technologischer Einzelaspekte der in der KSZE-Schlußakte festgelegten gesamten Umwelt-Kooperationsgebiete nur als erster, überaus bescheidener Schritt auf einem langem Weg zu problemadäquaten, d. h. gesellschaftlichen Lösungen verstanden werden können. Ob die ECE als Verhandlungs- und Koordinierungszentrum gesamteuropäischer Zusammenarbeit in Umwelt-, Energie-, und Verkehrsbereichen taugt, wenn deren komplexe Verursachungs- und Bewältigungszusammenhänge auf die Tagesordnung von Nachfolgekonferenzen gesetzt werden, bleibt auch dann zweifelhaft, wenn man zur Kenntnis nimmt, daß die Erste Gesamteuropäische Energiekonferenz 1980 im Rahmen der ECE stattfinden soll.

Knut Krusewitz

9) Vgl. dazu die Studie von Josef Füllenbach (politisch unverdächtige Interpretation der Beziehung), „Umweltschutz zwischen Ost und West", Bonn 1977.
10) Über die umweltpolitisch-strategische Bedeutung dieser Frage neuerdings: Helmut Weidner/Peter Knoepfel, Politisierung technischer Werte – Schwierigkeiten des Normbildungsprozesses an einem Beispiel (Luftreinhaltung) der Umweltpolitik, in: „Zeitschrift für Parlamentsfragen", 6/1979, S. 160–170.
11) Ebd.

Deutsches Küchenlied

Es wohnt ein Mann im Nachbarhaus
Und der sieht gar nicht dämlich aus
Er heißt zwar nicht Franz-Josef Strauß
Doch oft sieht er so ähnlich aus
Wenn er im Garten schimpft und schreit
Es wäre wieder mal so weit
Daß überall die rote Flut
Dem deutschen Volke schaden tut

Dann kommt die alte Jauche wieder raus
Die Argumente für Herrn Dr. Strauß
Der Mann ist klug der Mann ist stark
Der ganze nationale Quark:

Refrain:
Da brauchts kein Braunhemd
Und keinen strammen Gruß
Keinen Ehrendolch
Und keinen Führerschmus
Nur ein kleines Minderwertigkeitsgefühl
so dann und wann
Denn Faschismus fängt schon in der
Küche an.

Und vis-a-vis wohnt eine Frau
Sehr nett und auch von gutem Bau
Zeigt weiße Zähne wenn sie lacht
Doch ach wenn sie den Mund aufmacht
Der Brandt ist schlecht die Jusos dreist
Und Carlo Schmidt total vergreist
Doch was das Allerschlimmste ist
Der Wehner ist doch Kommunist

Dann gehn die alten Sprüche wieder los
Die Sprüche aus dem alten Spießerschoß
Der Strauß hat Saft der Strauß hat Kraft
So schreit die ganze Frauenschaft:

Refrain:
Da brauchts kein Braunhemd . . .

Auch treff ich öfter einen Herrn
Der liest den *Spiegel* und den *Stern*
Er kennt die Welt und weiß Bescheid
Von Zukunft und Vergangenheit
Es käme sagt er jetzt drauf an
Dem wirklich allerbesten Mann
Die Chance zu geben um zu zeigen
Daß Deutschlands Aktien wieder steigen

Nun stehn die Nobel-Nazis wieder auf
Und rennen wieder überall zuhauf
Der Strauß ist dick der Strauß ist rund
Und macht das Kapital gesund:

Refrain:
Da brauchts kein Braunhemd . . .

Auch kommen junge Leut' daher
Empfinden's gar nicht als Malheur
Beim Flippern und beim Discosound
Wird man ganz still und hört und staunt
Es wäre ihnen einerlei
Da Politik doch Quatscherei
Was heißt hier dummer Eigennutz
Der Strauß haut wenigstens auf den Putz

Nun kommt der alte Mechanismus
wieder dran
Wer keinen Vater hat der sucht sich einen
Mann
Der Strauß ist echt macht reinen Tisch
Die andren sind doch weder Fleisch noch
Fisch:

Refrain:
Da brauchts kein Braunhemd . . .

So zieht der deutsche Wohlstandsmensch
Durch Nacht und Saus und Braus und Suff
Durch dünn und dick mit feuchtem Blick
In Dr. Straußens Pseudo-Freiheits-Puff

Und schließlich geht selbst Helmut
Schmidt
In diesem Geisterzuge mit
Weil oben unten alles brüllt
Der Strauß der ist doch halb so wild:
Jaaaaa

Refrain:
Da brauchts kein Braunhemd . . .

Und nun zu uns
(Im Saale hier)
Um uns nicht edel auszusparen
Faschismus ist
Ihr werdet lachen –

Wir haben alle noch viel gut zu machen!

Hanns Dieter Hüsch

Abkehr vom Helsinki-Kurs?

Hauptkriegsschauplatz Bundesrepublik – oder: Realisierung eines umfassenden europäischen Friedensprogramms

Von Gerhard Kade

Die Jahreswende 1979/80 ist mehr als in vergangenen Jahren voller Ungewißheiten. Diejenigen, die um alles in der Welt „Pershing 2" und „Cruise Missiles" auf deutschem Boden haben wollen, tun zwar so, als streckten sie mit der geballten Faust zugleich die offene Hand zu Verhandlungen mit dem Osten aus. Aber gerade die Art und Weise dieser Geste symbolisiert deutlich die Schatten, die in zunehmendem Maße das Bild der Helsinki-Landschaft verdüstert haben.

Die Schlußakte von Helsinki verpflichtet alle Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Anstrengungen zu unternehmen, um die militärische Konfrontation zu verringern und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung beizutragen. Die Realisierung der Schlußakte ist nur in der Koppelung ihrer beiden Kernbegriffe Sicherheit und Zusammenarbeit denkbar. Man kann nicht sagen, daß es sowohl vor dem Ersten als auch vor dem Zweiten Weltkrieg keine Zusammenarbeit zwischen den Völkern und Staaten Europas gegeben hätte. Doch die Zusammenarbeit hat nicht vor den Kriegen geschützt; sie war kein Friedens-Freibrief und konnte es nicht sein, weil ihr die Komponente Sicherheit fehlte.

Auch an dieser Frage scheiden sich die Geister: Was ist Sicherheit? Zwar haben auch Spitzenpolitiker der Regierungskoalition, die man gern als Realpolitiker bezeichnet hat (und die sich streckenweise sogar als solche erwiesen), zwar haben auch sie hin und wieder sehr richtig formuliert, daß die eigene Sicherheit heutzutage nicht ohne Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der anderen Seite zu realisieren sei. Aber vom Wort zur Praxis scheint es ein weiter Weg. Von Realpolitik in Bonn bliebe nur eine betrügerische Hülle, wenn man fortfährt, neue amerikanische Atomraketen als Druckmittel zu preisen, wenn man Abrüstungsverhandlungen lediglich als mehrjährigen „Zeitvertreib" betrachtete, bis man dann die Katze aus dem Sack läßt und die Stationierung zusätzlicher Atomraketen Realität ist.

Was man in den NATO-Stäben auch immer an märchenhaften „Legitimationen" der Aufrüstung herbeizaubern mag, wieviel Buhmänner „hinter Mauer und Stacheldraht" man den in Antisowjetismus trainierten Bürgern unseres Landes auch vorführt: Diese neuen schrecklichen Waffen aus Nordamerika, deren Einführung im Rahmen des Langzeit-Rüstungsprogramms der NATO niedlich als Modernisierung der „regional gebundenen Nuklearstreitkräfte" beschrieben wird, diese „Modernisierung" ist und bleibt der Versuch, das be-

stehende militärische Kräfteverhältnis zu verändern. Er destablisiert die Lage in Europa, schafft Ungleichgewichte und demzufolge entsprechende, unausbleibliche Reaktionen der anderen Seite.

Die Politik des „Aufrüstens und Verhandelns", des „Faust und Hand" ist mit Helsinki nicht vereinbar. Sie entspricht der Revision der Entspannungspolitik, die durch die entspannungsfeindlichsten Kräfte bekanntlich bereits eingeleitet wurde, als die Tinte der Unterschriften unter der Schlußakte von Helsinki kaum trocken war. Zunächst konzentrierten sie sich auf die Unterminierung des in Helsinki beschlossenen Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten in Belgrad. Dort sollte – nach der entsprechenden propagandistischen Vorarbeit – ein konzentrierter Angriff auf die Grundlagen der Entspannung erfolgen. Mit der Formulierung von sogenannten „Ausführungsbestimmungen" zur Schlußakte wollten sich die Fortsetzer der „Roll-Back"-Doktrin gewissermaßen völkerrechtliche Grundlagen für die Einmischung in innere Angelegenheiten der Ostblockländer erschleichen. Dieser Plan ging nicht auf.

Die Schlußakte als grundlegendes Dokument der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung konnte durch das gemeinsame Wirken der – nicht nur an einem Scheinfrieden interessierten – realistisch denkenden Kräfte in ihrer Unteilbarkeit erhalten werden. Gewisse Leute in den Chefetagen der Rüstungskonzerne und deren Lobby, die in der Entspannungspolitik die Möglichkeit einer – nur mit anderen Mitteln realisierten – Aggressionspolitik gesehen hatten, zogen enttäuscht ihre Hand von dem für sie untauglichen Sproß Entspannung zurück. Am sinnigsten hat wohl diesem Abgesang die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 28. Februar 1979 journalistischen Ausdruck verliehen in dem Beitrag „Entspannung am Ende", in dem der Autor bezeichnenderweise schrieb: „Man kann die Entspannung nicht mit Abrüstung füttern."

Aber womit denn sonst? Nach dieser Lesart ist Entspannung nur gut, solange sie mit Rüstung „gefüttert" werden kann. Die Parole „Faust und Hand" entspricht dem ebenso wie die nur etwas „wissenschaftlicher" klingende Doktrin des US-Präsidenten „Entspannung und Konfrontation". Entspannungspolitiker beider Seiten, die es ernst mit Helsinki meinen, darunter wiederholt Leonid Breschnew, haben hingegen mit Recht darauf hingewiesen: Der mit der Schlußakte von Helsinki verbundene politische Prozeß der Minderung der internationalen Spannungen und die gleichzeitige Eskalation des Wettrüstens sind zwei entgegengesetzt verlaufende Handlungslinien, die absehbar zu Komplikationen führen müssen; ohne die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische Entspannung kann es keine vertrauensvolle und dauerhaft friedliche europäische Zusammenarbeit geben! In Helsinki wurde unterschrieben, „den Prozeß der Entspannung zu erweitern, zu vertiefen und ihn fortschreitend und dauerhaft zu machen". Diese Dauerhaftigkeit ist ohne Abrüstung nicht erreichbar.

Im Vorfeld markanter Ereignisse des Jahres 1980 – eines davon ist das nächste Helsinki-Folgetreffen in Madrid – möchten die NATO-Militärs soviel vollen-

dete Tatsachen wie möglich schaffen: Sie gingen voll auf Konfrontationskurs. Kanzlerkandidat F. J. Strauß assistierte dabei: Er bezeichnete die Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik als heilsame „Medizin". An der Regierung bemängelte er eigentlich nur, daß sie die Raketen notfalls nicht auch allein nehmen will, während er ansonsten Kanzler Schmidt, was die NATO betrifft, nachgerade als Vollstrecker seiner Ideen rühmte. Das beängstigende an all diesen „Ideen" ist neben der Gefahr selbst die Unbedenklichkeit, mit der die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland über die wirklichen Gefahren der Atomraketen-Entscheidungen getäuscht wurde und wird.

In einem Artikel in „Die Zeit" vom 16. November 1979 kam Carl Friedrich v. Weizsäcker zu dem Schluß, daß der Hauptgrund für die Zurückhaltung verschiedener Parlamente Westeuropas gegenüber den neuen Mittelstreckenraketen die Besorgnis sei, „durch diese Waffen eher bedroht als beschützt zu werden". In der sozialliberalen Koalition wurden solche Besorgnisse verdrängt. Man steht dem NATO-amerikanischen Druck gegenüber stramm und wirkt als Erfüllungsgehilfe, indem man selbst Druck auf andere NATO-Partner ausübt, anstatt frei entscheiden zu lassen – welch eine Partnerschaft!

Und welch ein hinterhältiges Spiel seitens der NATO-Führungsmacht USA gegenüber Europa!

3654 USA-Wissenschaftler haben vor wenigen Wochen die Ratifizierung des SALT II-Abkommens durch den USA-Senat verlangt. Zu den Unterzeichnern, die ihre Forderung an Vizepräsident Mondale im Weißen Haus überreichen ließen, befanden sich 21 Nobelpreisträger, 300 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften der USA, und es waren Physiker dabei, die am Bau der ersten USA-Atombombe seinerzeit mitgewirkt haben. Es handelte sich also um Leute, die über die furchtbare Wirkung von Atomraketen – seien es nun solche interkontinentaler Bauart, wie sie durch SALT II beschränkt werden, oder seien es Mittelstreckenraketen, wie sie nun nach Westeuropa in neuer Qualität hineinstationiert werden sollen – Bescheid wissen.

Diese Fachleute begreifen – und sie haben es mit ihrer Unterschrift bekundet – daß ein Kernwaffenkrieg zwischen den USA und der Sowjetunion tödlich wäre, für beide Seiten. Sie wollen ein solches Schicksal vom amerikanischen Volk abwenden. Sie wollen den Atomtod von sich fernhalten. Das ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Bürgerpflicht. Sie wissen, was für die USA gut ist. Und das wissen selbst jene Kreise des US-Rüstungskapitals, die aus Gründen der Selbsterhaltung – wenn auch nicht freudig – darauf verzichten, zu den selbstmörderischen extremen Gegnern von SALT II gezählt zu werden.

Heißt das aber, daß diese Kreise ihr Geschäft aufgeben? Die Sicherheit, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen, gilt den Rüstungsprofiteuren bei anderen nichts. Das Geschäft – so entschlossen sie sich – wird geographisch umdisponiert: Der Hauptkriegsschauplatz vom heimatlichen USA-Boden nach Westeuropa verlegt – so wie es die US-Amerikaner weiland von zwei vorangegangenen Weltkriegen kennen, die sie, zwar nicht unbeteiligt, aber doch im wesentlichen aus sicherer Ferne betrachtet hatten.

Es wäre allerdings zu einfach, zu sagen, Carter hätte damit seinen Rüstungsmilliardären nichts weiter als das große Geschäft auf dem Euro-Raketenmarkt gesichert. Dieses willkommene Geschäft trifft vielmehr zusammen mit den veränderten strategischen Überlegungen des Pentagon. Niemand hat dort offenbar den Gedanken, das militärische Gleichgewicht zugunsten der NATO einseitig zu verändern, aufgegeben. Die Mentalität der amerikanischen Militärs hat sich in der NATO offenbar gut mit der professionellen Abenteuerlichkeit militaristischer deutscher Militärtradition und deren Ostdrang vermischt. Mit China im Osten der Sowjetunion, mit einer von Atomwaffen starrenden NATO-Gruppierung mit dem Spitzenreiter Bundesrepublik im Westen, ergänzt durch die 386 US-Militärstützpunkte an den übrigen Grenzen zur UdSSR, mit einem solchen Aufgebot hoffen die NATO-Generale, die Rolle des Weltgendarmen zurückgewinnen zu können.

Diese Pläne mögen sich mit denen der zu jedem Risiko entschlossenen europäischen Rechtskräfte decken, die ihre stärkste Stütze in den restaurativen Elementen der Bundesrepublik besitzen. Ist denn aber diese Interessenverlagerung der USA identisch mit den Interessen der Bevölkerung Westeuropas und speziell der Bundesrepublik, die den Hauptanteil der rund 600 neuen Nuklearraketen der USA – zusätzlich zu den ohnehin vorhandenen – aufnehmen möchte? Braucht unser Land eine „Nachrüstung" mit neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen? Diese „Nachrüstung" ist eine Erfindung für leichtgläubige Gemüter. Wer sich jedoch informieren will, der kann unschwer – und unsererseits verbürgt – nachlesen, daß bisher die USA immer in der Vorhand waren, wenn es um die Rüstung ging. Sie produzierten als erste die Atombombe. Und sie zündeten als erste und einzige die Atombombe gegen Menschen. Sie fertigten 1953 die erste Mittelstreckenrakete. Sie stationierten sie als erste im westeuropäischen NATO-Bereich. Sie brachten als erste Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen in Stellung. Sie fluteten als erste Atom-U-Boote; sie begannen 1979 die MX-Rakete zu entwickeln. Ist es nicht klar und logisch, daß mit zusätzlichen Atomraketen auf unserem Kontinent die Gefahr eines nuklearen Gegenschlages voll auf das Territorium Westeuropas gelenkt wird? Warum wird die Wahrheit, daß die Bundesrepublik damit zum Hauptkriegsschauplatz eines Atomkrieges würde, vor der Öffentlichkeit verheimlicht? Warum wird verheimlicht, daß mit diesen Raketen das vorhandene militärische Gleichgewicht gestört wird?

Führende Politiker des Westens haben oft genug betont, daß ein militärisches Gleichgewicht existiert:

Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Wir haben . . . in Europa die Bedingungen des politischen und militärischen Gleichgewichts geschaffen, die unsere Sicherheit erfordert." („Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung", vom 24. Oktober 1979.)

US-Präsident J. Carter: „Unsere nationalen Verteidigungskräfte werden von niemandem in der Welt übertroffen. Diese Verteidigungskräfte sind heute stärker als vor zwei Jahren. . . ." (UPI vom 1. Oktober 1979).

SPD-Abrüstungsexperte Alfons Pawelczyk: „Das gegenwärtige strategische Kräfteverhältnis ist insgesamt stabil." („Frankfurter Rundschau" vom 7. September 1979).

Die gleichen Leute, die dieses Gleichgewicht bestätigen, sind andererseits Verfechter einer sogenannten Nachrüstung, weil die sowjetischen Mittelstreckenraketen „SS 20" angeblich zu irgendeinem Zeitpunkt die NATO bedrohten. Warum verschweigen sie, daß auf dem Territorium des europäischen Teils der Sowjetunion in den letzten zehn Jahren die Zahl der Kernwaffenträger mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein einziges Flugzeug erhöht worden ist? Warum wird verschwiegen, daß die Zahl der Startrampen wie auch die Stärke der nuklearen Ladungen dieser Raketen sogar etwas verringert wurden und auch die Zahl der Mittelstreckenbomber reduziert wurde? Warum wird die interessante Tatsache außer acht gelassen, daß die Sowjetunion derartige Mittel auf Territorien anderer Staaten überhaupt nicht stationiert hat? Was schließlich die „SS 20" betrifft, so wird von kompetenter sowjetischer Seite glaubwürdig erklärt, daß diese bei uns so bezeichneten Raketen für die Erfüllung derselben Aufgaben bestimmt sind wie die Mittelstreckenraketen alten Typs, die sie ersetzen. Sie kompensieren nicht mehr und nicht weniger als das vorhandene Arsenal vorgeschobener amerikanischer Nuklearwaffen sowie entsprechender Waffensysteme Großbritanniens und Frankreichs. Übrigens hat – und das verstärkt die Glaubwürdigkeit ihrer Versicherungen – die Sowjetunion mehrfach vorgeschlagen, in Verhandlungen über diese Waffenkategorien einzutreten, ohne daß es in den vergangenen Jahren darauf eine positive Antwort des Westens gab. Was speziell die Bundesrepublik betrifft, so ist ihre Verfilzung mit der NATO offenbar so stark, daß sie keinerlei Spielraum für souveräne Antworten, für souveräne Handlungen besitzt. Ob bei internationalen Verhandlungen in Wien oder in Genf – immer wieder in den vergangenen Jahren trat sie als Bremser in Erscheinung. Auch ihr Auftreten bei den regulären NATO-Tagungen brachte immer nur neuerliche Aufrüstung und förderte keinen einzigen vernünftigen Abrüstungsvorschlag zutage. Solche Initiativen kamen immer wieder nur aus dem Osten.

Es sei daran erinnert: Zum gleichen Zeitpunkt, da seinerzeit in New York die Abrüstungs-Sondertagung der UNO-Vollversammlung stattfand, faßte in Washington die NATO-Gipfelkonferenz 1978 den Beschluß über das sogenannte „Langzeit-Verteidigungsprogramm", ein Programm zur Eskalation des Wettrüstens.

Es umfaßt 300 Einzelmaßnahmen, die mittelfristig bis 1984 und langfristig bis 1995 geplant sind. Allein für die 80er Jahre sind – zusätzlich zu den ohnehin hohen Militärbudgets der Mitgliedsländer – mindestens 80 Mrd. Dollar für militärische Investitionen vorgesehen. Gefordert wird für diesen Zweck die – inflationsbereinigte – jährliche Steigerung der Militärausgaben um 3% in jedem Mitgliedsstaat. Das Programm umfaßt die beschleunigte Ausrüstung der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der NATO in Europa mit einer neuen Waffengeneration. Es hat die Einführung neuartiger Kernwaffensysteme für den taktischen, operativen und strategischen Einsatz, darunter neue Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis in die Tiefe der Sowjetunion vorgesehen.

Ein weit ins Hinterland des Ostblocks reichendes Spionageflugzeugsystem AWACS (Airborn Warning and Control System) soll in Dienst gestellt werden. Die Kampfkraft der US-Truppen, vor allem in der Bundesrepublik, wird durch die Stationierung zusätzlicher Kampfbrigaden (als Kern eines weiteren Armeekorps), durch die Verlagerung von weiterem schweren Kriegsgerät für drei Divisionen in Depots der Bundesrepublik, durch die Erweiterung der Lufttransportkapazität für die „Big-Lift"-Operationen und weitere Maßnahmen verstärkt. Eine neue Heeresstruktur der Bundeswehr soll die Zahl der Kampfbrigaden auf 36 erhöhen.

Wohl wissend, daß ein relatives militärisches Gleichgewicht der Streitkräfte des Warschauer Vertrags und der NATO in Europa bestand, beschloß die NATO ihre gewaltigen Rüstungsmaßnahmen, unter ständiger Beschwörung einer angeblichen „Gefahr aus dem Osten".

Am 23. November 1978 beschlossen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags die Moskauer Deklaration. Darin wird festgestellt, daß das Rüstungsprogramm der NATO-Ratstagung vom Mai 1978 sowie andere NATO-Aktionen darauf gerichtet sind, die militärische Überlegenheit über die sozialistischen und anderen Länder der Welt zu erringen. Dennoch brachten sie ungeschmälert ihre Bereitschaft zum Ausdruck, sofort Verhandlungen über die Einstellung der Produktion aller Arten von Kernwaffen und über die allmähliche Reduzierung der Kernwaffenvorräte bis hin zu ihrer vollständigen Liquidierung aufzunehmen. Ebenso müsse das Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten sowie der Verzicht aller Staaten auf Gewaltanwendung in den gegenseitigen Beziehungen angestrebt werden. Neben vielen anderen internationalen Vorschlägen wurde in der Deklaration erklärt, daß die Ostblockstaaten bereit sind, auch Verhandlungen über solche Aspekte der Einstellung des Wettrüstens zu führen, über die bisher nicht verhandelt wurde.

Die NATO-„Antwort" beinhaltete wiederum nichts Klügeres als Beschlüsse über die verstärkte Realisierung des Langzeitprogramms. Die Rüstungsausgaben wurden zu diesem Zweck ständig erhöht. Der Etat der Hardthöhe stieg von rund 35 Mrd. DM im Jahr 1978 auf etwa 40 Mrd. DM 1979, wobei etwa ein Drittel für militärische Investitionen verwendet werden. Nach den NATO-Kriterien werden mehr als 60 Mrd. DM für „Verteidigungs"-Zwecke ausgegeben. Die nukleare Planungsgruppe der NATO (NPG), die am 24. und 25. April 1979 in der US-Luftwaffenbasis in Homestead (Florida) tagte, trieb die Forderung nach der sogenannten „Modernisierung" der Kernwaffen in Mitteleuropa wieder ein Stück weiter. Es wurde vorgesehen, die Fragen der Stationierung und Finanzierung bis Ende 1979 endgültig zu regeln.

Wiederum blieb es dem Osten vorbehalten, erneut und sachlich Verhandlungsvorschläge zu formulieren. Das geschah in der Rede, die der Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, am 6. Oktober 1979 auf der Festveranstaltung zum 30. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin hielt. Breschnew erläuterte dort ein Programm, das die sozialistische Staatengemeinschaft den Völkern ganz Europas zur Fortsetzung der Entspannung

vorschlägt. Es umfaßt – das ist sehr wesentlich – alle Seiten der militärischen Entspannung auf dem europäischen Kontinent, sowohl die Reduzierung der nuklearen und konventionellen Rüstungen wie auch vertrauensbildende Maßnahmen.

Dieses Programm, das in der Bundesrepublik vielseitig entstellt und verfälscht worden ist, enthält vier Hauptelemente, die hier kurz skizziert werden sollen.

Erstens: Es wird der Weg zur Verringerung der Kernwaffen auf europäischem Boden gezeigt. Die Sowjetunion erklärte ihre Bereitschaft, als Geste des guten Willens einseitig die Anzahl der in den westlichen Gebieten der UdSSR stationierten Kernwaffenträger mittlerer Reichweite im Vergleich zum heutigen Stand zu reduzieren unter der Bedingung, daß in Westeuropa keine Kernwaffenträger mittlerer Reichweite zusätzlich stationiert werden. Gleichzeitig schlug die Sowjetunion in diesem Zusammenhang vor, unverzüglich Verhandlungen über eine Reduzierung der in Europa stationierten Kernwaffenträger mittlerer Reichweite aufzunehmen. Es wurde außerdem hervorgehoben, daß auch die früher unterbreiteten Vorschläge in Kraft bleiben: Zum Beispiel der Vorschlag, die Schiffe der UdSSR und der USA, die mit Kernwaffen bestückt werden können, aus dem Mittelmeer abzuziehen. Die Sowjetunion bekräftigte ebenfalls ihre Unterstützung für den vom finnischen Präsidenten Urho Kekkonen unterbreiteten Plan zur Umwandlung Nordeuropas in eine atomwaffenwaffe Zone.

Zweitens: Der Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten wurde bekräftigt, daß alle Teilnehmerstaaten der Helsinki-Konferenz die Verpflichtung übernehmen, nicht als erste sowohl nukleare als auch nichtnukleare Waffen gegeneinander einzusetzen. Die Sowjetunion erklärte ihrerseits, sie wird niemals Kernwaffen gegen die Staaten einsetzen, die auf die Produktion und den Erwerb derartiger Waffen verzichten und sie nicht auf ihrem Territorium haben. Die Sowjetunion ist bereit, entsprechende Verpflichtungen mit jedem interessierten Staat einzugehen.

Drittens: Die Sowjetunion tritt für die Reduzierung der konventionellen Waffen ein. Sie hat außerdem – entsprechend einer Vereinbarung mit der DDR und nach Konsultationen mit den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages – den Beschluß gefaßt, die zahlenmäßige Stärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa einseitig zu verringern. Innerhalb von 12 Monaten werden demgemäß etwa 20 000 sowjetische Militärangehörige, 1000 Panzer und eine bestimmte Menge anderer Militärtechnik vom Gebiet der DDR in die Sowjetunion abgezogen. Verbunden mit diesem Schritt wurde die Hoffnung, daß damit ein weiterer guter Impuls gegeben wird, um die Wiener Verhandlungen aus der Stagnation herauszuführen.

Viertens: Der Osten schlägt den NATO-Staaten Maßnahmen zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens vor, unter anderem den Modus der Informationen über militärische Übungen betreffend. Die vorherige gegenseitige Information soll übrigens nicht nur über militärische Übungen erfolgen, sondern auch über Verlegungen von Landstreitkräften mit einer Stärke von mehr als

20 000 Mann. Es wird außerdem vorgeschlagen, auf Truppenmanöver mit einer Beteiligung von mehr als 40 000 bis 50 000 Mann gegenseitig überhaupt zu verzichten.

Zugleich erklärte Breschnew, daß die gefährlichen Pläne, auf dem Territorium Westeuropas amerikanische Raketenkernwaffen neuen Typs zu stationieren, ernste Besorgnis erregen. Die Ausführung dieser Absichten würde die strategische Lage auf dem Kontinent grundlegend verändern. Ihr Zweck bestehe darin, das in Europa entstandene Kräftegleichgewicht zu stören und zu versuchen, dem NATO-Block ein militärisches Übergewicht zu verschaffen. Die sozialistischen Länder würden solchen Anstrengungen der NATO natürlich nicht tatenlos zusehen. Sie müßten in diesem Fall die erforderlichen zusätzlichen Schritte zur Festigung ihrer Sicherheit unternehmen. Die Ausführung der NATO-Absichten würde also die Situation in Europa unweigerlich verschärfen und die internationale Atmosphäre als Ganzes weitgehend vergiften.

Es wäre kein Geheimnis, fügte Breschnew hinzu, daß bei der Vorbereitung dieser gefährlichen Pläne neben den USA der Bundesrepublik Deutschland nicht die letzte Rolle eingeräumt worden sei. Ob man dem hier in groben Zügen wiedergegebenen programmatischen Gedanken zur Fortsetzung der Entspannungspolitik – wie ihn der Osten unterbreitet – in Einzelheiten zustimmen mag oder nicht, ob man es für ausreichend hält oder nicht, die Vernunft gebietet es, in Verhandlungen über die darin aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen einzutreten.

Rüstungswahn oder Vernunft, dieser dringenden Entscheidung kann sich niemand entziehen. Es ist die Entscheidung zwischen Abkehr oder Weiterführung des Helsinki-Kurses. Es ist die Entscheidung, ob in der Bundesrepublik eine Politik der Vernunft und der Entspannung, eines guten Verhältnisses mit den östlichen Nachbarn fortgesetzt wird oder ob die 80er Jahre dieses Jahrhunderts wieder im Zeichen des Kalten Krieges stehen. Es ist die Entscheidung darüber, ob die Rüstungsfanatiker und Entspannungsgegner in unserem Land verdrängt werden oder ob sie das alleinige Sagen bekommen. Es ist die Entscheidung darüber, ob der unselige Antikommunismus, der unser Volk bereits einmal in die Weltkriegskatastrophe stürzte, wieder triumphiert oder ob die Bundesrepublik die Chance erhält, sich als ein Staat des Friedens und des Antifaschismus, als ein Staat der Völkerverständigung zwischen West und Ost und Nord und Süd zu entwickeln.

Jetzt ist der Zusammenschluß aller Antikriegskräfte, aller antifaschistischen Kräfte, aller Friedenskräfte in der Bundesrepublik erforderlich. Die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten" muß gestoppt werden, damit das Wettrüsten gestoppt wird. Die Bundesrepublik als Hauptkriegsschauplatz eines Raketenkonfliktes? Auf diesem Platz wäre wohl nichts mehr zu schauen als der Welt bisher größtes Massengrab. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte unser Land immerhin wieder bewohnbar gemacht werden. Nach einem dritten wäre es nicht mehr auffindbar. Darum darf es keine Abkehr vom Helsinki-Kurs geben und keine neuen Rüstungen. Die NATO muß verhandeln.

Der Griff nach der Atommacht

Zur Rolle des F. J. Strauß bei der Schaffung eines atomaren Potentials der BRD

Von Helga Bufe und Jürgen Grumbach

Wie kaum ein anderer Politiker verkörpert der Unions-Kanzlerkandidat F. J. Strauß in der Bundesrepublik den Griff nach der Atommacht: Als erster Bundesminister für Atomfragen legte er Fundamente für den erfolgreichen Aufbau einer nationalen Atomindustrie; heute gehört er zu den rücksichtslosesten Verfechtern eines forcierten Kernenergieausbaus. Als Verteidigungsminister wirkte er entscheidend am Aufbau der Bundeswehr mit und verlor dabei zu keiner Zeit das Ziel aus dem Auge, eine bundesdeutsche Verfügung über Atomwaffen zu realisieren[1]); heute gehört Strauß zu den lautesten Rufern nach der Stationierung der Neutronenbombe und der Pershing II in der BRD nach einer atomaren „Nachrüstung" der NATO.

Seine extreme Position in diesen Fragen versucht Strauß z. Z. häufig dadurch zu relativieren, daß er auf die weitgehende Parallelität seiner aktuellen Forderungen mit denen der sozial-liberalen Bundesregierung in Bonn verweist – was in vielen Fällen ja auch den Fakten entspricht. So äußerte Strauß z. B., er „respektiere an Schmidt viele Eigenschaften, die ihn befähigten, in einer CDU/CSU-Regierung ein guter Kanzler zu sein"[2]). Und im Bundestag erklärte er am 4. Juli 1979 an Schmidt gewandt: „Da, wo wir der Überzeugung sind, daß Ihre Politik dem Wohl der Menschen dient . . . unterstützen wir diese Politik ohne Wenn und Aber – manchmal mehr als Ihre eigenen Freunde es tun. Das gilt ganz besonders für das Energieprogramm der Bundesregierung"[3]).

Wenn wir im folgenden die insbesondere von Strauß repräsentierten Ambitionen reaktionärer Kreise in der BRD, Atommacht zu werden, belegen, dann geschieht dies nicht, um die Atompolitik der derzeitigen Koalition in Bonn zu verteidigen, sondern um die Notwendigkeit sowohl eines breiten demokratischen Bündnisses gegen den Kanzlerkandidaten F. J. Strauß als auch einer breiten außerparlamentarischen Bewegung gegen das Bonner Atomprogramm und das atomare Wettrüsten aufzuzeigen.

---

1) Zur militärpolitischen Dimension des Griffs nach der Atommacht und den damit verbundenen außenpolitischen Implikationen vgl.: H. W. Kahn, Strauß und der Griff nach der Atommacht, in: „Blätter", 10/1979, S. 1195 ff.

2) Nach T. Engel, Urteile und Vorurteile, in: „Bayernkurier" v. 14. 7. 1979.

3) F. J. Strauß, Für klare Konsequenzen, Rede in der 167. Sitzung des 8. Bundestages am 4. 7. 1979, in: „Das Parlament" v. 28. 7. 1979. Das hindert Strauß allerdings nicht, an anderer Stelle Schmidt als mit „sozialistischem Gedankengut verbunden" (nach T. Engel, a.a.O.) zu bezeichnen und zu erklären: „Die SPD ist eine rote Wanderdüne. Sie verschiebt sich immer mehr nach links und in Richtung Osten. Aber Helmut Schmidt hat dann die Erlaubnis, nach hinten rechts rauswinken zu dürfen." (F. J. Strauß, Europas Freiheit – Europas Zukunft, in: „Bayernkurier" v. 10. 3. 1979).

Um die verschiedenen Straußschen Äußerungen und Handlungen als Strategie des Griffs nach der Atommacht zu erkennen, muß man insbesondere zwei Dinge wissen:

1. Der Aufbau einer zivilen Atomindustrie und die Schaffung der Möglichkeit zum Bau von Atombomben sind eng miteinander verbunden. Der Kernphysiker J. R. Oppenheimer, Leiter des US-amerikanischen Geheimprojekts „Manhattan" zur Entwicklung der ersten Atombombe, erklärte z. B., „daß die wissenschaftlichen, technischen und industriellen Verfahren, die den sogenannten segensreichen Gebrauch der Kernkraft ermöglichen, offenbar nicht von denen zu trennen sind, die der Herstellung von Atomwaffen dienen"[4]). Und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) sinnierte erst kürzlich in einem Leitartikel: „Ohnehin gehören zur wirklichen Atommacht weniger die Bombengeheimnisse als vielmehr der Aufbau einer großen Atomindustrie, in der die ‚friedlichen' Geheimnisse und das nur in Jahrzehnten anzusammelnde ‚Gewußt wie' eine viel größere Rolle spielen. . . . Die Bundesrepublik ist deshalb praktisch von der Bombe gegebenenfalls nur zwei bis drei Monate ‚entfernt'. Hinter dieser Nähe zur Bombe steckt keinerlei Absicht"[5]). Eine mit Ausnahme des letzten Satzes sicher realistische Einschätzung. Insbesondere die Bereiche der Urananreicherung und der Plutonium-Wirtschaft (Schneller Brüter, Wiederaufarbeitungsanlage) liegen im direkten Vorfeld der Bombenproduktion; hier werden die als „Sprengstoff" geeigneten Stoffe, hochangereichertes Uran und Plutonium, gewonnen.

2. Als gewiefter Taktiker und Stratege versteht Strauß es, unterschiedliche einander zum Teil sogar scheinbar widersprechende Methoden teils nebeneinander, teils nacheinander anzuwenden, und häufig auch nach gewisser Zeit auf scheinbar aufgegebene Positionen zurückzukommen. Durch verschiedene Aussagen zum gleichen Problemkreis zu verwirren[6]), gehört ebenso zu Strauß' Stilmitteln wie die Methode, nicht zu sagen, was er eigentlich konkret will: „Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen"[7]). Hinter den vielfältigen Aktionen des F.J. Strauß und der ihm verbundenen Kräfte, die auch durch das flexible Reagieren auf neue Machtkonstellationen, Möglichkeiten oder Einschränkungen gekennzeichnet sind, steckt dabei das stetige Verfolgen eines Zieles mit verschiedenen Methoden: „Ich bin mir der Tatsache sehr wohl bewußt, daß wir von diesem Ziele (in diesem Fall der BRD-Beteiligung an europäischer Atomwaffen-Verfügung; d. Verf.) noch sehr weit entfernt sind. Aber wer das Ziel nicht kennt, kann den Weg nicht finden. Deshalb gilt es, sich an allen Verbes-

4) J. P. Oppenheimer, Atomkraft und menschliche Freiheit, Hamburg 1957, S. 11.
5) R. Held, Interessenkollision, Leitartikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ) v. 16. 8. 1979.
6) „Ein Verzicht auf Kernwaffen unter den gegebenen Umständen und im Augenblick würde militärisch eine Preisgabe an die Sowjetunion bedeuten . . . Hier ist unser Standpunkt der, daß wir Gleichberechtigung (bei der Verfügung über Atombomben natürlich! d. Verf.) mit den übrigen europäischen Streitkräften der NATO verlangen." (F. J. Strauß, in „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" („Bulletin"), Nr. 69 v. 10. 4. 1957, S. 601) und einige Tage später in der „Zeit" v. 18. 4. 1957: „Der Verzicht der Bundesregierung auf die Herstellung von Atomwaffen gilt nach wie vor." (nach V. Heinz, Worte des Vorsitzenden Franz Josef, Hamburg 1972, S. 81).
7) F. J. Strauß, Sonthofener Rede v. 18./19. 11. 1974, in: „Blätter", 8/1979, S. 996.

serungen des gegenwärtigen Systems zu beteiligen . . . Im übrigen dürfen wir nichts tun, was den Weg . . . versperren könnte"[8]), faßt Strauß seine Strategie zusammen.

I

Als die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1955 ihre volle staatliche Souveränität erlangte, wurde damit auch das von den Alliierten verfügte und bis dahin gültige Verbot der Betätigung auf dem Gebiet der Kernenergieentwicklung aufgehoben. Dieses Verbot hatte zu einem 10- bis 15jährigen Rückstand in der Kernforschung und Kerntechnik gegenüber den wichtigsten „Atomländern" USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich geführt. Es galt also, wollte man auf dem Gebiet der Kernenergie überhaupt noch eine Rolle spielen, die nun vorhandenen Möglichkeiten einer Betätigung zu nutzen und eine nationale Kernenergieentwicklung in Gang zu setzen[9]).

Am 6. Oktober 1955 beschloß die Bundesregierung unter Konrad Adenauer – einem ausdrücklichen Wunsch der an einer Kernenergieentwicklung interessierten Wirtschaftskreise entsprechend –, ein Bundesministerium für Atomfragen (BMAt) zu errichten. Am 20. Oktober 1955 wurde der bisherige Bundesminister für besondere Aufgaben, F. J. Strauß („der dynamische Bayer", der „zur Spitzengarnitur der Bonner Regierungsparteien" gehörte[10])), der erklärtermaßen eigentlich Verteidigungsminister werden wollte, zum Bundesminister für Atomfragen ernannt.

Die wichtigste Aufgabe des BMAt und damit auch von Strauß war es, „die Voraussetzungen zu schaffen und die Hilfe zu geben, daß der 10- bis 15jährige Rückstand der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiete der Erforschung und Verwertung der Atomenergie für friedliche Zwecke gegenüber den ausländischen Atommächten in möglichst kurzer Zeit aufgeholt wird"[11]), sowie „den Aufbau einer deutschen Atomwirtschaft . . ., die auch im internationalen Wettbewerb bestehen kann"[12]), zu ermöglichen. Der Kernenergieentwicklung wurde auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Wirtschaftsentwicklung entscheidende Bedeutung beigemessen: „Wir werden unseren wieder gewonnenen Platz als führende Wirtschaftsnation nur dann behaupten können, wenn wir in Atomwissenschaft und Atomtechnik gegenüber den anderen Industrievölkern konkurrenzfähig werden."[13])

Neben diesen in erster Linie wirtschaftspolitischen Motiven spielten aber auch offiziell immer wieder bestrittene militärische Überlegungen eine Rolle. So war die ständige Versicherung insbesondere der Bundesregierung und von

8) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 106, Hervorhebungen durch die Verfasser.
9) Die im folgenden genannten Daten und Fakten der Kernenergieentwicklung sind der ausführlichen Darstellung, in: H. Bufe/J. Grumbach, Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979, entnommen.
10) K. Winnacker, K. Wirtz, Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, Düsseldorf und Wien 1975, S. 76.
11) F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 244 v. 30. 12. 1955, S. 2102.
12) W. Cartellieri/A. Hocker/A. Weber, Taschenbuch für Atomfragen 1964, Bonn 1964, S. 3.
13) F. J. Strauß, in: „Bulletin" Nr. 22 v. 1. 2. 1956, S. 179.

Strauß, daß sich die Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik im Unterschied zu den anderen Atomländern ausschließlich auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung bewegen sollte, eher Ausdruck der Not als einer Tugend. Denn im Mai 1952 hatte sich die Bundesregierung aufgrund des internationalen Drucks im Rahmen des Vertrages über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) verpflichten müssen, „die Entwicklung, die Herstellung und den Besitz von Atomwaffen" im Wege der Gesetzgebung zu verbieten[14]). Dieser umfassende Verzicht auf eine militärische Entwicklung und Anwendung der Kernenergie trat jedoch nie in Kraft, da der EVG-Vertrag am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung scheiterte. Eine weitere, allerdings schon nicht mehr so umfassende Verzichtserklärung gab die Bundesregierung dann in dem am 23. Oktober 1954 in Paris von den Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union (WEU) unterzeichneten „Protokoll über Rüstungskontrolle" ab, in dem sie sich verpflichtete, „in ihrem Gebiet keine Atomwaffen . . . herzustellen"[15]). Im Gegensatz zum ersten schloß dieser zweite Verzicht den Besitz von Atomwaffen sowie deren Herstellung im Auftrag der Bundesrepublik auf dem Gebiet eines anderen Staates keineswegs aus, und auch eine Atomwaffenforschung war nicht ausdrücklich verboten[16]). Die Strategie zielte nun einerseits darauf ab, sich bei ständiger Beteuerung der ausschließlich friedlichen Absichten die mit den Pariser Verträgen vorhandenen Möglichkeiten einer militärischen Kernenergieentwicklung offen zu halten. Andererseits sollten mit einer forcierten friedlichen Kernenergieentwicklung neue Möglichkeiten auf militärischem Gebiet geschaffen werden, was aufgrund der engen Verknüpfung von friedlicher und militärischer Kernenergieentwicklung auch durchaus möglich ist.

Unter Leitung von F. J. Strauß wurde ein Bundesministerium für Atomfragen aufgebaut, das sich weitgehend auf eine gewisse Koordinierung und Vereinheitlichung der staatlichen Kernenergiepolitik, auf die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen der Kernenergieentwicklung und ihre staatliche finanzielle Förderung beschränkte. Die inhaltlich-konzeptionellen Aufgaben dagegen wurden gleich zu Beginn einem „Beratungsorgan" übertragen. Am 28. Oktober 1955, also nur acht Tage nach seiner Ernennung zum Atomminister, kündigte Strauß in einem Rundfunkinterview an: „Wir beabsichtigen, eine Atomkommission zu berufen, in der alles, was Rang und Namen hat, vertreten werden soll, und wir möchten als Bundesregierung die ganze Atomplanung dieser Atomkommission zur Beratung unterbreiten."[17]) Am 21. Dezember 1955 beschloß die Bundesregierung die Errichtung einer Deutschen Atomkommission (DAtK) als Beratungsorgan des Bundesministers für Atomfragen. Vorsitzender der DAtK war qua Amt F. J. Strauß. Die weiteren 26 von

14) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Bonn o.J. (1952), S. 160.
15) Art. 1 des „Protokoll über Rüstungskontrolle", in: „Bulletin", Nr. 202 v. 26. 10. 1954, S. 1753 ff.
16) So erklärte Strauß in einem „Spiegel"-Interview vom 1. 5. 1975: „Die reine Rechtslage würde es uns nicht verbieten, Forschungen zu treiben." „Der Spiegel", Nr. 18 v. 1. 5. 1957, S. 16.
17) „Bulletin" Nr. 207 v. 3. 11. 1955, S. 1733.

Strauß berufenen Mitglieder waren nach seiner Darstellung „in der Hauptsache Persönlichkeiten . . ., nicht Vertreter von Verbänden oder Wirtschaftskreisen oder einzelner Firmen"[18]). Gleichzeitig gab er jedoch zu: „Natürlich ist es . . . nicht möglich gewesen, die Liste aus dem luftleeren Raum zu schaffen. Diese Persönlichkeiten müssen ja irgendwie und irgendwo tätig sein . . ."[19]). Das waren sie auch, und zwar in mindestens 15 Fällen in an der Kernenergieentwicklung besonders interessierten Industrie- und Wirtschaftsunternehmen. Die derart von den Vertretern des Kapitals majorisierte DAtK, die offiziell nur beratende Funktionen hatte, wurde unter Strauß de facto zum zentralen Entscheidungsgremium der Kenernenergieentwicklung und -politik in der Bundesrepublik und das BMAt zum Ausführenden seiner Beschlüsse.

Intensiv kümmerte Strauß sich um die Initiierung und Förderung einer internationalen Zusammenarbeit bei der Kernenergieentwicklung, die für die BRD zum Aufholen ihres Rückstandes und zum Beheben ihres Mangels an Kernbrennstoffen besonders wichtig war. So wurden im Zusammenhang von Reisen von Strauß nach England und in die USA Zusammenarbeitsverträge im Bereich der Kernforschung und -technik, die Unterstützung beim Bau von Versuchskraftwerken sowie die Lieferung von Kernbrennstoffen, insbesondere angereicherten Urans, vereinbart. Außerdem trat die BRD fast allen internationalen Organisationen im Bereich der Kernenergieentwicklung bei bzw. beteiligte sich an deren Gründung. Hier sind insbesondere die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)[20]) und die Europäische Organisation für Kernphysikalische Forschung (CERN) zu nennen.

Strauß legte in seiner Amtszeit als Atomminister den Grundstein für die sich jährlich steigernde umfassende staatliche Subventionierung der Kernenergieentwicklung und Atomindustrie, in deren Rahmen bis heute weit über 25 Mrd. DM[21]) vom Steuerzahler aufgebracht wurden. Von Anfang an übernahm der Staat fast völlig die Finanzierung der Kernforschung: „Der Bund (wird) auf dem Gebiet der Atomforschung in Zukunft in größerem Maße, als er es bisher getan hat, durch finanzielle Mittel fördernd eingreifen."[22]) Diese Förderung erstreckte sich zum einen auf die Forschung und Ausbildung in den Hochschulen und bestehenden Forschungsinstituten, zum anderen auf die Unterstützung des Aufbaus der späteren Kernforschungszentren in Karlsruhe, Jülich, Gessthacht und München. Für den gesamten Bereich der Kernforschung strebte das BMAt dabei eine enge „Zusammenarbeit mit den Ländern, den bestehenden Instituten und den dafür in Betracht kommenden Wirtschaftsgruppen"[23]) an.

---

18) F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 242 v. 28. 12. 1955, S. 2087.
19) Ebd.
20) Auf bundesdeutscher und französischer Seite waren militärische Ambitionen ausschlaggebend für die Gründung von Euratom, die deshalb auch als „Europäische Gemeinschaft zur friedlichen Herstellung einer französischen Atombombe" („Industriekurier" v. 14. 2. 1959) bezeichnet wurde.
21) Vgl. H. Bufe/J. Grumbach, Staat und Atomindustrie, a.a.O., S. 238.
22) F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 207 v. 3. 11. 1955, S. 1732.
23) F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 244 v. 30. 12. 1955, S. 2103.

Die kerntechnische Entwicklung, das Hauptbetätigungsfeld der an der Kernenergieentwicklung interessierten Industrie, wurde ebenfalls vom BMAt gefördert: „Auch hier muß die öffentliche Hand eine Starthilfe geben."[24]) Insbesondere unterstützte man die Entwicklungsarbeiten der von K. Wirtz geleiteten Göttinger Reaktorgruppe und den Bau des von ihr entwickelten Forschungsreaktors durch ein Konsortium bundesdeutscher Industrieunternehmen in Karlsruhe, und damit eine nationale eigenständige Reaktorentwicklung, weil „eine führende Industrienation auf diesem Gebiet eigene Entwicklungen betreiben muß, um auf dem Weltmarkt ihre Position zu behaupten"[25]). Aber auch die von interessierten Unternehmen betriebene Suche nach Uran in der Bundesrepublik und dessen Gewinnung und Verarbeitung wurde vom BMAt gefördert. So erhielt z. B. die zum Flick-Konzern gehörende Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG im Jahr 1956 einen staatlichen Zuschuß von 1,9 Mio. DM für den Uranabbau im Fichtelgebirge. Da die ausländischen Kernbrennstofflieferungen mengenmäßig sehr gering waren, ihre Verwendung strengen Kontrollen unterlag und sie außerdem nur gepachtet werden konnten, d. h. nach „Verbrauch" einschließlich des erzeugten Plutoniums zurückgegeben werden mußten, erschien eine eigene Urangewinnung und -verarbeitung unter wirtschaftlichen und insbesondere auch militärischen Gesichtspunkten besonders attraktiv. Entsprechend groß muß die Freude von F. J. Strauß gewesen sein, als ihm die Maximilianshütte 1956 den ersten aus ihrem Uran hergestellten Uranstab als Geschenk überreichte.

In enger Zusammenarbeit gingen BMAt und DAtK an die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen der Kernenergieentwicklung, insbesondere die Ausarbeitung eines Atomgesetzes, dessen Entwurf im Juli 1956 zum ersten Mal im Parlament vorgelegt wurde. Die wichtigsten Kennzeichen dieses Atomgesetzentwurfes waren zum einen – um eine bundeseinheitliche Gesetzgebung durchzusetzen – der Vorschlag, die Atomgesetzgebung in den Katalog der sogenannten konkurrierenden Gesetzgebung aufzunehmen[26]) und dazu das Grundgesetz entsprechend zu ergänzen; zum anderen die Verankerung des Prinzips der „freien Marktwirtschaft" auch auf dem Gebiet der Kernenergieentwicklung, denn, so Strauß: „Wir wollten eine möglichst freie und ungehinderte Entfaltung, damit sich Wissenschaft und Wirtschaft bei uns an der Erschließung und Nutzung dieser neuen Energiequelle ohne unnötige Beschränkungen . . . betätigen können."[27])

Als F. J. Strauß im Oktober 1956 das Amt des Bundesministers für Atomfragen nach nur einem Jahr abgab, hatte er alle wichtigen Voraussetzungen einer bundesdeutschen Kernenergieentwicklung und die Grundlagen für ein Aufholen des Rückstandes gegenüber dem Ausland geschaffen und gleichzeitig die wesentlichen, auch heute noch geltenden Prinzipien der bundesdeut-

24) F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 99 v. 2. 6. 1956, S. 962.
25) F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 139 v. 28. 7. 1956, S. 1366.
26) „Wenn der Bund von seinem Recht der Gesetzgebung Gebrauch macht, . . . dann können die Länder von diesem Gesetzgebungsrecht nach unserem Vorschlag keinen Gebrauch mehr machen" (F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 140 v. 31. 7. 1956, S. 1374) und folglich auch nicht „querschießen".
27) F. J. Strauß, ebd.

schen Kernenergieentwicklung und -politik verankert: die staatliche Förderung und Finanzierung der Kernenergieentwicklung und -anwendung zur Sicherung privater Gewinne[28]) sowie die enge „Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik"[29]) bei dominierendem Einfluß der Atomindustrie auf die staatliche Politik. Darüber hinaus gelang es Strauß, bei ständiger Beteuerung der angeblich ausschließlich friedlichen Absichten die vorhandenen Möglichkeiten einer militärischen Kernenergieentwicklung offen zu halten und durch die Forcierung der zivilen Entwicklung weitere Möglichkeiten für den Griff nach der Atommacht zu schaffen.

II

Im Oktober 1956 wurde nach zahlreichen Intrigen der bisherige Verteidigungsminister Theodor Blank von seinem Amt entbunden und sein Gegenspieler F. J. Strauß zum Bundesminister der Verteidigung ernannt. Damit hatte Strauß, der schon als Sonderminister und als Atomminister maßgeblich an der Remilitarisierung der Bundesrepublik und am Aufbau der Bundeswehr beteiligt war[30]), seinen erklärten Wunsch, Verteidigungsminister zu werden, verwirklicht und konnte sich nun ganz dem Ziel einer atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik widmen.

Nachfolger von Strauß im Amt des Bundesministers für Atomfragen wurde sein Vertrauensmann und Kabinettskollege Siegfried Balke – ehemaliger IG-Farben-Direktor bei der Wacker-Chemie und bisher Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen –, der sich bei der Amtsübernahme dann auch prompt bedankte, „daß er ein Ministerium übernehmen könne, bei dem weder der Aufbau noch die Atompolitik geändert zu werden brauche"[31]). So wurde die Kernenergieentwicklung und -politik unter Balke und seinen Amtsnachfolgern – in Reaktion auf die wachsende Bedeutung immer weiterer Felder des wissenschaftlich-technischen Fortschritts entwickelte sich das Atomministerium über verschiedene Stationen zum heutigen Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) – auf den von Strauß geschaffenen Grundlagen fortgesetzt.

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1956 die Vorbereitungen für eine atomare Ausrüstung der Bundeswehr immer offensichtlicher wurden[32]), rief dies neben vielen anderen auch die Atomwissenschaftler, die führend an der friedli-

28) Dieses Prinzip formulierte Strauß im Januar 1956 so: „Für die Finanzierung der Erforschung und Ausnutzung der Kernenergie möchte ich davon ausgehen, daß die öffentliche Hand die notwendigen Mittel für die Forschung bereitstellt . . . Öffentliche Hand und Wirtschaft haben gemeinsam die technische Entwicklung zu finanzieren. Die Verwertung der Atomkraft wird der Wirtschaft überlassen bleiben.", in: „Bulletin", Nr. 19 v. 27. 1. 1956, S. 153.

29) F. J. Strauß, in: „Bulletin", Nr. 244 v. 30. 12. 1955, S. 2102.

30) So war Strauß z. B. während seiner Amtszeit als Atomminister gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Bundesverteidigungsrates, einem von der Bundesregierung eingerichteten „Kabinettsausschuß für die Koordinierung der Verteidigungsaufgaben", in: „Bulletin", Nr. 210 v. 8. 11. 1955, S. 1754.

31) „Bulletin", Nr. 204 v. 27. 10. 1956, S. 1943.

32) So erklärte z. B. Strauß im Dezember 1956, die Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen sei beschlossene Sache. Vgl. H. K. Rupp, Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970, S. 36 f.

chen Kernenergieentwicklung beteiligt waren, auf den Plan. Im November 1956 schrieben sie einen Brief an Verteidigungsminister Strauß, in dem sie sich gegen die Atombewaffnung wandten.

Am 29. Januar 1957 folgte ein Gespräch mit Strauß. Die Ergebnisse dieses Gesprächs beschrieb einer der Beteiligten, Carl Friedrich v. Weizsäcker, so: „Sachlich erfuhren wir von ihm zu unserer Beruhigung, daß auch die Bundesregierung eine deutsche Atomrüstung unter nationaler Souveränität ablehnt. . . . Zu unserer Berunruhigung erfuhren wir, daß Minister Strauß eine große atomare Aufrüstung der europäischen NATO für notwendig und für eine sichere Garantie des Friedens und der Freiheit hielt. Wenn ich unsere Stimmung nach diesem Gespräch kennzeichen soll, muß ich sagen: „Wir verließen den Minister, zum Schweigen gebracht, aber nicht überzeugt."[33])

Als dann am 4. April 1957 Adenauer auf einer Pressekonferenz erklärte, „taktische Atomwaffen" seien „im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie"[34]), fanden die Atomwissenschaftler ihre Sprache wieder. Am 12. April 1957 veröffentlichten sie die „Erklärung der 18 Göttinger Atomwissenschaftler" gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, in der es am Schluß hieß: „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen."[35]) Daß diese Erklärung genau ins Schwarze traf, zeigten die ebenso schnellen wie diffamierenden Reaktionen der Bundesregierung[36]) und insbesondere von F. J. Strauß. Nach dessen Meinung war der Aufruf der Atomwissenschaftler, die angeblich „nicht über eine ausreichende Kenntnis der politischen und militärischen Zusammenhänge" verfügten[37]) und die er deshalb auch als „Moralromantiker", „phantasievolle Astrologen" und „Weltverbesserer"[38]) bezeichnete, wegen der innenpolitischen Auseinandersetzungen „im Zeitpunkt gefährlich" und „ein leichtfertiges Experiment", wie „die begeisterte Zustimmung der kommunistischen Presse in der Sowjetzone"[39]) gezeigt habe.

Anknüpfend an diese Initiative der Atomwissenschaftler forderte die SPD am 10. Mai 1957 im Bundestag die Bundesregierung in einem Entschließungsan-

33) C. F. v. Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Festvortrag für die Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften am 29. 4. 1957 in Bonn, in: Ders., Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, Göttingen 1957, S. 5–33, hier: S. 23.
34) Zitiert nach: „Der Spiegel", Nr. 18 v. 1. 5. 1957, S. 19.
35) Wortlaut der Erklärung in: C. F. v. Weizsäcker, Die Verantwortung der Wissenschaft im Atomzeitalter, a.a.O., S. 50 ff.
36) Vgl. z. B. die Ausführungen Adenauers auf einer Kundgebung am 13. 4. 1957 in Köln, in: „Bulletin", Nr. 73 v. 16. 4. 1957, S. 633 f.
37) „Stellungnahme von F. J. Strauß am 13. 4. 1957 im WDR, in: „Bulletin", Nr. 73 v. 16. 4. 1957, S. 634. Diese „Kenntnis" sollte den Atomwissenschaftlern offenbar in einer eigens dazu anberaumten Besprechung mit Adenauer und Strauß am 17. 4. 1957 vermittelt werden. Vgl. „Bulletin", Nr. 75 v. 18. 4. 1957, S. 650.
38) Interview mit F. J. Strauß, in: „Der Spiegel", Nr. 18 v. 1. 5. 1957, S. 23.
39) Stellungnahme von F. J. Strauß am 13. 4. 1957 im WDR, a.a.O.

trag auf, „1. die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu unterlassen, 2. die Zustimmung zur Lagerung von Atombomben und zur Stationierung von Atomwaffen-Verbänden durch dritte Mächte auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu verweigern"[40]). Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung – bei der natürlich auch Adenauer und Strauß mit Nein stimmten – von der CDU/CSU abgelehnt, weil, so Strauß „ein bedingungsloser, auf alle Zeiten erklärter Verzicht (auf Atomwaffen; d. Verf.) . . . eine Vorleistung gegenüber den Sowjets bedeuten würde"[41]) und, wie er in einer späteren Bundestagsdebatte zugab, „um die Möglichkeit dieser Ausrüstung (mit atomaren Waffen; d. Verf.) . . . (Wehner: „Einzuleiten!") in legaler Weise einleiten zu können – jawohl!"[42])

Auch die Verabschiedung des Atomgesetzes und der dazu notwendigen Grundgesetzergänzung verdeutlicht die bestehenden Atommachtgelüste. Nachdem der Regierungsentwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes, der von den großen Bundestagsparteien gebilligt wurde, beim ersten Anlauf am 27. Juni 1957 wegen Unterbesetzung des Bundestags gescheitert war[43]), stand am 2. Juli 1957 die Verabschiedung eines interfraktionellen Gesetzentwurfes auf der Tagesordnung des Parlaments. Derweil waren aber einigen CDU/CSU-Abgeordneten Bedenken gekommen, daß die Gesetzesformulierung „zu friedlichen Zwecken" eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen erschweren oder gar unmöglich machen könnte, und auch Adenauer befürchtete: „Da kann ja die ganze NATO kaputtgehen."[44]) Hier sei nur am Rande angemerkt, daß diese Befürchtungen – wenn auch aus anderen Motiven – von bestimmten Wirtschaftskreisen aufgegriffen bzw. bewußt hervorgerufen wurden[45]). Bei der Abstimmung enthielten sich dann 44 CDU/CSU-Abgeordnete der Stimme, die Regierungsmitglieder, unter ihnen auch Adenauer und Strauß, nahmen an der Abstimmung nicht teil, und brachten damit das Gesetz zu Fall. Die Motive dieses Verhaltens faßte der SPD-Abgeordnete Mellies treffend zusammen: „Der Hinweis aus Ihren Reihen, daß der Kanzler der Auffassung sei, diese Grundgesetzänderung könne der NATO schaden, beweist, daß man offenbar nicht nur bereit sein wird, die Bundeswehr mit atomaren Waffen auszurüsten, sondern daß man offenbar auch daran denkt, den Weg zur Produktion atomarer Waffen in der Bundesrepublik frei zu machen."[46])

40) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte, Band 36, 209. Sitzung am 10. 5. 1957, S. 12 139.

41) Ebd, S. 12 072.

42) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Stenographische Berichte, Band 40, 18. Sitzung am 20. 3. 1958, S. 877.

43) Statt namentlicher Abstimmung, bei der die Abgeordneten mit Alarmsirenen in den Sitzungssaal gelockt wurden und bei Fehlen auf ihr Tagegeld verzichten mußten, wurde eine „Hammelsprung"-Abstimmung durchgeführt, mit dem Ergebnis, daß an der zur Grundgesetzergänzung notwendigen Zweidrittelmehrheit zwei Stimmen fehlten. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte, Band 37, 216. Sitzung am 27. 6. 1957, S. 12 772.

44) Zitiert nach: „Der Spiegel", Nr. 28 v. 10. 7. 1957, S. 14.

45) „Es ist heute unbestritten, daß diese Vorlage an den Intrigen gewisser Wirtschaftskreise, insbesondere des Ruhrbergbaus scheiterte. Sie verstanden es damals, den Bundeskanzler in panische (!!; d. Verf.) Angst zu versetzen mit der Behauptung, die Grundgesetzergänzung mache eine Atombewaffnung der Bundeswehr unmöglich." („Vorwärts" v. 1. 8. 1958).

46) Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Stenographische Berichte, Band 38, 221. Sitzung am 2. 7. 1957, S. 13 044.

Nachdem sich in der CDU/CSU die Auffassung durchgesetzt hatte, daß die umstrittene Formulierung „zu friedlichen Zwecken" eine nichtfriedliche Verwendung der Kernenergie keineswegs ausschloß, verabschiedete der Bundestag am 3. Dezember 1959 die Grundgesetzergänzung und das Atomgesetz. Außerdem hatte der Bundestagsausschuß für Atomkernenergie und Wasserwirtschaft auf Antrag des CSU-Abgeordneten Linus Memmel am 20. November 1959 noch einen neuen Absatz in das Atomgesetz eingefügt, mit dem die Befugnisse über die Verwendung der Kernenergie im „Dienstbereich der Bundeswehr", insbesondere die „Beaufsichtigung der Beförderung von Kernbrennstoffen", die Aufsicht über Atomanlagen und die „Verwendung von Kernbrennstoffen außerhalb dieser Anlagen", auf den Bundesminister für Verteidigung, also Franz Josef Strauß, übertragen wurden[47]).

Schließlich wurden im Rahmen der friedlichen Kernenergieentwicklung in der Bundesrepublik von Anfang an mit besonderer Aufmerksamkeit und entsprechender staatlicher Förderung die sogenannten sensitiven Technologien, d. h. die Technologien zur Gewinnung von militärisch verwendbarem Plutonium und hochangereichertem Uran, erforscht und entwickelt. In der Bundesrepublik gab es zunächst keinerlei Möglichkeit, die Plutoniumtechnologie zu erforschen, da die im allgemeinen von den USA gelieferten Brennelemente nach Gebrauch einschließlich der in den Reaktoren erzeugten Transurance – insbesondere Plutonium – ungeöffnet zurückgegeben werden mußten.

Mit der Zahlung eines Zuschusses von immerhin 23 Mio. DM konnte die Bundesregierung die ökonomisch weniger starken Euratomländer dann allerdings dazu „überreden", das von Euratom geplante Europäische Institut für Transurance in Karlsruhe zu errichten[48]), und eröffnete damit genau die vorher fehlenden Möglichkeiten. 1960 begannen im Kernforschungszentrum Karlsruhe die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für Reaktoren vom Typ „Schneller Brüter", mit denen erhebliche Mengen Plutonium hergestellt werden können. Seit 1959 beteiligte sich die Bundesrepublik an der Europäischen Gesellschaft für die Chemische Aufarbeitung bestrahlter Kernbrennstoffe (Eurochemic); gleichzeitig wurden vom Kernforschungszentrum Karlsruhe in enger Zusammenarbeit mit den Farbwerken Hoechst eigene Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen – bei der das in den Reaktoren erzeugte Plutonium abgetrennt wird – durchgeführt. Auch die schon in den fünfziger Jahren von einzelnen Wissenschaftlern und der Degussa begonnen Forschungen zur Urananreicherung – mit der auch Uran in eine militärisch verwendbare Form gebracht werden kann – erfuhren insbesondere durch die 1964 erfolgte Gründung der staatlichen Gesellschaft für Kernverfahrenstechnik mbH, Jülich, eine besondere Unterstützung.

47) Vgl. § 24, Absatz 1 bis 3 Atomgesetz.
48) Ein entsprechender Vertrag wurde von Euratom und der Gesellschaft für Kernforschung mbH, Karlsruhe am 21. Dezember 1960 unterzeichnet.

Treue-Bücher
zu günstigen Preisen für Abonnenten

20 25 30 %

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement:	20% Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement:	25% Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement:	30% Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Einmaliges Zusatzangebot: Falls Sie weitere Titel aus dem beiliegenden **Gesamtverzeichnis** bestellen möchten, benutzen Sie bitte die dreistelligen Ziffern der ISBN-Nr. ... z.B. Albrecht/Deppe/Huffschmid u.a., Geschichte der Bundesrepublik, DM 14,80 (S. 5), ISBN 3-7609-0**466**-1 = **Best.-Nr. 466.** Die verbilligten Preise können Sie anhand vergleichbarer Ladenpreise den Rabattspalten entnehmen. (Auf Sonderangebote wird kein Nachlaß gewährt.)

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 40,— DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 40,— DM zahlen Sie bitte 2,— DM für Porto und Verpackung mit ein.

Pahl-Rugenstein Verlag

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
400	*Abendroth* Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. 4., aktualisierte Aufl. 142 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
	Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Vier Bände.			
433	Bd. I: Von den Anfängen bis zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte. 372 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
436	Bd. II: Die Formierung der antikolonialen Kräfte (1884–1945). 297 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
420	*Axt/Deppe* **Europaparlament und EG-Erweiterung.** Krise oder Fortschritt der Integration? 205 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
314	*Axt* Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. 450 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
419	*Bader/Koch/Rocholl* **Kooperatives Handeln in der Kindererziehung.** 180 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
402	*Bayertz/Holz* Grundwerte-Diskussion. 240 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
391	*Berlin (Hg.)* **Die deutsche Revolution 1918/19.** Quellen und Dokumente. Zahlreiche Abb. 384 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
356	*Bertha von Suttner:* Die Waffen nieder! Ausgew. Schriften. 140 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
467	*Billstein (Hg.)* **Das andere Köln.** Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution. 510 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
471	*Blank* **Die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR.** 240 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
325	*Blank u.a.* Wohin treibt der Rechtsstaat? 328 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
468	*Bredow* **Bredow Die Zukunft der Entspannung.** 210 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
246	*Booß* Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach der Juli-Revolution 1830. 272 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
347	*Bredow/Kade (Hg.)* Abrüstung. Politische Voraussetzungen und sozialökonomische Folgen. 151 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
362	*Brokmeier/Rilling* Beiträge zur Sozialismusanalyse I. 308 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
430	*Brokmeier/Rilling* **Beiträge zur Sozialismusanalyse II.** 293 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
439	*Buddrus u.a.* **Freizeit in der Kritik.** Alternative Konzepte zur Freizeit- und Kulturpolitik. 240 S. 14,80 DM (Mitte November)	**11,85**	**11,10**	**10,40**
421	*Bufe/Grumbach* **Staat und Atomindustrie.** Kernenergiepolitik in der BRD. 306 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
435	*Bunke* **Lehrerarbeitslosigkeit.** 140 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
	Geschichte der Bundesrepublik			
466	*Albrecht/Deppe/Huffschmid u.a.* **Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge.** 530 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
156	*Badstübner/Thomas* Entstehung und Entwicklung der BRD. Restauration und Spaltung 1945–1955. 2. Aufl. 512 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
320	*Bauß* Studentenbewegung der sechziger Jahre. 353 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
207	*Mayer/Stuby* Die Entstehung des Grundgesetzes. 338 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
264	*Mayer/Stuby* Das lädierte Grundgesetz. Beiträge und Dokumente. 340 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1979

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
368	*Christian* Die dialektische Methode im politischen Unterricht. 227 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
410	*Deppe/Fülberth u.a.* Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Aufl. 475 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
431	*Doormann (Hg.)* **Kinder in der Bundesrepublik.** Materialien, Initiativen, Alternativen. 277 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
349	*v. Freyberg/Fülberth u.a.* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 bis heute. 2. Aufl. 456 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
198	*Gugel* Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. 304 S. 48,– DM	38,40	36,00	33,60
257	*Haug* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital". 2. Aufl. 196 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
324	*Heldmann* **Ausländerrecht.** Textsammlung mit alphabetischem Wegweiser. 2., völlig überarb. Aufl. 320 S. 14,80 DM (Mitte November)	11,85	11,10	10,40
422	*Hermes* **Gegen Imperialismus und Krieg.** Gewerkschaften in der II. Internationale 1889–1914. 232 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
429	*Hund/Preiß* **Die Unbescheidenen. Betriebsrätinnen erzählen.** Protokolle mit Fotos. 134 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
395	*Hund/Kramer (Hg.)* Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie. 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
428	*Kade* **Die Bedrohungslüge.** Die Legende von der „Gefahr aus dem Osten". Mit Dokumenten. 294 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
469	*Kade* **Die deutsche Herausforderung. „Modell Deutschland" für Europa?** 255 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
215	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes. 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
328	*Koch/Rocholl* Kleinkindererziehung als Privatsache? 222 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
407	*Köller/Töpfer* Frankreich. Ein historischer Abriß. 734 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
462	*Kuhrig/Speigner (Hg.)* **Wie emanzipiert sind die Frauen in der DDR?** 376 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
	Bücher gegen rechts · Wissen über Faschismus			
493	*Bredthauer (Hg.)* **Kandidat Strauß.** Dokumente, Analysen. 48. S. 5,– DM	4,–	3,75	3,50
477	*Chagoll* **Im Namen Hitlers.** Kinder hinter Stacheldraht. Dokumente, Fotos. Großband 144 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
042	*Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 5. Aufl. 105 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
243	*Haug* Der hilflose Antifaschismus. 4. Aufl. 168 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
305	*Kühnl* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 4. Aufl. 538 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
289	*Kühnl/Hardach* Die Zerstörung der Weimarer Republik. 2. Aufl. 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
360	*Hörster-Philipps* Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945. 360 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
385	*Petzold* Wegbereiter des Faschismus. 410 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
183	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie. 544 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
451	*Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch.** 2., aktualisierte Aufl. 180 S. 9,80 DM (Mitte November)	7,85	7,35	6,85
304	*Menschik* Texte zur Emanzipation der Frau. 2. Aufl. 426 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
288	*Menschik* Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis. 282 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
405	*Niess* Geschichte der Arbeitslosigkeit. Ursachen und politische Kämpfe. 250 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
192	*Oduev* Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie. Ln. Schutzumschlag, 416 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
310	*Opitz* Europastrategien des deutschen Kapitals. 1069 S. 68,– DM	54,40	51,00	47,60
364	*Ostrowsky/Geisler* Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf. 161 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
	Rilling **Sozialismus in der DDR.** Dokumente und Materialien.			
312	Bd. I: 1945–1961. 280 S. DM 14,80	11,85	11,10	10,40
381	Bd. II: 1961 bis zur Gegenwart. 560 S. DM 14,80	11,85	11,10	10,40
472	*Scherpe* **Poesie der Demokratie.** Literarische Widersprüche zur deutschen Wirklichkeit vom 18. zum 20. Jahrhundert. 240 S. 14,80 DM (Mitte November)	11,85	11,10	10,40
176	*Schleier* Bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung i.d. Weimarer Republik. 594 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
426	*v. Soden/Zipfel* **70 Jahre Frauenstudium.** Frauen in der Wissenschaft. 196 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
238	*Streisand* Deutsche Geschichte. 3. Aufl. 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
277	*Tokarew* Die Religion in der Geschichte der Völker. 736 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
476	*VDS (Hg.)* **Demokratische Alternativen der Deutschlehrerausbildung.** 200 S. 12,80 DM (Ende November)	10,20	9,60	9,00
444	*DFI (Hg.)* **Wir Frauen '80.** Taschenkalender. 320 S. 7,50 DM	6,00	5,60	5,25

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

DM | Pf | für Postscheckkonto Nr. 2809 90-503

Absender der Zahlkarte

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.

2809 90-503

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

für Postscheckkonto Nr. 2809 90-503 — Postscheckamt Kln

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

Postscheckamt **Köln**

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54

in **5000 Köln 51**

Ausstellungsdatum — Unterschrift

Postvermerk

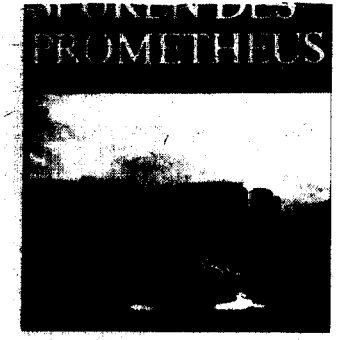
Postvermerk

Studien zur Dialektik · Philosophie (Kleine Bibliothek)

374 *Ahrweiler (Hg.)* Betr.: Lukács. 240 S. 19,80 DM
279 *Bayertz/Schleifstein* Mythologie der „kritischen Vernunft". Kritik an K. Popper. 2. Aufl. 270 S. 19,80 DM
403 *Bialas* Wissenschaftliche und technische Revolutionen in der Vergangenheit und Gegenwart. 240 S. 19,80 DM
309 *Buhr/Kröber* Mensch, Wissenschaft, Technik. 345 S. 19,80 DM
459 *Furth (Hg.)* **Arbeit und Reflexion.** 240 S. 19,80 DM (Ende November)
487 *Geymonat* **Grundlagen einer realistischen Theorie der Wissenschaft.** 220 S. 19,80 DM (Ende November)
412 *Holzer* Evolution oder Geschichte? Theorien gesellschaftlicher Entwicklung. 194 S. 19,80 DM
292 *Metscher* Kunst und sozialer Prozeß. 258 S. 19,80 DM
321 *Rückriem u.a.* Historischer Materialismus und menschliche Natur. 319 S. 19,80 DM

454 *Dieter B. Herrmann:* **Entdecker des Himmels**
256 Seiten mit zahlreichen zum Teil farbigen Bildtafeln, Zeichnungen und Abbildungen, Illustrationen. Großformat, Leinen mit mehrfarbigem Schutzumschlag DM 19,80

15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85
15,85	14,85	13,85



Nr.	Autor und Titel	Abo 25 %	Abo 25 %	Abo 30 %
	Studien zur Kritischen Psychologie			
440	*Braun* Kritik des Freudo-Marxismus. Zur marxistischen Aufhebung der Psychoanalyse. 224 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
389	*Friedrich (Hg.)* Zur Kritik des Behaviorismus. 350 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
483	*Geier* **Kulturhistorische Sprachanalysen.** 280 S. 18,– DM	**14,40**	**13,50**	**12,60**
480	*Jantzen* **Grundrisse einer allgemeinen Psychopathologie und Psychotherapie.** 220 S. 15,– DM (Ende November)	**12,00**	**11,25**	**10,50**
406	*Jantzen* Behindertenpädagogik, Persönlichkeitstheorie, Therapie. 200 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
482	*Keseling* **Sprache als Abbild und Werkzeug.** Psychologie der Wygotski-Schule. 220 S. 15,– DM (Ende November)	**12,00**	**11,25**	**10,50**
441	*Pilz/Schubenz* Schulversagen und Kindergruppentherapie. 302 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
443	*Wilmerer* Lernen als Handlung. Psychologie des Lernens. 358 S. 18,– DM	**14,40**	**13,50**	**12,60**
279	*Joachim Herrmann:* **Spuren des Prometheus** Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte. 272 Seiten, Großformat mit 114 Farb- und 8 sw-Fotos, 138 farbigen und 11 sw-Abbildungen, Großformat, Leinen mit farbigem Schutzumschlag DM 29,80	**23,85**	**22,35**	**20,85**

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger		
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
Porto (unter 40,–)		2,–
B '79 Kaufbetrag		

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Pahl-Rugenstein Hochschulschriften

Gesellschafts- und Naturwissenschaften

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20%	2jähr. Abo 25%	3jähr. Abo 30%
5000	*Werner* **Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein** Eine empirische Untersuchung zum Bewußtsein von Teilnehmern an Arbeiterbildungsveranstaltungen. Mit einem Vorwort von Lothar Peter 464 S. DM 49,–	**39,20**	**36,75**	**34,30**
5001	*Meyer* **Die Herausbildung der Arbeiterklasse im Spiegel der zeitgenössischen Lyrik** Vom Vormärz bis zum Anfang der 70er Jahre 565 S. DM 75,–	**60,00**	**56,25**	**52,50**
5002	*Nauhaus* **Probleme der Frauenarbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Krise** 240 S. DM 28,–	**22,40**	**21,00**	**19,60**
5003	*Vock* **Probleme der Krippenerziehung** Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Kinderkrippen in Braunschweig 176 S. DM 21,–	**16,80**	**15,75**	**14,70**
5004	*Großmann* **Zur Struktur und historischen Entwicklung des vorberuflichen Bildungsbereichs** 328 S. DM 39,–	**31,20**	**29,25**	**27,30**
5005	*Kuehrt* **Zur Struktur und historischen Entwicklung des Berufsausbildungssystems** 384 S. DM 45,–	**36,00**	**33,75**	**31,50**
5006	*Schweizer* **Zur Struktur und historischen Entwicklung des Weiterbildungsbereiches** 336 S. DM 42,–	**33,60**	**31,50**	**29,40**
5007	*Türcke* **Zum ideologiekritischen Potential der Theologie** Konsequenzen einer materialistischen Paulus-Interpretation 133 S. DM 18,–	**14,40**	**13,50**	**12,60**
5008	*Kutscha* **Verfassung und „streitbare Demokratie"** Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote im öffentlichen Dienst. Mit einem Vorwort von Gerhard Stuby 348 S. DM 40,–	**32,00**	**30,00**	**28,00**
5009	*Hauck* **Von der klassenlosen zur Klassen-Gesellschaft** *Systematisches* und Empirisches zur Rekonstruktion des historischen Materialismus 160 S. DM 25,–	**20,00**	**18,75**	**17,50**
5010	*Rudloff* **Literaturunterricht in der Diskussion** Eine Analyse des wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Bezugssystems der gegenwärtigen Literaturdidaktik in der Bundesrepublik Deutschland 216 S. DM 25,–	**20,00**	**18,75**	**17,50**
5011	*Friedmann/Schmahl* **Rationalisierung durch Humanisierung?** Ziele, Bedingungen und Auswirkungen der Einführung von „teilautonomen Gruppen" unter besonderer Berücksichtigung der Qualifikationen der betroffenen Arbeitskräfte 286 S. DM 35,–	**28,00**	**26,25**	**24,50**
5012	*Puhlmann* **Mädchenerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft** Klassenspezifische Unterschiede in der Vergesellschaftung der Mädchenerziehung 80 S. DM 12,—	**9,60**	**9,00**	**8,40**
5013	*Ott/Ott* **Hölderlin und revolutionäre Bestrebungen in Württemberg unter dem Einfluß der Französischen Revolution** 184 S. DM 23,–	**18,40**	**17,25**	**16,10**
5016	*Bohlen* **Die XI. Olympischen Spiele Berlin 1936** Instrument der innen- und außenpolitischen Propaganda und Systemsicherung des faschistischen Regimes 234 S. DM 28,–	**22,40**	**21,00**	**19,60**
5017	*Ederer* **Die literarische Mimesis entfremdeter Sprache** Zur sprachkritischen Literatur von Heinrich Heine bis Karl Kraus 442 S. DM 59,–	**47,20**	**44,25**	**41,30**
5018	*Asseln* **Darstellung und Kritik philosophischer und politisch-soziologischer Ansätze des „Projekt Klassenanalyse" (PKA)** 275 S. DM 35,–	**28,00**	**26,25**	**24,50**
5019	*Grühn* **Qualifikationsstruktur und Weiterbildung** Überlegungen zu Problemen der Weiterbildung am Beispiel des Bildungsurlaubs 180 S. DM 27,–	**21,60**	**20,25**	**18,90**
5021	*Pauls* **Hausfrauenlohn oder Recht auf Arbeit?** 141 S. DM 18.–	**14,40**	**13,50**	**12,60**
5022	*Dormagen-Kreutzenbeck* **Soziologie der Persönlichkeit** Probleme und Perspektiven der Soziologie der Persönlichkeit und ihrer Integration in eine synthetische Humanwissenschaft 400 S. DM 45,–	**36,00**	**33,75**	**31,50**
5023	*Koch/Prodoehl* **Determinanten staatlicher Bildungsplanung und -politik 1969–1978** Zur Revision der Reformpolitik im Bildungswesen der Bundesrepublik 163 S. DM 18,–	**14,40**	**13,50**	**12,60**
5024	*Martini* **Das Problem der Entfremdung in den Dramen Samuel Becketts** 404 S. DM 52,–	**41,60**	**39,00**	**36,40**

III

Seite Ende der 60er Jahre gelang es der Bundesreublik mehr und mehr, den Rückstand im Bereich der Kernforschung und -technik gegenüber ihren Konkurrenten in Europa und den USA aufzuholen. „Auf vielen Gebieten wurde der Anschluß an den internationalen Leistungsstand erreicht"[49]), konnte die Bundesregierung 1967 Bilanz ziehen. Äußeres Zeichen dafür war der erreichte Durchbruch zur „Wirtschaftlichkeit" bei den Leichtwasserreaktoren mit Bauaufträgen für Kernkraftwerke mit Siedewasserreaktor (für AEG) in Würgassen und Druckwasserreaktor (für Siemens) in Stade im Sommer 1967. Im Februar 1968 erzielte Siemens den „erste(n) international stark beachtete(n) Exporterfolg gegen starke internationale Konkurrenz"[50]) für ein Kernkraftwerk mit Schwerwasserreaktor in Atucha/Argentinien. Auch im Bereich des Einstiegs in die Plutonium-Wirtschaft wurden mit der Entwicklung von Schnellen Brutreaktoren und von Wiederaufarbeitungstechnologien erhebliche Fortschritte erzielt. Seine Grundlage hatte dieses schnelle Aufholen eines ja immerhin ca. 10jährigen Rückstandes gegenüber den USA auf dem Gebiet der Kernforschung und -technologie in der von Strauß mit initiierten umfassenden staatlichen Förderung und der engen Kooperation von Staat und Industrie – ein Verfahren, das heute auch in anderen Schlüsselbereichen der technologischen Entwicklung praktiziert wird.

Mit dem erreichten Stand der Atomindustrie nahm das Drängen auf internationale Märkte zu. Neben die internationale Zusammenarbeit – die besonders im Bereich der Kernforschung und der immer kostspieligeren Entwicklung fortgeschrittener Reaktortypen, die die finanziellen Möglichkeiten einzelner Staaten überschreiten, objektiv notwendig ist – trat verstärkt die internationale Konkurrenz, denn die bundesdeutsche Atomindustrie mußte, wollte sie ihre Kapazitäten optimal nutzen, auch auf fremde Märkte expandieren.

Die Politik des westdeutschen Großkapitals brauchte aus diesen Gründen – nicht nur im Bereich der Atomindustrie – neue Dimensionen. Auf diesem Hintergrund erreichten „Europa"- und „Transatlantik"-Diskussionen neue Höhepunkte. Dabei waren Ideen des „Atlantizismus" und einer „Europäischen Union" bzw. der „Vereinigten Staaten von Europa", die mit denen von Amerika zusammenwirken, nur die neue äußere Hülle eines im wesentlichen nationalistischen Konzepts: Der BRD sollten das wissenschaftlich-technische und militärische Potential und die Märkte der Partner zur Verfügung stehen, die „deutsche Frage" sollte als „europäische Frage" neu gestellt werden. In diese Diskussion schaltete sich Strauß mit seinem „Entwurf für Europa" und einem „Programm für Europa" ein[51]).

Die Frage der Verfügung über Atomwaffen, aber auch des technologischen (besonders wohl des atomtechnologischen) Niveaus stand dabei im Zentrum

49) Bundesbericht Forschung II, Bundestagsdrucksache V/2054 v. 28. 7. 1967, S. 17.
50) W. Cartellieri/H. v. Heppe/A. Hocker/A. Weber, Taschenbuch für Atomfragen 1968, Bonn 1968, S. 147 f.
51) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O.; und F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort, Ein Programm für Europa, Stuttgart 1968.

der Straußschen Gedanken[52]). „Auf uns allein gestellt und freiwillig an die Schutzmacht Amerikas gekettet, sind wir hilflos und auf die Dauer mit unseren Nachbarn zur technischen Unterentwicklung verurteilt; wir können eines Tages auf Gedeih und Verderb den Einflüssen und dem Willen einer eurasischen Vormacht ausgeliefert sein."[53]) Ausgehend von dieser Einschätzung war für Strauß „eine eigene europäische Rüstungs-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik . . . unerläßlich"[54]). Man beachte die Reihenfolge in dieser abschließenden Aufzählung europäischer Politikfelder! Dieses Konzept ist nach wie vor aktuell: Auf dem CSU-Parteitag im September 1979 jammerte Straß, daß „sich Europa noch immer nicht, Gott sei es geklagt, zu einer einheitlichen Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik durchringen"[55]) konnte.

Beseelt von dem Glauben, „daß Besitz und Verfügungsgewalt über Atomwaffen der eigenen Politik einen stärkeren Rückhalt verleiht"[56]), und gepeinigt von dem Gedanken, daß „für unseren Kontinent die Gefahr eines konventionellen Krieges"[57]) droht – eine Vorstellung, die Strauß weit mehr als die Atomkriegsgefahr zu schockieren scheint –, entwirft er verschiedene Modelle für europäisch/bundesdeutsche Atomwaffen. Die Gefahr eines konventionellen Krieges sieht Strauß, weil „die amerikanische Strategie der atomaren Vergeltung für Europa prinzipiell keine Gültigkeit haben kann"[58]). Nach seiner Meinung wäre es „logisch, wenn die ‚Nuklearschwelle' niedriger gelegt würde; die USA jedoch wollen und werden sie – aus begreiflichen Motiven, die mit dem Dispositiv ihrer nationalen Sicherheit zusammenhängen – höher setzen"[59]). In dieser Situation hilft nur „ein militärisch eigenständiges Europa", das „über strategische Atomwaffen verfügen (muß)"[60]).

Um der europäisch/bundesdeutschen Atommacht näher zu kommen, entwirft Strauß die abenteuerlichsten Pläne[61]); u. a. sollen Großbritannien und Frankreich ihre Atomwaffen bei „wissenschaftlicher und finanzieller Unterstützung" der anderen Staaten zusammenlegen[62]). Ein Modell, das erst kürzlich wieder in Form einer bundesdeutschen Beteiligung am weiteren Ausbau der französischen „Force de Frappe" aktuell, aber wie damals auch von Frankreich abgelehnt wurde. („Ich schließe jeden Vorschlag und jeden Beitrag Frankreichs zur Bildung einer Atomwaffe in der Bundesrepublik voll und ganz aus"[63]), erklärte der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing dazu.) Neben der Schaffung der europäisch/bundesdeutschen Atommacht ist für Strauß die Frage „der atomaren Gleichberechtigung die ‚Kernfrage' "[64]),

52) Vgl. Karlheinz Deschner, F. J. Strauß, der Architekt Europas, in: „Blätter", 9/1979, S. 1061–1076.
53) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O., S. 38.
54) Ebd, S. 101.
55) F. J. Strauß, Rechenschaftsbericht, a.a.O., S. 19.
56) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O., S. 92.
57) Ebd, S. 115, Heraushebung durch die Verfasser.
58) Ebd, S. 93.
59) F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort, a.a.O., S. 83.
60) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O., S. 102.
61) Vgl. H. W. Kahn, a.a.O., bes. S. 1216.
62) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O., S. 112.
63) In: FAZ v. 19. 9. 1979.
64) F. J. Strauß, Entwurf für Europa, a.a.O., S. 104.

d. h., da ja Atomstaaten die Partner sind, die Forderung, daß auch die BRD Atomstaat werden soll.

Aber diesen Straußschen Plänen droht neben allem nationalen und internationalem Widerstand, der sie bis dahin verhinderte, eine neue „Gefahr": Der Atomwaffensperrvertrag wird im Laufe der sich anbahnenden Entspannungspolitik zwischen Ost und West aktuell. Strauß wehrt sich selbstverständlich – zunächst erfolgreich – energisch gegen eine Unterzeichnung dieses Vertrages durch die Bundesrepublik: „Mit der Unterschrift unter ein derartiges Abkommen könnte es uns beispielsweise unmöglich gemacht werden, jemals am Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht mitzuwirken."[65]) Er sieht „keine Stelle, in die sich der Atomwaffensperrvertrag noch harmonisch hineinfügt", weil er befürchtet, bei der angeblichen Einteilung der Welt durch diesen Vertrag in „Giganten" und „Habenichtse"[66]) ein Habenichts zu werden.

Diese Überlegungen basieren, wie es J. J. Servan-Schreiber in einem Vorwort zur Strauß-Schrift „Herausforderung und Antwort" ausdrückt, auf dem Insistieren „auf einem Verhandeln mit der Sowjetunion von einer Position der Stärke aus", einem „Element in der Weltpolitik", das „gefährlich sein könnte"[67]).

IV

Am 29. November 1969 tritt die Regierung Brandt/Scheel dem Atomwaffensperrvertrag bei: Die Straußschen Aktivitäten für eine bundesdeutsche Verfügung über Atomwaffen werden damit etwas zurückhaltender. Dennoch forderte er erst kürzlich wieder in einem Interview zu den neuen US-Mittelstrekkenraketen, deren Stationierung in Mitteleuropa er befürwortet, daß nicht nur die USA über sie verfügen sollten, „sondern daß zumindest die Trägerwaffen nach dem Zweischlüsselsystem auch in den Händen der Bundesgenossen und damit auch in den Händen der Bundeswehr sind"[68]).

Wenn es um Aufrüstung und insbesondere um atomare Aufrüstung geht, ist Strauß nach wie vor in der ersten Reihe zu finden. Ausgehend von der Einschätzung: „Tatsache ist, daß die nukleare Überlegenheit der USA Anfang der 80er Jahre endgültig und unwiederruflich der Vergangenheit angehören wird."[69]), fordert er: „Die westliche Antwort wäre – das ist auch nicht meine Erfindung, es soll niemand schreiben, daß ich das verlangt habe (?!, d. Verf.), das sind die Vorstellungen, die alle Fachleute in Europa und Amerika haben – die Neutronenwaffe und die modernisierte V I und die Pershing II mit 1500 km Reichweite auf unserer Seite in Europa auf europäischem Boden."[70])

65) Ebd, S. 109.
66) F. J. Strauß, Herausforderung und Antwort, S. 93.
67) J. J. Servan-Schreiber, Vorwort in: Ebd, S. 13.
68) Strauß-Interview in: „Die Welt" v. 12. 2. 1979.
69) F. J. Strauß: CSU-Parteitag 28./29. 9. 1979, München, Rechenschaftsbericht. Vervielfältigtes Manuskript, S. 16. Das hindert ihn nicht, an anderer Stelle die schon heute bestehende „Übermacht" der Sowjetunion zu behaupten.
70) F. J. Strauß, Europas Freiheit – Europas Zukunft, a.a.O.

Wird diese Aufrüstungspolitik von „europäischen Politikern" in Zweifel gestellt, so sind dies nach Strauß Anzeichen von „parteipolitischer Feigheit, ideologisch bedingtem Realitätsverlust und blauäugiger Entspannungssehnsucht" mit dem Ziel, sich „aus ihrer ureigenen Verantwortung davon (zu)stehlen. Ich erinnere nur an das beschämende Beispiel der Diskussion um die Neutronenwaffe."[71])

Wen wundert es da, daß im „Bayernkurier" die Ankündigung des „virtuose(n) Chefpropagandist(en) der Sowjetmacht", Leonid Breschnew, vom 6. Oktober 1979, als einseitige Entspannungsmaßnahme 20 000 Soldaten und 1000 Panzer aus der DDR in die UdSSR zurückzuverlegen, als „genial ausgeklügelte Abrüstungsoffensive" und „Zeitbombe in die 19. Runde der Truppenkonferenz in Wien" bezeichnet wird[72]). Strauß-Intimus Dr. Friedrich Zimmermann, auf dem letzten Parteitag zum neuen stellvertretenden Parteivorsitzenden der CSU gewählt, erklärt zum Breschnew-Vorschlag: „In diese Situation versucht Breschnew mit Lockungen und Drohungen einzugreifen. Wir dürfen uns nicht erpressen lassen."[73]) Dies verdeutlicht die auch von Strauß vertretene Grundhaltung, nach der alles, was die Sowjetunion macht, gleichgültig, worum es sich konkret handelt, Erpressung und Aggression ist und deshalb als „Antwort" auf diese „Bedrohung" immer Aufrüstung geboten ist.

Etwa seit 1973/74 entbrennt auch um die „friedliche" Nutzung der Kernenergie eine an Heftigkeit zunehmende gesellschaftliche Auseinandersetzung. Nachdem Kernkraftwerke durch permanente Subventionierung „wettbewerbsfähig" geworden sind, wird ihr Bau – den Interessen der Energiekonzerne entsprechend – forciert. Dieser Prozeß wird im Zusammenhang mit der angeblichen „Ölkrise" und der sichtbar werdenden Abhängigkeit vom Öl bei gleichzeitiger Duldung der erpresserischen Politik der Ölkonzerne noch offensiver vorangetrieben[74]). Immer größere Teile der Bevölkerung kritisieren den forcierten Ausbau der Kernenergie unter Hinweis auf seine energiepolitische Unsinnigkeit, die Gefahren für Umwelt und Sicherheit und die Möglichkeit des militärischen Mißbrauchs[75]). Dieser Protest ist auch ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung einem wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der ausschließlich im Interesse der Großkonzerne eingesetzt wird (z. B. auch Rationalisierung), aufgrund der für sie fast ausschließlich negativen Folgen immer skeptischer gegenüber steht.

Diese Auffassungen teilt Franz Josef Strauß nicht: „Zur Kernkraft gibt es gegenwärtig keine Alternative. Das muß man endlich einmal sagen, statt dem

71) F. J. Strauß, Rechenschaftsbericht, a.a.O., S. 20.
72) „Bayernkurier" v. 13. 10. 1979.
73) F. Zimmermann, Verschoben zugunsten Moskaus, in: „Bayernkurier" v. 27. 10. 1979.
74) Es bleibt dem ehemaligen CDU-MdB Gruhl, jetzt fraktionsloser Vorsitzender der rechtslastigen „Grünen Aktion Zukunft" vorbehalten, im Bundestag darauf zu verweisen, daß Strauß als Minister an der gleichzeitigen Subventionierung der Zechenstillegungen und der Kernkraftentwicklung und der Auslieferung der westdeutschen Energieversorgung an die Ölmultis beteiligt war: „Er hat hier auf die Abhängigkeit vom Erdöl verwiesen. Die Abhängigkeit vom Erdöl ist zu einer Zeit entstanden, als die CDU hier in der Regierung und Herr Strauß einer der Minister war." (H. Gruhl, Rede in der 167. Sitzung des 8. Bundestages am 4. 7. 1979, in: „Das Parlament" v. 28. 7. 1979.
75) Zur Grundstruktur dieser Auseinandersetzung und ihren Argumenten vgl.: H. Bufe/J. Grumbach, Staat und Atomindustrie, a.a.O., S. 13 ff.

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

Marx, Engels, Lenin. Lukács. Gramsci. Althusser.
Bürgerliche Ideologietheorie, Luhmann, Berger/Luckmann.
Eigene Position des PIT.
Projekt Ideologie-Theorie (PIT).
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

118

Umwelt-Politik (II)

Gewerkschaften, Staat, Kosten, Ressourcen. Kommentierte Bibliographie. — Alternative Lebensformen.
K. Krusewitz, M. Massarrat, S. Hall u.a.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).

Helmut Ridder: Zur Ideologie der »streitbaren Demokratie«. 4,50 DM.

Erich Wulff: Psychiatrie und Herrschaft. SH 34. 4,00 DM.

H.H. Abholz u.a.: Arbeitsmedizin SH 35. 6,00 DM.

Volke dauernd vorzugaukeln, man komme auch ohne Kernenergie aus, man komme noch lange ohne sie aus, man komme vielleicht immer ohne sie aus, man brauche sie unter Umständen jetzt, aber vielleicht nicht lange, oder man brauche sie jetzt noch nicht, dafür erst später usw. Wir sind keine Atomkraftfetischisten, wir sind nicht kernkraftbesessen, aber wir können nicht einfach mit offenen Augen zusehen, daß der hohe Leistungsstand unserer Wirtschaft, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit unser gesamtes soziales und gesellschaftliches System durch Fehler und Versäumnisse der in den 70er Jahren Regierenden ernsthaft gefährdet und eines Tages zerrüttet sein wird."[76]) Hinweise auf die Risiken läßt er nicht gelten: „Ich war der erste Atomminister der Bundesrepublik und wir haben damals auch eine gewisse Ahnung gehabt von den Risiken."[77]) Außerdem sei „unstrittig, daß bei weiteren Verzögerungen des Kernkraftwerkbaus die Gefahr einer Stromlücke besteht mit der Gefahr eines Anwachsens der Arbeitslosenzahl" und die Kernenergie „die unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und für soziale Sicherheit"[78]) sei.

Strauß geht es dabei weniger um die Sicherung der Energieversorgung – daß diese mit anderen Mitteln bedeutend sinnvoller erreicht werden kann, ist hinreichend oft nachgewiesen worden – oder um das Problem, daß wir ohne die Kernkraft „vielleicht . . . sogar vor die Frage gestellt (werden), ob die europäisch-amerikanische Zivilisation abgelöst wird"[79]). Ihm geht es vielmehr darum, den Stand der Bundesrepublik – besser: der bundesdeutschen Atomindustrie – als „ziviler" Atomgroßmacht Nr. 1 in Europa und auf dem Weltmarkt als schärfsten Konkurrenten der USA zu halten. Doch hier dräut den Industrieinteressen durch den Bürgerprotest Gefahr: Frankreich z. B., „unser europäischer Nachbar, Freund, Bundesgenosse und selbstverständlich wirtschaftlicher Rivale" hat „in derselben Zeit, in der bei uns kein einziges Kernkraftwerk mehr gebaut oder genehmigt worden ist, den Bau und die Genehmigung von 33 Kernkraftwerken mühelos, trotz der inneren Diskussion auch in Frankreich, bewältigt"[80]).

In einer Führungsposition auf wissenschaftlich-technisch-industriellem Gebiet – und dafür ist die Atomindustrie ein Schlüsselbereich – sieht Strauß die Chance, die BRD als Großmacht zu etablieren bzw. zu erhalten. „Unsere Zukunftschancen bestehen in der Rolle der Bundesrepublik als weltweiter wissenschaftlich-technischer Dienstleistungsbetrieb. Das politische Gewicht und der wirtschaftliche Wohlstand unseres Landes hängt auf lange Sicht davon ab, daß wir an der Spitze der naturwissenschaftlich-technischen Entwicklung liegen. . . . Wir werden unsere naturwissenschaftlich-technischen Er-

76) F. J. Strauß, Rechenschaftsbericht, a.a.O., S. 27.
77) Ebd; daß erst jetzt auf Druck der Bevölkerung mit Sicherheitsforschungsprojekten begonnen wird, die eigentlich Strauß *vor* dem Bau derart vieler Kernkraftwerke hätte veranlassen müssen, wenn er *verantwortungsvoll* die Risiken beurteilen würde, verschweigt er.
78) F. J. Strauß, Regierungserklärung vor dem bayerischen Landtag, in: „Bayerischer Landtagsdienst" v. 25. 7. 1979, Nr. 113, Bl. 10.
79) F. J. Strauß, in: „Handelsblatt" v. 25. 7. 1979.
80) F. J. Strauß, Rechenschaftsbericht, a.a.O., S. 28.

kenntnisse in Form von Patenten und Lizenzen an Entwicklungsländer und andere Industrienationen weitergeben, mit denen wir enge Wirtschaftsbeziehungen unterhalten. Nur so kann die Bundesrepublik ihr politisches Gewicht halten, ihre Unentbehrlichkeit in der Gemeinschaft der Völker erreichen.''[81])

Zur Verwirklichung dieses Ziels müßten Strauß zufolge nur die entsprechenden bestehenden Programme von der Bundesregierung endlich durchgesetzt werden[82]). Doch das Festhalten der Regierung am Atomprogramm und ihr Vorgehen gegen die Bürgerinitiativen mit Repression und Integration reichen Strauß nicht aus. Für ihn ist ,,die Energiepolitik der Bundesregierung ein erschütterndes Trauerspiel aus Entschlußlosigkeit, innerparteilicher Feigheit und vordergründiger Parteitaktik der Bonner Blockparteien''[83]). Strauß hat auch ein Rezept: ,,Wir leben doch in unseren Ländern lieber in Ruhe und Frieden, statt daß wir uns wegen der Durchführung des Energieprogramms der Bundesregierung mit 5000, 10 000 zum Teil als Chaoten organisierten Menschen auseinandersetzen. . . . Warum haben Sie das Demonstrationsstrafrecht so geändert, daß, wenn die Gewalttäter, die Chaoten, in unserem Lande angreifen, die Polizei in fast ausweglose Situationen gebracht wird?''[87]) Und an anderer Stelle fordert er: ,,Deshalb muß schon die Teilnahme an einer gewalttätigen Demonstration ein strafbarer Akt sein, sonst werden wir dieser Frage nicht mehr Herr.''[85]) Mit Polizeistaatsmethoden gegen den Bürgerprotest die Industrieinteressen durchsetzen, das ist das Programm, das hier deutlich wird. Besonders wehrt sich Strauß gegen jede Verzögerung des Atomprogramms in den Bereichen, die den Zugang zur Plutonium-Wirtschaft öffnen. Es sind dies die Kraftwerke vom Typ ,,Schneller Brüter'', die große Plutonium-Mengen ,,erbrüten'', und die Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben, in der aus abgebrannten Brennstäben der Reaktoren in der geplanten Endausbaustufe jährlich etwa 14 t Plutonium ,,gewonnen'' werden sollen. Zum Bau einer Atombombe benötigt man nur etwa fünf bis zehn kg dieses Stoffes.

Nach Strauß hat das Gorleben-Hearing[86]) gezeigt, daß das geplante Projekt ,,technisch realisierbar und verantwortbar ist'', und es sei ,,nicht zu verantworten, auf dieses Konzept zu verzichten oder es zeitlich hinauszuschieben''[87]). Das Festhalten der Bundesregierung am Gorleben-Konzept und ihr Vorschlag, bis zu seiner Realisierung als Übergangslösung Zwischenlager für abgebrannte Brennstäbe in allen Bundesländern zu errichten, reicht Strauß nicht. Dies hat für ihn wegen der Möglichkeit einer längeren Zwischenlagerung nur eine ,,Alibi-Funktion'', mit der das Projekt ,,auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben wird''[88]). Als Alternative schlägt die bayerische Staats-

81) F. J. Strauß, Deutschland, Deine Zukunft, Stuttgart 1975, S. 113.
82) ,,Wir verlangen dabei nichts anderes, als daß der Bundeskanzler und die Bundesregierung zum eigenen Energieprogramm stehen.'' (F. J. Strauß, Rechenschaftsbericht, a.a.O., S. 25); vgl. auch Fußnoten 2 und 3.
83) F. J. Strauß, Rechenschaftsbericht, a.a.O., S. 23.
84) F. J. Strauß, Für klare Konsequenzen, Bundestagsrede, a.a.O.
85) F. J. Strauß, Europas Freiheit – Europas Zukunft, a.a.O.
86) Zu den wirklichen Ergebnissen des Gorleben-Hearings vgl.: H. Bufe/J. Grumbach, Entsorgungszentrum oder nukleare Zeitombe? Die Ergebnisse des Gorleben-Hearings im Überblick, in: ,,Blätter'', 5/1979, S. 537 ff.
87) F. J. Strauß, Regierungserklärung, a.a.O., Blatt 2.
88) Ebd.

regierung vor: „Wenn es einer Übergangslösung bedarf, so kommt dafür lediglich der Einbau von Kompaktgestellen in die vorhandenen Lagerbecken der Kernkraftwerke selbst in Betracht, die eine zeitlich begrenzte innerbetriebliche Lagerung für acht bis elf Jahre – je nach Reaktortyp – technisch ermöglicht."[89]) Mit diesen sogenannten Kompaktlagern – die im „Entsorgungskompromiß" zwischen Bund und Ländern auf bayerische Initiative anerkannt werden[90]) –, will Bayern einen Sachzwang zur schnellen Realisierung der Wiederaufarbeitungsanlage schaffen; einen gefährlichen zudem: „Während in Normalgestellen der Abstand zwischen den Brennelementen so groß ist, daß die verbliebene Neutronenstrahlung ohne gefährliche Wirkung (Unterkritikalität) bleibt, müssen in Kompaktanlagen zwischen den Brennelementen fest eingebaute Neutronenabsorber (Schächte) vorgesehen werden, um etwaige Kritikalität (vornehmer Ausdruck für das Einsetzen einer Kettenreaktion, was zur Explosion führen kann; d. Verf.) zu verhindern."[91]) Keine Verzögerung auf dem Weg zur für die Industrie profitablen und militärisch wichtigen Plutoniumwirtschaft zuzulassen, ist also Ziel dieser Aktion.

Und hier schließt sich der Kreis: Ist eine „zivile" Atomgroßmacht, wie eingangs gezeigt, nur wenige Monate von der Bombe „entfernt", so ist eine „zivile" Atomgroßmacht mit Plutoniumwirtschaft direkt als Nuklearwaffenstaat zu betrachten. Frank Barnaby, Direktor des Internationalen Friedenforschungsinstituts SIPRI in Stockholm, erklärte auf dem Gorleben-Hearing, „daß ein Land mit einem großen Vorrat an Plutonium so schnell eine große Zahl von Kernwaffen bauen könnte, daß man . . . (es) als Nuklearwaffenstaat ansehen kann." Und weiter: „Der Bau einer Aufarbeitungsanlage im Besitz der Bundesrepublik Deutschland würde unvermeidlich den Verdacht erzeugen, daß zumindest ein Ziel der Anlage darin besteht, der Bundesrepublik die Möglichkeit an die Hand zu geben, Kernwaffen für eine nationale Atommacht herzustellen."[92]) Wie eng „zivile" und „militärische" Atommacht beieinander liegen, machte zuletzt die Republik Südafrika deutlich, die auf Grundlage der „zivilen" atomaren Kooperation mit der BRD[95]) (die Straußsche Großmacht BRD durch Weitergabe technischen Wissens!) am 22. 9. 1979 offensichtlich ihre erste Atombombe gezündet hat[95]).

Ein weiteres, F. J. Strauß sicher nicht fremdes Gedankenmodell stellt der schon zitierte FAZ-Leitartikel vor: Man könne auch „etwas ganz anderes unterstellen: daß die fünf- bis achttausend Nuklearköpfe, die in der Bundesrepublik gelagert sind, nach einem politischen Umsturz über Nacht ‚nationalisiert' würden."[95])

---

89) A. Dick (bayerischer Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltschutz), Das Verwirrspiel des Bundeskanzlers, in: „Bayernkurier" v. 21. 7. 1979.
90) Vgl. „Handelsblatt" v. 1. 10. 1979.
91) Das Fachwort: Kompaktlager, in: „Handelsblatt" v. 20. 7. 1979.
92) Nicht autorisierte stenographische Niederschrift des Gorleben-Hearings, S. 1830/1831.
93) Vgl.: W. Geisler, Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich, in: „Blätter", 2/1978, S. 166 ff.
94) Vgl. Meldungen verschiedener Tageszeitungen am 27. 10. 1979.
95) R. Held, Interessenkollision, a.a.O.

F. J. Strauß ist also der „personifizierte" Griff nach der Atommacht: Als Atomminister hat er entscheidend am Aufbau der bundesdeutschen Kernforschung und Atomindustrie mitgewirkt und ihren weiteren Ausbau immer wieder forciert – auf Kosten der Bevölkerung, die bis heute über 25 Mrd. DM Subventionen für die Kernenergieentwicklung aufbringen mußte. Heute ist die BRD aufgrund dieser Entwicklung eine der führenden „zivilen" Atommächte und damit gleichzeitig auch eine potentielle militärische Atommacht. Die militärpolitischen atomaren Ambitionen reaktionärer bundesdeutscher Kreise versuchte Strauß mit ständig wechselnden Strategien durchzusetzen. Gegen Widerstand aus der Bevölkerung ist er immer mit Polizeistaatsmethoden vorgegangen, deren weitere Anwendung und Verschärfung er permanent propagiert.

Ein Kanzler F. J. Strauß wäre eine unerträgliche Provokation für jeden Gegner des Bonner Atomprogramms und für jeden, der für Abrüstung, Frieden und Entspannung eintritt. Dennoch ist angesichts dieser Möglichkeit keine Resignation am Platz, denn Strauß konnte bei seinen gefährlichen Aktionen schon mehrmals gestoppt werden. Eine starke nationale und internationale Bewegung für Frieden und Abrüstung verhinderte bisher die Atombombe in den Händen der BRD und konnte erste Abrüstungsschritte erzwingen. Die Bewegung der Bürgerinitiativen gegen das Bonner Atomprogramm konnte durch breite Massenaktionen die Umsetzung dieses Programms empfindlich stören. Verstärkte gemeinsame Aktivitäten der Bewegung für Frieden und Abrüstung und der Bewegung gegen das Bonner Atomprogramm sind die richtige Antwort auf den Griff nach der Atommacht, auf den Kanzlerkandidaten F. J. Strauß.

„Korporatismus" statt „Pluralismus"?

Ein untauglicher Theorie-Versuch mit Vergangenheit

Von Annemarie Bopp-Schmehl und Ulrich Kypke

I. Alte Konzepte – neue Begrifflichkeit

Noch relativ unbeachtet von der politischen Öffentlichkeit zeichnet sich in der sozialwissenschaftlichen Diskussion eine Umorientierung ab, die einem „Führungswechsel" in der herrschenden Terminologie gleichkommt: Nach jahrzehntelangem Vorherrschen des *Pluralismus*modells rücken Konzepte von *Korporatismus* in den Mittelpunkt von Reflektion und Auseinanderset-

zung. Zunächst wird mit dem Austausch der Begriffe allerdings nur vollzogen, was die Fortentwicklung von Einsicht und Erkenntnissen längst verlangt hat. Denn als wissenschaftliche Erklärungsmuster haben sich die Aussagen zur „pluralistischen Vielfalt" (z. B. Gruppen- und Interessenwettbewerb) bei gleichzeitiger Harmonie (z. B. Machtgleichgewicht, Grundkonsens der Gesellschaftsklassen) als zu simpel und unrealistisch erwiesen; und in ihrer Funktion als politisch-ideologische Rhetorik unterliegt die harmonisierende und integrierende Symbolik des Pluralismusmodells in den Kernländern der westlichen Welt einem offenkundigen Verschleiß – die Systemwidersprüche, sozialen Ungleichheiten und politischen Konflikte in der gesellschaftlichen Wirklichkeit widerlegen das Modell permanent.

Der neue, genauer: neu belebte Begriff „Korporatismus" soll die Nachfolge antreten und treffender und differenzierter die sozioökonomischen und politischen Machtverflechtungen/gefälle sowie das Konfliktpotential in Ländern wie Großbritannien, Schweden, den USA oder der BRD kennzeichnen.

Korporatistische „Theorie" – das zielt ab auf eine Modernisierung von Denkmustern und Ansätzen des Pluralismus. Indem bestimmte Machtveränderungen als „demokratische Störfälle" dargestellt werden, lassen sie die Aufhebung von widerstreitenden gesellschaftlichen Grundinteressen als möglich erscheinen. Mit diesem pauschalen Anspruch präsentiert sich die Korporatismus-Debatte, die gegenwärtig aus keinem sozialwissenschaftlichen Kongreß wegzudenken ist. Das vermehrte Auftreten von Korporatismus-Ansätzen und ihre zunehmende Attraktivität sind freilich auch zu interpretieren als eine Forschungsstrategie, die der marxistischen Politischen Ökonomie ein Konzept entgegensetzen will, das deren hohen theoretischen Maßstäben gerecht werden soll. Beansprucht wird, die komplexen Zusammenhänge von entwikkelter kapitalistischer Ökonomie, parlamentarischer Formaldemokratie und der ideologischen Klammer – „Freiheit", Interessenausgleich etc. – angemessen zu analysieren.

Zweifel sind angebracht, ob nach den wenig überzeugenden Pluralismuskonzeptionen, die sich unbeschadet wohl nur noch in konservativen Gemeinschaftskundebüchern am Leben erhalten, das neu erstandene Korporatismuskonzept als taugliches Erklärungsmodell aktueller Machtkonstellationen erweisen kann. Freilich darf man sich die Sache nicht einfacher machen als die rechten Ideologen, die nunmehr verstärkt auch diesen Begriff (Korporatismus) einsetzen werden, wenn sie damit ihre politischen Ziele – etwa die Schwächung der DGB-Gewerkschaften, befördern können. Wir werden deshalb nach einem historischen Überblick über die begrifflichen und inhaltlichen Wurzeln des Korporatismus-Begriffs die unterschiedlichen Ansätze aufzuzeigen versuchen, in deren Zusammenhang dieser Begriff und der ihm jeweils zugeordnete gesellschaftspolitische Hintergrund stehen. Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung findet zumeist ihren Niederschlag in theoretischen Konzepten; manchmal leiten theoretische Konzepte auch gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen ein. Es lohnt sich, dafür feine Sensoren zu entwickeln!

II. Zur Geschichte und Semantik des Korporatismus-Begriffs

Ein kurzer Überblick über die sozialgeschichtlich bedeutsamen Entstehungs- und Entfaltungsphasen des korporatistischen Gedankengutes mag die zuletzt angesprochene Problematik illustrieren.

1. Ständische Herrschaftsordnung

Die ständestaatlichen Gesellschaftsordnungen realisieren in Höchstform, was „funktionale Repräsentation" genannt wird. Die Zugehörigkeit zum Stand, zur Zunft (französisch: corporation; italienisch: corporazione) formt und bestimmt den ökonomischen, politischen und sozialen Status des einzelnen Gesellschaftsmitgliedes. Die Herrschaftsstruktur ist identisch mit der Hierarchie aller gesellschaftlichen Rechte und Pflichten. Die in Korporationen gegliederte „Machtelite" (Klerus, Adel, städtisches Bürgertum) verfügt gegenüber der nicht-ständischen Masse über verbürgte Hoheits- und Freiheitsrechte. Immobilität und vollständige gegenseitige Abschottung der sozialen Grenzen auch zwischen den Ständen bestimmen das Gesellschaftsbild. Die so garantierte Konfliktlosigkeit[1]) und „Überraschungssicherheit" (A. Gehlen) lassen sich denn auch – je nach Standort – als Entschädigung oder als hoher Preis interpretieren.

2. Sozialphilosophische Organlehren

Vorstellung und Vision einer „organisch" verfaßten Gesellschaft finden erneut und massiv Ausdruck um die Jahrhundertwende. Ob ein Oswald Spengler ein Staatswesen beschwört, das von einem „gesunden feudalen Preußentum mit ausgeprägtem Corpsgeist" angeführt werden soll[2]), oder ob ein Othmar Spann in seiner Lehre vom „wahren Staat" eine Neuordnung der Gesellschaft auf berufsständischer Grundlage fordert[3]) – gemeinsam sind diesen beispielhaft angeführten Gedankengebäuden:
– die Ablehnung liberaler Freiheitsideen und -rechte
– das Idealbild einer „Einheit und Ganzheit in der sozialen Gemeinschaft"
– das Postulat eines autoritären patriarchalischen Führungsanspruchs.

3. Autoritärer Korporatismus

In der romanischen Begriffstradition[4]) (corporazione) kommen die bisher genannten zwei Begriffselemente besonders deutlich zum Ausdruck: die Sehn-

1) Die Durchbrechung dieses Prinzips wird als individuelle Schicksalsbewältigung thematisiert wie beispielsweise in Lessings Dramen. Die moderne Sozialwissenschaft spricht von „Funktionalität solcher Strukturen". Vgl. Lewis A. Coser, Theorie sozialer Konflikte, Neuwied/Berlin (West) 1965.

2) In: Preußentum und Sozialismus, 1920.

3) In: Der wahre Staat, 1921.

4) Dieser historischen und semantischen Zuordnung entsprechend müßte Korporatismus eigentlich Korporativismus heißen, wie es auch von den kontinentalen faschistischen Ideologien eingeführt wurde. Darauf insistieren vereinzelte Autoren. Vgl. ausführlich: Hans Kastendiek, Konzeptionelle Probleme der Korporatismusanalyse; Referat auf einer Tagung der DVPW am 23./24. 2. 1979. Maschinenschrift S. 3 ff. Es hat sich inzwischen in der Fachdiskussion eingebürgert, den englischen Ausdruck „Corporatism" als Korporatismus zu übernehmen. Der inzwischen geradezu modische Begriff wird, wie wir in diesem Aufsatz deutlich zu machen versuchen, auf alle möglichen gesellschaftlichen Kartellierungsbestrebungen übertragen, so daß der Bezug zu den historischen Modellen durchgängig verlorengegangen ist. Wir halten es von daher für sinnvoller, unsere Kritik nicht an der Schreibweise, sondern an der unhistorischen und weitgehend theorielosen Anwendung des Begriffs anzusetzen.

sucht nach der stabilen Ordnung des feudalen Ständestaats, dessen Herrschaftsunterworfene in die berufsständisch gegliederten „organischen" Teilgefüge einbezogen waren.

Ausgeprägtes Modell dieses autoritären Korporatismus[5]) war das faschistische Italien. Unter der behaupteten Überwindung des gesellschaftlichen Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit wurde letztere in die „monarchische Organisation der Industrie[6]) inkorporiert. Zur Disziplinierung gesellschaftlicher Konflikte wurde in der Wirtschaftslenkung 1935 ein „Consiglio Nazionale delle Corporazione"[7]) eingerichtet. Die Koordination zwischen Staat und Ökonomie fand also in direkter Vermittlung und Abstimmung der politischen und wirtschaftlichen „Führungseliten" und deren Interessen statt.

Dieses Modell gibt die praktizierten Faschismen in ihrer historischen und nationalen Variabilität nur in Ausschnitten wieder. Ebensowenig kann es die Prozesse und Strukturen der reaktionären und rassistischen Gewaltherrschaft – insbesondere des deutschen Faschismus – voll erfassen. Die Untersuchung autoritärer korporativer Strukturen ist also kein Ersatz für sehr viel komplexere Faschismusanalysen.

4. „Moderner" autoritärer Korporatismus

Die vermutlich letzten „Modelle" der romanischen autoritären Begriffstradition des Korporatismus hielten sich bis in die 70er Jahre mit den Diktaturen auf der iberischen Halbinsel. Wir möchten diese Modelle die „atavistische Linie" nennen. Ihr Herrschaftsgefüge konnte sich offensichtlich nur deshalb so lange aufrechterhalten, weil es sich um Länder in relativ peripherer Lage und mit industriellem Rückstand handelte, in denen eine überlebte „alte" Bourgeoisie (in Bündnis mit Kirche und Militär) noch von ihren kolonialen Ressourcen, bzw. deren Nimbus zehren konnte[8]).

Aktueller und von dieser gewissermaßen abgestorbenen Linie zu unterscheiden ist die „moderne Form" des autoritären Korporatismus. Man könnte sie vornehmlich in den von US-Konzernen dominierten südamerikanischen Regimen wie typischerweise wohl Brasilien diagnostizieren[9]). Kennzeichnend ist ein teilweiser Verzicht auf klassenharmonistische Ideologien – an deren

---

5) Vgl. Carl T. Schmidt, The Corporate State in Action.

6) Guglielmo Masci, Das korporative System als Ergebnis eines evolutorischen Prozesses; in: Eraldo Fossati, (Hrsg.), Korporative Wirtschaftstheorie, Jena 1938, S. 106.

7) Dieser Rat umfaßte Vertreter der Regierung, der Parteiführung (der Faschisten) und der 22 berufsständischen Zusammenschlüsse, der sog. Korporationen.

8) Zur exemplarischen Situation Portugals und dessen historischer Entwicklung vgl.: Lothar Peter, Die politische Entwicklung Portugals seit dem 25. April 1974, in: „Blätter", 3/1975, S. 324 ff. Zur allgemeinen Charakterisierung dieser Gesellschaften siehe: Nicos Poulantzas, Die Krise der Diktatoren. Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt/M. 1977.

9) Zur Einordnung in die Konzeption des Korporatismus vgl.: Phillip C. Schmitter, The Century of Corporatism? in: F. B. Pick, T. Stritch (Hrsg.), The New Corporatism, London 1974, S. 85 ff. Zu den Prinzipien und Formen US-imperialistischer Vorherrschaft vgl. zusammenfassend: Manfred Uschner, Lateinamerika – Vorplatz revolutionärer Kämpfe; Berlin (DDR) 1975, S. 31 ff.

Stelle treten dann betont nationalistische Ideen[10]). Eine nationalistische Ausrichtung scheint im Zusammenhang mit den aus der Kolonialgeschichte herrührenden Identitätsproblemen und auch angesichts des unverschleierbaren totalen Klassengegensatzes leichter als Pazifizierungsideologie verkaufbar zu sein.

Kennzeichnendes Element auf ökonomisch-politischer Ebene ist ein monolithischer Machblock („Die großen Familien"[11]))mit gegenseitiger personeller Durchdringung von Kapitalgruppen und den führenden Militärs, die meist den Staat beherrschen, sowie den regionalen Administrationen.

III. Liberaler Korporatismus

1. Zeitlich parallel zur korporativ-faschistischen Entwicklung in Italien vollzog sich in skandinavischen Ländern, insbesondere in Schweden, eine Entwicklung in Richtung auf institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen sozialistischer Partei, Wirtschaft, Gewerkschaften und der Regierung, die schon 1946 als korporative Strukturen bezeichnet wurden[12]). Das kennzeichnende des schwedischen[13]) und anderer seitheriger Ordnungsmodelle, die darauf hinauslaufen, den Einfluß der Kapitalherrschaft von dem ökonomischen auch auf das politische und soziale Direktionsrecht zu erweitern, ist die behauptete Freiwilligkeit dieser Arrangements, weshalb sie als „liberaler" oder „pluralistischer"[14]) Korporatismus bezeichnet wurden. Die „Freiwilligkeit" war allerdings den Krisenbedingungen des Weltkriegs geschuldet. Aus den Zielen der Erhaltung nationaler Identität sowie Bewältigung der ökonomischen Krise ergaben sich – noch befördert dann durch die Nachkriegsprosperität – Formen der sozialintegrativen Zusammenarbeit, die Illusionen von Klassenharmonie bis heute haben erhalten können.

2. Eine weitere argumentative und analytische Verbindungslinie der heutigen Diskussion führt zurück in die 60er Jahre, als vor allem in dem USA unter dem Stichwort „corporative state"[15])
– die personelle Verfilzung von politischen und ökonomischen Führungsgruppen[16])

10) Wie das Beispiel Argentiniens zeigt, sind die Versuch, klassenübergreifende, korporative Herrschaftsengagements zu etablieren, bisher durchweg gescheitert. Zum Versuch der Personisten, eine „Konzertierung von Kapital und Arbeit" zu erreichen, vgl. Léon Bieber, Zur Entwicklung in Argentinien unter den peronistischen Regierungen seit 1973. Die Rolle des Peronismus, in: „Blätter", 7/1975, S. 777 ff. Zu Brasiliens Anstrengungen, nationalistisches Potential zu mobilisieren, und als Kompensation zum „Abbröckeln der Macht der USA in Südamerika" s.: Tobias Thomas, Atomare Kooperation BRD – Brasilien, in: „Blätter", 7/1975, S. 721. Vgl. Buschner, a.a.O., S. 142 ff.

11) Aus aktuellem Anlaß sei hier auf Nicaragua hingewiesen. Vgl. Harald Jung, Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand in: „Blätter", 3/1979, S. 332 ff.

12) Ein ausführlicher Literaturnachweis findet sich bei Gerhard Lehmbruch, Einige Entwicklungslinien und Probleme in der „Korporatismus"-Diskussion, Diskussionsvorlage für den Arbeitskreis „Parteien-Parlamente-Wahlen" der DVPW, Neuß 1979.

13) Vgl. Karl Kuhn, Korporatismus in Schweden, Diskussionsvorlage zum genannten Arbeitskreis.

14) Einen knappen, zusammenfassenden Überblick über die aktuelle Diskussion bieten: Ulrich v. Alemann/Rolf G. Heinze, in: Dies. (Hrsg.), Verbände und Staat – Vom Pluralismus zum Korporatismus, Analysen, Positionen, Dokumente, Opladen 1979, S. 38 ff.

15) „Corporation" bezeichnet im Amerikanischen und Englischen Großkonzerne und Monopolunternehmen.

16) C. Wright Mills, The Power Elite, New York 1959.

– die strukturelle und institutionelle Verzahnung von kapitalistischen Profitinteressen und politischen Machtansprüchen[17]) (verfestigt vor allem in Form der Lobby und der direkten Klientel-Beziehung zwischen politischer Administration und Spitzenmanagement der Wirtschaft)
– die Beherrschung der amerikanischen Gesellschaft und Kultur durch wenige anonyme Großorganisationen[18]) (einschließlich der Gewerkschaften)
untersucht und kritisiert wurden. Voll verpflichtet der Tradition liberaler Normen lauteten die vorgeschlagenen Lösungen für die angeprangerten Mängel: Entflechtung von Staat und Wirtschaft im Sinne einer „sozialen Gewalten- und Arbeitsteilung"; politische Stärkung des Parlaments (Kongreß) als des genuinen Vertretungsorgans des Volkes; Dezentralisierung der Entscheidungsprozesse und Streuung der Machtzentren. Die *Folgenlosigkeit* dieser Forderungen ist bekannt[18a]) und verweist auf die Hilflosigkeit eines lediglich an Vernunft und demokratische Tugenden appellierenden Liberalismus angesichts nicht zurückdrehbarer historischer Entwicklungen.

3. Eine ganz anders geartete Tradition des „liberal corporation" repräsentatieren die Analysen westeuropäischer „Proporzdemokratien" (Schweiz, Österreich; nach Lehmbruch[19]) und „consociational democracies" (Niederlande, Belgien; nach Lijphart[20])). Die Verbindung zum Korportismus stellen die in diesem System typischen politischen Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen dar. Die „Versäulungen" (d. h. die soziale Deckungsgleichheit) ethnisch-religiöser, ökonomischer und politischer Gruppierungen mit der Verteilung von Macht und Einfluß sind nur dann mit Stabilität der Systeme vereinbar, wenn eine proportionale und funktionelle Interessenvertretung in allen wichtigen Institutionen gewährleistet ist. Die Entscheidungsresultate kommen deshalb in der Regel auch nicht nach dem demokratisch-parlamentarischen Modus des Mehrheitsentscheids zustande, sondern über Formen des „Aushandelns" – ein weiteres Merkmal des aktuell diskutierten „liberal corporatism".

4. Korporative Arrangements, in welcher Begrifflichkeit sie auch immer erfaßt werden, lassen sich als strategische Ambitionen der Herrschenden beschreiben, gesellschaftliche Organisationsmodelle zu etablieren, die auf Neutralisierung von Organisationsmacht und Kampfkraft der Arbeiterklasse hinauslaufen.

Die Konzepte des liberalen Korporatismus setzen an drei gesellschaftlichen Problemen an und kommen in ihren Analysen zu der Folgerung, daß sich dafür jeweils neuartige Verarbeitungsmuster herausbilden:

---

17) Theodore J. Lowi, The End of Liberalism, New York 1969; Earl Latham, The Body Politic of the Corporation, in: E. S. Mason (Hrsg.), The Corporation in Modern Society, Cambridge 1960, S. 218–236.
18) A. Hacker (Hrsg.), The Corporation Take-over, New York 1964; G. Tyler, The Political Imperative. The Corporate Character of Unions, New York/London 1968.
18a) Daß es in jüngerer Zeit auch Anzeichen für eine politische Aufwertung der parlamentarischen Kontrolle des US-Kongresses (Watergate-Affäre; SALT II-Debatte) gibt, dürfte eher auf bestimmte Patt-Situationen im Lager der herrschenden Kräfte als auf eine strukturelle Umorientierung der staatlichen Organisationsform zurückzuführen sein.
19) G. Lehmbruch, Proporzdemokratie, Tübingen 1967.
20) A. Lijphart, Consociational Democracy, in: World Politics 1969, S. 207–225.

– Strategische Antwort *zum Problem der Formation „funktionaler"* (= strategisch bedeutsamer) *gesellschaftlicher Interessen:* Parallel – längerfristig möglicherweise auch ersatzweise – zu den historisch gewachsenen und gesetzlich festgelegten Mechanismen von Parteiensystem, Parlamentarismus und exekutiver Steuerung entwickeln sich Aushandlungs- und Entscheidungsmuster, in denen diese Interessen in zentralisierender Kooperation mit dem Staat die Entscheidungsresultate bestimmen. Die „Konzertierten Aktionen" für die Wirtschafts- und Gesundheitspolitik der Bundesregierung sind hier ebenso Beispiele wie die zahllosen Beiräte und Ausschüsse, die auch die Wirtschaft als Entscheidungsgefahr inkorporieren sollen.

– Strategische Antwort *zum Problem des Verhältnisses von Politik und Ökonomie:*
An die Stelle von punktueller, regionaler und sektoraler Intervention und partieller Steuerung treten symbiotische Entscheidungsstrukturen, bei denen die staatlichen und ökonomischen Handlungsabläufe interdependent ineinandergreifen.

– Strategische Antwort *zum Verhältnis von Kapital und Arbeit* als drittem „Problem":
Die korporative Interessenvermittlung ist auf eine Integrationswirkung hin konzipiert, so daß sie auf eine längere und möglichst dauerhafte „Konsolidierung" dieses Verhältnisses zielt. Das Interesse der Gewerkschaften, Einflußpotentiale zu verfestigen und nach Möglichkeit durch gesetzliche Verankerung zu verrechtlichen, wird hierbei vom Staat eingelöst, aber gleichzeitig genutzt als integrierter Bestandteil der eigenen Strategie der Vermittlung seines Steuerungswillens nach unten oder – in Krisenlagen – zur Vermittlung größerer Intensitäten in der Ausübung sozialen Druckes.

Über diese stark verkürzt dargestellten Problemstellungen hinaus konzentriert sich die Diskussion auf Fragen wie: Welche Dauer und Stabilität haben korporative Strukturen? Schlagen unter solchen Bedingungen Störungen des ökonomischen Systems stärker als bisher auf die politischen Prozesse durch, oder gelingt die gegenseitige Stabilisierung besser?

IV. Korporatismus in der BRD?

In der BRD ist das Korporatismus-Konzept von drei sehr unterschiedlichen politisch-praktischen und theoretischen Standorten und Interessenbereichen aus rezipiert worden.

Die „Policy-science"-Forschung arbeitet mit dem Konzept unter den ihr eigentümlichen Problemstellungen, die – verkürzt zusammengefaßt – die Steuerungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems, die Planbarkeit des sozialen Wandels und – im Anwendungsbezug – die Möglichkeiten der systematischen Politikberatung durch Wissenschaft zum Thema haben[21]). Die

21) Stellvertretend seien genannt: G. Lehmbruch, Liberal Corporatism and Party Government, in: „Comparative Political Studies, 1977, S. 61–90; F. W. Scharpf, Planung als politischer Prozeß. Aufsätze zur Theorie der planenden Demokratie, Frankfurt 1973.

Ansprüche, beim derzeitigen Diskussionsstand besser gesagt: die Hoffnungen, die sich auf den Ertrag des Korporatismus-Ansatzes richten, zielen in drei Richtungen:
1. ein gesellschaftstheoretisch tragfähiges, also umfassendes Erklärungskonzept identifiziert zu haben;
makrosoziale Zusammenhänge in empirisch kontrollierbare Aussagen und praktisch verwertbare Handlungsvorschläge übersetzen zu können;
3. politökonomische Gesellschaftsanalysen „überbieten" zu können.

Der Realisierbarkeit aller drei Zielsetzungen steht entgegen:
– Für die empirische Validität fehlt bisher noch der gesamte Unterbau der Fallweisen und vergleichenden Forschung; dies ist allerdings kein grundsätzlicher Einwand, er ist also korrigierbar.

– Zur Fragwürdigkeit der gesellschaftstheoretischen Reichweite und Qualität seien zwei erklärungsbedürftige Probleme herausgegriffen: Die – wenn auch oft dementierte – Fixierung auf den „tripartistischen Gesellschaftskern" (Staat, Wirtschaftsunternehmen, Gewerkschaften) verwehrt Erkenntnisse und Erkenntnisfortschritte über die funktionale Einordnung und den Wandel von gesellschaftlichen Großorganisationen und Institutionen wie Parteien, Justiz, Militär, Sozialisationsagenturen oder Kirchen. Der Zusammenhang zwischen den tradierten Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen sowie korporativen Strukturen und die Folgewirkungen aus diesem Nebeneinander oder Gegeneinander bleibt ungeklärt.
– Politökonomische Ansätze bleiben bislang in wesentlichen Erkenntnissen unberührt von Konzepten des liberalen Korporatismus: Die Analyse der Staatsfunktionen und ihres Wandels etwa wird nicht geleistet. Wenn z. B. liberaler Korporatismus von Lehmbruch definiert wird als „soziopolitische Technik zur Regulierung des Klassenkonflikts von Arbeit und Kapital und als ein Modus der Politikentwicklung durch Indienstnahme von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden für staatliche (keynesianische) Wirtschaftssteuerung"[22]), dann bleibt ein solches Verständnis ohne Abstriche dem Pluralismodell verhaftet, in dem der Staat als neutraler, zumindest autonomer Schlichter eingeführt worden ist. Ebenso wenig läßt das Konzept des liberalen Korporatismus zu, den Staat als den aktiven „Speicher und Verwalter" eines auf die gesamte Gesellschaft bezogenen Herrschaftszusammenhangs zu interpretieren.

Es ist also zu bezweifeln,

– daß diese Konzeption von Korporatismus die Komplexität, die sich hinter der Fassade allgemeiner Konzentrations- und Zentralisierungserscheinungen in Politik und Ökonomie verbirgt, erfassen kann. Zu fragen ist in der Tat, ob dieser „neue" Ansatz über eine Komplexität hinausreicht, die beispielsweise schon die Elitetheorie und deren Erklärung des „militärisch-industriellen Komplexes" angeboten hatte[23]),

22) In: Einige Entwicklungslinien und Probleme in der „Korporatismus"-Diskussion. Diskussionsvorlage, Neuß Februar 1979, S. 14.
23) Vgl. Mills, a.a.O.

– daß es über das Konzept des liberalen Korporatismus gelingen könnte, unterschiedliche Ansätze so zu kombinieren, daß das Resultat eine echte Synthese wäre und damit einen qualitativen Erkenntnisfortschritt bringen würde.

2. Wir haben bisher versucht zu zeigen, wie problematisch, weil verschieden etikettierbar die Kategorie Korporatismus zur Erfassung gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen ist. Unser Untersuchungsinteresse richtet sich vor allem auf die Intentionen, aus denen heraus versucht wird, korporatistische Arrangements nachzuweisen. Konkret stellt sich die Frage, wann ein auf ideologische Harmonie und arrangierte Abstimmung von Machtstrategien abgestelltes Konzept erforderlich wird und unter *welchen konkreten Bedingungen* es funktionieren kann.

Das prinzipielle strategische Dilemma aller auf Klassenharmonie verpflichteten Bemühungen besteht darin, daß sie zum einen im realen Interessenvollzug der ökonomisch herrschenden, also der großen Konzerne erfolgreich sein müssen, um damit als ordnungspolitischer Faktor wirksam sein zu können. Zum anderen müssen sie mindestens auf ein Stillhalten derjenigen hoffen, die das alles bezahlen müssen, also der arbeitenden Menschen. Ganz praktisch heißt das, der Vollzug des BDA-Tabukatalogs etwa in der Frage der Verhinderung einer Arbeitszeitverkürzung muß einerseits machtpolitisch durchgesetzt werden, andererseits jedoch muß eine legitimatorische Unterstützung bei denen erlangt werden, aufgrund deren Stillhaltens dieses kunstvolle Arrangement überhaupt nur funktioniert[24]). Solche ökonomischen und legitimatorischen „Doppelstrategien" funktionierten in der BRD solange noch am ehesten, wie der Schein allgemeiner Teilhabe am ökonomischen Zuwachs der Nachkriegsprosperität aufrechterhalten werden konnte. Korporatismus als Abwendungsstrategie von Krisenfolgen und gleichzeitige Pazifizierungsstrategie kann ihre „Bewährungsprobe", also ihren Praxistest, erst jetzt unter den aktuellen Bedingungen von permanenter Krise unter Beweis stellen.

Die Möglichkeit eines wenigstens stillschweigenden Übereinkommens in der Abstimmung der Rahmendaten von Wirtschafts- wie Lohnwachstum kann zwischen den Tarifkontrahenten als um so weniger wahrscheinlich angesehen werden, als sich der ökonomische Krisendruck verschärft hat. Da auch der staatliche „Überredungsdirigismus" mit vorgegebenen Zielgrößen, wiewohl von Bundeskanzler Schmidt seit 1974 mit Nachdruck vorgetragen[25]), nicht mehr recht greifen will, entsteht aus der Sicht der Kapitalseite die Gefahr, daß sich die Gewerkschaften wieder mehr auf ihre politischen und ökonomischen Potenzen besinnen, um im Verteilungskampf bestehen zu können. In diesem Kontext bietet sich ein Korporatismusvorwurf an die Adresse der Gewerkschaften an. Hauptpromotor dieser Argumentation ist K. Biedenkopf. Seine Argumentation geht in diese zwei Richtungen:

---

24) Dazu grundlegend Wolfgang Streeck, Das Dilemma der Organisation – Tarifverbände zwischen Interessenvertretung und Stabilitätspolitik in: Werner Meißner/Lutz Unterseher (Hrsg.), Verteilungskampf und Stabilitätspolitik, Stuttgart 1972, S. 130 ff.

– Zum einen geht es ihm um die Wiederherstellung „pluralistischer" Einflußvielfalt in allen gesellschaftlichen Bereichen und dabei um das Aufbrechen der von ihm gesichteten korporativen Verbindung von Gewerkschafts- und (SPD)-Regierungsspitze;
– zum anderen ernennt er sich zum Fürsprecher der Anliegen der „nicht organisierten" bzw. der „nicht organisierbaren"[26]) gesellschaftlichen Gruppen, die von den „mächtigen Interessengruppen", also wieder vor allem den Gewerkschaften, vernachlässigt würden. In den Ansätzen der konservativen Ideologen wird eine eigentümlich Verkehrung der Begriffe deutlich. Aus Aungst vor verwirklichten Formen von demokratischer Beteiligung beschwören sie eine angeblich immer größer werdende Gefahr der Demokratie, „durch ihre eigenen normativen Prämissen überfordert zu werden"[27]). Sie beschwören die „Überforderung"[28]) des demokratischen Staats und befürchten doch nur eine Begrenzung eigener Möglichkeiten zu autoritärer Formierung.

3. Ohne allerdings den Begriff selbst ausdrücklich zu nennen, beschreibt der Staatsrechtler Böckenförde ein von ihm als politische Wirklichkeit dargestelltes korporatistisches Herrschaftsmodell:[29]) „Es entsteht der Zustand, daß bestimmte außerstaatliche Kräfte (Verbände, Interessenträger), obwohl ihnen keine Teilhabe an der verfassungsrechtlich organisierten politischen Entscheidungsgewalt zukommt, an der Ausübung politischer Entscheidungsgewalt gleichwohl, und zwar in rechtlich abgesicherter Weise, tatsächlich teilnehmen." Dieses Modell einer verfassungsrechtlich nicht abgesicherten, aber faktisch wirksamen konzertierten Herrschaft der Führungsgruppen von staatstragenden Parteien, Gewerkschafts- und Konzernspitzen scheint so verlockend zu sein, daß es auch verschiedenen „kritischen" Wissenschaftlern als Argumentationsgrundlage dient. Korporatismus wird da zu einem Strukturproblem der entwickelten Formen kapitalistischer Gesellschaften. Aus „deutlichen Tendenzen zu Inkorporation der Gewerkschaften"[30]), für die es ja durchaus historische Anhaltspunkte gibt, spannt sich der Bogen bis zu einem „selektiven Korporatismus"[31]), der zu einer durchgängigen Gesellschaftsspaltung quer durch die ökonomischen Gesellschaftsklassen führen soll. Unterschieden wird zwischen einem dominanten Herrschaftsblock, einem schlichten „drinnen"[32]), und jenen anderen, die „draußen" sind. Drinnen sind: der privilegierte Block erfolgreicher, integrierter Gruppen – und zwar sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer der „erfolgreichen" Branchen –

26) KLaus v. Beyme, Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern, München 1977, S. 253.
26) Eine Zusammenfassung dieser Ansätze findet sich in: Warnfried Dettling (Hrsg.), Macht der Verbände – Ohnmacht der Demokratie? München 1976 sowie die einschlägigen Parteidokumente in Alemann/Heintze a.a.O. S. 227–247.
27) Peter Graf Kielmannsegg, Demokratisierungsprinzip und Regierbarkeit, in: Wilhelm Hennis u. a. (Hrsg), Regierbarkeit – Studien zu ihrer Problematisierung, S. 121.
28) Ulrich Matz, Der überforderte Staat, in: Hennis (Hrsg.), Regierbarkeit, a.a.O., S.82 ff.
29) Ernst-W. Böckenforde, Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie, in: W. Hennis u. a., Regierbarkeit, a.a.O., S. 234.
30) Walter Müller-Jentsch, Zum Verhältnis von Staat und Gewerkschaften, in: Altvater, u. a., Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns (10 Thesen), Frankfurt/M. 1976, S. 152.
31) Josef Esser, Wolfgang Fach, Internationale Konkurrenz und selektiver Korporatismus, Beitrag für die DVPW-Tagung, a.a.O., Manuskript.
32) Esser/Fach, ebd., S. 16 ff.

die die Privilegien gesicherter Gewinnerwartungen sowie Lebensbedingungen und Löhne zusammenschweißen; draußen nach diesem Konzept sind die sogenannten marginalen Existenzen, ideologisch oder materiell unsichere, sozialstaatlich Alimentierte, Arbeitslose, Randexistenzen und solche, die unmittelbarer repressiver Pazifizierung in Anstalten bedürfen.

Das geschilderte Beispiel dürfte zeigen, zu welchen Ergebnissen es führt, wenn man den Korporatismusbegriff umstandslos als Blaupause für Gesellschaftsdeskription benutzt und sie dann auch noch als Gesellschaftsanalyse ausgibt.

V. Fazit

Diese vorläufigen Einschätzungen müssen zu dem Ergebnis führen, daß die Korporatismusdiskussion weder einen methodisch neuen Ansatzpunkt noch einen analytisch- erkenntnismäßigen Gewinn insbesondere gegenüber politökonomischen Analysen bringen dürfte. Der Korporatismusansatz zeigt vielmehr, ähnlich der Pluralismusdiskussion, die großen Schwierigkeiten, die wohl immer dann auftreten müssen, wenn mit phänomenologischen Konstruktionen versucht wird, materielle Politikanalyse zu betreiben. Die Möglichkeit, analytische Kategorien für ganz unterschiedliche Interessen zu vereinnahmen, ist im übrigen nicht allein den politischen Akteuren anzulasten, sie weist vielmehr auch auf den Befund hin, daß die politikwissenschaftliche Begriffsbildung noch überaus unpräzise, für manche Problembereiche geradezu beliebig ist. Hier geht es weniger um die Gründe für dieses Defizit als darum, am Beispiel der Auseinandersetzung um die Begriffsbestimmung von Korporatismus einige Mechanismen aufzudecken, die zu theoriebildenden Kategorien führen, welche selbst wiederum Ausgangspunkt werden für politisch umsetzbare Argumentationen. Dies führt zu Fragen nach Interessenversäulungen im Grenzbereich zwischen Wissenschaft und Politik, wobei eine solche Unternehmung gleichzeitig einen praktische Ansatz bieten könnte zur realen Korporatismus-Analyse in der BRD.

In der Fortführung der Pluralismusansätze verzichtet die Korporatismusforschung fast durchgängig auf materielle Politikanalysen. Die begriffliche Vieldeutigkeit der verschiedenen in Anspruch genommenen Zugänge eröffnet dann die Möglichkeit, Korporatismus je nach Interesse und Standort als gesellschaftliches Strukturprinzip oder sogar als eigene Staatsform anzusehen. So wird Korporatismus vor allem von angloamerikanischen Autoren als eine Herrschaftsform jenseits des Parlamentarismus, etwa als „Tripartismus" angesehen. Die Begriffsverwirrung ist der konzeptionellen Verwirrung anzulasten, die sich aus der Gleichsetzung von Herrschaftsphänomenen mit den reale Herrschaft determinierenden Strukturen (z.B. Eigentumsverhältnissen) wohl ergeben muß.

Eine detailliertere Betrachtung der theoretischen Substanz des Neo-Korporatismus erlaubt die Prognose, daß auf längere Sicht die verschiedenen Erklärungsmuster der politischen Ökonomie doch tragfähiger sein werden, um das

Entwicklungspotential und die Entwicklungslinien der Politik und Ökonomie von entwickelten kapitalistischen Gesellschaften erfassen zu können, als dies mit den korporatistischen Ansätzen möglich ist. Diese Chance erhält sich die Politökonomie allerdings nur dann, wenn nicht nur die gesellschaftlichen Widersprüche und Instabilitäten der kapitalistischen Länder die wissenschaftliche und intelektuelle Aufmerksamkeit auf sich ziehen, sondern wenn es ihr über den bisherigen Wissensstand hinaus gelingt, auch die Stabilisierungsmechanismen und -parameter mit gleicher Intensität und Neugier zum Forschungsgegenstand zu machen. Gleichzeitig muß die Wissenschaft, die sich um die Erforschung der angesprochenen Fragen bemüht, die Verbindung zu einer demokratischen Praxis vertiefen. Dazu ist allerdings erforderlich, sich nicht mehr allein um die ideengeschichtliche, semantische, also allein wissenschaftsimmanente Seite des „Korporatistischen Phänomens" zu bemühen. Mehr Anstrengungen sollten darauf verwandt werden, breiten Bevölkerungsschichten und deren demokratischen Organisationen dabei zu helfen, das kartellierte Zusammenspiel von ökonomischen, staatlichen und ideologischen Herrschaftsmechanismen besser zu durchschauen und durchschaubar zu machen.

Technischer Fortschritt als medienpolitischer Rückschritt?

Die Entwicklung neuer Medien im Widerstreit zwischen Kapitalverwertung, Herrschaftssicherung und publikumsorientiertem Mediengebrauch

Von Horst Holzer

I. Kabelfunk und Satelliten-Fernsehen

Vor einiger Zeit war in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ein Ausspruch des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Willi Geiger zu lesen, wonach die in der BRD geplanten Modellversuche mit *Kabelfunk* dann verfassungswidrig sind, wenn dessen privatwirtschaftliche Nutzung unterbunden wird. Der hiermit angezeigte Rückfall hinter den bereits erreichten Stand der gesellschaftlichen, der öffentlich-rechtlichen Organisation von Hörfunk und Fern-

sehen ist allerdings nichts Neues. Gerade in letzter Zeit verstärken sich die Angriffe auf den öffentlich-rechtlichen Status der elektronischen Medien: Die Stoltenberg-CDU in Schleswig-Holstein sprengt den NDR, zumindest den Vertrag, auf dem die Anstalt basiert; die Strauß-CSU tritt mit immer neuen rundfunkpolitischen Attacken gegen den Bayerischen Rundfunk auf den Plan; der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) möchte lieber heute als morgen die öffentlich-rechtliche Qualität der Funkanstalten überhaupt liquidiert sehen. All diese Anstrengungen pendeln sich neuerdings auf ein bestimmtes Mittel ein, mit dem sie ihr jeweiliges Ziel zu erreichen hoffen: Auf den Kabelfunk, genauer: Auf die sogenannten *Pilotprojekte,* die einer späteren generellen Einführung des Kabelfunks in der BRD vorgeschaltet sind. Der Kabelfunk bietet dabei die Chance, daß seine technischen Möglichkeiten zur Verschleierung dessen hergenommen werden können, was er nach dem Willen der Privatfunk-Interessenten realiter sein soll, zum Teil bereits ist. Der Bevölkerung wird so zunächst ein kommunikatives Schlaraffenland vorgegaukelt, das der Kabelfunk bringen soll.

Doch was tatsächlich im Bereich des Kabelfunks (beziehungsweise der „Vorarbeiten" zu einem solchen) vonstatten geht, bleibt der Bevölkerung verborgen: Das, was in diesem Bereich an technisch Realisierbarem feilgeboten wird, hat ökonomisch und politisch bisher fast ausschließlich eine Grundlage in Interessen, die die Entwicklung und Anwendung neuer und technisch revolutionärer Kommunikationsmöglichkeiten nur als Fortsetzung kapitalistischer Medienverwertung und staatlich-administrativer Bevölkerungmanipulation mit immer effektiveren Mitteln nutzen wollen. Am Kabelfunk zeigt sich das besonders augenfällig.

Daran hat auch die von der Bundesregierung 1973 eingesetzte Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK) nichts geändert; im Gegenteil, sie hat durch ihre unklare Haltung in der Frage der öffentlich-rechtlichen Organisation auch des Kabelfunks all jene zu besonderen Taten ermuntert, die an privatwirtschaftlicher Ausnutzung dieser Technik und ihrer Möglichkeiten interessiert sind.

Was ist nun – technisch gesehen – Kabelfunk? Beim Kabelfunk geht es um eine besondere *Übertragungstechnik,* die aus dem Verfahren der Programmverteilung per (Groß-)Gemeinschaftsantennen und angeschlossener Kabelanlage weiterentwickelt werden kann. (In der BRD werden zur Zeit rund 40 % aller Fernseh-Haushalte über Gemeinschaftsantennen und gut 15 % über Großgemeinschaftsantennen versorgt.) Kabelfunk bedeutet demnach „die Verteilung von Rundfunkprogrammen (Hörfunk und Fernsehen) über Kabelsysteme, in denen neben den ortsüblich empfangbaren Programmen weitere

1) Da hier die Themen „Kabelfunk" und Satelliten-Fernsehen nur exkurshaft behandelt werden können, sei auf folgende grundlegendere Literatur verwiesen: Zum Thema „Kabelfunk": H. Holzer, Report: Kabelfernsehen in der BRD, Frankfurt/M. 1976; U. Paetzold (Hrsg.), Kabelkommunikation, Nürnberg 1978. Zum Thema „Satelliten-Fernsehen": G. Drechsler, Satelliten-Übertragungstechnik, in: Fernsehtechnik von morgen, Mainz 1977; R. Thiele, Satelliten-Rundfunk. Anmerkungen zum gegenwärtigen Stand, in: „Media Perspektiven", 6/1978, S. 405 ff.

am Ort drahtlos normalerweise nicht empfangbare – oder neue – Programme übertragen werden[2])"

Ein solches Kabelsystem, das in der BRD zur Zeit als lokal begrenztes Ortsnetz (Stadtteilnetz) zur Debatte steht, ist durch dreierlei ausgezeichnet: 1) durch eine *hohe Übertragungskapazität* der Kabel (daher auch der Terminus „Breitbandkommunikation"), die bis zu 50 Kanäle enthalten und damit bis zu 50 Programme gleichzeitig befördern können; 2) durch die Möglichkeit, drahtlos übermittelte und in der verkabelten Region produzierte Sendungen über einen Verteiler, der möglicherweise in Form eines sogenannten *dezentralisierten Studios* im Kabelbereich eingerichtet ist, weiterzugeben[3]); 3) durch die Möglichkeit, in das Kabelsystem einen so bezeichneten *Rückkanal* einzubauen, der eine Verbindung vom Empfänger (genauer: von Empfängergruppen, die an bestimmten Knotenpunkten des Netzes – Schulen, Sozialeinrichtungen, Behörden – zusammengezogen werden können) zum Sender zuläßt[4]).

Festzuhalten ist, daß im Rahmen eines solchen Kabelsystems keine audiovisuelle Vermittlung von Teilnehmer zu Teilnehmer wie beim Bildtelefon stattfinden kann, da Breitbandverteilung und Breitbandvermittlung an unterschiedliche Technostrukturen gebunden sind. Allerdings dürften sich die zuvor angedeuteten Möglichkeiten des Kabelfunks vor allem dadurch wesentlich erweitern, daß neue Kabelmaterialien entwickelt werden: Zur Zeit wird zumeist mit Kupferkoaxialkabeln gearbeitet; bei Siemens, SEL und im bundeseigenen Heinrich-Hertz-Institut in Westberlin werden gegenwärtig jedoch wesentlich leistungsfähigere Materialien (Hohlkabel, Glasfaserkabel) erprobt, und es gibt dazu umfangreiche Tests mit Lasertechnik.

Doch wie fortgeschritten die Entwicklung der elektronischen Produktivkräfte auch sein mag – ihr aktueller Stand und ihre Anwendungsform sind durchweg von jenen bestimmt, die im Kabelfunk einerseits die Chance einer profitablen Kapitalverwertung sehen und andererseits die Möglichkeit, doch noch zu *privatwirtschaftlich organisiertem Hörfunk und Fernsehen* zu kommen.

In der Tat ist bei einigen großen Kapitalen das Interesse am Kabelfunk nicht nur vorhanden, sondern schon spürbar am Werke: so bei den Herstellern von Kabeln (Siemens, SEL), bei den Installateuren von Kabelnetzen (Kooperative

2) Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK), Telekommunikationsbericht, Bonn 1976, S. 107.

3) An dieser Stelle geht es insbesondere um die Vernüpfung von Kabeltechnik und Videotechnik, da auf der Basis der sehr mobilen, handlichen und einfach zu bedienenden Videokameras zweifellos eine stadtteilbezogene und von Bevölkerungsgruppen getragene Produktion möglich *wäre*. Vgl. dazu Studiengruppe Medien vor Ort, Video '78, Internationale Erfahrungen und Modelle, München 1978.

4) Es gibt bereits sehr aufschlußreiche publikumsorientierte Versuche mit Rückkanälen (sogenanntes Zei-Weg-Fernsehen), wobei, um es noch einmal zu betonen, bedacht werden muß, daß auf Grund *technischer* Restriktionen zur Zeit nicht jeder Teilnehmer mit einem solchen Rückkanal verbunden werden kann; die Rückkanäle funktionieren vielmehr so, daß in bestimmten Zentren eines Kabelnetzes dezentralisierte Studios eingerichtet werden, die ihre selbst produzierten Programme direkt in das Netz einspeisen und an alle Teilnehmer übermitteln können. Insofern geht es hierbei um eine Kombination der ersten beiden aufgeführten Merkmale des Kabelfunks. Vgl. zu Rückkanal-Versuchen: M. Tauchert, Talk back to your TV, in: „Medium", 11/1977, S. 34 ff.; K. Haefner/ P. Mahnkopf/H. J. Teichmann, Möglichkeiten der zukünftigen Nutzung des Heimfernsehers, in: „Media Perspektiven", 12/1979, S. 696 ff.; P. Mahnkopf/J. Tonnemacher/H. Wilkens, Zweiweg-Kabelfernsehen, in: „Media Perspektiven" 8/1979, S. 539 ff.

AEG/Bosch; Telefon-Kabel-Werk Deutschland, eine Tochtergesellschaft von Felten & Guilleaume und Philips; Citycom/Köln); und bei Verlagskonzernen, die – wie Springer, Bertelsmann, Holtzbrinck – an der Programmproduktion interessiert sind[5]). Dazu kommen noch solche Unternehmen, deren Kapitalgeber von einzelnen Möglichkeiten des Kabelfunks Gewinn erhoffen: Insbesondere die *Zeitungs- und Zeitschriftenverlage,* die generell auf die bessere lokale Verankerung ihrer Stellung gegenüber Lesern und Anzeigenkunden, speziell auf die Nutzung der sogenannten Bildschirmzeitung spekulieren; dann die *Kaufhauskonzerne,* die eine lokal wirksam werdende Werbung gut vertragen können; schließlich solche Unternehmen wie *Lernmittelkonzerne,* die mit Ausbildungskursen, und *Freizeitindustrien,* die mit Tele-Spielen aller Art ans große Geld wollen.

Daß in die Hoffnungen auf den Kabelfunk auch kommunikations-politische Überlegungen eingehen, die mit den ökonomischen Interessen eng verknüpft sind, zeigen nicht nur die CDU-Richtlinien zum Kabelfunk,[6]) sondern auch viele Passagen in den vorliegenden Pilotprojekt-Entwürfen, die nicht zuletzt durch eine sozialliberal-staatsinterventionistische Medienpolitik inspiriert sind. Solche Überlegungen konzentrieren sich dabei einerseits auf die mögliche massenkommunikative „Bearbeitung" lokal begrenzter und eingrenzbarer Konflikte und die Chance zur Einflußnahme über ein Angebot spezifischer, lokal ausgerichteter Programme (beispielsweise „bürgernahe" Sendungen einer Stadtverwaltung). Andererseits beziehen sich solche Überlegungen auch auf die Ausnutzung des gesellschaftlich erzwungenen „Unterhaltungsbedürfnisses" des Publikums durch die kabeltechnisch mögliche Vielfalt von Programmen und das ebenfalls kabeltechnisch mögliche Eingehen auf unproblematisiert bleibende Zuhörer- und Zuschauerwünsche (Rückkanal, Dialogdienste, Münzfernsehen).

Während im Hinblick auf den Kabelfunk die vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der sogenannte Rundfunkbegriff[7]), auch trotz der bereits „angemeldeten" Interessen die Chance einer öffentlich-rechtlichen Organisationsform im Rahmen der Funkanstalten bieten, ist die Rechtslage bei der Anwendung solcher Techniken wie *Videotext* (Teletext) und *Bildschirmtext* (Viewdata) nicht so eindeutig. Das ist insofern problematisch, als vor allem mit dem Videotext-Verfahren (auch Bildschirmzeitung genannt) die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger nicht nur in die Kabelprojekte, sondern in die öffentlich-rechtlichen Funkanstalten insgesamt einbrechen wollen; mit dem suggestiven, aber schon unter technischen Gesichtspunkten völlig fal-

5) Vgl. Bayerische Initiative Rundfunkfreiheit, Was ist – wem nützt – was will Kabelfernsehen?, München 1977, S. 9 ff.

6) Vgl. die Dokumentation „CDU/CSU legt medienpolitisches Grundsatzpapier vor", in: „Media Perspektiven", 1/1978, S. 33 ff.

7) Vgl. dazu den Staatsvertrag über die Regelung des Rundfunkgebührenwesens (§ 1, § 2) in der 1975 novellierten Fassung. Die vorliegenden rundfunkrechtlichen Regelungen schließen auch ein und machen für den künftigen Kabelfunk relativ verbindlich, daß Netzträgerschaft (diese liegt bei der Bundespost) und Programmträgerschaft (diese liegt bei den Funkanstalten bzw. bei den neu zu gründenden Körperschaften für die Kabelprojekte) getrennt sind – das ist das sogenannte Prinzip der *Netzneutralität.* (Die Bundespost kann allerdings per *Lizenz* auch Privatunternehmen als Netzträger bestellen – zumindest ist das für die Kabelprojekte vorgesehen.)

schen Argument, Zeitung sei Zeitung – gleichgültig, ob auf Papier oder auf dem Bildschirm zu lesen. Worum handelt es sich bei diesen Verfahren?[8]) Die Videotext-Methode ist eine Übertragungstechnik für Textnachrichten von einer Zentrale an die Empfänger. Der technische und damit wirtschaftliche Vorteil dieses Verfahrens besteht darin, daß die sogenannten Austastlücken eines Fersehbildes zum Signaltransport benutzt werden[9]). Dadurch können die Informationen mit dem laufenden Programm, ohne die Benutzung zusätzlicher Frequenzen, ausgestrahlt werden. Besonders effektiv wird das Verfahren dann, wenn die Viedotext-Informationen über ein Kabelnetz zu den Empfängern transportiert werden. Bei der Viewdata-, der Bildschirmtext-Technik wird nicht zentral ausgestrahlt, sondern auf Abruf angeboten: und zwar über das Fersprechnetz, über das der Empfänger die Bildschirmtext-Zentrale anwählt und das ihn interessierende Textprogramm anfordert, welches er dann mittels eines Zusatzgerätes auf seinem Bildschirm lesbar macht[10]). Einen solchen Service will demnächst die deutsche Bundespost anbieten.

Es muß betont werden, daß weder Videotext noch Viewdata unmittelbar an die Einführung von Kabelfunk gebunden sind. Daß sie auch im Rahmen der geplanten Kabelprojekte untergebracht und zudem effektiviert werden können, soll damit nicht bestritten werden. Die direkte Verbindung vor allem von Videotext und Kabelfunk ist dagegen Ausfluß der Politik des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV). Denn während relativ klar ist, daß der Kabelfunk insgesamt auf die eine oder andere Weise öffentlich-rechtlich organisiert werden wird (wie problematisch auch immer), sieht der BDZV im Videotext-Verfahren die Chance, doch noch etwas für sich und seine Privatfunkhoffnungen zu retten. (Viewdata ist in diesem Zusammenhang uninteressant, auch wenn zur Zeit noch nicht feststeht, wer die über Viewdata verbreiteten Textnachrichten produzieren soll; die Bundespost will bisher nur für die technische Ausstattung sorgen.) Zwar kann auch der BDZV nichts daran ändern, daß die technische Einrichtung von Videotext Sache der Bundespost ist – daran will der BDZV aus wohlerwogenen Kostenüberlegungen sicherlich auch nichts ändern. Aber der Bundesverband glaubt doch, daß er im Hinblick

8) Vgl. als Übersicht vor allem zur technischen Seite der einzelnen Verfahren: D. Ratzke (Hrsg.), Die Bildschirmzeitung, Berlin (West) 1977, und K. Haefner u. a. S. 694 f.

9) Vgl. dazu U. Messerschmid, Videotext. Ein neuer Informationsdienst im Fernsehrundfunk, in: ARD-Jahrbuch 1977: „Das Videotext-Verfahren läßt sich . . . wie folgt beschreiben: Texte und einfache Graphiken, wie etwa eine Wetterkarte, werden im Studio an einer Art elektrischer Schreibmaschine eingegeben und nach geeigneter Verarbeitung zum Fernsehsignal addiert (einfaches Beispiel: Untertitel-Übertragung während eines Films – d. Verf.). Zusammen mit dem Fernsehsignal laufen sie über den Sender zur Empfangsantenne. An einem dafür zusätzlich ausgerüsteten Fernsehheimempfänger kann man die Texte dann über eine Fernbedienung auf den Bildschirm holen" (S. 55). Die technische Grundidee besteht darin: „(Man) teilt . . . das Videotext-Signal in viele kurze Einzelabschnitte auf und fügt diese in die sogenannten vertikalen Austastlücken des Fernsehsignals ein. Diese Lücken entstehen immer dann, wenn auf dem Bildschirm das Ende eines Fernsehbildes rechts unten erreicht ist und der das Bild schreibende Elektronenstrahl in die linke obere Ecke an den Anfang des nächsten Bildes geführt wird" (S. 61). Vgl. dazu: J. Wendland, Zur Programmorientierung Videotext als ergänzender Rundfunkdienst, in: „Media Perspektiven", 8/1979, S. 529 ff.

10) Vgl. J. Kanzow, Das Bildschirmtextsystem der Deutschen Bundespost, in: „Media Perspektiven", 8/1977, S. 441 ff.; vgl. dazu: Bildschirmtext-Informationsanbieter zur IFA 1979. Verzeichnis der Deutschen Bundespost, in: „Media Perspektiven", 9/1979, S. 658 ff. und J. Kanzow, Bildschirmtext vor dem Feldversuch, in: „Media Perspektiven", 8/1979, S. 535 ff.

auf die für Videotext anstehende Programmproduktion eine Sonderstellung einnimmt – eben deswegen, weil seiner Ansicht nach Bildschirmzeitung (Videotext) gleich Zeitung ist. Ein Ergebnis dieser Einstellung konnte bereits im August 1977 auf der Westberliner Funkausstellung besichtigt werden. Dort hatte der BDZV vor allem mit Hilfe der CDU/CSU alles in Bewegung gesetzt, um ein Videotext-Experiment realisieren zu können. (Viewdata wurde ebenfalls bei dieser Gelegenheit von der Bundespost vorgestellt.) dem geräteproduzierenden Kapital dürfte solche Eile zweifellos weniger willkommen sein – noch werden die zum Videotext-Empfang nötigen Geräte nicht in Serie hergestellt. Doch die Verleger waren (und sind weiterhin) offensichtlich versessen darauf, ihrem Anspruch auf die Bildschirmzeitung sichtbaren Nachdruck zu verschaffen. Insbesondere versuchen sie, auf diesem Weg als Mitveranstalter in die projektierten Kabelexperimente hineinzukommen. Der Grund hierfür dürfte allerdings kaum in den ökonomischen Möglichkeiten von Videotext liegen; dazu ist dieses Verfahren – im Vergleich zur traditionellen Zeitung und Zeitschrift – zu unergiebig: „Daß Videotext aktuelle Informationen in Schriftform bietet, legt natürlich den Vergleich mit der Zeitung nahe. Trotzdem gibt es gravierende Unterschiede: – Die auf 24 Zeilen beschränkte Videotext-Seite bietet nur etwa 3 % des Fassungsvermögens einer Zeitungsseite. Dies zwingt zur schlagzeilenartigen Kürze. Videotext kann also nicht ausführlich informieren wie ein Zeitungsartikel. – Zum Begriff einer Zeitung gehört wohl noch immer bedrucktes Papier, das man überallhin mitnehmen kann. Videotext aber bleibt an den Bildschirm gebunden. – Videotext aber bleibt an den Bildschirm gebunden. – Videotext ist in der graphischen Gestaltung gegenüber einer Zeitung sehr viel stärker eingeengt[11]). Es ist daher wahrscheinlicher, daß das Pochen des BDZV auf seine Beteiligung an den Kabelprojekten weitgehend politische Motive hat (zumal die Kosten für Videotext-Programme nicht unerheblich sind) und eine neue Variante des altbekannten Verlegerkampfes gegen das öffentlich-rechtliche Organisationsprinzip von Hörfunk und Fernsehen überhaupt darstellt. Denn hier sehen die Verleger offensichtlich eine geeignete Möglichkeit, mit dem intensiven Beharren auf ihrer Domäne, Zeitungen zu produzieren, einen Bereich elekronischer Informationsverarbeitung aus dem öffentlich-rechtlichen System herauszuhalten und damit dieses System insgesamt entscheidend zu problematisieren[12]).

Eine weitere neue Übertragungstechnik, die (fälschlicherweise) mit dem Kabelfunk in direkte Verbindung gebracht wird, ist das sogenannte Satelliten-Fernsehen. „Erdsatelliten zur drahtlosen Übertragung von Nachrichten zwischen Erdfunkstellen sind seit mehr als zehn Jahren in Gebrauch. Durch die live-übertragenen Fernsehsendungen von olympischen Spielen oder Fußballweltmeisterschaften sind sie den Fernsehzuschauern allgemein bekannt geworden."[13]) Die beiden bedeutendsten Satellitensysteme sind das *Intel-*

11) U. Messerschmid, Videotext . . ., S. 63.
12) Vgl. J. Wendland, Zur rundfunkspezifischen Nutzung von Videotext, in: „Media Perspektiven", 8/1977, S. 433 ff.
13) R. Thiele, Satelliten-Rundfunk. Anmerkungen zum gegenwärtigen Stand, in: „Media Perspektiven", 6/1978, S. 405.

„horizont"
Sozialistische Wochenzeitung
der DDR für internationale Politik
und Wirtschaft

„horizont" bringt Ihnen interessante zusätzliche Informationen durch exklusive Berichterstattung zu Themen

- der Außenpolitik der DDR
- der Zusammenarbeit mit anderen Ländern
- der internationalen Arbeiterbewegung
- des aktuellen Weltgeschehens
- der Weltwirtschaft

Kupon ▽▽▽

☐ Ich möchte „horizont"
zum Jahresabonnement von DM 52,20 zzgl.
Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Senden Sie den Kupon als Bestellung an Brücken-Verlag, 4000 Düsseldorf, Ackerstr. 3 oder Ihre nächste collectiv-Buchhandlung

Direktversand ab Berliner Verlag,
daher immer aktuell!
Berliner Verlag, DDR
1056 Berlin, Karl-Liebknecht-Str. 29

Name, Vorname | Straße, Hausnummer | PLZ, Ort

sat-System (USA) und das *Orbita-System* (UdSSR); mit beiden Systemen wird bereits seit mehreren Jahren operiert. Mittlerweile sind in Kanada und Japan eigene Satellitenmodelle entwickelt worden, deren Operationsfähigkeit allerdings an die Nutzung der US-amerikanischen Raketentechnik gebunden ist. In Westeuropa befindet sich die Anwendung der Satellitentechnik im Rundfunkbereich noch in der ersten Testphase. Hier werden – ausgehend vor allem von den Erfahrungen mit dem französich-westdeutschen Satellitensystem „Symphonie" – Planstudien sowohl von der European Space Agency (ESA) wie von nationalen Instanzen (beispielsweise vom BRD-Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Technologie) gemacht und eine leistungfähige Rakete (die westeuropäische Kooperation „Ariane") entwickelt. Auf Grund der weltweiten Auseinandersetzungen um die sogenannte *Weltnachrichtenordnung,* in deren Verlauf sich vor allem die Länder der Dritten Welt gegen die Kommunikationsherrschaft der imperialistischen Staaten gewehrt und insbesondere die Äquatorländer gegen die äquatorialen Standorte der US-amerikanischen Nachrichtensatelliten protestiert haben, fand Anfang 1977 eine internationale Funkverwaltungskonferenz in Genf statt[14]). Diese Konferenz hatte zur Aufgabe, einen verbindlichen Plan für einen Rundfunksatellitendienst festzulegen. Dabei war eine „wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Planung . . . die vorherige Übereinkunft, daß die Ausstrahlung der Satelliten-Sender nur zur jeweiligen Versorgung der einzelnen Staaten dienen sollte, Überstrahlungen der nationalen Grenzen (spill-over) mußten in der Regel auf das technisch mögliche Minimum beschränkt werden"[15]). Für Europa (inklusive der sozialistischen Staaten) wurde beschlossen, daß jedes Land eine bestimmte Orbitalposition für den Satelliten und fünf Sendekanäle erhält: diese Kanäle liegen im 12-Gigahertz-Frequenzbereich, und pro Kanal können entweder ein Farbfernsehprogramm oder mehrere Hörfunkstereoprogramme übertragen werden. Die Installation eines Satelliten zur Rundfunkversorgung eines Landes ist vor allem in dem Maße aktuell geworden, in dem die Technik einerseits zu einer kostengünstigen Produktion der Gesamtapparatur, andererseits dazu führte, daß die Satellitensignale mit den vorhandenen Fernsehempfängern (plus einigen Zusatzgeräten) genutzt werden können. zur Kostensituation, die auch die Ausgaben der TV-Teilnehmer für Zusatzgeräte (Parabolspiegelantenne mit 60 cm Durchmesser, Umsetzer) einschließt, schreibt Rolf Thiele, technischer Direktor des Hessischen Rundfunks: „Aus bisher realisierten Satellitenprojekten und Kostenschätzungen der Industrie kann man ermitteln, daß unter Berücksichtigung der Start-, Investitions-, Finanzierungs- und Betriebskosten einschließlich eines Reservesatelliten und einer Bodenstation mit jährlichen Kosten pro Fernsehkanal von minimal 5 Mio. DM bis maximal 13 Mio. DM zu rechnen ist. Im Vergleich dazu betragen in (West-)Deutschland bei einem terrestrischen Fernsehsendernetz für die Ausstrahlung eines Programms die jährlichen Kosten ca. 100 Mio. DM,

14) Vgl. A. Scharf, Rundfunkdienst über Satelliten, in: ARD-Jahrbuch 1977, S. 22 ff., und E. Blohmer, Satelliten-Direkt-Empfang, in: ZDF-Jahrbuch 1977, S. 134 ff.; vgl. dazu auch die neuerliche Diskussion um die UNESCO-Mediendeklaration, in: „Süddeutsche Zeitung" v. 27. 10 1978, S. 8 (Tauziehen um die Mediendeklaration).

15) R. Thiele, a.a.O. S. 407.

ohne daß ein gleich hoher Versorgungsgrad wie bei einem Satellitensender erreicht wäre . . . Für die Teilnehmer sind die Kosten der zusätzlichen Empfangseinrichtungen von Bedeutung. Für einfache Einzelanlagen muß nach bisherigen Schätzungen mit einem Kostenaufwand von etwa 1000.– DM gerechnet werden."[16]) Rundfunkversorgung durch Satellitentechnik käme demnach – wenn das System erst einmal eingerichtet ist – wesentlich billiger als die traditionelle Programmverteilung, brächte aber für den einzelnen Teilnehmer eine beträchtliche Mehrbelastung – nicht nur wegen der Kosten für Zusatzeinrichtungen, sondern auch und gerade wegen der kontinuierlich anfallenden Monatsgebühr.

In der BRD ist bisher weder bei den Funkanstalten noch bei staatlichen Behörden oder einschlägig interessierten Industrieunternehmen klar, wie die Zukunft des Satelliten-Fernsehens gesellschaftspraktisch aussehen wird. Klar ist auch nicht, ob der geplante Kabelfunk mit Satelliten-Fernsehen gekoppelt werden soll – was technisch möglich und wahrscheinlich kostenmindernd ist (Gemeinschaftsantenne für das verkabelte Gebiet; Weiterführung der übermittelten Programme durch Kabel)[17]) Klar ist dagegen etwas anderes: nämlich in wessen Händen die *Planung* des Satellitenprojekts liegt. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der CDU/CSU machte die Bundesregierung das deutlich: „. . . . hat die Bundesregierung eine Studie bei der deutschen Industrie (Messerschmitt/Bölkow/Blohm, AEG-Telefunken, Dornier System, ERNO Raumfahrttechnik) unter Federführung von Messerschmitt/Bölkow/Blohm in Auftrag gegeben. Ziel der Studie ist die Definition eines für operationelle Anwendungen repräsentativen Rundfunksatelliten, welcher von derselben Position aus von der Bundesrepublik und nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Startkapazität (ARIANE, Shuttle einschließlich Oberstufe) auch von weiteren Staaten betrieben werden kann."[18]) Die Okkupation sozusagen der materiellen Grundlagen des Satelliten-Fernsehens durch den *militärisch-industriellen Komplex* der BRD ist unverkennbar. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang noch zweierlei: 1) Die mit einem Satelliten für die BRD erreichte „Bedeckungszone"[29]) umfaßt faktisch auch das Gebiet der DDR. 2) Das bisher größte Interesse an einem Satelliten-Rundfunk zeigt der Deutschlandfunk – der Regierungssender für Mitteleuropa. Festzuhalten ist an dieser Stelle: Kabelfunk und Satelliten-Fernsehen sind eindrucksvolle Beispiel dafür, wie im Kapitalismus gesellschaftlicher Reichtum gegen die abeitenden Menschen gewendet wird. deshalb kann im Zentrum der Auseinandersetzung mit den neuen Kommunikationstechniken nicht deren abstraktes Potential für erträumte, vage antikapitalistische Kom-

16) Ebd., S. 415. Es gibt mittlerweile allerdings schon wesentlich pessimistischere Einschätzungen – vgl. dazu A. Scharf, a.a.O. S. 26.

17) In den Entwürfen für die Kabelprojekte wird das Thema „Satelliten-Fernsehen" zwar angedeutet, ist aber nirgendwo systematisch einbezogen. Vgl dazu auch die Dokumentation „Satellitenrundfunk und Kommunikationssatelliten", die die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der CDU/CSU enthält, in: „Media Perspektiven", 8/1978, S. 586; vgl. dazu weiter Entwicklung und Nutzung eines Direkt-Fernsehsatelliten. Antwort der Bundesregierung, in: „Media Perspektiven", 7/1979, S. 503 ff.

18) Satellitenrundfunk und Kommunikationssatelliten, S. 592.

19) R. Thiele a.a.O., S. 407; vgl. zu beiden Punkten R. Thiele, a.a.O., S. 409 und S. 418.

munikationsverhältnisse („alternative Kommunikationsformen") stehen[20]). Im Zentrum muß vielmehr die Frage stehen, wie die neuen Techniken derart *politisch* aufgenommen werden können, daß ihre Entwicklung nicht auf Kosten medienpolitischer Positionen geschieht, die – wie die öffentlich-rechtliche Qualität von Hörfunk und Fernsehen – trotz all ihrer Mängel für die Werktätigen unverzichtbar sind, sondern, daß die arbeitenden Menschen sich die neuen Kommunikationsmöglichkeiten für sich selbst zugänglich machen.

II. Audiovisuelle Medien

„Am 23. und 24. Juni 1970 fanden in Hamburg und Berlin (West) zwei entscheidende Premieren statt, die das ‚Zeitalter der Audiovision' einläuten sollten: Einmal wurde das Video-Cassetten-Recorder-System (VCR) von Philips und zum anderen das Bildplattensystem von AEG-Telefunken (TED) vorgestellt."[21]) Was sich seitdem vor allem auf dem Markt der audiovisuellen Medien (AV-Medien) in der BRD getan hat, dürfte zwar manche allzu hochgeschraubten Erwartungen enttäuscht haben; es reichte aber aus, um die sogenannte *Unterhaltungs-Elektronik* zum profitabelsten Bereich der BRD-Elektroindustrie zu machen. Die AV-Medien – „materiell-statische Speichermedien mit audiovisuell wahrnehmbaren Signalen"[22]) – sind allerdings nicht allein am Aufschwung der Unterhaltungs-Elektronik beteiligt; dazu gehören weiter Hörfunk- und Fernsehgeräte, Empfangsantennen, elektroakustische Bestandteile sowie alle sonstigen Bild/Ton-Wiedergabegeräte. Dennoch: Die AV-Medien sind entscheidend dafür gewesen, daß beispielsweise der Absatz an unterhaltungs-elektronischen Geräten in der BRD und Westberlin von 1964 bis 1974 um 300 % gestiegen ist und der Produktionswert dieser Geräte 1974 bei 8,7 Mrd. DM lag (im Vergleich dazu: Nachrichtentechnik – 5,8 Mrd., elektronische Datenverarbeitung – 4,2 Mrd.[23]), obwohl der Boom bei AV-Medien überhaupt erst bevorsteht, wie z. B. die folgende Marktprognose von Ekkehardt Jürgens für die BRD deutlich macht: „Erst ab 1980 wird sich die neue Audiovision zum Massenmedium entwickeln. Doch schon ab 1975/76 konnte

20) Damit soll selbstverständlich keinesfalls bestritten werden, daß im Zusammenhang mit der anschließend noch einmal betonten medien- und kommunikationspolitischen Hauptfrage (Wie sind erreichte Positionen der Werktätigen gleichzeitig zu halten und im Sinne der Werktätigen unter Nutzung neuen Wissens wesenlich zu verbessern?) auch die Frage nach alternativen Kommunikationsformen wichtig ist – zumal hier auf politisch bedeutsame Ergebnisse beispielsweise der Kombination von *Kabelfunk* und *Video-Produktion* Zurückgegriffen werden kann (teilnehmerzentrierte, alltagsbezogene Kommunikation; Aktivierung des ansonsten nur zum Informations- und Unterhaltungskonsum gezwungenen Publikums zur „Eigenproduktion"; Artikulation politischer und anderer Gruppierungen, die im herrschenden Kommunikationsbetrieb als Minderheiten beiseite geschoben werden): Vgl. dazu das kanadische Projekt „Challenge for Change", die italienischen Modelle der Publikumspartizipation sowie die Versuche mit stadtteilbezogenen Medienzentren in Frankreich und Großbritannien (in der BRD läuft Ähnliches an, allerdings noch ohne die Übertragungsmöglichkeiten des Kabelfunks nutzen zu können). Eine gute Zusammenstellung solcher Anstrengungen geben R. Brun (Hrsg.), Massenmedien spontan, Frankfurt/M. 1978 und – für die BRD-Video-Szene – G. Zacharias-Langhans, Bürgermedium Video, Berlin (West) 1977.

21) R. Bücken, Audiovision 1978 – Aspekte einer Bestandsaufnahme, in: „Media Perspektiven", 1/1978, S. 1.

22) J. Aufermann/M. Knoche/B.-P. Lange/A. Zerdick, Die Entwicklung der AV-Medien unter dem Aspekt intermediärer Konkurrenz und Konzentration, in: „Media Perspektiven", 8/1977, S. 445.

23) Vgl. E. Jürgens, Neues vom Hörensehen, in: „Das Argument", Sonderband 10: Massen/Medien/Politik, Karlsruhe 1976, S. 8.

die Elektroindustrie mit einem durchschnittlichen Zuwachs des wertmäßigen Marktvolumens von rund 46 % pro Jahr rechnen. Insgesamt soll das Marktvolumen für AV-Apparate bis 1980 auf 3,7 Mrd. DM anwachsen."[24])

D. h.: die Entwicklung von Produktion und Absatz der AV-Medien ist an Herstellung und Vertrieb der Waren gebunden, für die sie sozusagen nur „Anschlußgeräte zur Speicherung und Wiedergabe von Programmen"[25]) darstellen,nämlich von *Farbfernseh-Geräten.* Das Farbfernseh-Geschäft ist der Motor im Bereich der Unterhaltungs-Elektronik, ist damit die entscheidende Größe für die Konzerne, die – wie Philips, Grundig, Nordmende, AEG-Telefunken – den unterhaltungs-elektronischen Markt in der BRD beherrschen. das heißt: Die Produktion von AV-Medien als sozusagen unterhaltungs-elektronische Waren wird gesteuert vor allem durch die Verwertungsimperative der (hochkonzentrierten) elektroindustriellen Kapitale, die bisher schon den Bereich der Unterhaltungs-Elektronik dominieren und nun diesen Markt mit einem Angebot *audiovisueller Zusatzeinrichtungen (bis hin zu exquisiten Telespielen* [26]) und Supertaschenrechnern[27]) ausschlachten und weiter ausschlachten wollen. Insofern stellen die AV-Medien auch keine „bahnbrechenden Neuentwicklungen" dar, sondern „die Ergebnisse von marktorientierten Weiterentwicklungen und von Anwendung bestehender Technik zur Herstellung neuer Konsumgüter"[28]); insofern ist „die Entwicklung des AV-Marktes von den Expansions- und Diversifikationszielen bestimmter bereits bestehender Medienunternehmen"[29]) abhängig. In dieser Entwicklung sind – wie gesagt – die *elektroindustriellen Kapitale* die entscheidenden Größen; interessiert und beteiligt am AV-Marktgeschehen sind aber – von der Produktionsseite her gesehen – mindestens noch zwei Branchen: die chemische sowie die Verlags- und Filmindustrie. Für alle gilt, daß sie – selbst bereits stark monopolistisch organisiert – durch die Beteiligung am AV-Medien-Boom zweifellos zu einer höheren Stufe kapitalistischer Kooperation, Zentralisation und Konzentration getrieben werden. Im folgenden ist zu klären, welche Geräte und Bild/Ton-Trägermaterialien im einzelnen zu den AV-Medien gehören, auf welchem Funktionsprinzip sie basieren und welche Unternehmen sie herstellen und vertreiben.

---

24) Ebd., S. 9.
25) Ebd.
26) Vgl. K. Haefner/P. Mahnkopf/H.-J. Teichmann, a.a.O., S. 693.
27)Vgl. H. Bahr, a.a.O., S. 461 f.
28) J. Aufermann/M. Knoche/B.-P. Lange/A. Zerdick, a.a.O. S. 448.
29) Ebd., S. 450.
30) Vgl. R. Bücken, a.a.O. , S. 1 ff., und E. Jürgens, a.a.O. S. 10 ff.; vgl. dazu weiter die Dokumentation „Aktueller Stand der AV-Systeme", in: „Media Perspektiven", 1/1978, S. 9 ff.

AV-Medien

I. Kassettenprinzip

Verfahren	*Funktionsprinzip*	*Hersteller*	*Entwicklungsstand*
EVR (Elektronic Video Recording & Reproduction)	*Elektronische Speicherung auf Silber-„Film"*	*Columbia Broadcasting System, USA, mit Chemie-Konzernen ICI, Großbritannien, und CIBA, Schweiz; BRD-Lizenz: R. Bosch GmbH*	*Trotz enormer Investitionen konnte sich das Verfahren in Westeuropa nicht durchsetzen*
VCR/VCR-Longplay (Video Recording)	*Elektromagnetische Speicherung auf Magnetband*	*Deutsche Philips GmbH, Grundig · Marktabsprachen mit AEG-Telefunken, Blaupunkt (Bosch), Loewe-Opta, Zanussi, Saba, Nordmende, Siemens*	*Technisch ausgereiftetes System; heute mit 130 Minuten-Kassette (Grundig: demnächst 4 Std.-Kassette und mit Schwarz-Weiß-Videokamera ausgerüstet.*
Betamax	*"*	*Sony, Japan*	*Sehr kleines Band mit 200 Minuten Spielzeit; mit Farb-Videokamera ausgerüstet*
Betacord	*"*	*Sanyo, Japan. Lizenz in Westeuropa: Thomson-CSF, Frankreich*	*"*
VHS (Video Home System)	*"*	*Victor Company of Japan (JVC) und Matsushita; BRD-Lizenz: Saba*	*3 Std.-Kassette, relativ niedriger Preis pro Bandminute: DM –, 27, (VCR: DM –,76, Betamax: DM –,30)*
LVR (Longitudinal Video Recording)	*"*	*BASF-Mannheim, Bell & Howell, USA, Blaupunkt*	*Das am wenigsten aufwendige System, einfache Kassette (2-Std.-Spielzeit), noch keine Serienproduktion (wird erstmals 1979 vorgestellt)*

II. Bildplattenprinzip

Verfahren	Funktionsprinzip	Hersteller	Entwicklungsstand
TED (Television Disc)	Elektromechanische Speicherung auf PVC-Folie	AEG-Telefunken, Teldec und Tochtergesellschaft TED-OHG	Schnellplattenwechsler; Platte mit 10 min. Farbprogramm; erstes käufliches System, mittlerweile technisch veraltet
MDR (Magnetic Disc Recording)	Elektromagnetische Speicherung auf Kunststoffplatte mit magnetisierbarem Innenbereich	Erich Rabe, BASF (in der Testphase)	Doppelseitig bespielbare Platte (je 20 Min.); Mitschnitt von Programmen und Löschung von Aufnahmen möglich
ESS (Electronic Still Store)	Elektromagnetische Speicherung mit Hilfe elektronischer Datenverarbeitung	Ampex und CBS	Keine Serienproduktion; Erprobung in Funkanstalten
Selecta Vision	Elektrokapazitative Speicherung auf Kunststoffplatte mit metallischer Beschichtung („Kondensatorprinzip")	Radio Corporation of America (RCA)	Erst seit 1977 auf dem Markt, doppelseitig bespielbare Platte (je 30 Min. Farbprogramm); Eigenaufnahmen und Mitschnitte nicht möglich
VLP (Video Long Play)	Optoelektronische Speicherung mit Hilfe der Laser-Technik	Philips, Music Corporation of America (MCA); Lizenzen: Thomson-CSF, Frankreich, und Zenith Radio Corporation, USA	Serienproduktion, Geräte zum Abspielen von Philips- und MCA-Platten; Einführung zunächst in den USA; ab 1978 in Westeuropa
Panasonic Video Disc	"	Matsushita	Experimentierstadium
MRV (Metallpapier-Registrier-Verfahren)	"	R. Bosch GmbH	Nur für professionellen Gebrauch geeignet
Digital-Recording	"	Batelle Washington, USA	Neuester technischer Stand; nur für professionellen Gebrauch; viereckige Platte mit insg. 30 Min. Spielzeit

Die in der Übersicht dokumentierte Vielfalt der AV-Medien ist in doppelter Hinsicht eine scheinbare: Erstens haben sich seit 1969/70 faktisch *zwei Grundsysteme* (Kassetten- und Bildplattensystem) und innerhalb jedes Systems *je ein Verfahrenstyp* (VCR und VLP) durchgesetzt[31]). Zweitens wird der AV-Markt der BRD eindeutig von *Philips* beherrscht, wobei sich das Unternehmen sowohl lockerer Marktabsprachen (VCR) wie fester Kooperationsformen (VLP) bedient; letzteres sichert Philips auch eine gute Position im internationalen AV-Markt[32]). Während so zu Beginn der AV-Entwicklung mehrere Konzerne gleichzeitig auf den Plan traten, denen jeweils ein technisches Verfahren als Domäne zugerechnet werden konnte (Nordmende – elektronische Filmabtastung, Bosch – elektronische Bildaufzeichnung, AEG-Telefunken – elektro-mechanische Plattenspeicherung, Philips – elektromagnetische Kassettenspeicherung), ist heute Philips quer durch die technischen Systeme und Typen der Marktkönig. Mit einer nicht unbedeutenden Ausnahme allerdings: Der gesamte *Super 8-Sektor* (Kameras, Bild/Ton-Projektoren, Tageslicht- und Bildschirmprojektoren, elektronische Schmalfilmabtaster) ist das Revier von Nordmende; das Unternehmen ist mit einem neuen elektronischen Abtastgerät für Schmalfilme (CCS – Colorvision Constant Speed) auf den Markt gekommen[33]).

Die den AV-Gerätemarkt beherrschenden Unternehmen – allen voran Philips und seine diversen Anhängsel – sind auch an Herstellung und Vertrieb von AV-Programmen entscheidend beteiligt. Da sich auf diesem Gebiet jedoch Unternehmen aus anderen Branchen ebenfalls Profit erhoffen, wird die AV-Programmproduktion durch eine *Kapitalverflechtung* bestimmt, die ein Bilderbuchbeispiel für Konzentrations- und Zentralisationsbewegungen darstellt. Jürgens hat das Interesse, das die einzelnen Kapitale an der AV-Programmproduktion jeweils haben, präzis benannt: „Als Gebrauchswerte sind diese Programme zuallererst notwendiges Mittel für die Elektroindustrie, um die Brauchbarkeit ihrer Apparate zu vervollständigen und somit die in ihren Produkten steckenden Werte realisieren zu können. Unmittelbar Träger von Tauschwert sind die Programme für jene Verlags- und Filmunternehmen, die einerseits mit Käufermassen und andererseits mit Fernsehanstalten ins Geschäft kommen wollen. Darüber hinaus sind neue AV-Programme für das Konsumgüterkapital von Interesse: Als Mittel zum Transport von Werbeinhalten sollen sie indirekt auch dieser Branche weitere Verwertungsmöglichkeiten anbahnen. Schließlich sind an der bewußtseinsbildenden Funktion der Programminhalte sämtlich Kapitale und als ihr Sachwalter der Staat interessiert: Das Gesamtkapital erwartet von ihnen neue Möglichkeiten der ideologischen Massenbeeinflussung und damit der Absicherung des Profitsystems insgesamt."[34])

31) Vgl. R. Bücken, a.a.O., S. 9, und E. Jürgens, a.a.O., S. 10.
32) Neuerdings häufen sich allerdings die Gerüchte, Philips würde – um sich als VCR-Lieferant nicht selbst Konkurrenz zu machen – mit der Markteinführung von VLP-Bildplatten noch warten, bis der VCR-Boom vorbei ist – vgl. dazu R. Bücken, S. 8.
33) Vgl. R. Bücken, a.a.O., S. 9.
34) E. Jürgens, a.a.O., S. 27.

Dabei gilt für die Produktion von AV-Programmen das gleiche wie für die Geräteherstellung: Es geht hier nicht um prinzipiell neue Produkte neu am Markt auftretender Unternehmen, sondern um Erzeugnisse solcher Kapitale, „die bereits auf anderen Märkten der Kommunikationsgüterindustrie . . . fest etabliert" und für die auch die AV-Programme vor allem „unter dem Blickwinkel unternehmerischer Diversifikationsstrategien von Interesse sind"[35]).

Was heißt das insgesamt für die *Käufer* der AV-Geräte und -Programme (wobei hier nicht kapitalistische Unternehmen oder Funkanstalten gemeint sind; die sorgen – das zeigt ihre Verflechtung mit der Politik der maßgebenden Konzerne – offensichtlich schon für sich selber)? Die sogenannten individuellen Konsumenten sehen sich vor allem mit zwei schwerwiegenden Restriktionen konfrontiert: 1) Sie kommen nur in den Genuß der Geräte und Programme, wenn es die extrem diktatorische Preisgestaltung und Absatzstrategie der AV-Monopole gestatten. Das heißt zur Zeit: Da die Preise für Geräte wie Programme relativ hoch sind (gute VCR-Geräte kosten zwischen DM 4000,– und DM 9000,– – mit der Kamera etwa das Doppelte; AV-Unterhaltungsprogramme mit einer Spielzeit von 90 Minuten kommen auf rund DM 500,–), hat die Masse der Bevölkerung bisher nicht allzuviel von diesen Errungenschaften. Das dürfte sich jedoch in dem Maße ändern, in dem sich die Konzerne auf massenhafte Produktion umstellen. Ähnlich wie bei den Farbfernsehgeräten dürften dann die Preise heruntergehen und sich den Kaufkraftmöglichkeiten des sogenannten Massenpublikums nähern. (Daß die Konzerne dann immer noch genügend Profit machen, braucht angesichts der ständigen Produktkostensenkung gerade in der Elektroindustrie nicht besonders betont werden.) 2) Technik der Geräte und Inhalt der Programme werden den Kunden als *„unterhaltungs-elektronische"* Instrumente verkauft und auch primär als solche produziert. Das äußert sich beim Problem „Technik" darin, daß für den so bezeichneten Massenbedarf eindeutig die konsumtive Seite der AV-Geräte (Aufzeichnung und/oder Wiedergabe bereits fabrizierter Programme) in den Vordergrund geschoben wird, während die mit den AV-Mitteln gegebenen Produktionsmöglichkeiten zurücktreten. Demzufolge ist auch das Aufzeichnungs- und Wiedergabeverfahren sehr viel weiter entwickelt als die (nichtprofessionelle) Videoproduktionstechnik (Kameras, Schneidegeräte). Am Inhalt der AV-Programme fällt die Unterhaltungsorientiertheit besonders auf. Was in einem Werbeprospekt für die TED-Bildplatte zu lesen ist, dürfte als Motto für die derzeitigen AV-Programme insgesamt gelten (mit Ausnahme des Lehr- und Bildungsangebots): „Ob Super-strip-tease, Müllers WM-Tore, ob Kintopp-Raritäten, Musikshows berühmter Stars, Tiersendungen, Hobbykurse, Kinder- und Jugendprogramme: wählen Sie und stellen Sie Ihr eigenes Programm zusammen – in eigener Regie."

Unbestreitbar könnte mit den vorhandenen technischen Qualitäten der AV-Medien auch anders umgegangen werden (Programme auswählen, mitschneiden oder auch selbst produzieren). Aber die Lebensbedingungen der

35) J. Aufermann/M. Knoche/B.-P. Lange/ A. Zerdick, a.a.O., S. 452.

meisten, die als Massenpublikum für die AV-Medien in Frage kommen, begünstigen eher die Richtung der profitergiebigen und herrschaftssichernden „Unterhaltungs-Elektronik", das Publikum droht somit einem bisher in diesem Ausmaß nicht gekannten *Privatisierungs- und Nivellierungssog* ausgesetzt zu werden, dem sich zudem auch vorhandene Kommunikationsbastionen wie die *Funkanstalten* nicht werden entziehen können: Zum einen, weil die Funkanstalten das gleiche Publikum wie die AV-Medien haben (werden); zum anderen, weil die Funkanstalten selbst entscheidend mit dem AV-Kommerz verquickt sind. Doch dürfte das insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung von Kabelprojekten problematisch werden, denn: Erstens wittern die AV-Geräte- und AV-Programmlieferanten hier beträchtliche Marktchancen (Es könnte allerdings auch anders werden, wenn die über Kabel gebotene Programmvielfalt den AV-Medien wieder Boden entzieht); zweitens können die Funkanstalten ohne grundlegende Verbesserung ihrer organisatorischen und finanziellen Verfassung entweder von der AV-Industrie unter permanenten Druck gesetz werden, oder sie sind auf diese vor allem als Programmlieferant angewiesen.

Auch bei den AV-Medien kommt man zu dem Schluß: Die profitgesteuerte Produktion gesellschaftlichen Reichtums – hier in Form von Möglichkeiten der Erweiterung, Intensivierung und Aktivierung von Kommunikation – kehrt sich unter monopolkapitalistischen Bedingungen gegen die Werktätigen. Die AV-Medien können den Werktätigen und ihren Kommunikationsbedürfnissen nur dann von Nutzen sein, wenn ihre Produktion und Anwendung unter *demokratische,* sprich aktuell: unter eine *öffentlich-rechtliche* Kontrolle gebracht werden, die tatsächlich einen solchen Nutzen gewährleistet. Ansatzpunkte hierzu bieten die AV-Medien selber und die gegenwärtige Auseinandersetzung um die öffentlich-rechtliche Organisation des Kabelfunks: Die nicht zu unterschätzende, bisher jedoch dem Massenpublikum ziemlich systematisch vorenthaltene Kapazität der AV-Medien zur „Eigenproduktion", sowie die Notwendigkeit und die Möglichkeit, diese Medien in einen vorwärtsweisenden Ausbau der öffentlich-rechtlichen Organisation zu integrieren. Kommunikation kann unter den gesellschaftlichen Bedingungen der BRD nur in dem Maße als „Produktionsprozeß von Erfahrung im Umgang mit den eigenen Bedürfnissen"[36]) verwirklicht werden, in dem die „monopolistische Verfügungsgewalt im Mediensektor"[37]) insgesamt zurückgedrängt wird.

36) O. Negt/A. Kluge, a.a.O., S. 216.

37) E. Jürgens, a.a.O., S. 55. In welcher Weise sich die „monopolistische Verfügungsgewalt" in den Jahren 1978/1979 entwickelt hat, ist aus dem Bericht von J. v. Dahlern, Funkausstelung 1979, zu entnehmen: Diese Verfügungsgewalt hat sich in erheblichem Maß durchgesetzt in: „Media Perspektiven" 8/1979, S. 546 ff.

Chancen und Probleme einer demokratischen Frauenbewegung

Am Beispiel der Demokratischen Fraueninitiative

Von Lottemi Doormann

In dem nachstehend abgedruckten Beitrag hat Lottemi Doormann, engagiertes Mitglied der Demokratischen Fraueninitiative (DFI) und Autorin vielbeachteter Bücher zur „Frauenfrage", Anregungen aus Diskussionen in der DFI aufgegriffen und zusammengefaßt. Die „Blätter" werden die Diskussion im kommenden Jahr, auch im Hinblick auf die Konsequenzen der Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden für Frauen und Frauenbewegung fortsetzen. D. Red.

I. Zur Entwicklung der feministischen Frauenbewegung seit 1975

Seit der § 218-Kampagne (1971 bis 1975), bei der – trotz teilweise unterschiedlicher Forderungen – feministisch, sozialistisch oder reformistisch orientierte Gruppen der Frauenbewegung, Frauen aus nahezu allen Parteien und aus den Gewerkschaften zusammenarbeiteten und wodurch eine breite Mobilisierung der Öffentlichkeit gelang, hat es in der Frauenbewegung keine übergreifende Forderung oder bundesweite gemeinsame Aktionen der verschiedenen Gruppierungen mehr gegeben. Nach wie vor ist die feministische Frauenbewegung mit einer Vielzahl von Gruppen in fast allen größeren Städten der Bundesrepublik und in Westberlin stark präsent. Ihnen ist mehr oder weniger gemeinsam, die verschiedenen Erscheinungsformen der Frauendiskriminierung und -unterdrückung in unserer Gesellschaft auf einen grundlegenden Interessengegensatz zwischen Männern und Frauen zurückzuführen. Dabei greifen sie durchaus eine breite Palette von Problemen auf, die nicht nur dem Privatbereich oder individuellen Befreiungsversuchen zuzuordnen sind wie z.B.

– Gewalt gegen Frauen (Frauenhausinitiativen; Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen)

– § 218-Praxis (Beratung und Unterstützung betroffener Frauen; Zusammenarbeit mit Pro familia)

– Medizinische Versorgung (Kritik am herrschenden Gesundheitssystem, insbesondere bezogen auf den weiblichen Körper, Schwangerschaft und Geburt; Frauenselbsthilfe, z. B. in eigenen Gesundheitszentren; Propagierung von Hausgeburten, Stillgruppen u. ä.)

– Ehe- und Familienrecht (Beratung für geschiedene bzw. in Scheidung befindliche Frauen; Beratung bei rechtlichen Problemen und Ehekonflikten)

– Sozialisation, Bildung und Ausbildung, „Arbeitsplatz Hochschule" (Frauenseminare; Frauenreferate; Frauenarchive; Examensarbeiten u. ä. zu frauenspezifischen Fragestellungen; Frauen-Sommeruniversitäten; Gründung von Vereinen zu feministischer Forschung und Praxis; feministische Mädchenarbeit; Frauengesprächskreise an der Volkshochschule; Frauen in sogenannten „Männerberufen")

– Situation der Hausfrau (Kampagne Lohn für Hausarbeit; Tagesmütterinitiativen; Mütterwohngemeinschaften)

– Therapie (feministische Therapie; Selbsterfahrungs- und Selbstbehauptungsgruppen; Gründung eigener Therapiezentren).

Häufig geht die Arbeit dieser Gruppen von Frauenzentren aus, die wiederum nicht zu trennen sind von den „alternativen" Projekten einer Frauensubkultur wie z. B. Frauenbuchläden, Frauenkneipen, Frauenverlage, verschiedenste Kulturgruppen etc., durch die ein informelles Kontaktsystem geschaffen wird. Es ist zweifellos ein Verdienst dieser Bewegung, das Interesse und die Sensibilität der Öffentlichkeit für Frauenprobleme geweckt zu haben; unterstützt durch die beiden feministischen Publikationsorgane in hoher Auflage („Emma": 100 000, „Courage": 50 000) und nicht zuletzt auch durch die Vermarktung der Frauenbewegung in Medien und Buchverlagen wird das geweckte Interesse zunächst jedoch meist in eine einseitig feministische Richtung gelenkt. Gleichzeitig ist der Einfluß der feministischen Bewegung auf Parteien, Gewerkschaften, Hochschulen, Fachschulen, Institutionen der Erwachsenenbildung usf. unverkennbar. So gibt es zunehmende feministische Strömungen insbesondere bei den Juso-Frauen, aber auch bei den Falken und zum Teil innerhalb der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischen Frauen (ASF). „Bunte Liste" und „Grüne" versuchen sich als bündnisfähig mit den „autonomen" Frauengruppen zu erweisen und übernehmen teilweise deren Forderungen („Lohn für Hausarbeit"). Selbst die CDU greift feministisches Gedankengut auf. Und in den Gewerkschaften haben engagierte Kolleginnen es manchmal schon schwer, das Feindbild „Arbeitnehmerpatriarchat" zurückzuweisen. Der Vorschlag eines Antidiskriminierungsgesetzes (Humanistische Union, FDP), die „Gleichstellungsstellen" in einigen Bundesländern und auf Bundesebene (SPD) und das Erziehungsgeld-Versprechen (CDU) sind m. E. die politischen Antworten der Parteien auf die Herausforderung der Feministinnen.

Für die demokratische Frauenbewegung folgt daraus – das sei hier bereits angemerkt –, daß es notwendig und richtig ist, sich mit der feministischen Frauenbewegung, ihren Positionen, Argumenten und Aktionen, auseinanderzusetzen, und daß es politisch schädlich ist, sie zu ignorieren.

II. Das „Potential" der feministischen Bewegung

Feministische Frauengruppen sprechen vor allem Frauen der Mittelklasse an, hauptsächlich Studentinnen, auffällig häufig arbeitslose Akademikerinnen, aber auch Arbeitslose aus anderen Berufen, Lehrerinnen, Erzieherinnen, Frauen mit „intellektuellen" Berufen, mittlere Angestellte, Halbtagsbeschäftigte und („überzeugte", oft gutsituierte) Hausfrauen, die ein zusätzliches Betätigungsfeld suchen.

Insgesamt gelingt es der feministischen Frauenbewegung aber kaum, an die Frauen der Arbeiterklasse heranzukommen. Von ihnen ist ein überdurchschnittlich hoher Anteil erwerbstätig schon aus ökonomischen Gründen, 90% der Arbeiterinnen sind als An- und Ungelernte beschäftigt. Wenn sie aktiv werden für Frauenprobleme, dann fast immer über ihren Arbeitsplatz und über gewerkschaftliches Engagement. Die wenigen Frauenstreiks, die es bisher gab (z. B. 1973 in Pierburg, 1977 in Ottweiler, Saarland), haben gezeigt, daß sie auch erhebliche Auswirkungen auf den Privatbereich haben (häusliche Rollenverteilung, Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Frauen). Das gilt auch für die vielen Arbeitskämpfe, an denen Frauen beteiligt waren, in den letzten Jahren mit zunehmendem Gewicht und Durchsetzungsvermögen. Zu einer Unterstützung der Arbeiterfrauen durch feministische Gruppen (wie z. B. in Frankreich, Italien und England durchaus üblich) ist es jedoch nicht gekommen. Ganz offensichtlich ist aber das „neue" Selbstbewußtsein gerade der Gewerkschafterinnen auch unter dem Eindruck der Frauenbewegung entschieden gewachsen.

Was die Situation der nichterwerbstätigen Arbeiterfrauen betrifft, so ist an dem Kampf der Erwitter Frauen[1]) deutlich geworden, in welchem Maße ihre Aktivierung und ein damit zusammenhängender Bewußtwerdungsprozeß der eigenen Lebenssituation über ihre Einbeziehung in den Arbeitskampf ihrer Männer erreicht werden kann. Das ist aber vorrangig eine Aufgabe der Gewerkschaften, die in Erwitte mit der Einbeziehung von Hausfrauen einen neuen Weg gewiesen haben, der nicht nur für Streikzeiten gelten sollte (Bildungs- und Kulturveranstaltungen auch für Familienangehörige u. ä.).

III. Zur Entwicklung der demokratischen Frauenbewegung seit 1975

Es ist offenkundig, daß das Engagement der Frauen in Parteien und Gewerkschaften, aber auch in den verschiedensten Institutionen der Gesellschaft enorm gewachsen ist. Daß dieses Engagement, insbesondere in den Organisationen der Sozialdemokratie, teilweise feministisch beeinflußt ist, habe ich bereits erwähnt. Dennoch sind gerade die Frauenzusammenschlüsse in Parteien und Gewerkschaften ein wichtiger Faktor der demokratischen Frauenbewegung, und an ihnen „vorbeizuarbeiten" hätte gewiß ungünstige politische Auswirkungen.

1) Gemeint sind die 1975 bundesweit bekanntgewordenen Ehefrauen der Zementwerker von Erwitte im Westfälischen, die ihre Männer im bisher längsten Arbeitskampf in der Bundesrepublik solidarisch unterstützten. Näheres hierzu: Emmi Kuhlmey, Die Frauen von Erwitte, in: Lottemi Doormann (Hrsg.), Keiner schiebt uns weg, Zwischenbilanz der Frauenbewegung in der Bundesrepublik, Weinheim 1979, S. 117–123.

Die Demokratische Fraueninitiative (DFI), 1976 aus der Initiative Internationales Jahr der Frau '75 entstanden, hat von Anfang an den gesellschaftspolitischen Zusammenhang der Frauendiskriminierung in der Bundesrepublik betont. Von daher hat sie vor allem die wachsenden Schwierigkeiten der erwerbstätigen Frauen und die damit zusammenhängenden Probleme aufgegriffen wie z. B. Chancenungleichheit in Bildung und Ausbildung, Frauenarbeitslosigkeit, ungleiche Entlohnung und Doppelbelastung der berufstätigen Frau, die (sowohl quantitativ wie qualitativ) mangelhafte Vergesellschaftung von Erziehung, die allgemeine Kindersituation (im Zusammenhang mit dem Jahr des Kindes), und schließlich hat sie versucht, die weltweiten politischen Fragen wie Frieden und Abrüstung in die Frauenarbeit einzubringen. Die „Arbeitsgrundlage" der DFI, die im Oktober 1977 bei einem Delegiertentreffen verabschiedet wurde, zeigt, daß die DFI einen argumentativen Zusammenhang zwischen der konkreten Frauensituation und deren gesellschaftlichen Ursachen in wichtigen Bereichen (z. B. Sozialisation und Bildung, Arbeitswelt, Familie/Zusammenleben und Erziehungsaufgaben, Politik, Frieden, Abrüstung und internationale Solidarität) entwickelt und zu Kernfragen der Emanzipation (Berufstätigkeit, politisches Engagement) Stellung bezogen hat. Dieser Rahmen ist sowohl inhaltlich wie organisatorisch in der Praxis noch keineswegs ausgeschöpft worden – auch wenn sicherlich inzwischen einige Ergänzungen, die die politische Entwicklung und die Gruppenarbeit betreffen, notwendig sind. Gerade weil die DFI einen umfangreichen politischen Forderungskatalog zur Verbesserung der Frauensituation erarbeitet hat (in der „Arbeitsgrundlage") – im Gegensatz zu den feministischen Gruppen, deren einzige (wenn auch nicht von allen geteilte) langfristige politische Forderung „Lohn für Hausarbeit" ist und die darüber hinaus, von der Abschaffung des § 218 abgesehen, lediglich aktuelle Teilforderungen stellen (wie z. B. Frauenhäuser, Frauenseminare u. ä.) – käme es darauf an, diesen Katalog noch öffentlichkeitswirksamer in der praktischen Arbeit zu vermitteln.

Die größte Schwierigkeit scheint mir dabei zu sein, frauenpolitische Forderungen (z. B. mehr Kindertagesstätten) und bestimmte Aktionen (z. B. gegen die Neutronenbombe oder die neuen Mittelstreckenraketen) in einer Weise in die Gruppenarbeit umzusetzen, daß der Zusammenhang zur je individuellen Situation der beteiligten Frauen nicht verlorengeht. Dieses Problem wird noch verschärft durch die „Konkurrenz" der feministischen Gruppen, die für viele Frauen ziemlich „attraktiv" sind. Das bedeutet, daß der Kampf gegen die doppelte Unterdrückung der Frau in unserer Gesellschaft – als Lohnarbeiterin und als Geschlechtswesen, was die Situation der Hausfrauen einschließt[2]) – in der Gruppenarbeit nicht vernachlässigt werden darf zugunsten der Einbeziehung von Frauen in die allgemeinpolitischen Auseinandersetzungen und Kämpfe. Wenn wir davon ausgehen, daß auch die DFI vorrangig nicht Arbeiterfrauen, sondern wie die feministischen Gruppen der Mittelklasse (vgl. Abschnitt 2) anspricht, die teilweise sogar zur DFI überwechseln, weil sie entweder abgestoßen sind vom radikalfeministischen Fanatismus oder mit der Zeit

2) Vgl. hierzu genauer: Lottemi Doormann, Keiner schiebt uns weg, a.a.O., S. 44–47.

ein gewisses Unbehagen an purer Selbsterfahrungsarbeit und individualistischen Projekten entwickeln und nun den Wunsch haben, konkret frauenpolitisch aktiv zu werden, dann stellt sich der DFI die Aufgabe, diese Frauen zu längerfristiger Mitarbeit zu motivieren und einen Arbeitsstil zu finden, bei dem sowohl eigene Probleme artikuliert werden können als auch ein fruchtbarer persönlicher Entwicklungsprozeß in Gang kommen kann. Dies gilt natürlich verstärkt für die Frauen, die erst noch gewonnen werden sollen, zugleich aber von feministischen Gruppen „umworben" werden. In der Arbeit der DFI-Gruppen wird immer wieder die Erfahrung gemacht, wie schnell andernfalls interessierte Frauen wieder wegbleiben, weil sie ihre Probleme nicht einbringen konnten.

Organisatorisch muß also in der Gruppenarbeit ein Weg gefunden werden, der es den Frauen ermöglicht, einen politischen Zugang zu ihren persönlichen Schwierigkeiten zu entdecken und zu erarbeiten. Die meisten Frauen, die in die DFI kommen, sind durchaus an politischen Aktivitäten interessiert, aber sie wollen auch für sich selbst weiterkommen. Dies sollte man nicht zu gering einschätzen, da es um die Breitenwirkung und den Einfluß der demokratischen Frauenbewegung geht, und dies bedeutet in Konsequenz auch: mehr Frauen zu erreichen, nicht „unter sich" bleiben.

Daraus ergibt sich für eine demokratische Frauenbewegung heute die schwierige Aufgabe, an den realen und zunehmenden Lebensproblemen der Frauen anzusetzen, diese aber in einen Zusammenhang mit der allgemeinpolitischen Entwicklung zu bringen, auf ihre Ursachen zu untersuchen und vor allem eine gesellschaftspolitische Perspektive zur Lösung dieser Probleme zu entwickeln. Angesichts der krisenhaften ökonomischen, politischen und ideologischen Entwicklung der Gesellschaft, von der gerade Frauen besonders heftig betroffen sind, und angesichts einer starken feministischen Bewegung, die sich deren frauendiskriminierenden Erscheinungsformen scheinbar so intensiv annimmt, gilt es, eine phantasievolle, flexible Frauenpolitik in Gang zu bringen, die die Zusammenarbeit mit anderen Frauengruppen sucht. Und damit zusammenhängend muß es vielen Gruppen sicherlich noch besser gelingen, eine Organisationsform zu entwickeln, die sowohl längerfristige inhaltliche Arbeit und gezielte Aktionen (z. B. auch gemeinsam mit anderen Gruppen) absichert als auch offen ist für „neue" Frauen und die ihnen auf den Nägeln brennenden Probleme. Nötig wären z. B. verschiedene Arbeitskreise und jeweils Vorbereitungsgruppen für Aktionen, die durch ein nicht zu häufig tagendes Plenum (4- bis 6wöchentlich) koordiniert würden, zum Erfahrungsaustausch und als oberstes Entscheidungsgremium. Mit dem neugewählten Zentralen Arbeitskreis sind bereits Konsequenzen aus der bisherigen Arbeit gezogen worden. Durch seine Zusammensetzung ist der Kontakt zu den Gruppen fortan besser abgesichert. Es wurde damit begonnen, eine inhaltliche und organisatorische Aufgabenverteilung unter seinen Mitgliedern festzulegen. Eine Redaktionsgruppe unterstützt die Herausgabe des monatlichen Rundbriefs. Und bei mindestens vierteljährlichen Treffen kann der Zentrale Arbeitskreis jetzt zu einem wichtigen überregionalen Diskussionsforum der

DFI werden, in dem die politische Entwicklung und Tendenzen der Frauenbewegung eingeschätzt, Schwerpunkte festgelegt und Aktionen wirkungsvoll vorbereitet werden.

IV. Thematische Schwerpunkte für die nächste Zeit

1. Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen nein!

Unter diesem Slogan ist m. E. gegenwärtig ein sehr breites Bündnis zu erreichen, das erstmalig seit der § 218-Kampagne unterschiedliche politische Gruppierungen und Flügel der Frauenbewegung eint. In Hamburg z. B. ist es gelungen, eine gemeinsame Veranstaltung Hamburger Frauengruppen am Vorabend des Antikriegstags (am 31. August 1979) unter dem Titel „Frauen in die Bundeswehr? Nein danke" zustandezubringen, zu der mehr als 1000 Besucher(innen) kamen und bei der auf dem Podium Vertreterinnen von ASF, DFI, VVN – Bund der Antifaschisten, Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), Bunte Liste, Deutsche Friedensunion (DFU), DGB-Frauen, DGB-Jugend, evangelische Kirche, autonomer Frauenbewegung („Courage") saßen und weitere Organisationen teilnahmen, wie z. B. Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Mädchengruppen, Juso-Frauen, Judo-Frauen, DKP-Frauen, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU). Inzwischen ist von allen Beteiligten eine Hamburger Fraueninitiative gegründet worden, die zum erstenmal am 30. November mit einer gemeinsamen Aktion in der Innenstadt an die Öffentlichkeit ging, um u. a. auch auf die friedensgefährdenden Pläne der NATO mit der Produktion und geplanten Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa, insbesondere der BRD, aufmerksam zu machen. Hier kann also eine Bündnisarbeit entfaltet werden, die auch auf weitere Bereiche – wie z. B. gegen die skandalöse reaktionäre § 218-Kampagne – auszudehnen ist. Da die autonome Frauenbewegung gegenwärtig in die Anti-AKW-Bewegung einsteigt und zu großen Teilen durchaus eine Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr ablehnt, ist es wichtig, daß die Demokratische Fraueninitiative hier den Zusammenhang zu Friedens- und Abrüstungsfragen und zur Militarisierung der Gesellschaft einbringt. Dies gilt insbesondere auch für die Kandidatur von F. J. Strauß, durch die diese Problematik auf die Spitze getrieben wird.

2. Familienpolitik der Parteien in der Bundesrepublik und die § 218-Praxis

Familienpolitik befindet sich heute ganz offensichtlich im Schnittpunkt vielfältiger gesellschaftspolitischer Probleme, die mit der Rolle der Frau in dieser Gesellschaft zusammenhängen und die durch den verstärkten Kampf der Frauen um Gleichberechtigung und Emanzipation an Brisanz zunehmen, wie z. B.

– Geburtenrückgang („Gebärstreik" der Frauen)

– Aufrechterhaltene Frauenleitbilder (Heim- und Herd-Ideologie, sogenannte „Wahlfreiheit" der Frau)

– Besonders hohe Frauenarbeitslosigkeit

– Bestehende § 218-Praxis („Wir fahren immer noch nach Holland", von der Fristenregelung gar nicht zu reden)

– Forderung der Frauen nach Vereinbarkeit von Beruf und Kindern

– Kindermisere, unzureichendes Schulsystem, Dürftigkeit öffentlicher Kindereinrichtungen

– Zunehmendes Selbstbewußtsein und Aufmucken der Frauen (die sich nicht mehr ohne weiteres im Heim „dienstverpflichten" lassen)

– Suche nach Alternativen gegenüber der Kleinfamilie.

Diese Stichpunkte zeigen bereits, daß es sich bei Familienpolitik nur scheinbar lediglich um „die Familie" und deren „Werte" bzw. „Aufwertung" handelt. In Wirklichkeit geht es mehr denn je um den Platz der Hälfte der Bevölkerung in dieser Gesellschaft, um Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, um den Grad der Vergesellschaftung der Erziehung, um die Rechte und die Selbstbestimmung der Frauen, um die Demokratisierung der Lebensverhältnisse und um die politischen Verhältnisse in der BRD überhaupt. Deshalb hat Familienpolitik auch eine Menge mit F. J. Strauß zu tun und mit der bevorstehenden Bundestagswahl. Und das ist auch der Grund, warum sich die Konservativen und Reaktionäre zur Zeit so auf Familienpolitik und den § 218 einschießen. Ihnen paßt die ganze Richtung schon lange nicht mehr, sie wollen uns Frauen wieder im Schoße einer patriarchalischen Familie, die von der Kirche behütet wird.

Auf die brisante Situation der Frauen, Kinder, Familien und auf die Herausforderung der Frauenbewegung und fortschrittlichen Organisationen antwortete die Bundesregierung mit einigen Reformgesetzen, die jedoch im wesentlichen von Halbherzigkeiten geprägt sind, und mit ihrem im Sommer 1979 veröffentlichten Dritten Familienbericht, einem erschreckend hilflosen Dokument konservativer Familienideologie[3]). Angesichts der Konzeptionslosigkeit der SPD/FDP-Regierung fühlen sich die konservativen bis reaktionären Kräfte ermutigt, der Emanzipation der Frau, dem reformierten § 218 (insbesondere der sozialen Indikation), einer liberaleren Kindererziehung, einer offeneren Familienstruktur und neuen Partnerschaftsbeziehungen den Kampf anzusagen und das Thema „Familienpolitik" zum Hauptwahlkampfschlager hochzureizen.

Hier wird es in Zukunft zunehmend wichtig sein, die vorgeschlagenen Konzepte offensiv unter die Lupe zu nehmen und eine kontinuierliche Auseinandersetzung in Gang zu bringen, zumal gerade Familienpolitik auch stark korrespondiert mit den Fragen und Entwicklungen der folgenden Punkte 3 und 4.

3) Vgl. Lottemi Doormann, Von „Dienstpflichtbereitschaft" und anderen (weiblichen) Tugenden, in: „Deutsche Volkszeitung" v. 8. 11. 1979.

3. *Frauenarbeitslosigkeit*

An diesem leider fortbestehenden existentiellen Problem läßt sich der Stellenwert der Berufstätigkeit der Frau für ihre Emanzipation festmachen. Hier steht der Forderung „Recht auf Arbeit" die Forderung „Lohn für Hausarbeit" vieler Feministinnen entgegen. Daher ist in diesem Punkte eine Zusammenarbeit mit großen Teilen der feministischen Bewegung kaum möglich, wohl aber mit den gewerkschaftlich organisierten Frauen, mit Frauen der ASF, Juso-Frauen, FDP-Frauen. Die Forderung „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" gehört dagegen mehr in den gewerkschaftlichen Bereich, sollte aber bei entsprechenden gewerkschaftlichen Aktivitäten (z. B. der noch nicht entschiedene Prozeß der 29 Gelsenkirchener Kolleginnen) um gleichen Lohn von der DFI solidarisch unterstützt werden (wie auch bereits verschiedentlich, so auch in Gelsenkirchen, geschehen). Das gilt auch für Streiks, bei denen die DFI schon mehrfach ihre Unterstützung gezeigt hat.

Das Problem Frauenarbeitslosigkeit läßt sich auch gut, von der Forderung „Recht auf Arbeit" her, mit der Notwendigkeit einer verstärkten Vergesellschaftung der Erziehung verbinden.

4. *Vergesellschaftung der Erziehung*

Insbesondere im Bereich frühkindlicher Erziehung ist die Diskussion sehr kontrovers. Hier gilt es auch, Erfahrungen aus den sozialistischen Ländern und von sogenannten „Babyinitiativen" einzubringen, um deutlich zu machen, daß Krippen und Kindertagesstätten nicht so sein müßten, wie sie in der reichen BRD weitgehend immer noch sind.

Von dieser Seite her läßt sich auch sehr gut eine Diskussion der Rollenproblematik und geschlechtsspezifischer Sozialisationsprozesse angehen sowie eine Auseinandersetzung mit den Reprivatisierungskonzepten von Erziehung durch die Bundestagsparteien und mit der reaktionären Hetzkampagne gegen die Gesamtschule.

Auch in diesem Bereich ist eine Zusammenarbeit mit feministischen Gruppen kaum herzustellen, da sie der Vergesellschaftung von Erziehung negativ gegenüberstehen, wohl aber mit den schon bei Punkt 3 angesprochenen Gruppen.

5. *Gewaltproblem/Frauenhausinitiativen*

Hier fehlt bisher eine fundierte Analyse der demokratischen Frauenbewegung. Da „Gewalt gegen Frauen" ein konkretes Problem unserer Gesellschaft darstellt, wäre es notwendig, daß die DFI – über die punktuelle Unterstützung von Frauenhausinitiativen hinaus – auch in diesem wichtigen Bereich ihre Analysen der Frauenunterdrückung einbringt. Unter dieser Voraussetzung könnte auch stärker als bisher eine Zusammenarbeit mit der feministischen Bewegung sowie ASF-Frauen usf. möglich werden.

Des weiteren gilt es, aktuelle politische Entwicklungen wie z. B. erweitertes Mutterschutzgesetz, Antidiskriminierungsgesetz, Gleichstellungsstellen usf. sowie alle jene Problembereiche, derer sich die Feministinnen annehmen (vgl. Abschnitt 1), sorgfältig auf die von der demokratischen Frauenbewegung erarbeiteten Alternativen hin zu überprüfen und gemeinsame Veranstaltungen und Aktionen mit anderen Frauengruppen zu initiieren. Große Kongresse von Feministinnen wie z. B. „Frauen im Revier" oder die alljährliche Frauen-Sommeruniversität in Westberlin müssen von der DFI künftig aufmerksamer wahrgenommen werden, weil sie für die gesamte Frauenbewegung stehen und sehr viele Frauen ansprechen, die der demokratischen Frauenbewegung gegenüber durchaus aufgeschlossen sind.

Alle bisher genannten Schwerpunkte werden in der Praxis der 70 DFI-Gruppen in der Bundesrepublik je nach den örtlichen Verhältnissen unterschiedlich aufgegriffen und umgesetzt werden können. In der Diskussion ist gegenwärtig, diese Arbeits 1980 überregional zusammenfließen zu lassen in einer großen Anti-Strauß-Kampagne, die auch ausgezeichnete Möglichkeiten für ein breites Bündnis in der Frauenbewegung bietet, wie es zuletzt Anfang der 70er Jahre beim Kampf gegen den Abtreibungsparagraphen gelang.

Ich meine, daß die Bedingungen der Demokratischen Frauenbewegung heute außerordentlich günstig stehen, unter der Voraussetzung, daß einige der aufgezeigten Schwierigkeiten nicht unter den Teppich gekehrt, sondern mutig und phantasievoll angepackt werden. Dann allerdings könnte sie eine Breite, Vielfalt und Wirkungskraft entfalten, die für die Lage der Frauen in der Bundesrepublik gewiß Folgen hätte.

Lottemi Doormann (Hrsg.)

Kinder in der Bundesrepublik

Materialien · Initiativen · Alternativen

Pahl-Rugenstein

Aus dem Inhalt: Zur sozialen Situation der Kinder in der BRD ★ Welche Rechte haben Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik? ★ Heimkinder ★ Zur Situation behinderter Kinder ★ Ausländerkinder ★ Die Bedeutung der Arbeiterkinderorganisationen ★ Frühkindliche Entwicklung und vergesellschaftete Erziehung ★ Initiativgruppe Kindertagesstätten Rhein-Main ★ Das Hamburger Kinderhaus in der Heinrichstraße ★ Gesamtschulinitiativen in Hamburg ★ Für ein anderes Lernen in der Schule — Zur Praxis von Schulspiel ★ Gibt es einen neuen Sozialisationstypus? ★ Kinderliteratur, Kindermedien, Kinderkultur ★ Vom didaktischen Lesedrama zum Theater für Kinder ★ Kinder und Fernsehen ★ Die Wirklichkeit der ästhetischen Erziehung.

279 Seiten mit Fotos und Abbildungen, 14,80 DM

Frauen in den EG-Ländern – ein Situationsvergleich

Von Florence Hervé

Im Jahr 1980 wird in aller Welt Zwischenbilanz gezogen, inwieweit die einzelnen Regierungen Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau ergriffen haben, um endlich für Frauen und Männer Gleichheit vor dem Gesetz, Gleichheit der Bildungschancen, Gleichheit der Arbeitsbedingungen – einschließlich des Arbeitsentgelts und angemessener Sozialversicherung – zu gewährleisten. Dies wurde 1975 mit der Annahme des Weltaktionsplans für die Dekade der Frau auf der UNO-Weltfrauenkonferenz in Mexiko beschlossen.

Im folgenden soll untersucht werden, wie die Situation der Frauen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG) ist, was die EG bisher für die Frauen getan hat. Im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament am 10. Juni 1979 hat die Frauenfrage in der Werbung eine große Rolle gespielt; betont wurde dabei, welch große Chance die Europäische Gemeinschaft für die Frauen darstellt. Wie sieht die Wirklichkeit aus? Wie ist die von der UNO beschlossene Zwischenbilanz für die Frauen der EG-Länder einzuschätzen?

In den Verfassungen aller EG-Mitgliedstaaten ist die Gleichberechtigung der Frau verankert. Mit Artikel 119 des EWG-Vertrages wurde 1957 vorgeschrieben, daß jeder Mitgliedstaat den Grundsatz gleicher Bezahlung von Männern und Frauen anzuwenden hat. Im Oktober 1972 legte die Kommision der Europäischen Gemeinschaften den Entwurf eines sozialpolitischen Aktionsprogramms mit folgendem Ziel vor: „Schaffung von Verhältnissen, bei denen sich weibliche Arbeitnehmer unter gleichen Bedingungen mit männlichen Arbeitskräften auf dem Abeitsmarkt in der gesamten Gemeinschaft messen können, indem die wirtschaftlichen und psychologischen Bedingungen und die Infrastruktur im sozialen und Bildungsbereich verbessert werden". Die Wirklichkeit sieht allerdings anders aus.

In den neun Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft stehen 106 Mio. Menschen im Erwerbsleben. Der Anteil der Frauen beträgt 38 Mio. oder 37 %. Von den 38 Mio. erwerbstätigen Frauen sind 68 % vollzeitlich, 21 % teilzeitlich und 4 % gelegentlich erwerbstätig.

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen an der Gesamterwerbsbevölkerung schwankt in den Mitgliedstaaten zwischen 35 % und 40 %; in den Niederlanden, in Italien und Irland liegt er bei etwas über 25 %. Das auffälligste Zeichen der jüngsten Entwicklung ist dabei die Zunahme der Verheirateten unter den

weiblichen Erwerbstätigen[1]). Eine zweite zu beobachtende Tendenz ist der Wunsch vieler Frauen, erwerbstätig zu sein. Nach einer Stichprobenerhebung der Kommission in den neun Ländern der Gemeinschaft über die Einstellung von Frauen und Männern zu gewissen Problemen der Gesellschaft würden 60 % der befragten Frauen gern eine berufliche Tätigkeit ausüben, wenn sie die Wahl hätten[2]) und zwar:
80 % der berufstätigen Frauen,
56 % der nichtberufstätigen Frauen.

Motivation der erwerbstätigen Frauen – warum Frauen in der EG berufstätig sind (EG-Untersuchung 1973[3])

Gründe	BRD	Belgien	Niederlande	Italien	Luxemburg	Frankreich
Wirtschaftliche Notwendigkeit (alleinstehende Frauen z. B.)	42,1	22,4	21,9	24,5	42,7	41,2
Ein Gehalt reicht nicht	7,4	16,6	18,7	37,4	4,8	18,2
Verbesserung des Lebensstandards	5,6	27,9	1,8	12,1	3,7	18,4
Nichtwirtschaftliche Gründe	11,4	5,6	25,2	8,8	3,1	4,6
Sparen	2,2	5,8	10,4	3,5	12,2	0,6
Eigene Entwicklung	5,6	3,9	11,9	8,4	6,8	8,1
Andere Gründe	3,1	6,0	7,6	1,8	1,1	2,0

Quelle: Mitteilungen der EG, November 1979.

Dieser Tendenz der wachsenden Einbeziehung der Frauen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß wirkt die steigende Arbeitslosigkeit entgegen. Ende Juni 1978 waren in der Europäischen Gemeinschaft 5,6 Mio. Arbeitslose registriert. Der Anteil der arbeitslosen Frauen ist auf 6,3 % gestiegen, während der Anteil der Männer durchschnittlich 4,7 % erreicht. Obwohl sie nur ein Drittel aller Erwerbstätigen ausmachen, stellen die Frauen über 50 % der Arbeitslosen dar; und die jungen Mädchen sogar 60 % der jugendlichen Arbeitslosen[3]).

1) EG-Kommission, Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben, Mitteilung an den Rat v. 12. 2. 1975, S. 1.
2) Frauen und Männer im Europa-Vergleich ihrer Einstellung zu einigen Problemen der Gesellschaft, Dezember 1975, Brüssel.
3) Hierzu: Christa Randzio-Plath, Europa – eine Chance für Frauen, Der Kampf um die Gleichstellung ist nicht verloren, Baden-Baden 1978, S. 177 ff.

Arbeitslose Frauen: Anteil der Frauen an registrierten Arbeitslosen in % im Jahresdurchschnitt

	1966	1970	1973	1977
Niederlande	11,7	18,2	19,1	
Großbritannien	22,0	15,4	17,0	
Belgien	29,6	40,5	47,0	
Dänemark	11,5	18,0	21,4	
Frankreich	37,6	44,4	50,9	53,0
BRD	27,6	37,6	45,2	54,0
Irland	16,5	16,8	18,0	
Italien	27,2	30,1	34,0	30,0

Quelle: Errechnet nach: Europäischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.); Weißbuch über die Arbeitnehmerinnen in Europa, Brüssel 1976, S. 41 ff; Bericht der EG-Kommission über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Arbeitsleben, a.a.O.; Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der Bundesrepublik, Frankfurt 1978.

Im letzten Jahr ist die Zahl der arbeitslosen Frauen im EG-Bereich noch erheblich gestiegen, von August 1978 bis August 1979 um rund 125 000 auf jetzt insgesamt 275 000. In der gleichen Zeit sank die Zahl der arbeitslosen Männer um etwa den gleichen Anteil[4]).

Das sind die offiziellen Zahlen. In der Wirklichkeit sind die Arbeitslosenquoten viel höher, da viele Frauen in den Statistiken nicht erfaßt werden und zur sogenannten „stillen Reserve" gehören. Hinzu kommt das gravierende Problem der Unterbeschäftigung in einigen Ländern und Regionen. In Frankreich arbeiten z. B. 40 % der erwerbstätigen Frauen im Pariser Raum, im Mittelmeerraum dagegen nur 26 %. Die Eingliederung der Frauen in das Wirtschaftsleben hängt davon ab, welche Beschäftigungsmöglichkeiten ihnen geboten werden und welche Wirtschaftszweige in den einzelnen Gebieten vorhanden sind. Die Unterbeschäftigung wird auf über 2 Mio. Frauen geschätzt, d. h., es müßten 2,2 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden, damit die Französinnen in allen Teilen des Landes die gleiche Beschäftigungsquote erreichen können wie in der Hauptstadt.

In Italien wird die Unterbeschäftigung der weiblichen Arbeitskräfte auf 2 225 000 Frauen geschätzt. Dort sind auch die regionalen Unterschiede in der Beschäftigungsquote der Frauen sehr groß: 20 % in der Lombardei aber nur 1,8 % in Sizilien. In Belgien reichen die Beschäftigungsquoten von 19 bis 49 erwerbstätigen Frauen je 100 sozialversicherungspfichtigen Männern. Auch hier ist das weiblich Arbeitskräftepotential keineswegs ausgeschöpft[5]).

Diese Unterbeschäftigung der Frauen ist eine versteckte Form von Arbeitslosigkeit. Auf einer „Europa-Tagung" der Frauen in Aachen, zu der Mitte März 1979 an die 1000 Frauen aus Holland, Belgien und Nordrhein-Westfalen gekommen waren, erklärte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, daß die Neigung vieler Unternehmen, auf die Frauen „wie auf mobile Einsatzkom-

4) Frau und Gesellschaft, in: „Sozialdemokratischer Informationsdienst", Nr. 9, November 1979.
5) Europäischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Weißbuch über die Arbeitnehmerinnen, a.a.O., S. 40 ff.

mandos zwischen Küche und Produktion" zurückgreifen, durch die gegenwärtige wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Situation in unerträglicher Weise verschärft werde.

Wie das Recht auf Arbeit ist auch das Recht auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit in keinem EG-Land verwirklicht. Dies stellte die EG-Kommission Anfang dieses Jahres über den Stand der Anwendung des Grundsatzes des gleichen Arbeitsentgeltes für Männer und Frauen fest. Trotz des Gemeinschaftsgesetzes von 1976, nach dem Frauen für gleiche oder gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn wie Männer erhalten sollen, hat sich „nicht ein einziger Mitgliedsstaat darum bemüht, sicherzustellen, daß dies auch tatsächlich der Fall ist"[6]).

Durchschnittliche Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern in der Industrie

	1974	*1975*	*1976*	*1977*
Belgien	*30,7*	*28,7*	*29,5*	*29,3*
BRD	*28,0*	*27,5*	*27,7*	*27,5*
Frankreich	*24,0*	*23,6*	*24,4*	*24,2*
Italien	*22,0*	*20,8*	*19,9*	
Luxemburg	*42,8*	*39,1*	*35,9*	*37,5*
Niederlande	*29,6*	*26,8*	*25,6*	*25,2*
Großbritannien	*34,6*	*33,1*	*29,8*	*29,0*

Quelle: Information der EG-Kommision, Januar 1979.

Nach dem EG-Bericht über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Arbeitsentgelts für Männer und Frauen handelt es sich um Formen indirekter oder versteckter Diskriminierung, die in den Systemen der beruflichen Einstufung und ihrer Anwendung in den Betrieben festzustellen sind. So führt die zu niedrige Einstufung der Frauen in bestimmten Berufsgruppen bisweilen dazu, daß Berufsgruppen entstehen, die praktisch nur für Frauen gelten. Auch kommt es vor, daß in Tarifvereinbarungen nur Mindest- oder Grundlöhne festgesetzt werden, die formal für Männer und Frauen zwar gleich sind, trotzdem können die den Arbeitnehmern tatsächlich ausgezahlten Löhnen zu einer Diskriminierung führen[7]).

Wegen fehlender Gleichberechtigung der Frauen hat die EG-Kommision ein Verfahren gegen die Bundesrepublik eingeleitet. Mit dem Verfahren soll die korrekte Anwendung der EG-Richtlinien über die Lohngleichheit sowie über ein gleiches Zugangsrecht zum Beruf durchgesetzt werden (die EG-Richtlinie über gleiche Entlohnung war in der BRD bisher noch nicht gesetzlich abgesichert worden).

Weiter werden die Frauen in der Berufsberatung, in der Berufsausbildung und in der Umschulung benachteiligt. So zeigt eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungen berufstätiger Frauen in den sechs EG-Gründerstaaten, daß die Unternehmen es an Weiterbildungsmöglichkeiten für die von ihnen be-

6) Generaldirektion für Informationen der Kommission der EG (Hrsg.), Euroforum 2/79.
7) Zit. nach: „Informationen für die Frau" 3/1979, S. 3.

schäftigten Frauen fehlen lassen. Von den Frauen hatten lediglich 12 % in den Niederlanden, 38 % in der Bundesrepublik und 39 % in Frankreich seit Beginn ihrer Berufstätigkeit an einer beruflichen Schulung teilgenommen; in den meisten Fällen war die erhaltene Schulung nur kurz und richtete sich mehr an Angestellte als an Arbeiterinnen[8]).

Ein weiteres Handicap für die Chancengleichheit und die berufliche Entwicklung der Frauen liegt in dem „ausgesprochenen Mangel an Einrichtungen für die Betreuung von Kindern und anderen Familienangehörigen". In seiner Gutschließung von 1974 unterstrich der EG-Rat bereits die Notwendigkeit, „die familiären Verpflichtungen aller Betroffenen mit ihren beruflichen Bestreben in Einklang zu bringen"[9]). Wie folgende Tabelle zeigt ist bisher wenig getan worden, wobei die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern doch erheblich sind:

Kindereinrichtungen für Kinder im Alter von 2 und 3 Jahren bis zum Beginn des Pflichtschulalters:

	Zulassungsalter in Jahren	*Anteil in % an der Gesamtzahl der Kinder dieses Alters in Jahren*
Belgien (1973)	*3–6*	*3–6 = 60,0*
Dänemark (1974)	*2 (oder 3)–7*	*3–6 = 30,0*
BRD (1972)	*3–6*	*3–4 = 17,5* *4–5 = 38,8* *5–6 = 53,9* *6 = 53,4*
Frankreich (1973)	*2–6*	*2–4 = 50,0* *4–5 = 70,0* *5–6 = 90,0*
Irland (1972)	*nach Schätzungen: Besuch der Grundschule*	*4–5 = 50,0* *5–6 = 90,0*
Italien (1973)	*3–6*	*3–6 = 50,0*
Luxemburg (1973)	*4–6*	*4–6 = 85,0*
Niederlande (1973)	*4–6*	*4–5 = 90,0* *5–6 =100,0*
Großbritannien (1973)	*3–5*	*3–4 = 27,0*

Quelle: Berechnungen nach dem Bericht der EG-Kommission über die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Arbeitsleben, a.a.O.

8) Bericht der EG über die Gleichbehandlung, a.a.O., S. 15, vgl. auch: Frauenbildung in den EG-Ländern, in: Informationsbericht von der Gruppe „Frauen für Europa", Europäerinnen sprechen über Europa, Brüssel 1979.
9) Ebd. S. 24.

Kindereinrichtungen, die für die berufstätigen Frauen wesentliche Erleichterungen bedeuten würden, sind in völlig unzureichender Anzahl vorhanden, hinzu kommen noch veraltete Einstellungen zur Rollenverteilung in der Familie. Folgende Tabelle zeigt, daß nach wie vor die Frauen für Haushalt und Kindererziehung als zuständig angesehen werden, und dies sowohl von den Männern wie von den Frauen selber:

Untersuchung des Jugendwerks der Deutschen Shell 1977: Jugendliche zur Rollenverteilung in der Familie

	Das ist die Rolle des(r)			ohne Meinung oder Antwort
	Frau	Mann	beider	
Kochen:				
BRD	62	1	28	9
Frankreich	53	1	46	0
Großbritannien	63	1	30	6
Haushalt:				
BRD	51	1	42	8
Frankreich	56	1	42	1
Großbritannien	62	0	35	3
Einkaufen:				
BRD	39	1	48	11
Frankreich	32	1	66	0
Großbritannien	63	1	40	6
Geldverdienen:				
BRD	2	33	53	11
Frankreich	3	24	72	1
Großbritannien	1	35	57	6
Schularbeiten der Kinder:				
BRD	24	3	58	14
Frankreich	19	4	75	1
Großbritannien	7	4	83	6
Sich um die Kinder kümmern:				
BRD	57	1	30	11
Frankreich	67	1	32	1
Großbritannien	57	0	38	5
Reparaturen:				
BRD	2	46	45	1
Frankreich	1	71	28	1
Großbritannien	1	56	39	4
Garten:				
BRD	5	28	57	9
Frankreich	2	43	53	2
Großbritannien	2	44	48	6

Quelle: Christa Randzio-Plath, Europa – eine Chance für Frauen, a.a.O. S. 126.

Die allgemeine Benachteiligung der Frauen in der Gesellschaft widerspiegelt sich schließlich in der weiblichen Unterrepräsentation in politischen Gremien.

Unter den 5047 Abgeordneten in den Parlamenten der neun Staaten befanden sich 1978 307 Frauen. Im Europa-Parlament waren von den 198 Abgeordneten nur elf Frauen, oder 5,5 %.

In den einzelnen Ländern ist die Beteiligung der Frauen an den politischen Gremien immer noch gering[10]).

	Anzahl der Frauen in der Regierung 1978	*Anzahl der Frauen im Parlament*	*in %*
Belgien	*1 (1 Minister)*	*15 von 212*	*7,1*
BRD	*3 (1 Minister)*	*38 von 518*	*7,3*
Dänemark	*3 (3 Minister)*	*30 von 175*	*17,1*
Frankreich	*4 (2 Minister)*	*19 von 490*	*3,7*
Großbritannien	*5 (2 Minister)*	*28 von 635*	*4,4*
Irland	*1 (–)*	*6 von 114*	*4,5*
Italien	*2 (1 Minister)*	*49 von 630*	*7,8*
Luxemburg	*1 (im Staatsrat)*	*3 von 59*	*5,1*
Niederlande	*5 (1 Minister)*	*19 von 150*	*12,7*

Von den insgesamt 410 neugewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind heute 66 Frauen; das sind 16,1 %. Dabei schneidet die Bundesrepublik nicht gerade vorteilhaft ab: unter den 81 gewählten deutschen Abgeordneten sind 12 Frauen, das sind 14,8 %. Die CDU/CSU stellte 152 Kandidaten auf, davon waren 18 Frauen, von denen schließlich vier gewählt wurden. Von 78 SPD-Kandidaten waren 18 Frauen, von denen sieben gewählt wurden. Von 106 FDP-Kandidaten waren 21 Frauen, von denen eine gewählt wurde.

Zumeist kann dabei festgestellt werden, daß Frauen der linken Parteien stärker in den Parlamenten vertreten sind als Frauen der konservativen Parteien. Im Europäischen Parlament selber ist der prozentuale Anteil der Frauen in der Kommunistischen Fraktion am größten. Auch ist festzustellen, daß die „kommunistischen Abgeordneten in den Debatten um frauenrelevante und frauenspezifische Probleme sehr offensiv und mit Unterstützung ihrer Fraktion für die Interessen von Frauen insbesondere in der Arbeits- und Sozialpolitik eintreten"[11]).

Im Bereich der Repräsentanz der Frauen in der Politik bremsen – zusätzlich zu den mangelnden Voraussetzungen – veraltete Einstellungen und Vorurteile das Engagement der Frauen. Nach einer Untersuchung der EG-Kommission wird die Politik in den meisten EG-Staaten weiterhin als „Männersache" angesehen.

10) Frauen für Europa, in: „Europa-Informationen" (Hrsg.: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen), Bonn 1979.
11) Christa Randzio-Plath, Europa – eine Chance für Frauen, a.a.O., S. 177.

Rangfolge der EG-Länder bei folgenden Fragen zur Vorstellung von der politischen Mitwirkung 1975

	Frauen und Männer sollen in der Politik die gleiche Rolle spielen in %	*Mehr Vetrauen in einen Mann als in eine Frau als politischen Vertreter* in %
Dänemark	*78*	*17*
Großbritannien	*68*	*34*
Irland	*65*	*38*
Niederlande	*61*	*26*
Italien	*58*	*44*
Frankreich	*52*	*31*
BRD	*50*	*44*
Luxemburg	*47*	*34*
Belgien	*45*	*38*
Durchschnitt	*57*	*38*

Quelle: Die Europäische Gemeinschaft und die erwerbstätigen Frauen, EG-Kommission, Brüssel 1977, S. 5.

Die Darstellung der Situation der Frauen in einigen gesellschaftlichen Bereichen zeigt, – bei allen graduellen Unterschieden in den einzelnen Ländern – daß die Frauen nach wie vor diskriminiert werden, und daß sich die „europäische Zusammenarbeit" auf Regierungsebene nicht positiv für sie ausgewirkt hat. Die Krisensituation führt vielmehr zur Verschärfung ihrer Lage.

Festzustellen ist allerdings, daß die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren eine Reihe Entschließungen und Richtlinien verabschiedete, die sich mit der Gleichbehandlung der Frauen im Arbeitsleben beschäftigen[12]). 1977 haben die EG-Staats- und Regierungschefs auf ihrer Gipfelkonferenz in Rom die Frauenarbeitslosigkeit und etwaige Gegenmaßnahmen unter die als vorrangig zu behandelnden Fragen eingereiht. Außerdem wurde 1976 innerhalb der Generaldirektion Soziale Angelegenheiten ein Büro für die Probleme der Frauenbeschäftigung eingerichtet.

Die Annahme von Gesetzen und Entschließungen ist zweifellos ein Fortschritt: denn diese tragen dazu bei, das öffentliche Bewußtsein für Diskriminierungen zu schärfen und die arbeitenden Frauen in ihrem Kampf um das Recht auf Arbeit und auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu fördern. Sie lösen allerdings keineswegs die Probleme der Frauenbeschäftigung, denn die meisten Bestimmungen sind mit keinerlei praktischen Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung verbunden und werden in den EG-Ländern von den Unternehmern ständig übergangen.

In diesem Sinne ist auch die jetzt im Europa-Parlament angenommene Bildung einer Ad hoc-Kommission „Rechte der Frauen" zu beurteilen, die im

12) Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen, – Richtlinie zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, – Richtlinie über die Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherung.

nächsten Jahr einen Bericht über den „realen Stand der Gleichberechtigung von Mann und Frau in den EG-Mitgliedstaaten" veröffentlichen und prüfen soll, ob die EG-Richtlinien zur Gleichhandlung von Mann und Frau auf nationaler Ebene gewährleistet sind, oder wie man diese Richtlinien verwirklichen kann.

Entscheidend für die Durchsetzung solcher Bestimmungen sind die Aktivitäten der Betroffenen, der Frauen selbst.

In den letzten Jahren sind diese Aktivitäten auch erheblich gestiegen; zugleich werden die besonderen Probleme der Frauen stärker in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aufgegriffen.

Nicht nur die berufstätigen Frauen setzen sich verstärkt für ihre Rechte ein: ob es die Gelsenkirchener Frauen eines Foto-Labors sind, die gegen ungleichen Lohn mit Erfolg klagten, die belgischen Arbeiterinnen der Textilfabrik SALIK in Quaregnon, die ihren Betrieb besetzten, um gegen die geplanten Entlassungen zu protestieren oder die französischen Arbeiterinnen der Telefonfirma Ericsson, die gegen die Arbeitsplatzvernichtung streikten. Auch die Hausfrauen greifen selbstbewußter in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein: das sind die Frauen der Hafen-, der Druckerei- und Stahlarbeiter, die sich nach dem Motto solidarisierten: Der Streik wird auch außerhalb des Betriebes, in den Wohngebieten, mit der Nachbarschaft gewonnen. – Das sind die lothringischen Frauen, die mit nach Paris marschierten, um gegen den Davignon-Plan, 140 000 Stahlarbeitsplätze in den EG-Ländern zu vernichten, zu protestieren und ihren Willen zu bekunden: Wir wollen in Lothringen leben und mitbestimmen. Das sind die holländischen Frauen, die erkannt haben, daß die Frage Krieg oder Frieden viel zu wichtig ist, als daß man deren Lösung den Militärs und den Politikern überlassen könnte, und massiv gegen die Neutronenbombe demonstrierten.

Auch in der Friedensfrage gibt es Ansätze einer verstärkten Zusammenarbeit der Frauen aus westeuropäischen Staaten. So nehmen mehrere Frauenorganisationen an der Demonstration der Friedensbewegung am 9. Dezember in Brüssel teil, um gegen die geplante Produktion und Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa zu protestieren. Die norwegischen Frauen kommen per Charterflugzeug nach Brüssel, in Dänemark wird eine Großveranstaltung in Form einer Gerichtsverhandlung stattfinden, bei der die Befürworter einer forcierten Aufrüstung, Politiker und Rüstungslobby auf der Anklagebank sitzen. Auch die Demokratische Fraueninitiative nimmt im internationalen Frauenblock an der Länderdemonstration in Brüssel anläßlich der NATO-Tagung teil.

Verstärkt greifen Frauen die Forderung auf: mehr Frauen in die Politik. Aber obwohl diese Forderung wichtig ist, darf man nicht die Illusion hegen, daß sich mit mehr Frauen im Europäischen Parlament die politischen Inhalte ändern würden. Wenn die Unzufriedenheit und die Enttäuschung vieler Frauen über die traditionellen bürgerlichen Parteien verständlich und berechtigt ist, so führt die Orientierung „Frauen wählen Frauen" in die Ohnmacht, in die

Sackgasse. Folgendes besonders krasse Beispiel zeigt, daß es nicht nur auf das Geschlecht ankommt, sondern auf den Inhalt der Politik: Die (kurz vor den Wahlen zurückgezogene) Kandidatur der ehemaligen SS-Aufseherin im NS-Vernichtungslager Majdanek und KZ-Mörderin Hildegard Lächert („Blutige Brygyda" genannt) entlarvt manch unglückliche Parole für die EG-Wahlen wie „Frau = fortschrittlich", oder „wir wählen nur Frauen" als Hohn auf die Interessen der Frauen.

Insgesamt ist eine wachsende politische Reife der Frauenbewegung in den EG-Ländern festzustellen, eine wachsende Ungeduld und der Drang nach Aktivitäten zur Durchsetzung der eigenen Rechte. Hierin liegt auch die Chance für Veränderungen.

Öffentliche Kulturpolitik in der Krise

Von August Ekstein

„Die Luft ist raus"

Die kommunale Kulturpolitik hat in der Bundesrepublik in den frühen 70er Jahren einen bedeutenden Aufschwung erlebt[1]).

Die Innovationen häuften sich nicht zufällig. In Stichworten wie „Krise der Städte", „Lebensqualität", „Humanisierung der Arbeit" schlagen sich krisenhaft Veränderungen der allgemeinen Lebensbedingungen nieder, die neben der sozialliberalen Koalition und Impulsen aus der Studentenbewegung mit für die Realisierung dieser neuen Kulturpolitik verantwortlich sind[2]).

Die nach wie vor an einem zu konsumierenden kulturellen Angebot orientierte Arbeit der neuen öffentlichen Kulturpolitik ist seit dem Ende der Reformphase[3]) in einer zunächst finanziellen, jetzt zunehmend auch politischen Krise. Ein kurzer Überblick macht das Ausmaß dieser Krise deutlich.

Die finanzielle Krise

Die gesamte Reformpolitik der sozialliberalen Koalition lebte davon, daß Überschüsse aus dem Wachstums-Gewinn für Innovationen und Reformen verwendet werden konnten. Sobald es kein Wachstum mehr gibt, verschwindet auch der Spielraum für solche Reformen. In der kommunalen Kulturpolitik schlägt sich dies in strukturellen Problemen nieder. In der Reformzeit brauch-

1) Vgl. die Literatur in Dieter Kramer, Öffentliche Kulturpolitik und Systemstabilisierung. Eine Übersicht über neuere Literatur. „Blätter", 9/1976, S. 1053-1063.
2) Zu den Ursachen vgl. Kaspar Maase, Massenkultur und Demokratisierung. „Tendenzen", Nr. 95 (1974), S. 42-49.
3) A.a.O., S. 43.

ten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, trotz der Innovationen keine Umverteilungen im Kulturetat vorgenommen zu werden, weil zusätzliche Mittel eingesetzt werden konnten. Heute würden Neuerungen schon bald nur noch auf Kosten des Bestands möglich sein. In vielen Fällen zehrt jetzt schon bei weitgehend gleichbleibenden Etats, aber steigenden Kosten im Sach- und (vor allem) Personalhaushalt die alltägliche Praxis an der Substanz[4]).

So gesehen, sind die Grenzen des Wachstums im Kapitalismus alles andere als eine „Chance für die Kultur".[5])

Die politische Repression

Berufsverbote und Terroristenhatz haben in einer seit Herbst 1977 nahezu dramatischen Weise das allgemeine politische Klima vergiftet. Es ist erschütternd, wie die Verunsicherung, die Diskrepanz zwischen Sagen und Denken, die Zurückhaltung und die Denunziation zerstörerisch auf die für traditionelle künstlerische und kulturpolitische Arbeit unverzichtbaren Elemente der Spontaneität, Provokation und Unbekümmertheit wirkt[6]). Für Marcel Reich-Ranicki gilt bei einer Diskussion des Deutschen Bühnenvereins im Juni 1978 „das Jammern über beginnende Unfreiheit auch nur als flinker Versuch, von fehlenden Qualitäten abzulenken"[7]). Solch ehrabschneiderischer Polemik aber steht eine Fülle von Warnungen der Kulturpolitiker entgegen[8]);sie wird vor allem durch eine Unzahl von Zensureingriffen, die schon fast zur Alltäglichkeit geworden sind, Lügen gestraft.

Schlagzeilen machten Zensureingriffe und Verfassungsschutz-Aktivitäten in öffentlichen Büchereien[9]); nach der öffentlichen Diskussion darüber antwortete Bundesinnenminister Gerhart Baum mit der keineswegs beruhigenden Feststellung, daß zwar „Nachforschen auf gut Glück" dem Verfassungsschutz verwehrt sei, er wohl aber in den Bibliotheken tätig werden dürfe beim „Vorliegen konkreter Hinweise auf bestimmte, allerdings nicht zwangsläufig namentlich bekannte Personen oder auf bestimmte Sachverhalte, über die der Verfassungsschutz nach seinem gesetzlichen Auftrag Informationen zu sammeln und auszuwerten habe"[10]). Die Auswirkungen auf das allgemeine Klima und auf das Vertrauen in die Bibliotheken, auf die Hilmar Hoffmann hingewiesen hat, bleiben die gleichen[11]). Auch die Volkshochschulen sind von solchen Maßnahmen betroffen[12]).

4) Dieter Sauberzweig beim Deutschen Bibliothekskongreß in Stuttgart, vgl. „Vorwärts" v. 22. 16. 1978, S. 23.
5) Wie das wenig ergiebige Hamburger Kulturgespräch vom November 1977 fragte, vgl. „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 29. 11. 1977.
6) Vgl. Horst Heinemann, Angst vor dem Spitzel. Psychotherapeuten untersuchen das vergiftete Klima. „Vorwärts" v. 31. 8. 1978, S. 3.
7) Sigurd Baecker, Schwierigkeiten mit der Freiheit. „Vorwärts" v. 15. 6. 1978, S. 24.
8) Vgl. z. B. Dieter Biallas bei der gleichen Veranstaltung, a.a.O.
9) Vgl. „. . . Eine Zensur findet (nicht) statt. Art. 5 GG, Dokumentation zu einer aktuellen Diskussion, hrsg. von der AG der Verleger, Buchhändler und Bibliothekare in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Gruppe Bibliothekare, Bonn 1978.
10) FR v. 13. 10. 1978, S. 1.
11) Hilmar Hoffmann, Öffentliche Bibliotheken als kulturpolitische Pflichtaufgabe/Konsequenzen und Konzeptionen. „Buch und Bibliothek", 30. Jg. 1978, S. 401-410.
12) Edeltraut Remmel, Der Bildungstempel wird gefegt. „Vorwärts" v. 13. 7. 1978, S. 27/28.

Seit CDU-Abgeordnete 1976 in Bonn eine Ausstellung von Staeck-Plakaten mit physischer Gewalt zerstörten, wächst die Chuzpe, mit der Eingriffe jeglicher Art ohne den Anflug eines schlechten Gewissens vorgenommen werden.

Reformorientierte sozialdemokratische Kulturpolitik in der Krise

Der sozialdemokratische „Vorwärts" veröffentlichte eine treffende Karikatur: Der schlafenden SPD stiehlt die CDU heimlich die Kulturpolitik, während das Baby Künstlerverbände auf dem Töpfchen daneben erfolglos dagegen anplärrt[13]). Die allgemeine Krise schlägt sich, weil kommunale Kulturpolitik eine Domäne der Sozialdemokraten war, in der Krise der SPD-Kulturpolitik nieder. Gleichzeitig bemüht sich die CDU, Boden zu gewinnen, in manchen Fällen nicht ungeschickt taktierend und daher Anfangserfolge verbuchend. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU) verwaltet das dortige Kulturdezernat und realisiert einen Kurs, der – mindestens nach außen – eine liberalere Haltung entwickelt als seine eigene Partei[14]).

Walter Wallmann, der CDU-Oberbürgermeister von Frankfurt, war seit 1977 bemüht, ebenfalls die Vorstellung einer liberalen CDU zu entwickeln. Programmatisch tat er dies in seiner Rede bei der Eröffnung der Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes in Frankfurt 1977[15]), wo er aus dem CDU-Kulturprogramm jene Passagen, die ein tolerantes, „liberales" Verhältnis zur Kunst begründen, verwendet, nicht aber jene, in denen die Künste auf eine Bindung an den Staat und seine Institutionen verpflichtet werden. Es heißt z. B. in diesem Programm auch: „In der Literatur *kann* das kritische Gewissen *eines Staates* und seiner Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Im *demokratischen* Staat *darf* dies aber nicht zu einem Bruch zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und Schriftstellern andererseits führen".[16]) Wallmann gab zunächst nicht dem Druck seiner Frankfurter Ultras nach, die Hilmar Hoffmann, Kommunales Kino und Historisches Museum gleich nach den Wahlen beseitigt sehen wollten – erst bei den Kindertagesstätten[17]) und beim Theater am Turm ließ er solchen Tendenzen freien Lauf[18]).

Der parteilose Münchener Kulturdezernent Jürgen Kolbe scheint von der CSU bis jetzt nicht umsonst im Amt belassen worden zu sein. Er bekennt sich in einem „Welt"-Interview mit einer aufschlußreichen Begründung zur Förderung der traditionellen Bereiche der Kultur: „Gerade Kulturpolitik der Kommunen stellt einen eminenten Wirtschaftsfaktor dar. Die Attraktivität einer Stadt für qualifizierte Investoren, die Urbanität sind eine Funktion ihrer kulturellen Aktivität."[19]) Mit einer solchen Konzeption wird nicht nur die Kultur der Wirt-

13) Hermann Glaser, Auch beim Stolpern kann man lernen. „Vorwärts" v. 19. 1. 1978, S. 23.
14) FR v. 3. 6. 1978.
15) Walter Wallmann, Eröffnung der Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes am 23. 6. 1977 in der Paulskirche in Frankfurt/M.
16) Kulturpolitisches Programm 1976, Bonn 1976 (Zum Thema Nr. 5494), S. 34 (Hervorhebungen vom Verf.)
17) Rückschritt in Frankfurt. „Deutsche Volkszeitung" v. 20. 4. 1978, S. 16.
18) Jürgen L. Groß, Der Treusch hat seine Schuldigkeit getan. „Vorwärts" v. 3. 8. 1978, S. 24; K. Eckert, CDU und Kulturpolitik in Frankfurt. Kultur und Gesellschaft, 3/1978, S. 16.
19) Zit. nach FR v. 10. 1. 1978: „Anderswo gelesen".

schaft untergeordnet, sondern gleichzeitig auch das bevorzugte Publikum verändert. Während früher (z. B. mit der „Spielstraße" im Olympiapark) ein Publikum der „neuen Klasse" angesprochen wurde, geht es jetzt nur noch um das privilegierte Besitzbürgertum. „Kunst und Geld haben zeitweise eine fatale Feindeinstellung zueinander bezogen. Es scheint mir daher notwendig, durch ein bürgernahes Kulturprogramm diese Berührungsangst zu vermindern."[20])

Neben solche Profilierungen von parteiloser oder christdemokratischer Kulturarbeit tritt die Blamage sozialdemokratischer Kulturpolitik: In Hamburg, wo nach den Wahlen Hilmar Hoffmann zwar im Gespräch, aber dann wohl doch zu links war, ist dem Mediziner Tarnowski dies vollendet gelungen[21]).

Die konzeptionelle Krise

Äußere Fakten wie Geldmangel, Repression und personelle Probleme dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch eine tieferliegende konzeptionelle Krise gibt. Dies liegt nicht nur an dem von Kaspar Maase überzeugend nachgewiesenen Fehlen einer realitätsangemessenen kulturtheoretischen Grundlage[22]). Das Beispiel der schwedischen Kulturpolitik zeigt, wie auch in kapitalistischen Ländern eine stringentere und profiliertere Kulturpolitik möglich ist.

Hermann Glaser klagt beredt über die kulturpolitische „Funkstille in der Bonner Zentrale" der SPD[23]) und ruft auf zum „Aufwachen und Anfangen". Auch die im Prinzip überparteiliche und mit großen Hoffnungen gegründete „Kulturpolitische Gesellschaft" muß sich von Hannes Schwenger vorwerfen lassen, sie habe sich nur an „fahrende Züge" angehängt: „Die Bewegung haben andere gemacht".[24])

Diese konzeptionelle Krise führt so weit, daß wichtige Anregungen aus dem internationalen Bereich (z. B. des Europarates und der UNESCO) überhaupt nicht als innovatorische Impulse wahrgenommen werden[25]) oder nur auf Außenseiterpositionen (z. B. in dem „Modellversuch Künstlerweiterbildung" und in soziokulturellen Initiativen wie der von Frederick Mann geleiteten Wuppertaler „Börse") wirksam wurden[26]).

Nun ist die theoretische Krise nicht weiter verwunderlich, war doch die vor-

---

20) A.a.O.

21) Benjamin Henrischs, Senator Tarnowskis Fall. „Die Zeit" v. 27. 10. 1978; vgl. FR v. 24. 10. 1978 u. a.

22) Vgl. Kaspar Maase, Volkspartei und Klassenkultur. Grundlagen, Konzeptionen und Perspektiven der SPD-Kulturpolitik seit der Mitte der fünfziger Jahre. München 1974.

23) Hermann Glaser (s. Anm. 18), ähnlich auch Olaf Schwencke, Kultur als gemeinsames Handeln. „Vorwärts" v. 31. 8. 1978, S. 23/24.

24) Hannes Schwenger, Weiter unterwegs zum Durchbruch. „Vorwärts" v. 14. 9. 1978, S. 23.

25) Alfons Spielhoff, Strategien alternativer Kulturpolitik. „Kultur und Gesellschaft", 8/9-1976, S. 3-6.

26) Vgl. UNESCO-Empfehlung über die Teilnahme und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben. Empfehlung . . ., 26. 11. 1976, Bundesratsdrucksache 638/77; Entschließungen Oslo 1976 der Konferenz der Kultusminister der Staaten des Europarates. „Erziehung und Kultur". Zeitschrift des Rates für kulturelle Zusammenarbeit (CCC) Nr. 32 (1977), S. 39-45. – Hilmar Hoffmann, Kultur für alle, Frankfurt/M. 1979, lag bei der Abfassung dieses Artikels noch nicht vor; es setzt in einigen Punkten neue Akzente.

hergehende Phase bereits durch eine weitgehend theorielose Fetischisierung von Begriffen wie Kommunikation, Emanzipation und Kreativität gekennzeichnet[27]). Die „Theorie" auch dieser Phase blieb ohne verifizierbaren Bezug zur Praxis, so daß hier z. B. auch deutliche Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis auftraten – durchaus zum Vorteil der Praxis, wie man im Falle von Glaser in Nürnberg sagen würde.

Die kulturpolitische Reformphase hat ihre Ziele nicht erreicht. Der Durchbruch zu neuen Publikumsschichten ist im Grunde nirgends nachhaltig erreicht worden; dort, wo man Publikumserfolge hatte wie in den Museen, geschah dies mit anderen Akzenten als vorgesehen: Monster-Ausstellungen mit gleißendem Gold waren nicht die Ziele der Reformer. Die durch diesen partiellen Mißerfolg hervorgerufene Verunsicherung ist nicht für die Überprüfung der Programmatik genutzt worden.

Die Diskussion kommt kaum über wenig fruchtbare scheinradikale Lösungen hinaus. Walter Grasskamp kritisiert, daß die „kulturpolitische Diskussion zu einer Spielwiese für Programme verkommen" sei[28]), und erhebt Kultur in erweitertem Sinne zum sinnbestimmenden Element: „Kultur, die nicht länger wirtschaftlichen Erwägungen untergeordnet werden darf, sondern vielmehr zum Reservoir von Kriterien für den Sinn von wirtschaftlichen Entscheidungen werden muß".[29]) Dieser These wird man als Zielperspektive zustimmen können.

Aber Grasskamps „politischer" Kulturbegriff, der traditionalistische „emphatische" „Reservatkultur" von „Alltagskultur" unterscheidet, reproduziert nur den Gegensatz Oper/Kindergarten, den die Linken bisher nirgendwo richtig gemeistert haben[30]). „Für eine demokratische sozialistische Kulturpolitik ist die Kunst relativ unerheblich im Vergleich zu dem, was das Bürgertum aus seinem Kulturverständnis ausgeklammert hat"[31]) heißt es bei ihm an anderer Stelle. Für die traditionellen Institutionen bleibt nur die Funktion als legitime Minderheiten-Institution[32]) und als „Agenturen der Tradierung" mit dem Beitrag zur Bildung der „kulturellen Identität"[33]). Damit wird aber der Anspruch, die Probleme der Gegenwart und des Alltags zum Gegenstand der Kunst und des kulturellen Lebens zu machen, aufgegeben; was entsteht, ist bestenfalls

27) Vgl. Dieter Kramer, Der Fetisch Kommunikation in der öffentlichen Kulturarbeit. In Bausinger/Moser-Rath (Hrsg.), Direkte Kommunikation und Massenkommunikation. Referate ... des 20. Deutschen Volkskunde-Kongresses in Weingarten, Tübingen 1976 (Untersuchungen ... 41. Bd.), S. 227-237.
28) Walter Grasskamp, Kulturelle Verelendung. FR v. 22. 10. 1977 (Wochenendbeilage).
29) A.a.O.
30) So André Müller in seiner Polemik gegen Alfons Spielhoff, „Kultur und Gesellschaft", 10/1976, S. 3-5, wo als Ausweg auf den Rüstungshaushalt hingewiesen wird; vgl. die Kritik von H. K. Bast an der Perspektivlosigkeit von Müllers Kritik, a.a.O., 12/1976, S. 32. – Vgl. auch Andreas Johannes Wiesand und Karla Fohrbeck, Musiktheater – Schreckgespenst oder öffentliches Bedürfnis? „Die Bühnengesnossenschaft", 1975, S. 11-17, auch in Monatshefte „Musiktheater Frankfurt", 7/1978, (mit Ergänzungen) und Hans Werner Henze, Die Oper gehört allen. „Kultur und Gesellschaft", 11/1974, S. 9.
31) Grasskamp, Kulturelle Verelendung (s. Anm. 28).
32) Walter Grasskamp, Unser kultureller Notstand. Für einen politischen Kulturbegriff. „L' 76", H. 4, S. 5-23, S. 21.
33) A.a.O., S. 20.

eine neues Reservat der öffentlich subventionierten „alternativen" Kultur, das sich gegen Fernsehen und kommerziele Kultur nur in Subkulturen halten kann.

Konservative Zyniker bringen solche „Demokratisierung der Kultur", die weiter nichts tut, als jeder Gruppe die ihr spezifische Kultur zuzubilligen (ohne zu fragen, wie es zu dieser klassenspezifischen Kultur kommt), auf die Formel: Macht ihr ruhig alternative Kultur, aber laßt uns den ungestörten Genuß der traditionellen Künste! Dafür sind die traditionellen Institutionen zu teuer, und mit solcher Argumentation wird man sie nicht mehr lange verteidigen können[34]).

Neue Elemente in der Bedürfnisstruktur

Die Krise, so erdrückend manche ihrer Aspekte auch sein mögen, ist jedoch nicht die einzige Signatur der gegenwärtigen Phase der Kulturpolitik. Es gibt gleichzeitig Ansätze von neuen Perspektiven. Als eher negativer Aspekt ist dabei jenes Interesse zu werten, das Staat und Parteien deswegen angemeldet haben, weil sie in der Kultur ein Instrument der Legitimation, der Steuerung und der Manipulation sehen. Die medienpolitische Offensive der CDU findet z. B. ihr Korrelat im Zugriff auf Kunstpflege-Institutionen wie das Theater am Turm in Frankfurt. Auch im Zusammenhang mit der Grundwerte-Diskussion und dem Wert-Management wird man nicht gerade zum Vorteil der Künste mit hoher Wahrscheinlichkeit in Zukunft häufiger auf Kunst zurückkommen. Auch dies vollzieht sich auf dem Hintergrund allgemeinerer objektiver Entwicklungen, die in ihrer Gesamtheit dazu beitragen, Kulturpolitik aus einer Ermessensaufgabe im Rahmen der kommunalen Allzuständigkeit zu einer immer mehr ausgeweiteten tendenziellen Pflichtaufgabe der öffentlichen Hand[35]) zu machen. Es gibt Indizien, die solche strukturellen Änderungen erkennbar werden lassen: Wenn z. B. von „wachsenden kulturellen Bedürfnissen" der Arbeiterklasse gesprochen wird[36]), so stehen dahinter nicht allein die (noch nicht voll überblickbaren) Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft, sondern auch geänderte allgemeine Lebensbedingungen und neue nötig gewordene „lebenspraktische Grundqualifikationen"[37]). Kulturplanung beginnt im Gleichlauf mit der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung an Bedeutung zuzunehmen.[38])

---

34) Grasskamp allerdings wehrt sich gegen das Ausspielen der verschiedenen Kulturinstitutionen: „Der Kampf um mehr Subventionen sollte nicht die benachbarte Kulturinstitution zerstören wollen", a.a.O., S. 21.

35) Dieter Sauberzweig, Kultur keine freiwillige Leistung. „Vorwärts" v. 22. 6. 1978, S. 23; vgl. zum Infrastruktur-Problem: Dieter Kramer, Regionalplanung, Kultur und Volksleben. „Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung", Neue Folge H. 5/1977, S. 6-25 und: Ders., Neue Akzente in Freizeittheorie und -politik. „Argument"-Sonderband AS 23 Berlin (West) 1978, S. 98-115.

36) Sigurd Asper, Kulturelle Bedürfnisse der Arbeiterklasse. „Kultur und Gesellschaft", 12/1977, S. 4-5, vgl. Kaspar Maase, a.a.O., 5/1977, S. 3-6.

37) Horst W. Opaschowski, Pädagogik der Freizeit. Bad Heilbrunn/Obb. 1976, S. 124.

38) Vgl. Kulturentwicklungsplanung (Baacke, Biresch, Dewe). Kulturpolitische Gesellschaft e.V., Dokumentationen, H. 1, Bonn 1978; sowie Forschungsinstitut für Kultur in Berlin (West). „Vorwärts" v. 3. 8. 1978, S. 24.

Bundesinitiativen

Einige neue Akzente praktischer Kulturpolitik werden durch Bundesmaßnahmen gesetzt. Dabei gibt es allerdings auch retardierende Momente. Die als große Bundes-Kulturinitiative geplante „Deutsche Nationalstiftung" ist nicht zuletzt wegen des provokativ in Aussicht genommenen Standorts Westberlin gescheitert[39]). Das Projekt einer „Bundeskunsthalle" in Bonn ist trotz relativ weit fortgeschrittener Planungen schon vor der Verwirklichung Gegenstand der Kritik geworden[40]). Und die Bundesrats-Mehrheit der CDU-regierten Länder verstärkt ihre Bemühungen, den Bundes-Kultureinfluß (der auch durch zweckgebundene Zuweisungen ausgeübt wird) zurückzudrängen. Dennoch bleiben wichtige Bundesinitiativen. Dazu ist auch der „Ergänzungsplan zum Bildungsgesamtplan" zu „Musisch-kultureller Bildung" der „Bund-Länder-Kommision für Bildungsplanung und Forschungsforderung"[41]) zu rechnen. Er bietet eine programmatische Grundlage für die Forderung nach mehr Kultureinrichtungen und -initiativen, die zwar nicht ganz unproblematisch ist, weil sie nach konservativem Muster ästhetische Bildung gegen intellektuelle absetzt. Aber andererseits wird durch die Propagierung von mehr Kontakt zwischen Kulturinstitutionen und Publikum kulturelle Dynamik geweckt.

Nachdem Autoren- und Künstlerreport auf die materiellen Probleme der Kulturarbeiter hingewiesen hatten, fühlte sich zunächst „nicht der Kulturstaat, sondern der Sozialstaat . . . angesprochen"[42]). Fruchtbar zu werden versprechen die „Modellversuche": Mit ihnen entwickelt Sozialpolitik für Künstler eine eigene Dynamik, weil die Beschaffung von Arbeit für sie in vielen Fällen identisch ist mit der Beschaffung eines Publikums für sie[43]). Besonders interessant ist das auf die bildenen Künste bezogene Projekt: Der Berufsverband Bildender Künstler (BBK) (dessen Landesverbände in der Mehrzahl der Gewerkschaft Kunst angeschlossen sind) forderte bei seiner 1. Bundesausstellung in Stuttgart[44]) nicht nur, „daß sich das Netz sozialer Sicherung endlich auch über die Künstler ausbreite", sondrn er bot auch an, „im Interesse der Öffentlichkeit kulturelle Breitenarbeit zu leisten"[45]). Entsprechend begann der Modellversuch „Künstlerweiterbildung"[46]), getragen von der Hochschule der Künste (Berlin) und dem BBK (Bonn), finanziert vom Bundesministerium für

39) Vgl. Notgemeinschaft Deutsche Nationalstiftung. Kulturpolitik (BBK), 20 (1976), S. 5-6, S. 21.; Agnes Hüfer, Wohin mit den Millionen? „Deutsche Volkszeitung" v. 23. 2. 1978, S. 11.
40) Werner Rhode, Muß das sein? Viele Vorbehalte gegen eine „Bundeskunsthalle". FR v. 10. 11. 1978.
41) Musisch-kulturelle Bildung. Ergänzungsplan zum Bildungsgesamtplan (Bund-Länder-Kommision für Bildungsplanung und Forschungsförderung). I, II, Stuttgart 1977. Stellungnahme des DGB dazu in „Kulturpolitik" (BBK) 22 (1977), S. 16-18; vgl. a.a.O. 21 (1977), S. 13-16, und Siegfried Willigmann, Thesen zur musisch-kulturellen Bildungsarbeit. „Kultur und Gesellschaft", 4/1978, S. 15-16; vgl. a.a.O., 5/1978, S. 15.
42) Wiltrud Kremer, Die CDU und die Kunst. „BBK-Mitteilungen", 10/1977, S. 2-5, S. 2.
43) Vgl. „Informationen Bildung Wissenschaft", 7/8 1978, S. 166/167. „Kulturpolitik" (BBK), 24/1977, S. 12.
44) 1. Bundesausstellung BBK. Künstler . . . Stuttgart, Kunstgebäude am Schloßplatz 1977, Katalog.
45) „Kulturpolitik" (BBK), 23/1977, S. 7.
46) Regelmäßige Berichte über den Modellversuch Künstlerweiterbildung. „Kulturpolitik" (BBK) Nr. H. 20/1976 ff.; vgl. Helmut Schmidts Grußwort zur 1. Bundesausstellung des BBK, a.a.O., 23/1977, S. 8, Katalog (s. Anm. 44), S. 5.

Bildung und Wissenschaft und dem Senat von Berlin, im Jahre 1978 mit dem ersten Jahreskurs, der als Zusatzausbildung den bildenden Künstlern die Fähigkeit vermitteln soll, mit ihrer spezifisch künstlerischen Qualifikation auch soziokulturelle und pädagogische Tätigkeiten auszuüben. Erreicht wird so eine Förderung der auf den sozialen Lebensprozeß bezogenen Arbeit des Künstlers (und nicht seines in einem isolierten Schaffensprozeß entstandenen Produkts)[47]).

Künstler-Initiativen

Die Hoffnung, auf solche Weise auch „gesellschaftlich relevante" Arbeiten zu erhalten [48]), scheint nicht unbegründet, wenn man einige jüngere künstlerische Aktivitäten betrachtet: Der Wunsch nach größerer Wirksamkeit und nach Einbezug in den demokratischen Prozeß besteht ja auch bei vielen engagierten Künstern selbst.

Timm Ulrichs spottete im Katalog der 23. Jahresaustellung des Deutschen Künstlerbundes 1975 über den engagierten Künstler, der auf seinem Bauernhof oder seiner Burg sitzt und darauf wartet, „daß irgendwo in der Welt irgendetwas losgeht", und dann seinen künstlerischen Protest in limitierter Auflage in die Welt gehen läßt[49]). Dieser Vorwurf klingt aus dem Munde eines Kunst-Clowns ungerecht; für die Generation der Künstler, die heute beginnen, sich zu engagieren, stimmt er nicht mehr: Sie beziehen sich in einer neuen, ungewohnt direkten Weise in die politische Arbeit ein. Das wird nicht nur in der Art sichtbar, wie Künstler verschiedener Sparten in sozialen Auseinandersetzungen Partei ergreifen[50]), sondern auch in selbstgewählten Formen künstlerischer Kreativität. Die Häuserfassaden z. B., die von Studenten der Kunstakademie Düsseldorf in der Grafenberger Allee bemalt wurden[51]), setzen dabei neue Akzente. Und in Bremen-Gröpelingen bemalten Künstler und Studenten der Hochschule für Gestaltung einen Bunker mit eindrucksvollen Motiven der sozialen und politischen Geschichte der jüngeren Vergangenheit, nachdem sie vorher mit den Bewohnern des Stadtteils gemeinsam Inhalte und Darstellungsweise erarbeitet hatten, so daß das Produkt bei der Bevölkerung entsprechend großen Anklang fand[52]). Solche bürgernahe Arbeit ist nicht ohne Schwierigkeiten für die Künstler, die ja keine Sozialarbeiter sind[53]). Der Erfolg aber zeigt, was bei intensiverem Kontakt zwischen Publikum und Künstlern an gesellschaftlich aktiver Kunst verwirklichbar ist.

Auf die neuen Ansätze zur Intensivierung der gewerkschaftlichen Kulturarbeit braucht hier nur hingewiesen zu werden[54]). Einiges von den neuen Ak-

47) Vgl. Grasskamp, Unser kultureller Notstand (s. Anm. 32), S. 21.
48) Modellprojekte Kunst im öffentlichen Raum. „Kulturpolitik" (BBK), 20/1976, S. 9, S. 13.
49) „Kunstreport" (Informationsblatt Deutscher Künstlerbund e.V. Berlin (West), 1975, S. 14.
50) Kulturschaffende unterstützen Streikende. „Kultur und Gesellschaft", 4/1978, S. 3-4; vgl. S. 11.
51) Peter Baumöller, „Schöne Bilder könne Sie malen. . .". „Deutsche Volkszeitung" v. 27. 4. 1978.
52) Peter Rautmann, Geschichte als Lernprozeß. Tendenzen Nr. 123 (1979), S. 38-42, und Marlis Glaser, Das Bild und die Bewohner, a.a.O., S. 43-44; vgl. Wolfgang Schmitz, Wider die Idylle. „Vorwärts" v. 8. 2. 1979.
53) Vgl. Landesbeirat „Kunst im öffentlichen Raum", Interview mit Hans-Joachim Manske. „Kultur und Gesellschaft", 11/1976, S. 25-28.
54) Vgl. zuletzt die einschlägigen Aufsätze in: Massen, Kultur, Politik („Argument"-Sonderband 23), Berlin (West) 1978, und „Sozialistische Politik", 10/1978, S. 45.

zenten ist dem Gewerkschaftsbeitritt von Kunstproduzenten wie den Schriftstellern und den bildenden Künstlern zu verdanken. Das Problem, ob Künste für die Gewerkschaften nur ein Vehikel sind, mit dessen Hilfe bestimmte Inhalte, die in der Bildungs- und Politisierungsarbeit sonst nicht ankommen, vermittelt werden können oder mit dem man die lange Zeit unter Teilnehmerschwund leidenden Maiveranstaltungen wieder attraktiver machen kann (mit solchem Argument sind manche lokalen Funktionäre überzeugt worden), oder ob man die Künste als integralen Bestandteil des sozialen Lebens entwickeln kann, wird in diesem Zusammenhang noch ausführlicher diskutiert werden müssen.

Dezentralisierte Angebote

Helmut Biallas (FDP, Hamburg) hat kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt einen „Kulturbericht" vorgelegt[55]). Er ging darin auch auf stadtteilbezogene Kulturarbeit ein: „Kulturarbeit spürt die stadtteilspezifischen Bedürfnisse auf und sucht sie zu befriedigen". Was nur wie eine nicht besonders geschickte sprachliche Formulierung klingt, ist in Wirklichkeit Konzeption, meint er doch auch an anderer Stelle, „Animation zum kulturorientierten Freizeitgebrauch" vermitteln zu wollen: Die Kommune tritt nicht nur zentral, sondern auch dezentral als Anbieter auf, das Publikum nur als Konsument.

Echte Perspektiven liegen in anderen Arbeitsformen. Peter Nestler, der neue Kulturdezernent der Stadt Köln, hat sich für die Arbeit in Köln einen Verfügungsfonds für „freie Gruppen", Stadtteilarbeit und neue Initiativen ausgehandelt, für den er in Berlin als „Leitender Senatsrat und Vertreter des Senators für kulturelle Angelegenheiten" sieben Jahre kämpfte[56]). Damit kann eine dezentrale Arbeit entwickelt werden, die weit über das Konsum-Angebot hinausgeht, Eigenaktivität der Bürger einbezieht und neue Formen entwikkelt.

Partizipation, Animation und soziokulturelle Arbeit

Die in den Bemühungen flächendeckender und dezentraler Arbeit sich niederschlagende Tendenz zur Ausweitung der Tätigkeit der öffentlichen Hand gerät rasch an die Grenzen ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit. Als Reaktion darauf läßt sich auf der einen Seite der Versuch beobachten, auf Kosten der Gesundheit und Arbeitskraft des Personals oder der Leistung für den Abnehmer (oder beides) oder der Sicherheit durch Privatisierung wenigstens für eine zeitlang Geld zu sparen (wie z. B. bei der Müllabfuhr). Die dazu einzunehmende Position ist klar.

Auf der anderen Seite aber werden durch diese Knappheit die öffentlichen Institutionen ermutigt, private nichtkommerzielle Initiativen als Substitution zu akzeptieren und zu stützen. Ein Kultur- und Kommunikationszentrum, das auf privater Initiative entstanden ist, kommt (genau wie ein Jugendzentrum der gleichen Art) oft mit einem Bruchteil dessen an Zuschüssen aus, was eine gleichartige öffentliche Einrichtung brauchen würde: Der Aufwand an Kom-

55) Vgl. FR v. 25. 4. 1978.
56) Zu neuen Ufern, in: FR v. 17. 1. 1979.

fort und Technik kann geringer gehalten werden, der Selbstfinanzierungsanteil (über Getränkekonsum, Sammlungen usf.) ist höher, Gagen und Kosten oft niedriger, die Bereitschaft für kostenlose oder billige Mithilfe größer, und (last not least, als problematischer Punkt) die Mitarbeiter sind, weil selbst engagiert, oft bereit, für weniger Geld mehr zu arbeiten als Personen in vergleichbaren Positionen des öffentlichen Dienstes. Die politischen „Risiken", die damit verbunden sind (wie es im polizeistaatlichen Jargon heißt, für den der aktive Bürger immer ein Sicherheitsrisiko darstellt), halten zwar manchen Entscheidungsträger davon zurück, aber die Chancen für solche nichtkommerziellen privaten Initiativen steigen mit der Finanzkrise der Kommunen und den gleichzeitig steigenden Ansprüchen der Bürger (und daher kann die Artikulation dieser Ansprüche ein wichtiger Motor sein).

Im Zusammenhang mit solchen Diskussionen, aber auch im Klartext der Bewegung der soziokulturellen Kommunikationszentren wird auch in der BRD Begriff und Sache „Animation" zunehmend diskutiert[57]). Bei der Rezeption der „Animation" besteht die Gefahr des Mißverständnisses bzw. der bewußten Verkürzung: Die „Animation im Urlaub" etwa, bei der die Sache zuerst in der BRD auftauchte[58]), erweckt allzu leicht den Eindruck, als sei Animation nur eine unverbindliche, folgenlose Angelegenheit. Aber sie ist keine manipulative Aktivierung um ihrer selbst willen. Richtig verstanden, bezieht sie sich nicht auf einen unverbindlichen hedonistischen Freizeitbereich, sondern ist ganz zentral mit der aktiven Teilnahme am politischen und sozialen Leben von Gruppen verbunden. In ihr steckt eine Menge von politischem Potential für eine Politik, die davon profitiert, wenn viele Menschen beginnen, ihre eigene Geschichte aktiv mitzubestimmen (und dies ist kein Wunder, liegen doch die historischen Wurzeln der Animation in der Zeit der französischen Volksfront-Regierung). Es kommt daher darauf an, ob sie reduziert wird auf Sozialarbeit und Verhütungsstrategie gegen Kriminalität, oder ob sie als positiver Beitrag für die Mobilisierung von Kräften für notwendige gesellschaftliche Veränderungen begriffen wird.

Auch das Beispiel Animation zeigt somit den widerspruchsvollen Charakter der gegenwärtigen Phase der kulturpolitischen Entwicklung: Neben Tendenzen zur Einschränkung des Handlungs- und Diskussionsspielraumes steht die Erschließung neuer Aktionsfelder, neben der Disziplinierung der Aktivierung neuer Bevölkerungsgruppen. Diese Widersprüche sind nicht zuletzt Ausdruck eines enger gewordenen Handlungsspielraums der Verteidiger der herrschenden Privilegienordnung: Man möchte gern restriktiver, gängelnder vorgehen, kann es aber nicht mehr ohne weiteres[59]).

---

57) Vgl. Horst W. Opaschowski, Einführung in die freizeit-kulturelle Breitenarbeit. Bad Heilbrunn (Obb.). 1979. Zur Partizipations-Diskussion vgl. Hans Koschnik, Bürgerunmut – eine Chance für die Demokratie. „Vorwärts" v. 20. 7. 1978, S. 14; Ders., Bürgernähe – Prüfstein für die Glaubwürdigkeit der SPD. „Vorwärts" v. 28. 9. 1978, Beilage Bremen; Mieterinitiativkultur. „Kultur und Gesellschaft", 1/1978, S. 17-18, sowie Gerhard Kappius, Sozial-kulturelle Aufbauarbeit (Animation) in städtischen Neubausiedlungen. „Der Städtetag", 5/1977, S. 229-233, u.v.a..

58) Animation im Urlaub. Studie für Planer und Praktiker. Starnberg 1975 (Studienkreis für Tourismus e.V.)

59) Wie sozialdemokratische Kulturpolitik auf diese Situation reagiert und wie sie die in ihr enthaltenen neuen Chancen nutzt, müßte in einem gesonderten Aufsatz behandelt werden.

Medienkritik

AUSWIEGEN

Franz Josef Strauß' General Stoiber schreibt einen Brief an den NDR-Intendanten Neuffer und verlangt, dieser möge Strauß „vor der Mutwilligkeit von ‚Tagesschau'-Redakteuren . . . schützen." Und er fragt, ob die „Tagesschau"-Redaktion in Hinblick auf das Wahljahr Gewähr für eine sachliche und ausgewogene Berichterstattung biete, da doch SPD-Politikern in „Tagesschau" und „Tagesthemen" mehr Sendezeit eingeräumt werde, als einem CDU- oder CSU-Politiker.

Seine Bedenken hat Stoiber gewiß zu Recht, denn „ausgewogen" war die Berichterstattung der bundesdeutschen Fernsehanstalten schon im Wahljahr 1976 nicht. Das jedenfalls hat inzwischen ein Professor Kepplinger aus Mainz eindeutig belegt; Kohl wäre sicherlich heute Bundeskanzler, wenn die Kameraleute von ARD und ZDF ihn nur günstiger gefilmt hätten. Mit anderen Worten: Die Wähler haben den Kohl (und wohl auch seine Partei) schon immer gewollt, aber das Fernsehen hat sie nicht wollen lassen.

So einfach ist das; und Herr Stoiber ist klug, der „Tagesschau" präventiv die Schuld für eine etwaige Wahlniederlage (aber sicherlich nicht für einen etwaigen Wahlsieg!) zuzuschreiben. Denn er kennt sich in den Hirnen unserer Fernsehverantwortlichen aus: Er weiß, daß diese zunächst einmal die Unausgewogenheits-Unterstellungen zurückweisen, um dann doch neu auszuwiegen: Ein bißchen mehr Strauß, ein bißchen weniger Schmidt; Stoiber ein wenig gestreichelt, Bahr ein wenig gebufft – so pendelt die Waage sich christlich ein.

Was aber, wenn die bundesdeutsche Schriftsteller-Szene zu ihrer Stellung zu Strauß befragt werden soll? Wie wiegt man einen Schriftsteller aus, der vor der Fernsehkamera seine *Angst* vor Strauß artikuliert, wenn es keinen gibt, der sich auf den Kandidaten aus Bayern *freut?* Sehr einfach: Man läßt die Waage unbenutzt, packt den bereits produzierten Film ins Archiv und bewahrt den Fernsehzuschauer vor unverdaulichen Unausgewogenheiten. So geschehen am 4. November um 23.00 Uhr (!) im Literaturmagazin" vom Südwestfunk. *Eine Zensur findet nicht statt* – nur ausgewogen muß halt werden.

Diese Aufgabe machen sich Intendanten, Abteilungsleiter und Chefredakteure nicht leicht! – Niemand demonstriert dies klarer als Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, selbst ausgewogen christlich und sozial, in seiner donnerstäglichen „Fernsehdiskussion": Er lädt Franz Josef Strauß ein, setzt ihn ausgewogen vor die Kamera und vor drei wohlausgewogene Journalisten: einen von rechts (Peter Boenisch von der „Welt"), einen von links (Erich Boehme vom „Spiegel" – oder ist der etwa nicht links?) und einen von der Mitte (Hans Reiser von der „Süddeutschen Zeitung" – oder ist das etwa keine Mitte?). Und Herr Mühlfenzl sagt den dreien, was sie fragen dürfen, und Herr Strauß wußte schon vorher, was er antworten würde (darf?), und die Kamera war auch niemals in der unausgewogenen Frosch- oder Vogelperspektive, an jenem Donnerstag, dem 15. November um 20.15 Uhr (!). *Eine Zensur findet da gewiß nicht statt* – nur christlich ausgewogen muß halt werden.

Und wenn dann genug gewogen ist, ist die Sendezeit zu Ende, und der Zuschauer weiß nun, welches breite politische Spektrum wir *in diesem unserem Lande* haben: Von Strauß bis (vielleicht) Schmidt, von der „Welt" bis (vielleicht) zum „Spiegel", von Mühlfenzl bis Mühlfenzl. Wer ist eigentlich Wallraff? Jens? Härtling? Walser? Hochhuth? Im „Literaturmagazin" war für sie kein Platz. Wer nennt die Namen, die schon immer ausgewogen wurden?

Eine Zensur findet nicht statt.

Wilfried Lange

Wirtschaftsinformation

Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1979

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Die konjunkturelle Entwicklung der Bundesrepublik hat im 3. Vierteljahr 1979 ihren Höhepunkt erreicht und gegenwärtig offensichtlich schon überschritten. Das reale Bruttosozialprodukt (BSP) expandierte im abgelaufenen Quartal gegenüber dem Vorquartal in saisonbereinigter Betrachtung nur noch um 0,5 %, lag aber immer noch um mehr als 4 % über den Vorjahreswerten.

Tabelle 1
Reales Bruttosozialprodukt im 3. Vierteljahr 1979

	In Mrd. DM[1]	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	*224,6*	*+ 4,2*
Privater Verbrauch	*118,9*	*+ 1,9*
Öffentlicher Verbrauch	*37,2*	*+ 2,8*
Anlageinvestitionen	*53,8*	*+ 9,8*
Export	*64,0*	*+ 6,2*

1) In Preisen von 1970.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 47/1979, S. 486.

Wie in den vorangegangenen Vierteljahren erweisen sich auch jetzt die Investitionstätigkeit und der Export als der dynamischste Teil der Nachfrage. Schwach expandiert dagegen nur noch die öffentliche Nachfrage und vor allem der private Verbrauch. In saisonbereinigter Betrachtung ging die private Nachfrage gegenüber dem Vorquartal sogar absolut zurück. Die zunehmende Schwäche des privaten Verbrauchs erweist sich damit als wichtigstes Moment der bevorstehenden Konjunkturabschwächung, von der auch in allen Prognosen – sowohl im „Herbstgutachten" der Wirtschaftsforschungsinstitute als auch beim „Sachverständigenrat" – allerdings in unterschiedlicher Intensität ausgegangen wird. Dies wird von der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze unterstrichen, die im 3. Vierteljahr real um 1 % niedriger waren als im Vorjahr.
Als expansives Moment wirkte immer noch der „Lagerzyklus", d. h. die im Vergleich zur Produktion überproportionale Aufstockung der Vorratsläger durch die Produzenten.
Die sich abschwächende Dynamik der konjunkturellen Entwicklung wurde auch schon in der Entwicklung der industriellen Produktion, insbesondere aber der industriellen Auftragseingänge deutlich.

Tabelle 2
Verarbeitendes Gewerbe im 3. Vierteljahr 1979

	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
	Auftragseingänge[1])	Nettoproduktion
Insgesamt	+ 10,8	+ 4,9
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 17,0	+ 8,4
Investitionsgüter	+ 8,3	+ 2,7
Verbrauchsgüter	+ 7,7	+ 5,5
Bauhauptgewerbe	+ 8,6	+ 10,7[2])

1) In jeweiligen Preisen.
2) Juli/August.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1979; „DIW-Wochenbericht" 47/1979, S. 490.

In saisonbereinigter Betrachtung gingen Produktion und Aufträge im August/September 1979 wieder zurück. Besonders die Abschwächung in den tragenden Branchen Bauwirtschaft und Automobilindustrie bei den Aufträgen fällt ins Auge. Zwar ist der Auftragsbestand dort noch immer außergewöhnlich hoch, so daß unmittelbare Auswirkungen auf die Produktion noch nicht sichtbar sind. Aber die Tatsache, daß die PKW-Neuzulassungen im September 1979 um 16,7 % unter dem Vorjahresstand lagen und daß die Bauauftragseingänge im 3. Quartal erstmals wieder real etwas niedriger waren als in der gleichen Vorjahreszeit, signalisiert doch eine gewisse Trendwende auch für die Gesamtkonjunktur.
Auch ein anderes wichtiges Konjunkturmerkmal, die leicht rückläufige industrielle Kapazitätsauslastung, deutet auf ein Ende des bisher relativ kräftigen Aufschwungs hin.

Tabelle 3
Kapazitätsauslastung in der verarbeitenden Industrie[1])

	März	Juni	September	Dezember
1978	80,9	80,8	81,3	82,3
1979	83,6	84,9	84,5	

1) In % der betriebsüblichen Vollausnutzung.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 32/1979, S. 2.

Damit lag der Auslastungsgrad im konjunkturellen Höhepunkt immer noch um etwa 2 % unter dem als „normal" angesehenen Stand – und weit unter dem der vorangegangenen konjunkturellen „Scheitelpunkte" von 1970 und 1973, als er bei 92 bzw. 87 % gelegen hatte.
Rückläufig ist die Auslastung deutlich bei den Konsumgütern, während die Investitionsgüter ihren Auslastungsgrad noch leicht verbesserten.
Auch hier erweist sich also der Konsumbereich als wichtigstes Moment der Abschwächung. Der Zusammenhang zur Relation Gewinne/Löhne ist dabei nicht zu übersehen. Die realen Arbeitseinkommen haben im 3. Vierteljahr – je Beschäftigten – gegenüber dem Vorjahr kaum noch zugenommen, lediglich die leichte Zunahme der Beschäftigung hat noch für eine gewisse Expansion der Kaufkraft der Arbeitseinkommen gesorgt.

Tabelle 4
Einkommensverteilung in 3. Vierteljahr 1979[1])

	In Mrd. DM	*In % gegenüber dem Vorjahr*
BSP	355,0	+ 7,8
Bruttolohn- und -gehaltsumme	156,9	+ 7,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	84,0	+ 4,2
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	–	+ 5,5
Arbeitsproduktivität[2])	–	+ 3,6

1) In jeweiligen Preisen.
2) Reales Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde.
Quelle: „DIW-Wochenbericht" 47/1979, S. 486.

Der relativ langsame Anstieg der „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen" signalisiert allerdings keine Verlangsamung der Gewinnentwicklung, sondern ist statistischen Verzerrungen geschuldet. Möglicherweise liegt auch eine systematische Unterschätzung der ohnehin nur ungenau zu ermittelnden Vierteljahreswerte vor. Auch im 2. Vierteljahr 1979 hatte das DIW in den vorläufigen Ziffern nur einen Anstieg der Gewinne um (brutto) 7,8 % angegeben, in den korrigierten Werten ergab sich aber eine Zunahme um 11,4 %. Im ersten Halbjahr 1979 nahmen die Unternehmereinkommen um brutto 12 und netto 15 % zu. Und die letzte Gewinnschätzung der BHF-Bank in Frankfurt für die Unternehmensgewinne im engeren Sinne, die ursprünglich eine durchschnittliche Gewinnzunahme für 1979 um 12 % vorhergesagt hatte, wurde nun für die meisten Branchen deutlich nach oben korrigiert.
Die Preise machten im 3. Vierteljahr einen kräftigen Sprung nach oben. Im Oktober lagen sie um 5,7 % über dem Vorjahresstand.

Tabelle 5
Preisentwicklung im 3. Vierteljahr 1979

	In % gegenüber dem Vorjahr
Lebenshaltung[1])	+ 5,0
Industriepreise	+ 5,8
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise[2])	+ 1,5
Importpreise	+ 17,0
Exportpreise	+ 5,7

1) Alle Haushalte.
2) Juli/August.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1979.

Aus rein rechnerischen Gründen ist für die nächsten Monate eine gewisse optische Verlangsamung der Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr möglich. Dies ist Folge des „Basiseffekts" – die Preise waren im letzten Jahr bis Oktober aufgrund von Sonderfaktoren relativ stabil.

Dies ändert allerdings nichts daran, daß die Preisauftriebstendenzen vor allem auf der Verbraucherseite sich in der nächsten Zeit eher noch verstärken werden. Die Energiepreise werden erst allmählich an die erhöhten Mineralölpreise „angepaßt", die Mieten steigen zur Zeit ruckartig an – teilweise eine Folge des durch die Bundesbank hochgetriebenen Zinsniveaus. Auch die Lebensmittelpreise, die bisher noch stabilisierend gewirkt hatten, kommen in Bewegung.

Die konjunkturelle Belebung ist auch auf dem Arbeitsmarkt nich ganz ohne Auswirkungen geblieben.

Tabelle 6
Beschäftigung und Arbeitsmarkt im 3. Vierteljahr 1979

	In 1000	*Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr*
Abhängig Beschäftigte	*22 002*	+ *1,7*
Arbeitslose	*780*	– *123*
Kurzarbeiter	*31*	– *99*
Offene Stellen	*335*	+ *71*

Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 11/1979.

Der Rückgang der registrierten Zahlen überzeichnet die Besserungstendenz auf dem Arbeitsmarkt, da die „stille Reserve" nichtregistrierter Arbeitsloser ausgeklammert wird. Immerhin ist zu berücksichtigen, daß das 3. Quartal dieses Jahres einen konjunkturellen (und saisonalen) Höhepunkt darstellt. Angesichts dieser Tatsache gibt die aktuelle Höhe selbst nur der registrierten Arbeitslosenzahlen zu beschäftigungspolitischem Optimismus keinerlei Anlaß. Während die Oktoberzahlen der Arbeitslosigkeit mit 762 000 nur einen saisonalen Anstieg wiedergeben, deutet doch die zunehmende Kurzarbeit – 61 000 im Oktober – auf eine bevorstehende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hin. Die vorliegenden Prognosen erwarten denn auch durchweg einen erneuten konjunkturellen Anstieg der Arbeitslosenzahlen, teilweise schon in den nächsten Monaten, teilweise erst im zweiten Halbjahr 1980. Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

„Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" Aufruf zu demokratischer Aktion*), veröffentlicht von Prof. Dr. Reinhard Kühnl und Prof. Dr. Norman Paech auf einer Pressekonferenz am 28. November 1979 in Bonn

(Wortlaut)

Die Nominierung eines F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten muß als das verstanden und beantwortet werden, was sie in Wahrheit ist: als eine offene, prinzipielle und umfassende Kampfansage an unterschiedslos alle Kräfte der Demokratie, des Friedens und des sozialen Fortschritts. Mit der noch vor wenigen Jahren für undenkbar gehaltenen Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden hat die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik ein neues, kritisches Stadium erreicht.

Strauß – das ist 1979 die autoritäre Antwort auf die Krise, der Machtanspruch der rücksichtslosesten Wirtschafts-, Finanz- und Militärkreise mit allen innen- und außenpolitischen Konsequenzen, ein Programm der radikalen Ausmerzung aller politischen „Entartungserscheinungen" – von der Entspannungspolitik bis zu gewerkschaftlichen Positionen, von Abrüstungsforderungen bis zu Bürgerinitiativen und fortschrittlicher Frauenbewegung. Strauß setzt, wie bereits in seiner Sonthofener Rede offen ausgesprochen, darauf, daß „die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst". Unter diesem Schock soll die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik, die den Kräften um Strauß den Weg geebnet hat – im Zeichen der Krisenabwälzung auf die Arbeitnehmer bei gleichzeitiger Milliardenvergeudung für Rüstungsvorhaben; im Zeichen der Enttäuschung über stecken- und ausgebliebene Reformen und Demokratisierungsansätze, über Sozialabbau und Arbeitsplatzgefährdung; im Zeichen der Antiterrorismus-Hysterie, der Berufsverbote und immer weiter ausufernder Überwachungspraktiken –, in neue Dimensionen gesteigert werden.

Das Programm Strauß ist hochgefährlich, aber alles andere als unaufhaltsam. Es steht in entscheidenden Fragen im Widerspruch sowohl zu den innergesellschaftlichen als auch vor allem zu den internationalen Realitäten an der Schwelle der 80er Jahre, die sich grundlegend von denen der Jahre 1914, 1933 oder 1939 unterscheiden. Nirgendwo in der Welt hat der Weg nach rechts zu einer Lösung oder auch nur Entschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme geführt. Gerade in jüngster Zeit sind eine Reihe z. T. jahrzehntealter faschistischer oder autoritärer Regime gestürzt worden.

Strauß kann gestoppt werden, und zwar dann – aber auch nur dann –, wenn der autoritären Herausforderung die gesammelte Kraft aller Demokraten, was immer sonst ihre Divergenzen und Kontroversen seien, entgegengesetzt wird. Das hat sich immer wieder, u. a. im Kampf gegen die Atombewaffnung, im Sturz des Verteidigungsministers Strauß und im Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge, erwiesen. Daß heute der gleiche, schon wiederholt gescheiterte F. J. Strauß erneut als „starker Mann" vorgestellt werden kann, wurde nur möglich, weil die Rechtsentwicklung der letzten Jahre ein die Strauß-Kandidatur begünstigendes Klima geschaffen hat. Strauß stoppen, heißt deshalb zugleich, allen Erscheinungen der Rechtsentwicklung entgegenzutreten und – durch Aufklärung über den wahren Charakter der Herausforderung von rechts wie durch entschiedene Entfaltung aller demokratischen Initiativen, Bürgerbewegungen und Alternativen

*) Vgl. dazu den Kommentar in diesem Heft, S. 1420–1422. D. Red.

gleichermaßen – ein verändertes politisches Klima in der Bundesrepublik zu schaffen, ein Klima, das eine Entscheidung für Strauß unmöglich macht und zugleich den Spielraum aller demokratischen und sozialen Bewegungen erweitert.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT, das heißt: Kein Zurück zum Kalten Krieg! Die mit den Ostverträgen und der KSZE eingeleitete Entspannungspolitik muß konsequent fortgesetzt und vorangetrieben werden. Statt zu einer neuen Runde des Wettrüstens muß jetzt zu ernsthaften Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung, Gewaltverzicht und schrittweise Abrüstung in Ost und West übergegangen werden. Dem Verhalten der Bundesrepublik kommt dabei eine entscheidende Rolle, ihrer Regierung und ihrer Öffentlichkeit eine dementsprechende Verantwortung zu. Es darf keine „Große Aufrüstungs-Koalition", keine Zustimmung Bonns zur Stationierung neuer, auf die Sowjetunion gerichteter amerikanischer Atomraketen in unserem Land geben, denn dies würde das bisherige Gleichgewicht in Europa einseitig verändern. Wer unter dem Vorwand einer „Bedrohung aus dem Osten" erneut an der Rüstungsschraube dreht, statt die erklärte sowjetische Verhandlungsbereitschaft beim Wort zu nehmen, schafft eine Atmosphäre neuer Spannungen und begünstigt letztlich die Kräfte um Strauß.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT, das heißt: Unser Land braucht nicht weniger, sondern mehr Demokratie. Jetzt muß endgültig Schluß gemacht werden mit Berufsverboten, Gesinnungsschnüffelei und der Kriminalisierung von Bürgerinitiativen und systemkritischen Kräften. Die Bundesrepublik darf kein Überwachungsstaat, keine Gesellschaft von Duckmäusern, Angepaßten und Spitzeln werden. Nur auf dem geistigen Nährboden des neuen McCarthyismus, eines zur „Staatsideologie" gewordenen Antisozialismus und Antikommunismus und einer nach wie vor unbewältigten Vergangenheit ist die Demagogie der Strauß und Stoiber möglich geworden, für die die absurde Gleichstellung von Nazis und Sozialisten, der Opfer und ihrer Mörder, das bisher krasseste Beispiel darstellt. Dem muß jetzt endlich Einhalt geboten werden: durch eine Neubesinnung auf die Gemeinsamkeit der Erfahrungen des antifaschistisch-demokratischen Widerstandskampfes, auf den unauflöslichen Zusammenhang von Antifaschismus und Demokratie. Gegen die Rechtsentwicklung hilft keine rechte Politik, erst recht kein Rechtsüberholen, sondern nur die fortschreitende Demokratisierung aller Entscheidungsbereiche in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wer Strauß stoppen will, kann keine Gemeinsamkeit mit der CSU/CDU-Politik betreiben.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT, das heißt: Es muß Schluß gemacht werden mit der unsozialen und undemokratischen Praxis, die Krisenfolgen auf die Arbeitnehmer, die große Mehrheit der Bevölkerung abzuwälzen. Gegen Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit helfen nicht Stillhalten und „Gürtel-enger-schnallen", sondern der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und Stärkung der Massenkaufkraft, aktive Tarifpolitik und Verbot der Aussperrung. Deshalb: Hände weg von der Einheitsgewerkschaft, Schluß mit den Angriffen auf das Streikrecht und andere gewerkschaftliche Rechtspositionen, Schluß mit der Bespitzelung in den Betrieben.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT, das heißt: Keinen Rückfall in die geistige Enge der 50er Jahre, sondern Stärkung aller emanzipatorischen Bewegungen – wie beispielsweise der Frauenbewegung, der Studentenbewegung oder der Bildungsreformbewegung – in ihrem Ringen um Aufklärung und Gleichberechtigung; es heißt, aktiv zu werden gegen alle Versuche, etwa den § 218 zu restaurieren, gegen Versuche, die Medien vollends auf CSU/CDU-Kurs gleichzuschalten, gegen die Bedrohung der Meinungsfreiheit, der Freiheit von Wissenschaft, Kultur und Kunst.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT, das heißt: Die Bundesrepublik darf kein Atomstaat werden. Strauß greift nach der Atommacht. Er scheut weder die atomare Katastrophe noch bürgerkriegsartige Zustände, um das „zivile" und militärische Atomprogramm, das er selbst als erster Atomminister der Bundesrepublik mit konzipiert hat, durchzusetzen. Angesichts dieser Gefahr müssen Bürgerinitiativen und alle demokratischen Kräfte zusammenwirken, um die rücksichtslose Durchsetzung eines Atomprogramms zu verhindern, bei dem es nicht um Interessen der Bevölkerung, sondern um industrielle und militärische Machtansprüche geht.

Das Programm Strauß zielt auf die Einschüchterung, Spaltung und womöglich Unterdrückung jedweder demokratischen und sozialen Bewegung in der Bundesrepublik. Ihm kann deshalb

nicht durch vornehme Zurückhaltung, Stillhalten oder parteitaktische Manöver, sondern wirksam nur durch entschiedene Stärkung, Weiterentwicklung und Bündelung aller demokratischen Energien in der Auseinandersetzung mit einer Gefahr, die unterschiedslos alle betrifft, begegnet werden. In einer ganzen Reihe von Städten und in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen sind bereits begrüßenswerte, z. T. schon breit ausgreifende Initiativen und Aktionsbündnisse gegen die Herausforderung durch Strauß und die Rechtsentwicklung entstanden oder im Entstehen begriffen. Wer das politische Klima, das die Kandidatur von Strauß möglich gemacht hat, verändern will, darf nicht bis zum Wahltag warten. Es kommt darauf an, jetzt aktiv zu werden, und zwar ungeachtet parteipolitischer und weltanschaulicher Unterschiede. Um Strauß und eine weitere Rechtsentwicklung zu stoppen, bedarf es jetzt des gemeinsamen Gesprächs und der gemeinsamen Aktion aller Demokraten.

GEMEINSAM GEGEN RECHTS – STOPPT STRAUSS JETZT!

Bis zum 27. November 1979 haben u. a. unterzeichnet:
Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M. – Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, D. D., Lich – Karl D. Bredthauer, Bonn – Dr. Ulrich Briefs, Roermond – Peter O. Chotjewitz, Hannetal – Franz-Josef Degenhardt, Quickborn – Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg/L. – Karlheinz Deschner, Haßfurt – Bernt Engelmann, Rottach-Egern – Dr. Konrad Elsässer, Oberursel – Prof. Walther Fürst, Bad Nauheim – Prof. D. Helmut Gollwitzer, Berlin (West) – Klaus Hachenberg, Hannover – Heinz Hoffmann, Stuttgart – Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD) – Prof. Dr. Hans Heinz Holz, Groningen – Prof. Dr. Klaus Holzkamp, Berlin (West) – Hanns Dieter Hüsch, Mainz – Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen – Prof. Dr. Urs Jaeggi, Berlin (West) – Mechtild Jansen, Bremen, langjährige Vorsitzende des Sozialistischen Hochschulbundes (SHB) – Prof. D. Walter Kreck, Bonn – Franz Xaver Kroetz, Altenmarkt/Bayern – Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Marburg/L. – Ingrid Kurz, Hamburg – Pastor Konrad Lübbert, Uetersen – Klaus Mannhardt, Essen, Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) – Prof. Dr. Hans Mausbach, Frankfurt/M. – Dr. Jutta Menschik, Berlin (West) – Prof. D. Dr. Manfred Mezger, Mainz – D. Martin Niemöller, Wiesbaden – Dr. Reinhard Opitz, Köln – Prof. Dr. Norman Paech, Hamburg – Manfred Pahl-Rugenstein, Köln – Prof. Dr. Albrecht Schau, Esslingen – Eckart Spoo, Hannover – Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz – Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen – Werner Stürmann, Dortmund, Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend (SDAJ) – Gösta v. Uexküll, Hamburg – Günter Wallraff, Köln – Prof. Dr. Roderich Wahsner, Bremen.

Zustimmungserklärungen bitte an: Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Sonnhalde 6, 3550 Marburg/L.

Gemeinsame Mitteilung über den Aufenthalt des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Andrej A. Gromyko, in der Bundesrepublik Deutschland vom 21. bis 24. November 1979*)

(Wortlaut)

Auf Einladung der Bundesregierung hielt sich das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, vom 21. bis 24. November 1979 zu einem offiziellen Besuch in der Bundesrepublik Deutschland auf.

*) Vgl. dazu die „Chronik des Monats" in diesem Heft, S. 1419. D. Red.

A. A. Gromyko wurde von Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens und Bundeskanzler Helmut Schmidt empfangen. In Übereinstimmung mit der Praxis regelmäßiger Konsultationen, wie sie in der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 niedergelegt ist, fand eine Reihe von Begegnungen zwischen dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Minister für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, A. A. Gromyko, und dem Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesminster des Auswärtigen der Bundesrepublik Deutschland, H.-D. Genscher, statt.

Im Verlauf der Begegnungen und Gespräche fand, ausgehend von den während des Aufenthalts des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, L. I. Breschnew, in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1978 vereinbarten Dokumenten, ein eingehender Meinungsaustausch über Fragen der weiteren Entwicklung der Zusammenarbeit statt.

Im Mittelpunkt der Gespräche über aktuelle Probleme stand die Notwendigkeit, Frieden und Sicherheit in Europa und in der Welt festigen. Beide Seiten bekräftigten erneut, daß sie keine vernünftige Alternative zur Politik der Entspannung sehen. Sie brachten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, den Prozeß der Entspannung auszubauen, zu vertiefen und ihn fortschreitend und dauerhaft zu machen.

Dabei wurde die einmütige Auffassung zum Ausdruck gebracht, daß die Ausarbeitung weiterer konkreter Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung beschleunigt werden sollte. Es wurde die Wichtigkeit der Aussage in der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 unterstrichen, wonach niemand militärische Überlegenheit anstreben soll, annähernde Gleichheit und Parität zur Gewährleistung der Verteidigung ausreichen und angemessene Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung im nuklearen und konventionellen Bereich, die diesem Grundsatz entsprechen, von großer Bedeutung wären.

Die Minister brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß der zwischen der UdSSR und den USA unterzeichnete Vertrag über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen einen wichtigen Schritt in den Bemühungen um die Sicherung des Friedens darstellt.

Die Minister erörterten den Stand der Verhandlungen über eine Verminderung von Streitkräften und Rüstungen und damit zusammenhängende Maßnahmen in Mitteleuropa. Sie sprachen sich dafür aus, daß in Wien die Suche nach effektiven Lösungen fortgesetzt wird, die dem Ziel entsprechen, auf der Grundlage unverminderter Sicherheit der Beteiligten zu einer stabileren Lage auf niedrigerem militärischen Niveau als heute zu gelangen.

Die Minister bekräftigten die Bedeutung der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie treten für weitere konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung aller Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte als einheitliches Ganzes ein. In diesem Zusammenhang wurden Fragen in bezug auf das Treffen der Teilnehmerstaaten der KSZE im November 1980 in Madrid erörtert.

Es fand auch ein Meinungsaustausch über eine Reihe anderer aktueller internationaler Probleme statt, u. a. über die Lage im Nahen Osten und in einigen Gebieten Afrikas und Asiens. Die Minister befaßten sich auch mit Fragen, die gegenwärtig im Rahmen der Vereinten Nationen erörtert werden.

Im Verlauf der Gespräche unterstrichen beide Seiten, wie auch früher, die Wichtigkeit der strikten Einhaltung und vollen Anwendung des Viermächte-Abkommens vom 3. September 1971.

Im Verlauf der Gespräche wurden der Stand und die Aussichten der bilateralen Zusammenarbeit der beiden Staaten auf verschiedenen Gebieten erörtert. Beide Seiten sprachen sich für deren weitere Entwicklung auf der Grundlage des Moskauer Vertrages vom 12. August 1970 und der anderen Abkommen und Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR aus.

Die Minister erörterten auch die für beide Staaten wichtigen Wirtschaftsbeziehungen, wobei sie mit Befriedigung die positive Entwicklung vermerkten. Sie würdigten die nützliche Arbeit der Kommission der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und stellten fest, daß die Ausarbeitung des langfristigen Programms für die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit zügig voranschreitet.

Die Minister gaben ihrer Genugtuung über die positive Entwicklung des Kulturaustausches Ausdruck. Es fand auch ein Meinungsaustausch über humanitäre Fragen statt.

Beide Minister befürworteten die Fortsetzung der Begegnungen auf hoher politischer Ebene zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Sie sind davon überzeugt, daß derartige Kontakte von hoher Bedeutung für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind und ein wichtiges Instrument zu deren weiterer Vertiefung darstellen. Dies gilt vor allem für Gipfeltreffen.

A. A. Gromyko bestätigte die früher Bundeskanzler Helmut Schmidt übermittelte Einladung zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion. Ebenfalls wurde eine Einladung an den Bundesminister des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, übermittelt. Die Einladungen wurden mit Dank angenommen.

Die Begegnungen und Gespräche wurden in einem aufgeschlossenen Geist geführt und von beiden Seiten als nützlich bezeichnet.

Dringender Appell: „Jetzt verhandeln – nicht aufrüsten!"

Der Öffentlichkeit vorgelegt am 20. November 1979 in Bonn

(Wortlaut)

Die weltweiten Bemühungen um Abrüstung haben einen neuen Impuls erhalten: das sowjetische Staatsoberhaupt Leonid Breschnew hat am 6. Oktober in Berlin einseitige Maßnahmen zur Verringerung der militärischen Stärke der UdSSR in Mitteleuropa angekündigt. Ohne Gegenleistung sollen in den nächsten zwölf Monaten 20 000 Soldaten und 1000 Panzer aus der DDR abgezogen werden. Die UdSSR bekundete ihre Bereitschaft, die Zahl der Atomwaffenträger mittlerer Reichweite im europäischen Teil ihres Landes zu verringern – vorausgesetzt, die NATO bringt keine neuen Mittelstreckenraketen in Westeuropa in Stellung.

Diese Ankündigungen haben große Hoffnungen geweckt. Sie bieten die Möglichkeit, eine neue Eskalation der Rüstung zu verhindern und entscheidende Schritte der Rüstungsverminderung zu gehen.

Die ersten Stellungnahmen verantwortlicher Politiker in Bonn und anderen Hauptstädten haben bei uns wie bei vielen anderen Sorge hervorgerufen, daß diese Chance für mehr Sicherheit und Entspannung nicht genutzt wird. Es muß vielmehr befürchtet werden, daß durch die noch für Dezember dieses Jahres geplante NATO-Entscheidung über neue Atomraketen „vollendete Tatsachen" geschaffen werden.

Bei der vorgesehenen Produktion und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen mit kontinentaler Reichweite geht es um eine schwerwiegende Veränderung der strategischen Lage. Erstmals sollen in unserem Land und bei unseren Nachbarn Raketen stationiert werden, mit denen der westliche Teil der UdSSR atomar vernichtet werden könnte. Die US-amerikanischen Mittelstrekkenraketen wären ein zusätzliches Potential der NATO gegenüber der UdSSR. Es ist daher nicht gerechtfertigt, sie mit der Modernisierung vorhandener sowjetischer Mittelstreckenwaffen zu begründen. Ihre Einführung würde das SALT II-Abkommen unterlaufen, durch das das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und UdSSR festgeschrieben wird.

Dies hätte unabsehbare Folgen für die Entspannung. Die Gefahr der Auslösung eines „begrenzten Atomkrieges" in Europa würde wachsen. Unser Land würde ganz eindeutig zum ersten Ziel für Atomschläge.

Angesichts dieser Risiken spricht alles dafür, jetzt nichts zu überstürzen. Das neue sowjetische Abrüstungs- und Verhandlungsangebot verdient eine konstruktive Antwort.

Ist es politisch zu verantworten, die Vorleistungen der UdSSR mit einem Beschluß über neue Atomraketen zu erwidern? Hierbei kommt es auf die Haltung der Bundesregierung entscheidend an!

Es geht um die Möglichkeit realer Rüstungsverminderung, um die Zukunft der Entspannung. Auf dem Spiel steht die Glaubwürdigkeit des Willens zur Abrüstung. Es darf einfach nicht zu einer neuen unheilvollen Eskalation des Wettrüstens kommen.

Wir appellieren an die Bundesregierung: Jetzt muß verhandelt werden! Auf der bevorstehenden NATO-Tagung darf es keinen Beschluß über neue Raketen geben!

Wir appellieren an alle, die Verantwortung tragen, an die Abgeordneten des Bundestages, an die Parteien, an die Kirchen und Gewerkschaften, wir appellieren an alle Bürger: Laßt nicht zu, daß diese Chance vertan wird!

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth – Prof. Dr. H.-W. Bartsch, D.D. – Prof. Dr. Karl Bechert – Heinz Bennent, Schauspieler – Prof. Luise Berthold – Prof. Dr. Klaus Brake – Carin Braun, Schauspielerin – Paul Bresgen, Gewerkschaftssekretär – Klaus Bretthauer, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Egbert Brieskorn – Werner Buchner, Betriebsrat – Helmut Buck, Gewerkschaftssekretär – Dr. Ernst Busche, Sprecher der Bürgeraktion Garlstedter Heide – Martha Buschmann, Mitglied des Präsidiums der DKP – Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller – Franz Josef Degenhardt, Schriftsteller – Prof. Dr. Frank Deppe – Dr. Karlheinz Deschner, Schriftsteller – Prof. Dr. Walter Dirks – Prof. Dr. Andreas Dress – Pastor Hartmut Drewes – Burkhard Driest, Filmautor – Dr. Heinz Düx, Richter – Dr. Konrad Elsässer, Vorsitzender des Christlichen Friedensdienstes – Pater Anatol Feid – Richard Förster, Betriebsratsvorsitzender – Helmut Friedrich, Betriebsratsvorsitzender – E.-F. Fürbringer, Schauspieler – Prof. Dr. Wolfgang Gleissberg – Klaus Goehrke, Hauptpersonalratsvorsitzender – Prof. Dr. Helmut Gollwitzer – HAP Grieshaber – Herbert Haas, Betriebsratsvorsitzender – Manfred Haas, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Friedrich Hahn – Heinrich Hannover, Rechtsanwalt – Dr. Michael Hatry, Dramaturg – Prof. Dr. Helmut Heinemann – Kurt Heinzmann, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Horst Herrmann – Hansgünther Heyme, Staatsschauspieldirektor – Helga Hirsch, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende – Rainer Hirsch, Autor – Prof. Dr. Horst Holzer – Prof. Dr. Klaus Horn – Hans Dieter Hüsch, Kabarettist – Günter Hütter, Personalratsvorsitzender – Prof. Dr. Jörg Huffschmid – Mechtild Jansen – Prof. Dr. Gerhard Kade – Helmut Wolfgang Kahn, Autor – Werner Kandlbinder, Personalratsvorsitzender – Christine Kaufmann, Schauspielerin – Werner Kiesewetter Betriebsratsvorsitzender – Heinar Kipphardt, Schriftsteller – Dr. Heinz Kloppenburg DD, Oberkirchenrat iR – Herbert Knapp, Betriebsratsvorsitzender, und weitere 14 Betriebsräte der Firma Mannesmann – Rolf Knecht, Betriebsratsvorsitzender – Lorenz Knorr, Mitglied des Direktoriums der DFU – Horst Kohfink, Gewerkschaftssekretär – Prof. D. Walter Kreck – Franz Xaver Kroetz, Schriftsteller – Prof. Dr. Hans Jürgen Krysmanski – Prof. Dr. Renate Krysmanski – Pastor Konrad Lübbert – Karl Lutz, Betriebsratsvorsitzender – Albert Mangelsdorff, Musiker – Klaus Mannhardt, Bundesvorsitzender der DFG-VK – Hansjörg Martin, Schriftsteller – Achim Maske – Gunnar Matthiessen – Dr. Jutta Menschik – Dr. h.c. Herbert Mochalski – Pfarrer Friedhelm Meyer, Vorsitzender Kirchliche Bruderschaft im Rheinland – Naturfreundejugend Deutschlands, Bundesjugendleitung – Pastor D. Martin Niemöller – Prof. Dr. Norman Paech – Egbert Pfalzgraf, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. theol. Uta Ranke-Heinemann – Dr. Josef Reding, Schriftsteller – Prof. Dr. med. Michael Regus – Heinz Reichwaldt, Staatssekretär aD – Prof. Dr. Helmut Ridder – Werner Riedel, Stadtrat – Werner Rieß, Gewerkschaftssekretär – Luise Rinser, Schriftstellerin – Klaus Rogner, Betriebsratsvorsitzender – Rudolf Rolfs, Schriftsteller – Dr. Joseph Rossaint, Präsident der VVN-BdA – Prof. Dr. H. J. Sandkühler – Ernst Spät, Betriebsratsvorsitzender – Dieter Süverkrüp, Graphiker – Heinrich Schirmbeck, Schriftsteller – Horst Schoß, Vertrauenskörperleitung – Prof. Dr. F. Steffensky – Prof. Dr. Dorothea Steffensky-Sölle – Christoph Strässer, Bundesvorsitzender, für die Deutschen Jungdemokraten – Prof. Dr. Fritz Straßmann – Prof. Dr. Gerhard Stuby – Prof. Dr. Karl Hermann Tjaden – Prof. Dr. Margarete Tjaden-Steinhauer – Horst Trapp – Gösta v. Uexküll, Publizist – Vereinigte deutsche Studentenschaften (VdS) – Prof. Dr. Herbert Vorgrimler – Konrad Wagner, Betriebsratsvorsitzender – Prof. Dr. Roderich Wahsner – Gerhard Weber, Generalsekretär CVJM Hamburg – Gabriele Wohmann, Schriftstellerin – Heinz Werner Wurstius, Gewerkschaftssekretär – Romek Zora, Betriebsrätin.

Appell, verabschiedet auf dem zweiten bundesweiten Kongreß „Christen für die Abrüstung", am 17. November 1979 in Dortmund

(Wortlaut)

440 Theologen und Gemeindemitglieder nahmen am 17. November 1979 in Dortmund am zweiten bundesweiten Kongreß „Christen für die Abrüstung" teil. Der Kongreß beschäftigte sich in vier Arbeitskreisen mit Themen zum Beitrag von Christen für die Friedenssicherung, z. B. mit dem Thema „Friedensarbeit am Ort: Börse der Erfahrungen und der Anregungen". Die Mitte Dezember 1979 anstehende NATO-Ratsentscheidung über die Produktion von Atomraketen und ihre Stationierung in Westeuropa veranlaßte die Teilnehmer des Kongresses, den nachstehend dokumentierten Appell sowie eine entsprechende Botschaft an die Regierungen der potentiellen Stationierungsländer und einen Offenen Brief an den Bundesparteitag der SPD zu verabschieden. D. Red.

Als Christen, die für den Frieden, die Entspannung und die Abrüstung wirken, fühlen wir uns am Vorabend des Volkstrauertages mit Millionen Menschen in dem schmerzlichen Gedenken an die Opfer und an das Leid verbunden, die vor allem der Zweite Weltkrieg anderen Völkern, aber auch unserem Volk abverlangt hat. Doch in unseren Schmerz mischt sich Zorn, weil wir heute wissen: Nicht für Volk und Vaterland, sondern für egoistische Interessen und Ziele einer Minderheit wurden Tod und Zerstörung über große Teile der Menschheit gebracht. Viele haben es damals gewußt, wenige dagegen gekämpft, die meisten geschwiegen und mitgemacht. Wir müssen eingestehen, daß auch die Kirchen und die Christen in ihrem Glauben und ihrer Verantwortung weitgehend versagt haben.

Diese bitteren Erfahrungen bestärken uns in dem Willen, alles zu tun, um eine Wiederholung zu verhindern. Heute stehen wir wieder an einem Kreuzweg unserer Geschichte: Es steht zur Entscheidung, ob der Rüstungswettlauf unsere Erde weiter an den Rand des Abgrunds führt oder ob die Abrüstung uns den Weg zum Frieden sichert. Einen Schritt zum Frieden hat die Sowjetunion jetzt gemacht, indem sie den Beschluß faßte, Truppen und Panzer aus dem Gebiet der DDR zurückzuziehen. Jetzt muß die NATO in Abrüstungsverhandlungen eintreten und darf nicht falsche Weichen für die Zukunft stellen, indem sie sich für die Einführung neuer Atomraketen in Europa entscheidet.

Es hat sich gezeigt, daß die Entscheidung darüber vor allem von unserem Land und unserer Regierung abhängt. In ihrer und damit auch in unserer Verantwortung liegt es, ob der Rüstungswettlauf beendet, der Entspannungsprozeß fortgesetzt und zur Abrüstung führen wird.

In dieser Frage vermissen wir jetzt ein konkretes und unmißverständliches Engagement der Kirchen gegen immer neue Aufrüstungsprojekte und für Abrüstungsbemühungen. Es gibt keine Gründe, die eine Enthaltsamkeit in dieser lebenswichtigen Frage rechtfertigen. Als Mitglieder unserer Kirchen beziehen wir ihre grundsätzlichen Erklärungen zu Frieden und Abrüstung auf unsere Situation. Deshalb fordern wir von unserer Regierung: Verzichtet auf die Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in unserem Land und tretet statt dessen unverzüglich für Verhandlungen mit der UdSSR ein.

Wir wollen diese Forderungen in unsere Gemeinden tragen, sie dort diskutieren und zum Engagement für Frieden und Abrüstung aufrufen. Da Kriege von Menschen vorbereitet und geführt werden, fragen wir dabei nach den Ursachen des Rüstungswettlaufs und widersetzen uns den Kräften, die an Rüstung interessiert sind. Nach dem Wort unseres Herrn Jesus Christus wird uns allein die Wahrheit frei machen, frei dafür, gemeinsam mit allen Menschen guten Willens eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens zu bauen.

Dieter S. Lutz, Wer rüstet eigentlich nach? Vergleich der euronuklearen Macht*)

„Lücke schließen", „nachrüsten" – so die Argumente für NATO-Anstrengungen bei nuklearen Mittelstreckenwaffen. Wie aber steht es um die Überlegenheit des Warschauer Paktes? Dieter S. Lutz vom Hamburger Friedensforschungsinstitut hat die beiderseitigen Potentiale verglichen. Wir dokumentieren die Zusammenfassung seiner Untersuchung: „Wer rüstet nach?", die in einem Sammelband zum Jahreswechsel in der Nomos-Verlags-Gesellschaft (Baden-Baden) erscheinen wird:

Fassen wir (eine vergleichende Analyse der Potentiale von NATO und Warschauer Pakt – WVO –) zusammen, so ist zu betonen, daß die WVO im Bereich der euronuklearen Waffensysteme mit kurzer und mittlerer Reichweite zweifelsfrei weder eine numerische Überlegenheit besitzt noch einen qualitativen Vorsprung. Auch im Bereich der euronuklearen Systeme mit größeren Reichweiten läßt sich die These einer Unterlegenheit der NATO nur halten, wenn die höhere Qualität der modernen Jagdbomber der NATO und vor allem die SACEUR assignierten (das heißt: dem Alliierten Oberkommando Europa zugeordneten) US-Raketen des Typs Poseidon C 3 – willkürlich – unberücksichtigt bleiben. Mehr noch: Es kann im Gegenteil nicht ausgeschlossen werden, daß die WVO dem fortschreitenden quantitativen und qualitativen Standard der NATO glaubt, mit Umrüstungsmaßnahmen begegnen zu müssen.

Dennoch wird die Diskussion um die Modernisierungsmaßnahmen der NATO, insbesondere um die Stationierung von Pershing II und/oder den Marschflugkörpern in Europa von der Öffentlichkeit als Diskussion um eine „Antwort", also um eine „Reaktion" auf die sowjetischen Neuerungen im Mittelstreckenbereich geführt. Die Genesis beider Waffensysteme läßt jedoch eine Legitimation mit der sowjetischen SS-20 nicht oder nur eingeschränkt zu: Von der Erprobung der SS-20 erfuhr der Westen erstmals im Jahre 1975 durch den amerikanischen Aufklärungssatelliten Big Bird. Die Entwicklung der Pershing II hatte jedoch bereits im Jahr vorher, nämlich 1974, begonnen.

Die ersten erfolgreichen Flugtests mit der amerikanischen Tomahawk (moderner Marschflugkörper) liegen im Jahre 1976, was gleichfalls auf langjährige Entwicklungs- und Forschungsarbeiten vor diesem Zeitpunkt schließen läßt. Ein den amerikanischen Cruise Missile neuer Generation vergleichbares System der UdSSR zeichnet sich darüber hinaus nicht ab. Wenn überhaupt, so wird die Sowjetunion mit hoher Wahrscheinlichkeit einen ähnlich hohen technologischen Stand nicht vor Ablauf von zehn Jahren erreichen können. Von einem „Nachrüsten" des Westens im Sinne eines Aktions-Reaktions-Schemas kann also nicht gesprochen werden.

Wenn dennoch öffentlich der Umbau der Pershing I zu einer weitreichenden strategischen Waffe und die Entwicklung und Einführung einer gänzlich neuen hochtechnologischen Cruise Missile mit der Dislozierung (Einführung) neuer Mittelstreckenwaffen der UdSSR legitimiert wird, so handelt es sich um den typischen Fall einer ex-post-facto Rationalisierung (einer nachträglichen Begründung). Neue Waffensysteme werden – weil Forschungs- und Produktionskapazitäten brachliegen oder einfach weil entsprechende wissenschaftliche und technologische Standards erreicht sind – entwickelt und produziert. Ihre militärische Funktionsbestimmung erfolgt nachträglich. Zur Legitimation gegenüber der Öffentlichkeit bedient man sich in der Regel des „Lükkenarguments" – so auch in diesem Fall: Die gegenwärtige Diskussion wird in den entsprechenden Medien unter Schlagzeilen geführt wie: „Die Abschreckungslücke der NATO", „Europas Raketenlücke", „Lücke im atomaren Konzept".

Wichtiger noch als die Analyse der Ursachen für die derzeitigen beziehungsweise für die sich abzeichnenden Umrüstungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind jedoch die Schlußfolgerungen für die kooperativen Rüstungssteuerungs- und -begrenzungsmaßnahmen (arms control) zwischen Ost und West. In Europa und besonders in der Bundesrepublik werden die Rüstungsbegrenzungsgespräche einschließlich der euronuklearen Ebene derzeit unter dem Motto diskutiert: „Erst rüsten, dann verhandeln". Verhandlungsfähigkeit setzt nach dieser Devise Verhandlungs-

*) Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers übernommen aus „Vorwärts" v. 22. 11. 1979, S. 10.

masse voraus. In die entsprechenden Waffen der NATO müßten aber erst noch diejenigen Waffensysteme aufgenommen werden, die man dann zur Disposition stellen könnte.

Nach dem dargelegten Kräfteverhältnis läßt sich diesem Argumentationsgang keinesfalls folgen. Dies ist um so mehr zu betonen, als wir in die Gewichtung der beiderseitigen Modernisierungsmaßnahmen das erhebliche Ungleichgewicht im Verhältnis der Gesamtzahlen an strategischen Nuklearsprengköpfen, die ja immer auch taktisch beziehungsweise eurostrategisch einsetzbar sind, noch nicht einmal berücksichtigt haben. Dieses Ungleichgewicht liegt derzeit bei etwa 12 000 zu 4500 Sprengköpfen zugunsten der USA. Die Forderung nach Einbeziehung der TNF (euronuklearen Waffen) in die Kooperative Rüstungssteuerung, sei es im Rahmen von MBFR, SALT oder als selbständige TALT-Gespräche, muß deshalb unverzüglich gestellt und beantwortet werden.

Resolutionen der Sechsten Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder in Havanna vom 3. bis 9. September 1979 (II)*)

(Wortlaut)

Wirtschaftliche Resolutionen

Politische Richtlinien zur Stärkung der kollektiven Nutzung der eigenen Kräfte zwischen den Entwicklungsländern

Die Sechste Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder, die vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna zusammenkam,
in Anbetracht der jetzigen Instabilität der Weltwirtschaft, die unter anderem von einer hohen Inflation, monetärem Ordnungsmangel und einem ständigen negativen Transfer der Mittel vor allem über multinationale Gesellschaften gekennzeichnet ist, die die Wirtschaft der Entwicklungsländer negativ beeinflussen,
beschließt, folgende poltische Richtlinien zu verabschieden, die für die zuständigen Regierungen der Mitgliedsländer der Bewegung der Nichtpaktgebundenen im breiten Kontext der Stärkung ihrer kollektiven eigenen Kräfte bestimmt sind;
a) die nichtpaktgebundenen Länder sollen, ohne ihre nationalen Interessen noch ihre bestehenden Verpflichtungen zu präjudizieren, sich gegenseitig beim Angebot ihrer primären Exportprodukte und Waren auf jährlicher oder mehrjähriger Grundlage einen Vorrang einräumen, damit ihre entsprechenden minimalen Bedürfnisse planmäßig und sicher befriedigt werden und damit in größtmöglichem Maße ihre dringenden Bedürfnisse im Falle eines zeitweisen Vorrätemangels befriedigt werden,
b) wenn bei der Versorgung Priorität eingeräumt wird, dann soll das durch direkten Vertrag zwischen den Regierungen der Exportländer und der Importländer verwirklicht werden,
c) die nichtpaktgebundenen Länder sollen sich an gemeinsamen Projekten in Verbindung mit der Herstellung von Produktions- und Verarbeitungskapazitäten beteiligen, indem sie sich auf Erzeugnisse stützen, die in den nichtpaktgebundenen Ländern verfügbar sind, unter anderem auf petrochemische Produkte, Kunstdünger, landwirtschaftliche Produktion, pharmazeutische Produktion, Verkehr, Kommunikation, Schiffahrt und Versicherungen im Rahmen der allgemein akzeptierten statutarischen Regeln, die im voraus für solche gemeinsamen Unternehmungen ausgearbeitet werden,

*) Vgl. „Blätter", Heft 11/1979, S. 1403–1411.

d) die organisierte Erforschung und Entwicklung der nichtpaktgebundenen Länder auf kollektiver Grundlage beim gemeinsamer Finanzierung und Beteiligung an ihren Resultaten sowie die Ausrichtung auf Prioritätsbereiche, wie neue und erneuerte Energiequellen und die Nahrungsmittelproduktion,
e) wenn sich das als günstig erweist, soll die Wirksamkeit und die weiterführende Nutzung von zwischenstaatlichen Instutionen für die Finanzierung der Entwicklung der nichtpaktgebundenen und anderer Entwicklungsländer verbessert werden; bei größerer Ausrichtung auf Gebiete, die für die Empfänger vorrangig sind, wobei finanziert werden soll in den Bereichen, die von den bestehenden internationalen Finanzsituationen nicht traditionsgemäß abgedeckt sind, welche von entwickelten Ländern kontrolliert werden, indem bei der Verteilung der Fonds die dringenden Bedürfnisse der am stärksten betroffenen Länder immer mehr in Betracht gezogen werden,
f) alle nichtpaktgebundenen Länder, die imstande sind, das zu tun, sollen Maßnahmen ergreifen, damit die Finanzhilfe für andere nichtpaktgebundene Länder, die sie brauchen, erhöht wird, wobei vor allem den besonderen Schwierigkeiten der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung zu tragen ist und die besonderen Probleme, denen sich die am meisten betroffenen Länder gegenübersehen, in Betracht gezogen werden sollen,
g) alle nichtpaktgebundenen Länder, die im Ausland Mittel investieren, werden aufgerufen, den größeren Teil dieser Mittel in andere nichtpaktgebundene Länder zu kanalisieren. Im Rahmen ihrer nationalen Politik werden die nichtpaktgebundenen Empfangsländer aufgerufen, Schritte zu unternehmen, damit die Sicherheit der Investitionen anderer nichtpaktgebundener Länder gewährleistet wird und damit sie für diese Investitionen eine besonders günstige Behandlung bieten.
Andere Entwicklungsländer, die nicht Mitglieder der Bewegung der Nichtpaktgebundenen sind, werden aufgerufen, sich an diese politischen Richtlinien zu halten.

Resolution über globale Verhandlungen in Verbindung mit der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit für Entwicklungshilfe

Die Sechste Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder, die vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna stattgefunden hat,
erinnernd an den Appell der Vierten Konferenz, die in Algier stattgefunden hat, an die internationale Gemeinschaft, ein neues System der Weltwirtschaftsbeziehungen herzustellen, die auf Gleichheit und dem gemeinsamen Interesse aller beruhen sollen, und an die spätere Deklaration und das Aktionsprogramm für die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, das auf der Sechsten Sondertagung der UNO-Vollversammlung verabschiedet wurde,
erinnernt ferner daran, daß die Staats- oder Regierungschefs auf der Fünften Konferenz in Colombo unterstrichen haben, daß die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung kühne Initiativen verlangt, neue, konkrete und globale Lösungen sucht und daß sie nicht verwirklicht werden kann durch teilweise Reformen und Improvisationen, deren Zweck es ist, die jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu bereinigen,
erörternd die Meinungen und Empfehlungen, die in dieser Deklaration enthalten sind, besonders ihre Paragraphen 29–32, die sich auf globale Verhandlungen über die internationale Wirtschaftszusammenarbeit für die Entwicklung beziehen, die auf der Ministerkonferenz des Koordinatenbüros der nichtpaktgebundenen Länder in Colombo vom 4. bis 9. Juni 1979 angenommen worden ist,
feststellend mit tiefer Besorgnis, daß trotz der großen Zahl internationaler Konferenzen, die zur Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung abgehalten wurden, kein wirklicher Fortschritt erzielt wurde, wegen eines nicht vorhandenen aufrichtigen politschen Willens bei der großen Mehrheit der entwickelten Länder, grundlegende Verhandlungen aufzunehmen,
verurteilend in diesem Zusammenhang die Zuflucht einiger entwickelten Länder zur Taktik, die Entwickungsländer zu spalten, und die Zuflucht zur Unterstützung militärischer Manöver und jener Politik, deren Ziel die Zerstückelung globaler Fragen von internationalem Interesse ist, um sich auf diese Weise der Verpflichtungen im Bereich der internationalen Wirtschaftszusammenarbeit für Entwicklungshilfe zu entledigen,

bestätigend ihre Ausrichtung auf die Solidarität der Entwicklungsländer, die eine Zusammenführung mannigfaltiger Interessen, die Einnahme einheitlicher Standpunkte und die Stärkung der kollektiven Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer ermöglicht,

bestätigend ferner ihre ständige Orientierung, durch Verhandlungen eine Umordnung der Weltwirtschaft auf Basis der Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit anzustreben,
betonend, daß Verhandlungen über die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sich im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen abwickeln müssen,
bestätigend in diesem Zusammenhang die zentrale Rolle der Generalversammlung der Vereinten Nationen,

(1) billigt den auf dem Ministertreffen des Koordinationsbüros der nichtpaktgebundenen Länder in Colombo vorgebrachten Vorschlag, eine Runde globaler und ständiger Verhandlungen über die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung zu organisieren, wobei diese Verhandlungen vor allem darauf ausgerichtet sein würden, einen integrierten Zugang zu den Hauptfragen zu ermöglichen, indem sie gleichzeitig von verschiedenen Bereichen und unter Ermöglichung einer allgemeinen Beteiligung ausgehen,

(2) erachtet, daß solche Verhandlungen:
– Im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen unter voller Beteiligung aller Staaten und in einer bestimmten Periode abgehalten werden sollen,
– Hauptfragen im Bereich der Rohstoffe, Energie, des Handels, der Entwicklung, des Geldes und der Finanzen erfassen sollen,
– einen bedeutenden Beitrag zur Durchführung der internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der UNO leisten sollen,

(3) erachtet ferner, daß diese Verhandlungen keinen Abbruch der Verhandlungen in anderen Gremien der Vereinten Nationen bedeuten sollen , sondern daß sie sie stärken und sich an sie anlehnen sollen,

(4) ruft die entwickelten Länder auf, einen solchen Vorschlag positiv zu beantworten, da dessen Perspektiven von der Veränderung der Standpunkte dieser Länder und ihrer öffentlichen Orientierung auf eine aufrichtige Einschaltung in wirkliche Verhandlungen im Zusammenhang mit der Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung abhängen,

(5) betont, daß die Gruppe 77, nachdem sie den Vorschlag über globale Verhandlungen die internationale Wirtschaftszusammenarbeit für Entwicklung betreffend akzeptiert, diesen offiziell auf der nächsten Tagung des Allgemeinen Komitees vorbringen soll, das aufgrund der Resulution der Generalversammlung 32/177 gebildet worden ist,

(6) erachtet, daß das Allgemeine Komitee als Vorbereitungskomitee für diese Verhandlungen auftreten und der Sondertagung der Vollversammlung 1980 den Schlußbericht vorlegen soll, der seine Empfehlungen über Ablauf, Zeit und detaillierte Tagesordnung der globalen Verhandlungen zum Inhalt haben wird,

(7) betont, daß diesen Verhandlungen Vorbereitungstreffen der Gruppe 77 auf Ministerniveau vorausgehen sollen, damit die verschiedenen Komponenten der Verhandlungen erörtert, die Strategie der Entwicklungsländer für diese Verhandlungen definiert, und gewährleistet wird, daß die Implikation dieser Strategie zur Stärkung ihrer Verhandlungsmacht und der kollektiven Nutzung der eigenen Kräfte führen,

(8) empfehlen dem nächsten Ministertreffen der Gruppe 77, über die Organisation der Vorbereitungsphase der globalen Verhandlungen auf dem Niveau der Entwicklungsländer zu entscheiden.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Jahresregister 1979

Autorenverzeichnis

	Heft	Seite
Abendroth, Wolfgang: Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktion der westdeutschen Sozialdemokratie	4	403
Albrecht, Richard: Datenschutz und Bürgerrechte	9	1031
Albrecht, Richard/Opper, Karl Heinz: Die nukleare Kontroverse. Bürgerinitiativen als Objekt sozialwissenschaftlicher Ausforschung	7	822
Albrecht, Ulrich: Nobelpreis für die Belegschaft von Lucas Aerospace?	1	9
–: Die dreimal nach rechts gegründete Republik. Zur Entwicklung des Militärpotentials der Bundesrepublik	7	781
Andel, Horst J.: Aufstieg und Niedergang des Hauses Pachlawi	1	63
–: Persien auf dem Rückweg ins Mittelalter?	4	396
Apel, Hans: Über Menschenrechte	10	1219
Axt, Heinz-Jürgen: Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute	1	37
–: Kontuinität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (II)	2	174
Bayertz, Kurt: Zur innenpolitischen Lage in der Bundesrepublik	4	417
Benzing, Brigitta: Andersartigkeit. Das „neue" Bild der Dritten Welt	10	1158
Bittner, Wolfgang: Herr im eigenen Haus	9	1036
Bleicher, Willi, u. a.: Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Bopp-Schmehl, Annemarie/Kypke, Ulrich: „Korporatismus" statt „Pluralismus"? Ein untauglicher Theorie-Versuch mit Vergangenheit	12	1462
Brauch, Günter, u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
Bravo, Gian Mario: Zur Funktion des Terrorismus in der politischen Entwicklung Italiens	6	705
v. Bredow, Wilfried: Zur „Nachrüstungs"-Debatte	10	1156

	Heft	Seite
– u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
Bredthauer, Karl D.: Zur internationalen Situation am Ausgang der siebziger Jahre	1	4
–: Über „moralische Kompetenz"	5	521
–: Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet	8	911
Briefs, Ulrich: „Leitende Angestellte" als Potential für eine neoautoritäre Politik. Zu Ideologie und Realität des „Faktors Disposition"	11	1353
Brönner, Wolfram: Kein Frieden im Nahen Osten	4	393
–: Separatpolitik im Nahostkonflikt	5	554
Bubenzer, Hans: Umwelt- und Friedensbewegung. Ein Bericht über den Kongreß „Ökologiebewegung und Friedensbewegung" in Kassel am 27./28. Oktober 1979	11	1397
Bufe, Helga/Grumbach, Jürgen: Entsorgungszentrum oder nukleare Zeitbombe? Die Ergebnisse des Gorleben-Hearings im Überblick	5	537
– *und Jürgen Grumbach:* Der Griff nach der Atommacht. Zur Rolle des F. J. Strauß bei der Schaffung eines atomaren Potentials der BRD	12	1439
Deppe, Frank/Fülberth, Georg/Harrer, Jürgen: Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung	4	488
–: Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (II)	5	569
Deppe, Frank/Jung, Heinz: Zwischen Integration und Repression. Herrschaftssicherung in der Bundesrepublik 1945–1979	9	1037
Deschner, Karlheinz: F.J. Strauß, der Architekt Europas	9	1061
Doormann, Lottemi: Chancen und Probleme einer demokratischen Frauenbewegung. Am Beispiel der Demokratischen Fraueninitiative	12	1489
Ekstein, August: Öffentliche Kulturpolitik in der Krise	12	1507
Engelmann, Bernt: Werter Herr Kamerad!	3	270
–: Zur freundlichen Erinnerung aus gegebenem Anlaß	7	780
Fabian, Walter, u. a.: Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Falk, Rainer: Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung. Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung	6	676
–: Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung. Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (II)	7	852
–: Von Bandung nach Havanna. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme der nichtpaktgebundenen Länder	10	1236
Fülberth, Georg: vgl. *Deppe, Frank* u. a.	4	488
–: vgl. *Deppe, Frank* u. a.	5	569
Gauer, Karin/Krusewitz, Knut: Umweltschutz durch Abrüstung. Zusammenhänge von militärischer und ziviler Umweltzerstörung	3	300
Giesenfeld, Günter: Humanität und Strategie	1	94
–: „Holocaust" und die Dichter	2	245
–: Hintergründe der Entwicklung in Indochina	3	287
–: Scheuklappen. Strauß in Brüssel	5	610
–: Kampuchea	7	883
–: Das Problem der Indochina-Flüchtlinge und die Genfer UNO-Konferenz	8	905
–: Norma Rae	8	984
–: Antimonopolisten	9	1132
–: Schwarzbrot mit Zuckerguß	10	1267
–: Sumpf	11	1386
Götz, Christian: Schützt die Verfassung!	2	139
–: Orientierungshilfe für „kluge Köpfe"	8	908
–: Stellungnahmen von Gewerkschaften zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Goldberg, Jörg: Wirtschaftsprognosen 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	1	95
–: Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	2	276
–: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	3	362
–: Der Preisindex der Lebenshaltung (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	4	499

	Heft	Seite
–: Bevölkerung und Geburtenhäufigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	5	611
–: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im ersten Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	6	761
–: Die Entwicklung der Lehrstellen (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	7	878
–: Zur Politik der Bundesbank (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	8	985
–: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	9	1133
–: Kosten der Arbeitslosigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	10	1268
–: Zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	11	1393
-: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)	12	1518
Greiner, Bernd: Die chinesische Karte	2	132
–: Dreißig Jahre NATO	4	441
–: Von der Ölkrise zum Ölkrieg?	8	900
Grünewald, Guido: Bayerische Freiheit. Das bayerische Innenministerium und die Kriegsdienstgegner	11	1292
Grumbach, Jürgen: vgl. *Bufe, Helga*	5	537
–: *vgl. Bufe, Helga*	12	1439
Gudopp, Wolf-Dieter: „Rückkehr unerwünscht". Literatur zum Widerstandskreis um Ernst Niekisch	1	86
Harrer, Jürgen: vgl. *Deppe, Frank* u. a.	4	488
–: vgl. *Deppe, Frank* u. a.	5	569
Heilmann, Joachim: Die Zukunft der Aussperrung	4	402
Hervé, Florence: Frauen in den EG-Ländern – ein Situationsbericht	12	1498
Hesslein, Bernd C., u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
Holz, Hans Heinz: Die Verteidigung des Elfenbeinturms. 30 Jahre Philosophie in der Bundesrepublik Deutschland	10	1255
–: Die Verteidigung des Elfenbeinturms. 30 Jahre Philosophie in der BRD (II)	11	1373
Holzer, Horst: Technischer Fortschritt als medienpolitischer Rückschritt? Die Entwicklung neuer Medien im Widerstreit zwischen Kapitalverwertung, Herrschaftssicherung und publikumsorientiertem Mediengebrauch	12	1473
Hüsch, Hanns Dieter: Deutsches Küchenlied	12	1430
Huffschmid, Jörg: Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Ölkrise	1	69
Janicki, Lech: Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit. Rechtspolitische Aspekte der Realisierung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen	4	462
–: Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit (II). Rechtspolitische Aspekte der Realisierung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen	6	726
Jentzsch, Barbara: „Dirty Harry". Der schmutzigste Atombombentest und seine Folgen	4	400
Joachim, Dierk/Keller, Bernhard/Ullrich, Volker: Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung"? Zur Auseinandersetzung um Neofaschismus, „Kristallnacht" und Holocaust	3	314
Jung, Harald: Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand	3	332
–: Aufstand in Nicaragua	7	775
Jung, Heinz: vgl. *Deppe, Frank*	9	1037
Junk, Ursula: Teheran, die Kurdenfrage und der Konflikt mit den USA	12	1422
Kade, Gerhard: Mehr westliche Initiativen für die Abrüstung	3	260
–: Gefahr aus dem Osten? Die Bedrohunslegende als Jahrhundertlüge	3	271
–: Abrüstung. Eine Übersicht der laufenden Verhandlungen, ihrer Vorgeschichte und Zukunftsaussichten aus Anlaß des 40. Jahrestages des 1. September 1939	8	922
–: Entspannung am Ende?	9	1028
–: Die deutsche Herausforderung. Zum ökonomisch-politischen Potential der Bundesrepublik an der Schwelle der 80er Jahre	10	1161
–: „Nachrüsten" oder verhandeln? Der SPD-Parteitag vor der Entscheidung	11	1288

	Heft	Seite
–: Abkehr vom Helsinki-Kurs? Hauptkriegsschauplatz BRD – oder: Realisierung eines umfassenden europäischen Friedensprogramms	12	1431
Kahn, Helmut Wolfgang, u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
–: Strauß und der Griff nach der Atommacht	10	1195
Keller, Bernhard: vgl. *Joachim, Dierk*	3	314
Kirchmann, Hans: Japans befremdliche Vietnam-Politik	5	524
–: Südkorea – Legende und Wirklichkeit	11	1295
Kittner, Dietrich: Fernost-Geschäfte	10	1160
Klare, Michael T.: Restauration des US-Interventionismus. Amerikanische Versuche, Vietnam vergessen zu machen	11	1327
Knorr, Lorenz: Denkspiele über die Nützlichkeit von Kriegen	2	214
–: Krieg oder Frieden – für Europa keine Frage mehr?	8	941
Konjetzky, Klaus: Was denken sich die Gewerkschaften eigentlich?	1	12
Krell, Gert, u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
Kremer, Hans-Peter/Leuer, Hans: Unternehmerische Preispolitik und staatliche Wirtschaftspolitik in der BRD. Ein Beitrag zur Diskussion um Alternativen der Wirtschaftspolitik	6	743
Krusewitz, Knut: vgl. *Gauer, Karin*	3	300
–: Erste Gesamteuropäische Umweltkonferenz	12	1425
Kuczynski, Jürgen: Zur Debatte über das Verhältnis von Technik und Fortschritt	3	346
–: „Holocaust" und die Folgen	2	140
Kühnl, Reinhard: Carstens, Strauß und die Offensive der Rechten	6	644
–: Waren die deutschen Faschisten Sozialisten? Analyse einer Geschichtsfälschung	11	1303
– *und Norman Paech:* Zum Aufruf „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!"	12	1420
Kurz, Ingrid: Berufsverbote – neue Grundsätze, aber grundsätzlich nichts Neues	3	263
Kypke, Ulrich: vgl. *Bopp-Schmehl, Annemarie*	12	1462
Lange, Wilfried: Krimi-Freuden	6	765
–: Auswiegen	12	1517
Leithäuser, Gerhard: Frankreich in der Krise	9	1105
Leuer, Hans: vgl. *Kremer, Hans-Peter*	6	743
Lewan, Kenneth M.: Die Bundesrepubblik und der Nahe Osten	6	649
Luthringshausen, Gudrun: Anmerkungen zum 19. Deutschen Soziologentag	6	766
Lutz, Dieter S.: Wer rüstet eigentlich nach? Vergleich der euronuklearen Macht	12	1529
Maase, Kaspar: Perspektiven von Arbeit und Freizeit	11	1387
Mahlein, Leonhard, u. a.: Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Mallmann, Wolfgang, u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
Maske, Achim: Das chinesische Lehrstück und die Sicherheit Europas	4	388
Matthiessen, Gunnar, u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
–: Der Wiener Gipfel, die Diskussion um die SS20-Raketen und die Zukunft der Entspannung	7	801
Mayer, Hans: Neokolonialistische Lösungsversuche in Rhodesien/Zimbabwe	9	1117
Mechtersheimer, Alfred, u .a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
Möllemann, Jürgen, u. a.: Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II	6	657
Müller, Lothar: Die braven Soldaten des Imperialismus	3	361
Mutius, Bernhard v.: Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte	2	279
Niemöller, Martin: Dreißig Jahre Bundesrepublik. Erlebnisse und Gedanken	1	13
Niess, Frank: Vom Armenhaus zur Arbeitslosenhilfe. Arbeitslosigkeit als Disziplinierungsinstrument	4	475
Opitz, Reinhard: Die EG-Wahlen und die demokratischen Kräfte	5	516
Opper, Karl Heinz: vgl. *Albrecht, Richard*	7	822
Paech, Norman: Internationale Juristenkonferenz gegen Rassismus und Apartheid vom 11.–15. September 1978 in Baku	1	98
–: Es wird wieder kälter in der Republik	5	596
–: vgl. *Kühnl, Reinhard*	12	1420
Pasti, Nino: Politisch-militärische und biologisch-medizinische Gefahren der Neutronenbombe	1	27

	Heft	Seite
Pinck, Axel/Schröder, Ludwig: Das „Europäische Währungssystem" – eine erweiterte „DM-Zone"?	2	164
Preiss, Hans, u. a.: Stellungnahmen von Gewerkschaften zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Ridder, Helmut: Dreißig Jahre Grundgesetz – drei Jahrzehnte antidemokratischer Widerstand	5	528
Rondi, Hans: Die Großen werden noch größer. Das Kartellrecht reguliert den Konzentrationsprozeß	7	868
Schäfer, Renate: F. J. Strauß und die CSU in der neofaschistischen Presse	9	1077
Schindler, Hans: Politisches Bewußtsein und psychische Folgen der Arbeitslosigkeit	5	599
Schirrmacher, Helmut, u. a.: Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Schneidereit, Monika: Regionale und sektorale Strukturpolitik	8	988
Schröder, Ludwig: vgl. *Pinck, Axel*	2	164
Scoville Jr., Herbert: Neue Waffen rücken die atomare Katastrophe näher	2	156
Semejko, Lew: Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa?	11	1337
v. Soden, Kristine: Weiblichkeitsideologie statt Gleichberechtigung. Die neue § 218-Kampagne der CDU/CSU	11	1343
Sperr, Monika: Marktbürger statt Staatsbürger	6	656
Spitzner, Albert: Verfolgung und Verjährung von NS-Verbrechen (Literaturbericht)	9	1137
Spoo, Eckart, u. a.: Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Steinkühler, Franz, u. a.: Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU	10	1187
Stuby, Gerhard: Zu den Ergebnissen der EG-Wahlen	7	772
–: Der „Hitler-Stalin-Pakt" als Ursache des Zweiten Weltkriegs?	9	1094
Süssdorf, Erich: Die Carter-Administration und die Panama-Frage. Entkolonialisierung auf Raten – Kontinuität der strukturellen Abhängigkeit	3	353
Teige, Klaus: Linksextrem durch Ernährung. Verhütung durch Diät	5	527
Ullrich, Volker: vgl. *Joachim, Dierk*	3	314
Vega, Rafael de la: Zur innenpolitischen Lage in Spanien	6	652
Wahsner, Roderich: Notizen zum Aussperrungsverbot	11	1367
Waltemathe, Ernst: Mord ist nicht gleich Mord	2	136
Wojna, Ryszard: Punktierte Grenzen	2	269
Wolde-Giorgis, Kahsai: Fünf Jahre Revolution in Äthiopien	8	966
Wurms, Renate: Frauen ins Militär – ein befreiender Schritt?	8	956
Zeitlin, Maurice: Wem gehört Amerika? Sozialstruktur und Besitzverhältnisse in den Vereinigten Staaten	2	198

Sachverzeichnis

Innenpolitik der BRD

Dreißig Jahre Bundesrepublik. Erlebnisse und Gedanken (Martin Niemöller)	1	13
Mord ist nicht gleich Mord (Ernst Waltemathe)	2	136
„Holocaust" und die Folgen (Reinhard Kühnl)	2	140
Berufsverbote – neue Grundsätze aber grundsätzlich nichts Neues (Ingrid Kurz)	3	263
Umweltschutz durch Abrüstung. Zusammenhänge von militärischer und ziviler Umweltzerstörung (Knut Krusewitz und Karin Gauer)	3	300
Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung"? Zur Auseinandersetzung um Neofaschismus, „Kristallnacht" und Holocaust (Dierk Joachim, Bernhard Keller und Volker Ullrich)	3	314

	Heft	Seite
Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitische Funktion der westdeutschen Sozialdemokratie (Wolfgang Abendroth)	4	403
Zur innenpolitischen Lage in der Bundesrepublik (Kurt Bayertz)	4	417
Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit. Rechtspolitische Aspekte der Realisierung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (Lech Janicki)	4	462
Die EG-Wahlen und die demokratischen Kräfte (Reinhard Opitz)	5	516
Über „moralische Kompetenz" (Karl D. Bredthauer)	5	521
Dreißig Jahre Grundgesetz – drei Jahrzehnte antidemokratischer Widerstand (Helmut Ridder)	5	528
Entsorgungszentrum oder nukleare Zeitbombe? Die Ergebnisse des Gorleben-Hearings im Überblick (Helga Bufe und Jürgen Grumbach)	5	537
Es wird wieder kälter in der Republik (Norman Paech)	5	596
Carstens, Strauß und die Offensive der Rechten (Reinhard Kühnl)	6	644
Umfang und Struktur der neonazistischen Propaganda in der Bundesrepublik (Renate Schäfer)	6	687
Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit (II). Rechtspolitische Aspekte der Realisierung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (Lech Janicki)	6	726
Die dreimal nach rechts gegründete Republik. Zur Entwicklung des Militärpotentials der Bundesrepublik (Ulrich Albrecht)	7	781
Die nukleare Kontroverse. Bürgerinitiativen als Objekt sozialwissenschaftlicher Ausforschung (Richard Albrecht und Karl Heinz Opper)	7	822
An unsere Leser. Betr.: Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß (Redaktion)	8	909
Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet (Karl D. Bredthauer)	8	911
Frauen ins Militär – ein befreiender Schritt? (Renate Wurms)	8	956
Datenschutz und Bürgerrechte (Richard Albrecht)	9	1031
Zwischen Integration und Repression. Herrschaftssicherung in der Bundesrepublik 1945–1979 (Frank Deppe und Heinz Jung)	9	1037
F. J. Strauß, der Architekt Europas (Karlheinz Deschner)	9	1061
F. J. Strauß und die CSU in der neofaschistischen Presse (Renate Schäfer)	9	1077
Die deutsche Herausforderung. Zum ökonomisch-politischen Potential der Bundesrepublik an der Schwelle der 80er Jahre (Gerhard Kade)	10	1161
Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU (Willi Bleicher/Walter Fabian/Christian Götz/Leonhard Mahlein/Hans Preiss/Helmut Schirrmacher/Eckart Spoo und Franz Steinkühler)	10	1187
Bayerische Freiheit. Das bayerische Innenministerium und die Kriegsdienstgegner (Guido Grünewald)	11	1292
Waren die deutschen Faschisten Sozialisten? Analyse einer Geschichtsfälschung (Reinhard Kühnl)	11	1303
Weiblichkeitsideologie statt Gleichberechtigung. Die neue § 218-Kampagne der CDU/CSU (Kristine v. Soden)	11	1343
Zum Aufruf „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" (Reinhard Kühnl und Norman Paech)	12	1420
Der Griff nach der Atommacht. Zur Rolle des F. J. Strauß bei der Schaffung eines atomaren Potentials der BRD (Helga Bufe und Jürgen Grumbach)	12	1439

Außenpolitik der BRD

Zur internationalen Situation am Ausgang der siebziger Jahre (Karl D. Bredthauer)	1	4
Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (Heinz-Jürgen Axt)	1	37
Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (II) (Heinz-Jürgen Axt)	2	174

	Heft	Seite
Das „Europäische Währungssystem" – eine erweiterte „DM-Zone"? (Axel Pinck und Ludwig Schröder)	2	164
Denkspiele über die Nützlichkeit von Kriegen (Lorenz Knorr)	2	214
Punktierte Grenzen (Ryszard Wojna)	3	269
Gefahr aus dem Osten? Die Bedrohungslegende als Jahrhundertlüge (Gerhard Kade)	3	271
Das chinesische Lehrstück und die Sicherheit Europas (Achim Maske)	3	388
Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktion der westdeutschen Sozialdemokratie (Wolfgang Abendroth)	4	403
Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit. Rechtspolitische Aspekte der Realisierung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (Lech Janicki)	4	462
Die EG-Wahlen und die demokratischen Kräfte (Reinhard Opitz)	5	516
Die Bundesrepublik und der Nahe Osten (Kenneth M. Lewan)	6	649
Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung. Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (Rainer Falk)	6	676
Zum ostpolitischen Vollzugsdefizit (II). Rechtspolitische Aspekte der Realisierung des Vertrages vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen (Lech Janicki)	6	726
Zu den Ergebnissen der EG-Wahlen (Gerhard Stuby)	7	772
Die dreimal nach rechts gegründete Republik. Zur Entwicklung des Militärpotentials der Bundesrepublik (Ulrich Albrecht)	7	781
Zwischen Krisenmanagement und langfristiger Systemsicherung. Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung (II) (Rainer Falk)	7	852
Von der Ölkrise zum Ölkrieg? (Bernd Greiner)	8	900
Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet (Karl D. Bredthauer)	8	911
Krieg oder Frieden – für Europa keine Frage mehr? (Lorenz Knorr)	8	941
Entspannung am Ende? (Gerhard Kade)	9	1028
F. J. Strauß, der Architekt Europas (Karlheinz Deschner)	9	1061
Zur „Nachrüstungs"-Debatte (Wilfried v. Bredow)	10	1156
Die deutsche Herausforderung. Zum ökonomisch-politischen Potential der Bundesrepublik an der Schwelle der 80er Jahre (Gerhard Kade)	10	1161
Strauß und der Griff nach der Atommacht (Helmut Wolfgang Kahn)	10	1195
„Nachrüsten" oder verhandeln? Der SPD-Parteitag vor der Entscheidung (Gerhard Kade)	11	1288
Offener Brief der Herausgeber der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Betr.: Die geplante NATO-Entscheidung über die Einführung atomarer Mittelstreckenraketen und das sowjetische Verhandlungsangebot	11	1299
Abkehr vom Helsinki-Kurs? Hauptkriegsschauplatz BRD – oder: Realisierung eines umfassenden europäischen Friedensprogramms (Gerhard Kade)	12	1431

Politik anderer Länder

	Heft	Seite
Nobelpreis für die Belegschaft von Lucas Aerospace? (Ulrich Albrecht)	1	9
Aufstieg und Niedergang des Hauses Pachlawi (Horst J. Andel)	1	63
Die chinesische Karte (Bernd Greiner)	2	132
Wem gehört Amerika? Sozialstruktur und Besitzverhältnisse in den Vereinigten Staaten (Maurice Zeitlin)	2	198
Hintergründe der Entwicklung in Indochina (Günter Giesenfeld)	3	287
Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand (Harald Jung)	3	332
Die Carter-Administration und die Panama-Frage. Entkolonialisierung auf Raten – Kontinuität der strukturellen Abhängigkeit (Erich Süssdorf)	3	353
Kein Frieden im Nahen Osten (Wolfram Brönner)	4	393
Persien auf dem Rückweg ins Mittelalter? (Horst J. Andel)	4	396
„Dirty Harry". Der schmutzigste Atombombentest und seine Folgen (Barbara Jentzsch)	4	400

	Heft	Seite
Japans befremdliche Vietnam-Politik (Hans Kirchmann)	5	524
Separatpolitik im Nahostkonflikt (Wolfram Brönner)	5	554
Zur innenpolitischen Lage in Spanien (Rafael de la Vega)	6	652
Zur Funktion des Terrorismus in der politischen Entwicklung Italiens (Gian Mario Bravo)	6	705
Aufstand in Nicaragua (Harald Jung)	6	775
Kampuchea (Günter Giesenfeld)	7	883
Von der Ölkrise zum Ölkrieg? (Bernd Greiner)	8	900
Das Problem der Indochina-Flüchtlinge und die Genfer UNO-Konferenz (Günter Giesenfeld)	8	905
Fünf Jahre Revolution in Äthiopien (Kahsai Wolde-Giorgis)	9	966
Frankreich in der Krise (Gerhard Leithäuser)	9	1105
Neokolonialistische Lösungsversuche in Rhodesien/Zimbabwe (Hans Mayer)	9	1117
Über Menschenrechte (Hans Apel)	10	1219
Von Bandung nach Havanna. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme der nichtpaktgebundenen Länder (Rainer Falk)	10	1236
Südkorea – Legende und Wirklichkeit (Hans Kirchmann)	11	1295
Restauration des US-Interventionismus. Amerikanische Versuche, Vietnam vergessen zu machen (Michael T. Klare)	11	1327
Teheran, die Kurdenfrage und der Konflikt mit den USA (Ursula Junk)	12	1422

Internationale Politik

Zur internationalen Situation am Ausgang der siebziger Jahre (Karl D. Bredthauer)	1	4
Politisch-militärische und biologisch-medizinische Gefahren der Neutronenbombe (Nino Pasti)	1	27
Die chinesische Karte (Bernd Greiner)	2	132
Neue Waffen rücken die atomare Katastrophe näher (Herbert Scoville Jr.)	2	156
Das „Europäische Währungssystem" – eine erweiterte „DM-Zone"? (Axel Pinck und Ludwig Schröder)	2	164
Denkspiele über die Nützlichkeit von Kriegen (Lorenz Knorr)	2	214
Mehr westliche Initiativen für die Abrüstung (Gerhard Kade)	3	260
Umweltschutz durch Abrüstung. Zusammenhänge von militärischer und ziviler Umweltzerstörung (Knut Krusewitz und Karin Gauer)	3	300
Das chinesische Lehrstück und die Sicherheit Europas (Achim Maske)	4	388
Kein Frieden im Nahen Osten (Wolfram Brönner)	4	393
Dreißig Jahre NATO (Bernd Greiner)	4	441
Die EG-Wahlen und die demokratischen Kräfte (Reinhard Opitz)	5	516
Separatpolitik im Nahostkonflikt (Wolfram Brönner)	5	554
Stellungnahmen zu den Ergebnissen von SALT II (Günter Brauch, Wilfried v. Bredow, Bernd C. Hesslein, Helmut Wolfgang Kahn, Gert Krell, Wolfgang Mallmann, Gunnar Matthiessen, Alfred Mechtersheimer und Jürgen Möllemann)	6	657
Zu den Ergebnissen der EG-Wahlen (Gerhard Stuby)	7	772
Der Wiener Gipfel, die Diskussion um die SS 20-Raketen und die Zukunft der Entspannung (Gunnar Matthiessen)	7	801
Von der Ölkrise zum Ölkrieg? (Bernd Greiner)	8	897
Das Problem der Indochina-Flüchtlinge und die Genfer UNO-Konferenz (Günter Giesenfeld)	8	905
Abrüstung. Eine Übersicht der laufenden Verhandlungen, ihrer Vorgeschichte und Zukunftsaussichten aus Anlaß des 40. Jahrestages des 1. September 1939	8	922
Krieg oder Frieden – für Europa keine Frage mehr? (Lorenz Knorr)	8	941
Entspannung am Ende? (Gerhard Kade)	9	1028
Zur „Nachrüstungs"-Debatte (Wilfried v. Bredow)	10	1156
Andersartigkeit. Das „neue" Bild der Dritten Welt (Brigitta Benzing)	10	1158
Von Bandung nach Havanna. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme der nichtpaktgebundenen Länder (Rainer Falk)	10	1236

	Heft	Seite
Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa? (Lew Semejko)	12	1337
Erste Gesamteuropäische Umweltkonferenz (Knut Krusewitz)	12	1425

Geschichte und Zeitgeschichte

Dreißig Jahre Bundesrepublik. Erlebnisse und Gedanken (Martin Niemöller)	1	13
Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (Heinz-Jürgen Axt)	1	37
Aufstieg und Niedergang des Hauses Pachlawi (Horst J. Andel)	1	63
Mord ist nicht gleich Mord (Ernst Waltemathe)	2	136
„Holocaust" und die Folgen (Reinhard Kühnl)	2	140
Kontinuität und Wandel sozialdemokratischer Westeuropa-Politik von 1945 bis heute (II) (Heinz-Jürgen Axt)	2	174
Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte (Bernhard v. Mutius)	2	229
Gefahr aus dem Osten? Die Bedrohungslegende als Jahrhundertlüge (Gerhard Kade)	3	271
Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung"? Zur Auseinandersetzung um Neofaschismus, „Kristallnacht" und Holocaust (Dierk Joachim, Bernhard Keller und Volker Ullrich)	3	314
Dreißig Jahre NATO (Bernd Greiner)	4	441
Vom Armenhaus zur Arbeitslosenhilfe. Arbeitslosigkeit als Disziplinierungsinstrument (Frank Niess)	4	475
Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer)	4	488
Dreißig Jahre Grundgesetz – drei Jahrzehnte antidemokratischer Widerstand (Helmut Ridder)	5	528
Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (II) (Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer)	5	569
Die dreimal nach rechts gegründete Republik. Zur Entwicklung des Militärpotentials der Bundesrepublik (Ulricht Albrecht)	7	781
Abrüstung. Eine Übersicht der laufenden Verhandlungen, ihrer Vorgeschichte und Zukunftsaussichten aus Anlaß des 40. Jahrestages des 1. September 1939 (Gerhard Kade)	8	922
Zwischen Integration und Repression. Herrschaftssicherung in der Bundesrepublik 1945–1979 (Frank Deppe und Heinz Jung)	9	1037
Der „Hitler-Stalin-Pakt" als Ursache des Zweiten Weltkrieges? (Gerhard Stuby)	9	1094
Von Bandung nach Havanna. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme der nichtpaktgebundenen Länder (Rainer Falk)	10	1236
Die Verteidigung des Elfenbeinturms. 30 Jahre Philosophie in der Bundesrepublik Deutschland (Hans Heinz Holz)	10	1255
Waren die deutschen Faschisten Sozialisten? Analyse einer Geschichtsfälschung (Reinhard Kühnl)	11	1303
Die Verteidigung des Elfenbeinturms. 30 Jahre Philosophie in der BRD (II) (Hans Heinz Holz)	11	1373

Bildungs- und Kulturpolitik

„Holocaust" und die Folgen (Reinhard Kühnl)	2	140
Berufsverbote – neue Grundsätze, aber grundsätzlich nichts Neues (Ingrid Kurz)	3	263
Punktierte Grenzen (Ryszard Wojna)	3	269
Auf dem Wege zur „Vergangenheitsbewältigung". Zur Auseinandersetzung um Neofaschismus, „Kristallnacht" und Holocaust (Dierk Joachim, Bernhard Keller und Volker Ullrich)	3	314
Umweltschutz durch Abrüstung. Zusammenhänge von militärischer und ziviler Umweltzerstörung (Knut Krusewitz und Karin Gauer)	3	300
Es wird wieder kälter in der Republik (Norman Paech)	5	596

	Heft	Seite
Umfang und Struktur der neonazistischen Propaganda in der Bundesrepublik (Renate Schäfer)	6	687
F. J. Strauß, der Architekt Europas (Karlheinz Deschner)	9	1061
F. J. Strauß und die CSU in der neofaschistischen Presse (Renate Schäfer)	9	1077
Andersartigkeit. Das „neue" Bild der Dritten Welt (Brigitta Benzing)	10	1158
Die Verteidigung des Elfenbeinturms. 30 Jahre Philosophie in der Bundesrepublik Deutschland (Hans Heinz Holz)	10	1255
Die Verteidigung des Elfenbeinturms. 30 Jahre Philosophie in der BRD (II) (Hans Heinz Holz	11	1373
Bayerische Freiheit. Das bayerische Innenministerium und die Kriegsdienstgegner (Guido Grünewald)	11	1292
Technischer Fortschritt als medienpolitischer Rückschritt? Die Entwicklung neuer Medien im Widerstreit zwischen Kapitalverwertung, Herrschaftssicherung und publikumsorientiertem Mediengebrauch (Horst Holzer)	12	1473
Öffentliche Kulturpolitik in der Krise (August Ekstein)	12	1507

Gesellschaftspolitik

Wem gehört Amerika? Sozialstruktur und Besitzverhältnisse in den Vereinigten Staaten (Maurice Zeitlin)	2	198
Dichtung und Wahrheit in der Gewerkschaftsgeschichte (Bernhard v. Mutius)	2	229
Berufsverbote – neue Grundsätze, aber grundsätzlich nichts Neues (Ingrid Kurz)	3	263
Umweltschutz durch Abrüstung. Zusammenhänge von militärischer und ziviler Umweltzerstörung (Knut Krusewitz und Karin Gauer)	3	300
Zur Debatte über das Verhältnis von Technik und Fortschritt (Jürgen Kuszynski)	3	346
Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktion der westdeutschen Sozialdemokratie (Wolfgang Abendroth)	4	403
Zur innenpolitischen Lage in der Bundesrebublik (Kurt Bayertz)	4	417
Vom Armenhaus zur Arbeitslosenhilfe. Arbeitslosigkeit als Disziplinierungsinstrument (Frank Niess)	4	475
Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer)	4	488
Über „moralische Kompetenz" (Karl D. Bredthauer)	5	521
Entsorgungszentrum oder nukleare Zeitbombe? Die Ergebnisse des Gorleben-Hearings im Überblick (Helga Bufe und Jürgen Grumbach)	5	537
Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (II) (Frank Deppe, Georg Fülberth und Jürgen Harrer)	5	569
Zur Funktion des Terrorismus in der politischen Entwicklung Italiens (Gian Mario Bravo)	6	705
Die nukleare Kontroverse. Bürgerinitiativen als Objekt sozialwissenschaftlicher Ausforschung (Richard Albrecht und Heinz Opper)	7	822
Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet (Karl D. Bredthauer)	8	911
Frauen ins Militär – ein befreiender Schritt? (Renate Wurms)	8	956
Datenschutz und Bürgerrechte (Richard Albrecht)	9	1031
Zwischen Integration und Repression. Herrschaftssicherung in der Bundesrepublik 1945–1979 (Frank Deppe und Heinz Jung)	9	1037
Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU (Willi Bleicher, Walter Fabian, Christian Götz, Leonhard Mahlein, Hans Preiss, Helmut Schirrmacher, Eckart Spoo und Franz Steinkühler)	10	1187
Bayerische Freiheit. Das bayerische Innenministerium und die Kriegsdienstgegner (Guido Grünewald)	11	1292
Weiblichkeitsideologie statt Gleichberechtigung. Die neue 218-Kampagne der CDU/CSU (Kristine v. Soden)	11	1343

	Heft	Seite
„Leitende Angestellte" als Potential für eine neoautoritäre Politik. Zu Ideologie und Realität des „Faktors Disposition" (Ulrich Briefs)	11	1353
Notizen zum Aussperrungsverbot (Roderich Wahsner)	11	1367
„Korporatismus" statt „Pluralismus"? Ein untauglicher Theorie-Versuch mit Vergangenheit (Annemarie Bopp-Schmehl und Ulrich Kypke)	12	1462
Chancen und Probleme einer demokratischen Frauenbewegung. Am Beispiel der Demokratischen Fraueninitiative (Lottemi Doormann)	12	1489
Frauen in den EG-Ländern – ein Situationsvergleich (Florence Hervé)	12	1498

Wirtschaft

Nobelpreis für die Belegschaft von Lucas Aerospace? (Ulrich Albrecht)	1	9
Entkoppelung von Konjunktur und Beschäftigung. Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz fünf Jahre nach der Ölkrise (Jörg Huffschmid)	1	69
Das „Europäische Währungssystem" – eine erweiterte „DM-Zone"? (Axel Pinck und Ludwig Schröder)	2	164
Unternehmerische Preispolitik und staatliche Wirtschaftspolitik in der BRD. Ein Beitrag zur Diskussion um Alternativen der Wirtschaftspolitik (Hans-Peter Kremer und Hans Leuer)	6	743
Die Großen werden noch größer. Das Kartellrecht reguliert den Konzentrationsprozeß (Hans Rondi)	7	868
Von der Ölkrise zum Ölkrieg? (Bernd Greiner)	8	900
Der Griff nach der Atommacht. Zur Rolle des F. J. Strauß bei der Schaffung eines atomaren Potentials der BRD (Helga Bufe und Jürgen Grumbach)	12	1439
Wirtschafts- und sozialstatistische Daten (Jörg Goldberg) (vgl. Rubrik „Wirtschaftsinformation")		
1/95, 2/246, 3/362, 4/499, 5/611, 6/761, 7/878, 8/985, 9/1025, 10/1268, 11/1393, 12/1518		

Chronik der Monate Dezember 1978 und Januar bis November 1979

1/1, 2/129, 3/257, 4/385, 5/513, 6/641, 7/769, 8/897, 9/1025, 10/1153, 11/1285, 12/1417

Glosse

Was denken sich die Gewerkschaften eigentlich (Klaus Konjetzky)	1	12
Schützt die Verfassung! (Christian Götz)	2	139
Werter Herr Kamerad! (Bernt Engelmann)	3	270
Die Zukunft der Aussperrung (Joachim Heilmann)	4	402
Linksextrem durch Ernährung. Verhütung durch Diät (Klaus Teige)	5	527
Marktbürger statt Staatsbürger (Monika Sperr)	6	656
Zur freundlichen Erinnerung aus gegebenem Anlaß (Bernt Engelmann)	7	780
Orientierungshilfe für „kluge Köpfe" (Christian Götz)	8	908
Herr im eigenen Haus (Wolfgang Bittner)	9	1036
Fernost-Geschäfte (Dietrich Kittner)	10	1160
Deutsches Küchenlied (Hanns Dieter Hüsch)	12	1430

Heft Seite

Bücher

„Rückkehr unerwünscht". Literatur zum Widerstandskreis um Ernst Niekisch (Wolf-Dieter Gudopp) 1 86
Politisches Bewußtsein und psychische Folgen der Arbeitslosigkeit (Hans Schindler) .. 5 599
Regionale und sektorale Strukturpolitik (Monika Schneidereit) 8 988
Verfolgung und Verjährung von NS-Verbrechen (Literaturbericht) (Albert Spitzner) .. 9 1137
Perspektiven von Arbeit und Freizeit (Kaspar Maase) 11 1387

Medienkritik

Humanität und Strategie (Günter Giesenfeld) 1 94
„Holocaust" und die Dichter (Günter Giesenfeld) 2 245
Die braven Soldaten des Imperialismus (Lothar Müller) 3 361
Scheuklappen. Strauß in Brüssel (Günter Giesenfeld) 5 610
Krimi-Freuden (Wilfried Lange) 6 765
Norma Rae (Günter Giesenfeld) 8 984
Antimonopolisten (Günter Giesenfeld) 9 1132
Schwarzbrot mit Zuckerguß (Günter Giesenfeld) 10 1267
Sumpf (Günter Giesenfeld) 11 1386
Auswiegen (Wilfried Lange) 12 1517

Wirtschaftsinformation

Wirtschaftsprognosen 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) . 1 95
Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 2 246
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1978 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 3 362
Der Preisindex der Lebenshaltung (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 4 499
Bevölkerung und Geburtenhäufigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 5 611
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im ersten Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 6 761
Die Entwicklung der Lehrstellen (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 7 878
Zur Politik der Bundesbank (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) . 8 985
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 2. Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 9 1133
Kosten der Arbeitslosigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) . 10 1268
Zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 11 1393
Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im 3. Vierteljahr 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) (Jörg Goldberg) 12 1518

Tagungsberichte

Internationale Juristenkonferenz gegen Rassismus und Apartheid vom 11.–15. September 1978 in Baku (Norman Paech) 1 98
Anmerkungen zum 19. Deutschen Soziologentag (Gudrun Luthringshausen) 6 766

	Heft	Seite
Umwelt- und Friedensbewegung. Ein Bericht über den Kongreß „Ökologiebewegung und Friedensbewegung" in Kassel am 27./28. Oktober 1979 (Hans Bubenzer)	11	1397

Wahlergebenisse

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in der Bundesrepublik im Jahre 1978	1	125

Dokumente zum Zeitgeschehen

Aufruf zur internationalen Konferenz „Demokratische Rechte verteidigen – Berufsverbote aufheben – gemeinsam gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der BRD" in Darmstadt am 27./28. Januar 1979 (Wortlaut)	1	101
Vorschläge und Forderungen des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) für eine demokratische Studienreform, beschlossen auf der 7. a. o. Delegiertenkonferenz am 2./3. Dezember 1978 in Tübingen. Ein Beitrag zur Diskussion um die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (Wortlaut)	1	102
Erklärung der „Nationalen Einheitsfront Kampucheas für Nationale Rettung" vom 3. Dezember 1978 (Wortlaut)	1	118
Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats am 7. und 8. Dezember 1978 in Brüssel (Wortlaut)	1	122
Neufassung der Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue vom 17. Januar 1979 (Wortlaut)	2	248
Darmstädter Appell an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und die Ministerpräsidenten der Bundesländer, beschlossen auf der Internationalen Konferenz „Demokratische Rechte verteidigen – Berufsverbote aufheben – gemeinsam gegen die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in der BRD" vom 28. Januar 1979 (Wortlaut)	2	252
Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Sozialistischen Republik Vietnam vom 5. November 1978 (Wortlaut)	2	254
Erklärung der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zum Aggressionskrieg der chinesischen Machthaber gegen Vietnam vom 17. Februar 1979 (Wortlaut)	3	365
Stellungnahme des Herausgeberkreises der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" zum Einmarsch chinesischer Truppen in Vietnam vom 18. Februar 1979 (Wortlaut)	3	367
Gemeinsames amerikanisch-chinesisches Pressekommuniqué vom 1. Februar 1978 (Wortlaut)	3	367
Brief des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der USA an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas (Wortlaut)	3	368
Appell der Außerordentlichen Tagung des Weltfriedensrates vom 2. bis 5. Februar 1979 in Berlin (DDR) – „Schluß mit dem Wettrüsten" (Wortlaut)	3	378
Aufruf zur Internationalen Kundgebung für ein Europa ohne Faschismus am 21. April 1979 in Strasbourg (Wortlaut)	3	379
„Den Frieden sichern – das Wettrüsten beenden." Aufruf des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit zum Antikriegstag 1979 (Wortlaut)	3	380
Stellungnahmen des Kommandeurs der 12. Panzerdivision der Bundeswehr, Generalmajor Gert Bastian, zur Einschätzung der sowjetischen Militärpolitik vom 20. und 22. März 1979 (Wortlaut)	4	501
Friedensvertrag zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel vom 26. März 1979 (Wortlaut)	4	505
Die Beschlüsse der Arabischen Gipfelkonferenz in Bagdad vom 27. bis 31. März 1979 (Wortlaut)	4	508
Aufruf zum II. Kongreß Kritische Psychologie vom 4. bis 6. Mai 1979 in Marburg (Wortlaut)	4	511

	Heft	Seite
Memorandum '79: Vorrang für Vollbeschäftigung – Alternativen der Wirtschaftspolitik (Auszüge)	5	614
Stellungnahme des Vorstandes des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) zu einem Angriff auf Wolfgang Abendroth (Wortlaut)	5	634
Stellungnahme der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ) zum ersten Urteil im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß, verkündet am 19. April 1979 (Wortlaut)	5	634
Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Demokratischen Republik Afghanistan (Wortlaut)	5	637
Ansprache Jimmy Carters anläßlich der Unterzeichnung des SALT II-Vertrages am 18. Juni 1979 in Wien (Wortlaut)	7	881
Ansprache Leonid Breschnews anläßlich der Unterzeichnung des SALT II-Vertrages am 18. Juni 1979 in Wien (Wortlaut)	7	882
Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen (SALT) vom 18. Juni 1979 (Wortlaut)	7	883
Protokoll zum Vertrag zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vom 18. Juni 1979 (Wortlaut)	7	892
Gemeinsame Erklärung über die Grundsätze und Hauptrichtungen der folgenden Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen, unterzeichnet von Leonid Breschnew und Jimmy Carter am 18. Juni in Wien (Wortlaut)	7	893
„Frauen in der Bundeswehr? – Wir sagen Nein!" Appell von 87 Frauen gegen die Einführung der Wehrpflicht für Frauen (Wortlaut)	7	895
Dokumente und Stellungnahmen zur Nominierung des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU am 2. Juli 1979 („Sonthofener Rede" v. 19. 11. 1974, Rundschreiben Herbert Wehners v. 6. 7. 1979, Erklärung Hans-Dietrich Genschers v. 3. 7. 1979, Artikel von Franz Schapfel (CDU), DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz, v. 12. 7. 1979, Leitartikel der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit" v. 4. 7. 1979, Pressemitteilung des CDU-Landesvorstands Bremen v. 10. 7. 1979, FAZ-Meldung v. 10. 7. 1979 über den CDU-Austritt von Hans Lutz Merkle (Robert Bosch GmbH), „Zeit"-Kommentar v. 13. 7. 1979, Austrittserklärung von Cornelius Adalbert v. Heyl, Präses der Synode der Evangelischen Kirche (EKD) v. 10. 7. 1979, Meldung der „Rheinische Post" v. 6. 7. 1979 (betr. Konrad Kraske)	8	993
Dokumente und Stellungnahmen zur Gewerkschaftspolitik der CSU (CSU: Rohmaterialien zur DGB-Diskussion, Kolumne des Generalsekretärs der CSU, Edmund Stoiber, v. 1. 2. 1979, Erklärung des DGB-Landesbezirksvorstands Rheinland-Pfalz v. 29. 6. 1979, Artikel von Karl Heinz Hoffmann (ÖTV), v. 28. 6. 1979, Leitartikel von Eugen Loderer (IG Metall) v. 18. 7. 1979)	8	1013
Vereinbarung zwischen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), die Ausreise von Personen aus der Sozialistischen Republik Vietnam betreffend, vom 30. Mai 1979 (Wortlaut)	8	1022
Zur Rechtmäßigkeit des Verfassungsschutzberichts – Gutachten im Auftrag der Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ), verfaßt von Prof. Dr. Norman Paech (Wortlaut)	9	1141
„Nie wieder Krieg – Nie wieder Auschwitz – Für Freundschaft mit Polen", Aufruf zum 40. Jahrestag des Überfalls auf Polen (Wortlaut)	9	1147
Erklärung der Kundgebung zum Antikriegstag am 1. September 1979 in Bonn (Wortlaut)	9	1149
Erklärung des DGB zum Antikriegstag am 1. September 1979 (Wortlaut)	9	1150
Leserbrief von Peter Weiss in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 31. August 1979 (Wortlaut)	9	1151
„Der Schoß ist fruchtbar noch" – Giftgas in der Bundesrepublik Deutschland	10	1271
Valentin Falin über Rüstungsbegrenzung in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland – Bericht des „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 22./23. September 1979 (Wortlaut)	10	1279

Aufruf des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zur Großdemonstration am 14. Oktober 1979 in Bonn (Wortlaut) 10 1281
Bielefelder Aufruf für die Wahrung der Freiheit und Lehre gegen die Fortsetzung politischer Gesinnungsüberprüfung (Wortlaut) 10 1282
Rede Leonid Breschnews aus Anlaß des 30. Jahrestages der Gründung der DDR am 6. Oktober 1979 in Berlin (mit den Vorschlägen zur Abrüstungspolitik) (Wortlaut) .. 11 1399
Resolutionen der Sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Staaten in Havanna vom 3. bis 9. September 1979 ..... 11 1403
Protesterklärung von 138 Verlagen der Bundesrepublik und des Auslands anläßlich des Besuchs von Bundespräsident Karl Carstens auf der Frankfurter Buchmesse am 14. Oktober 1979 (Wortlaut) 11 1411
Aufruf „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel", vorgestellt am 12. Oktober 1979 anläßlich der Buchmesse in Frankfurt/M. 11 1412
Wortlaut des Aufrufs „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel" 11 1413
Geleitwort von Prof. Dr. Helmut Ridder zur Bekanntgabe des Aufrufs „Für die Aufhebung der Fünfprozentklausel" 11 1413
„Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!" Aufruf zu demokratischer Aktion, veröffentlicht von Prof. Dr. Reinhard Kühnl und Prof. Dr. Norman Paech auf einer Pressekonferenz am 28. November 1979 in Bonn (Wortlaut) 12 1522
Gemeinsame Mitteilung über den Aufenthalt des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU und Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Andrej A. Gromyko, in der Bundesrepublik Deutschland vom 21. bis 24. November 1979 (Wortlaut) . 12 1524
Dringender Appell: „Jetzt verhandeln – nicht aufrüsten!" Der Öffentlichkeit vorgelegt am 20. November 1979 in Bonn (Wortlaut) 12 1526
Appell, verabschiedet auf dem zweiten bundesweiten Kongreß „Christen für die Abrüstung" am 17. November 1979 in Dortmund (Wortlaut) 12 1528
Dieter S. Lutz, Wer rüstet eigentlich nach? Vergleich der euronuklearen Macht 12 1529
Resolutionen der Sechsten Konferenz der Staats- oder Regierungschefs nichtpaktgebundener Länder in Havanna vom 3. bis 9. September 1979 (II) 12 1530

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

Englisch Amerikanische Studien

Zeitschrift für Unterricht, Wissenschaft & Politik

3/79

Heftthema: American Dream

Malte C. Krugmann **Zur Genese und Struktur des Amerikanismus**

Wolf Wagner **Die Bedeutung des American Dream für das heutige amerikanische Alltagsbewußtsein**

Klaus H. Köhring **American Dream of Success in der neueren amerikakundlichen Literatur der Bundesrepublik**

Unterrichtseinheit

Peter Bischoff **"Aspects of the American Dream": Unterrichtsbausteine zu einem Halbjahreskurs in der Sek II**

Außerdem in diesem Heft: **Freinet-Pädagogik im Fremdsprachenunterricht · Toleranz durch Sprachen? · Folk Songs in England · Gewerkschaften im Kampf gegen die Tories · Kommentare · Kongreßberichte · Fachpolitische Informationen · Rezensionen · Zeitschriftenschau**

Die Zeitschrift erscheint 4x im Jahr. Jahresabo DM 30,- (Schüler, Studenten, Studienreferendare DM 25,-) + Porto. Einzelpreis DM 9,-. Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Autoren dieses Heftes

Dr. Norman PAECH, geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Mitherausgeber der Zeitschrift „3. Welt-Magazin", Bonn. • • • *Ursula JUNK,* geb. 1940 in Speyer, Studium der Politikwissenschaften und der Kunstgeschichte in den USA, Journalistin, z. Z. MdB-Assistentin; sie unternahm seit der Revolution drei Reisen in den Iran. • • • *Dr. Knut KRUSEWITZ,* geb. 1941 in Hildesheim, wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin, Institut für Landschafts- und Freiraumplanung; zahlreiche Veröffentlichungen zu Umweltfragen. • • • *Hanns Dieter HÜSCH,* geb. 1925 in Moers/Niederrhein, seit 32 Jahren freier Schriftsteller, Kabarettist, Schauspieler und Liedermacher; zahlreiche Buchveröffentlichungen, u. a.: „Den Möcht ich sehen", Köln 1978, „Hagenbuch hat jetzt zugegeben", Köln 1979, und Schallplattenproduktionen, u. a.: „Das schwarze Schaf vom Niederrhein", „Typisch Hüsch, 4 Chansons", „Carmina Urana – 4 Gesänge gegen die Bombe". • • • *Helga BUFE,* geb. 1953 in Bielefeld, Diplomsoziologin; Buchveröffentlichung: Helga Bufe und Jürgen Grumbach, Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979. • • • *Jürgen GRUMBACH,* geb. 1954 in Detmold, Diplomsoziologe, Studium der Soziologie und Mathematik, Tätigkeit an der Universität Bielefeld; Buchveröffentlichung: Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979. • • • *Dr. Annemarie BOPP-SCHMEHL,* geb. 1946 in Weinsberg, studierte Politikwissenschaften, Soziologie, Staatsrecht und Romanistik an der Universität Tübingen, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Verbraucherpolitik an der Gesamthochschule Duisburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Konflikte und Demokratie, Frankfurt/M. 1977. • • • *Ulrich KYPKE,* geb. 1944 in Marburg/L., Diplomverwaltungswissenschaftler, ehemaliger Regierungsinspektor, Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Verbraucherpolitik an der Gesamthochschule Duisburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Horst HOLZER,* geb. 1935 in Wiesbaden, Professor für Soziologie an der Universität München; zahlreiche Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen, u. a.: Kommunikationssoziologie, Reinbek ^{2}1976; Report über Kabelfernsehen, Frankfurt/M. 1976. • • • *Lottemi DOORMANN,* geb. 1943 in Berlin, Publizistin, Mitglied des Zentralen Arbeitskreises der Demokratischen Fraueninitiative (DFI); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage, Kinder- und Schulpolitik. • • • *Dr. Florence HERVÉ,* geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik in Nanterre und Vincennes, lebt in Düsseldorf; Universitäts- und VHS-Dozentin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *August EKSTEIN* ist das Pseudonym eines Kultursoziologen, der, ehemals in der Kulturverwaltung einer Großstadt der BRD arbeitend, zeitweise in Paris und Stockholm lebt und die bundesrepublikanische kulturpolitische Szene beobachtet. Er ist Jahrgang 1940 und arbeitet wissenschaftlich im Bereich Kulturpolitik, -soziologie, -planung und -geschichte. • • • *Wilfried LANGE,* geb. 1951 in Bad Münder/Hannover, Studium der Germanistik und Politik an der Universität Marburg, z. Z. Studienreferendar.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (12/79)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

LOESCHKE
HARTMUT

0904
15777

MUELDORFER STR 42

5300 BONN 3

Pr

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–

Autoren dieses Heftes

Dr. Norman PAECH, geb. 1938, Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg; Mitherausgeber der Zeitschrift „3. Welt-Magazin", Bonn. • • • *Ursula JUNK,* geb. 1940 in Speyer, Studium der Politikwissenschaften und der Kunstgeschichte in den USA, Journalistin, z. Z. MdB-Assistentin; sie unternahm seit der Revolution drei Reisen in den Iran. • • • *Dr. Knut KRUSEWITZ,* geb. 1941 in Hildesheim, wissenschaftlicher Assistent und Lehrbeauftragter an der Technischen Universität Berlin, Institut für Landschafts- und Freiraumplanung; zahlreiche Veröffentlichungen zu Umweltfragen. • • • *Hanns Dieter HÜSCH,* geb. 1925 in Moers/Niederrhein, seit 32 Jahren freier Schriftsteller, Kabarettist, Schauspieler und Liedermacher; zahlreiche Buchveröffentlichungen, u. a.: „Den Möcht ich sehen", Köln 1978, „Hagenbuch hat jetzt zugegeben", Köln 1979, und Schallplattenproduktionen, u. a.: „Das schwarze Schaf vom Niederrhein", „Typisch Hüsch, 4 Chansons", „Carmina Urana – 4 Gesänge gegen die Bombe". • • • *Helga BUFE,* geb. 1953 in Bielefeld, Diplomsoziologin; Buchveröffentlichung: Helga Bufe und Jürgen Grumbach, Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979. • • • *Jürgen GRUMBACH,* geb. 1954 in Detmold, Diplomsoziologe, Studium der Soziologie und Mathematik, Tätigkeit an der Universität Bielefeld; Buchveröffentlichung: Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD, Köln 1979. • • • *Dr. Annemarie BOPP-SCHMEHL,* geb. 1946 in Weinsberg, studierte Politikwissenschaften, Soziologie, Staatsrecht und Romanistik an der Universität Tübingen, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Verbraucherpolitik an der Gesamthochschule Duisburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u. a.: Konflikte und Demokratie, Frankfurt/M. 1977. • • • *Ulrich KYPKE,* geb. 1944 in Marburg/L., Diplomverwaltungswissenschaftler, ehemaliger Regierungsinspektor, Studium der Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe Verbraucherpolitik an der Gesamthochschule Duisburg; Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Horst HOLZER,* geb. 1935 in Wiesbaden, Professor für Soziologie an der Universität München; zahlreiche Zeitschriften- und Buchveröffentlichungen, u. a.: Kommunikationssoziologie, Reinbek ^{2}1976; Report über Kabelfernsehen, Frankfurt/M. 1976. • • • *Lottemi DOORMANN,* geb. 1943 in Berlin, Publizistin, Mitglied des Zentralen Arbeitskreises der Demokratischen Fraueninitiative (DFI); zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Frauenfrage, Kinder- und Schulpolitik. • • • *Dr. Florence HERVÉ,* geb. 1944 in Paris, Studium der Germanistik in Nanterre und Vincennes, lebt in Düsseldorf; Universitäts- und VHS-Dozentin; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *August EKSTEIN* ist das Pseudonym eines Kultursoziologen, der, ehemals in der Kulturverwaltung einer Großstadt der BRD arbeitend, zeitweise in Paris und Stockholm lebt und die bundesrepublikanische kulturpolitische Szene beobachtet. Er ist Jahrgang 1940 und arbeitet wissenschaftlich im Bereich Kulturpolitik, -soziologie, -planung und -geschichte. • • • *Wilfried LANGE,* geb. 1951 in Bad Münder/Hannover, Studium der Germanistik und Politik an der Universität Marburg, z. Z. Studienreferendar.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang · Heft 12/1979

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats November 1979

1. 11. – Bolivien. Eine Gruppe von Militärs unter Oberst Albert Natusch Busch erklärt den amtierenden Präsidenten Walter Guevara Arze für abgesetzt und das Parlament für aufgelöst. Vorübergehend werden der Ausnahmezustand verhängt und die Verfassungsrechte außer Kraft gesetzt. Präsident Arze widersetzt sich seiner Ablösung, Armeebefehlshaber General Padilla Arancibia distanziert sich von dem Putsch, die Gewerkschaften rufen zum Generalstreik auf. In La Paz kommt es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei. – Am 9. 11. beschließt das Parlament mit 72 gegen 35 Stimmen, das Regime unter Oberst Natusch nicht anzuerkennen; von den 144 Abgeordneten sind 107 bei der Abstimmung anwesend. – Am 17. 11. wählt das Parlament einstimmig Lidia Gueiler zur Interimspräsidentin, nachdem Natusch Busch und der gestürzte Präsident Guevara Arze ihren Anspruch auf das Amt des Präsidenten aufgegeben hatten. Die Präsidentin bildet ein Koalitionskabinett, das aus Vertretern von fünf Parteien besteht. Außenminister ist Julio Garret (Nationalrevolutionäre Bewegung).

– Algerien. Aus Anlaß des 25. Jahrestages des Beginns des Unabhängigkeitskampfes gegen die damalige Kolonialmacht Frankreich nimmt Präsident Chadli Ben Jedid in Algier eine Militärparade ab. Am Rande der Feierlichkeiten kommt es zu Begegnungen zwi-

schen dem amerikanischen Sicherheitsberater Brezezinski, dem PLO-Vorsitzenden Arafat und dem vietnamesischen Verteidigungsminister General Giap. Brezezinski führt außerdem ein längeres Gespräch mit dem iranischen Ministerpräsidenten Bazargan.

1. – 2. 11. – Bulgarien/DDR. Der Staatsratsvorsitzende und SED-Generalsekretär Honecker trifft in Sofia zu Gesprächen mit dem bulgarischen Staatsratsvorsitzenden Shiwkoff zusammen. In einem Kommuniqué betonen beide Politiker „die Notwendigkeit, in kürzester Zeit eine Konferenz auf politischer Ebene unter Teilnahme aller europäischer Staaten, der USA und Kanadas, einzuberufen", um „Maßnahmen zur militärischen Entspannung, zum Abbau der militärischen Konfrontation sowie zur Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen auf dem Kontinent" zu beraten.

4. 11. – Iran. Unbewaffnete islamische Studenten besetzen die amerikanisch Botschaft in Teheran und nehmen mehr als 60 Diplomaten und Botschaftsangestellte als Geiseln, um damit bei den USA die Auslieferung des gestürzten Schah durchzusetzen, der am 22. Oktober d. J. sein vorläufiges Exil in Mexiko verlassen und sich in ein Krankenhaus nach New York begeben hatte. Das besetzte Gebäude wird von Revolutionsgarden und Miliz umstellt, die sich der Forderung nach Auslieferung des Schah anschließen. Das iranische Außenministerium bezeichnet die Aktion als „natürlich" angesichts der Bereitschaft der US-Regierung, dem Schah den Aufenthalt in den Vereinigen Staaten zu gestatten. – Am 5. 11. weist der Sprecher des Weißen Hauses in Washington die iranischen Forderungen zurück. – Am 6. 11. nimmt Ayatollah Khomeini den Rücktritt der Provisorischen Revolutionären Regierung unter Ministerpräsident Bazargan (vgl. „Blätter", 3/1979, S. 257) an und beauftragt den Revolutionsrat mit der Fortführung der Regierungsgeschäfte. Das Außenministerium übernimmt (als Nachfolger von Minister Yasdi) am 10. 11. das Mitglied des Revolutionsrates Bani-Sadr. – Am 12. 11. ordnet Präsident Carter die sofortige Einstellung der Ölimporte aus dem Iran an, um einem Lieferstopp durch den Iran zuvorzukommen. – Am 14. 11. kündigt die iranische Regierung den Abzug von Guthaben in Höhe von mehreren Mrd. Dollar von amerikanischen Banken an. Die USA beantworten diese Ankündigung mit der Anordnung, alle staatlichen iranischen Guthaben bei amerikanischen Banken zu blockieren. – Am 17. 11. verfügt Khomeini die Freilassung der Frauen und farbigen Amerikaner unter den Geiseln, von denen 13 an den folgenden Tagen in die Vereinigten Staaten zurückgebracht werden. – Am 18. 11. erklärt Khomeini im Fernsehen, falls der Schah nicht in den Iran zurückkehre, würden die übrigen Geiseln als „Spione" vor ein islamisches Gericht gestellt. – Am 20. 11. heißt es in einer Stellungnahme des Weißen Hauses, die USA wünschten eine friedlich Lösung des Konflikts mit dem Iran, verfügten jedoch auch über „andere Mittel". Präsident Carter befiehlt die Entsendung des Flugzeugträgers „Kitty Hawk" und fünf weiterer Kriegsschiffe in den Indischen Ozean. Der Iran alamiert daraufhin am 23. 11. seine Flotte. – Am 25. 11. äußert Außenminister Bani-Sadr in einem Rundfunkinterview die Ansicht, eine offizielle Absage der USA an das frühere „imperialistische System" im Iran könne die Lage der Geiseln in der besetzten US-Botschaft erheblich erleichtern. – Am 8. 11. entläßt der Revolutionsrat Bani-Sadr und ernennt Sadegh Ghotbzadeh, Direktor des staatlichen Radios und Fernsehens, zum Nachfolger. Der neue Minister erklärt, nach einer Entscheidung des Revolutionsrates werde der Iran vorläufig nicht an Sitzungen des UN-Sicherheitsrats in New York teilnehmen. – Am 29. 11. annuliert die mexikanische Regierung das Visum des Schah für die Wiedereinreise nach Mexiko.

5. 11. – UNO. Unter dem Vorsitz von Generalsekretär Waldheim findet am Sitz der Vereinten Nationen in New York eine Konferenz über humanitäre Hilfe für Kambodscha (Kampuchea) statt. Vertreten sind 35 der 152 UN-Mitglieder. Es wird ein Hilfsprogramm in Höhe von 210 Mill. Dollar beschlossen. – Am 9. 11. fordert der Sicherheitsrat die sofortige Freilassung der in der US-Botschaft in Teheran festgehaltenen Geiseln; eine entsprechende Erklärung wird nach Konsultation unter den Ratsmitgliedern vom gegenwärtigen Vorsitzenden, dem Vertreter Boliviens, abgegeben. – Am 13. 11. beantragt der iranische Außenminister Bani-Sadr eine Sitzung des Sicherheitsrats, um die Forderung nach Auslieferung des Schah und nach einer internationalen Untersuchung über die Herrschaft des Schah im Iran zu erörtern. Die US-Delegation wendet sich gegen eine Ratssitzung. – Am 15. 11. verlangt die Generalversammlung in einer Resolution, die mit 91 gegen 21 Stimmen bei 29 Enthaltungen angenommen wird, den Rückzug aller „fremden Truppen" aus Kambodscha. Generalsekretär Waldheim wird beauftragt, die Einberufung einer internationalen Kambodscha-

Konferenz zu prüfen. – Am 25. 11. macht der UN-Generalsekretär den Sicherheitsrat auf die „gefährliche Bedrohung des Weltfriedens und der Sicherheit" aufmerksam, die eine dringliche Einberufung des Rates erfordere. Waldheim bezeichnet vor der Presse die Iran-Krise als die gefährlichste Bedrohung des Friedens seit der Kuba-Krise von 1962.

6. 11. – Japan. Das am 7. Oktober d. J. neugewählte Parlament, in dem die regierende Liberal-Demokratische Partei über 248 (vorher 249) der 511 Sitze verfügt, wählt den amtierenden Ministerpräsidenten Masayoshi Ohira erneut zum Regierungschef. Die Entscheidung fällt im zweiten Wahlgang mit 138 gegen 121 Stimmen. Vorangegangen waren interne Auseinandersetzungen in der Regierungspartei zwischen Ohira und dem früheren Ministerpräsidenten Fukuda, der als Gegenkandidat auftritt.

12. 11. – Türkei. Der Führer der Gerechtigkeitspartei, Süleyman Demirel, bildet ein Minderheitskabinett, das sich im Parlament auch auf die Nationale Aktion, die Heilspartei und einige kleinere Gruppen und damit auf 227 der 450 Abgeordneten stützen kann. Außenminister ist Hayrettin Erkmen. Demirel löst Ministerpräsident Bülent Ecevit (Republikanische Volkspartei) ab, dessen Partei bei Nachwahlen am 14. Oktober d. J. eine Niederlage erlitten hatte.

13. – 16. 11. – KSZE. Einer Anregung der Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (KSZE) folgend, findet im Rahmen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE) in Genf eine „Hochrangige Tagung über Umweltschutz" (High-Level Meeting on Protection of Environment) statt, an der 32 Staaten Europas, die USA und Kanada teilnehmen. Es werden eine „Konvention betreffend die grezüberschreitende Luftverschmutzung über weite Distanzen" sowie eine „Deklaration über abfallarme Technologie und die Wiederverwendung von Abfallstoffen" angenommen.

15. 11. – Äthiopien/DDR. Oberstleutnant Mengistu Haile Mariam, Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates Äthiopiens, und der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker unterzeichnen in Addis Abeba einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Der Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren.

17. 11. – Jemen/DDR. Die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) und die DDR schließen einen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit mit 20-jähriger Laufzeit. Das Dokument wird in Aden von den Staatsratsvorsitzenden Abdel Fattah Ismail und Honecker unterzeichnet.

20. – 22. 11. – Arabische Liga. In Abwesenheit Ägyptens findet in Tunis die 10. „Gipfelkonferenz" der Mitgliedstaaten statt. Zu den Teilnehmern gehört auch der PLO-Vorsitzende Arafat, dessen Organisation vermehrte finanzielle und militärische Unterstützung zugesagt werden. Eine Beobachterdelegation aus dem Iran wird zur Konferenz nicht zugelassen.

21. – 14. 11. – BRD/UdSSR. Der sowjetische Außenminister Gromyko konferiert in Bonn mit Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher. Es wird ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht (Text in „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Auf einer Pressekonferenz erklärt Gromyko am 23. 11., falls die NATO an den bekannten Plänen zum Ausbau ihres Mittelstreckenpotentials tatsächlich festhalte, wäre die Grundlage für west-östliche Verhandlungen über eine Begrenzung der eurostrategischen Waffen zerstört. Ein entsprechender NATO-Beschluß würde die jetzige Parität einseitig verschieben und die Sowjetunion könne nicht tatenlos bleiben. Wenn der Westen auf seine Pläne verzichte, sei die östliche Seite bereit, unverzüglich Verhandlungen über ein weitreichendes Begrenzungsabkommen aufzunehmen und auch über die Frage einer eventuellen Reduzierung des sowjetischen Mittelstreckenpotentials zu diskutieren.

25. 11. – Naher Osten. Mit der Räumung des Erdölgebietes im Südwesten der Sinai-Halbinsel durch Israel geht die volle Kontrolle über den Golf von Suez wieder auf Ägypten über. Israel hatte die Gebiete seit Juni 1967 besetzt gehalten.

29. 11. – Spanien. Nach den Volksabstimmungen vom 25. Oktober d. J. ratifiziert das Parlament in Madrid die Autonomiestatute für das Baskenland und für Katalonien (vgl. „Blätter", 8/1979, S. 899 und 9/1979, S. 1027).

29. – 30. 11. – EG. Die Regierungschefs der Mitgliedstaaten treten unter Vorsitz des irischen Premierministers Lynch in Dublin zu ihrer regelmäßigen Konferenz zusammen. Über die durch die britische Ministerpräsidentin Thatcher vorgetragene Forderung nach erheblicher Reduzierung der britischen EG-Beiträge wird eine Einigung nicht erzielt (letzte Tagung vgl. „Blätter", 4/1979, S. 386).